Nicht für den Austausch

Großdeutschland – Südosteuropa

Entwicklung und Zukunftsmöglichkeiten
der Wirtschaftsbeziehungen

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde eines Dr. rer. pol. der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau

Vorgelegt von

Robert-Werner Krugmann
Breslau

Diplom-Volkswirt

Referent: **Prof. Dr. Schmölders**

Korreferent: **Prof. Dr. Hesse**

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

INHALT

Seite

E. Einleitende grundsätzliche Bemerkungen zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Südosteuropa 5

A. Charakterisierung des Wirtschaftsaufbaus der Südostländer . . 15

I. Wandlungen der Wirtschaftsstruktur 15

1) Bulgarien: Maßvolle Industrialisierung 20

2) Rumänien: Gründerjahre 22

3) Jugoslavien: Industrialisierung ohne Vernachlässigung der Landwirtschaft 26

4) Ungarn: Agrarindustriestaat 30

II. Produktionsgrundlagen des Südostens 33

1) Geologische und klimatische Bedingungen 33

2) Die Rohstoffvorkommen 37

3) Die Bevölkerung 48
(Haupterwerbsquellen und soziale Verhältnisse)

4) Volkseinkommen und Lebenshaltung 66

B. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Südosteuropa (in der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart) 69

I. Die gegenseitige Handelspolitik 69

1) Die Waren- und Zahlungsabkommen mit

a) Jugoslavien 69

b) Ungarn 74

c) Bulgarien 77

d) Rumänien 78

II. Der deutsch-südosteuropäische Kredit- und Kapitalverkehr . . 82

1) Staatsanleihen, private Kredite und Kapitalinvestitionen . 82

2) Die Exportfinanzierung und ihre Kosten 85

III. Die Dienstleistungsbilanz 86

IV. Der Warenaustausch 88

1) Altreich—Südosten 89

2) Südosten—West- und Südeuropa; innerbalkanische Verflechtung 92

3) Großdeutschland—Südosten 97

C. Die Zukunftsmöglichkeiten der großdeutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen (Ausbaumaßnahmen und Aussichten) 102

Seite

I. Agrarpolitische Produktionslenkung 106
1) Deutschlands Agrareinfuhr aus Südosteuropa 106
2) Die Agrarproduktionsumstellung der Südostländer . . . 121
3) Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse . . 133
II. Südosteuropa als Lieferant industrieller Rohstoffe 136
1) Deutschland als Abnehmer industrieller Rohstoffe und Kraftstoffe 137
a) Erze und Metalle 137
b) Erdöl 139
c) Holz 140
d) Bauxit 142
2) Kapitalinvestitionen im südosteuropäischen Bergbau seitens
a) des Auslandes 144
b) Großdeutschlands 151
III. Südosteuropa als Empfänger von Fertigwaren und Rohstoffen 153
1) Die großdeutsche Halb- und Fertigfabrikatausfuhr . . 154
a) nach Ungarn 156
b) nach Rumänien 158
c) nach Bulgarien 162
d) nach Jugoslavien 166
2) Deutschlands Anteil an der Motorisierung Südosteuropas 170
3) Deutsche Rohstoffausfuhr nach dem Südosten 176
IV. Auslandswerbung für deutsche Waren 178
V. Die Messen als Instrumente der neuen Handelspolitik . . . 180
1) Breslau und Wien 182
2) Leipzig 184
3) Messeplätze auf dem Balkan 185
VI. Verkehrswege als Förderer der Wirtschaftsbeziehungen . . . 185
1) Ausbau des Verkehrsmittlers Donau (Rhein-Main-Donau- und Oder-Donau-(Elbe)-Kanal) 185
2) Eisenbahnverbindungen 192
3) Straßen und Autobahnen 195
Tabellenanhang . . . . . I—XX
Schrifttum
Bildungsgang

E. Einleitende grundsätzliche Bemerkungen zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Südosteuropa

Die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte des Balkans sind nicht mit der oberflächlichen These, daß sich auf ihm heute Orient und Abendland träfen, zu erklären, sondern nur aus ihm selbst, d. h. aus seinen eigenen Lebensgesetzen zu verstehen. Vielleicht haben wir Mitteleuropäer ein Gefühl für diese Betrachtungsweise deswegen immer schwer aufbringen können, weil die balkanischen Staaten seit jeher ein Spielball fremder Interessen gewesen sind, und weil ihre Volkwerdung noch nicht allzuweit zurückliegt, nämlich seit ihrer Befreiung von der Osmanenherrschaft. Für Europa selbst war der Balkan als Feld der politischen Kräftemessung wichtig geworden, als Bismarck 1878 auf dem Berliner Kongreß den „ehrlichen Makler" zu spielen sich bemühte. Man kann nicht behaupten, daß der Balkan seitdem aus den Interessensphären der europäischen Großmächte herausgerückt ist. Ging der Kampf um die Einflußgewinnung in der Vorkriegszeit zwischen der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie und Rußland, so traten in der Nachkriegszeit an deren Stelle andere Werber um die Gunst der Südostländer: Frankreich, Italien und England. Die Methoden der Einflußnahme waren im wesentlichen zweierlei Art: Die Blockbildung und die Hörigmachung durch Gewährung politisch bestimmter Kredite. Es entstand die Kleine Entente (Tschechoslovakei, Jugoslavien und Rumänien), ein Instrument zur Niederhaltung der ungarischen Revisionsansprüche, das Organ zur Einleitung eines donauländischen selbstgenügsamen Wirtschaftsraumes. Auf der anderen Seite versuchte Italien durch

die Ausgestaltung seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Ungarn und Österreich der Hegemoniestellung Frankreichs und Englands ein Gegengewicht zu bieten. Als ein lediglich von balkanischen Interessen diktierter Zusammenschluß war der Balkanbund (Rumänien, Jugoslavien, Griechenland und die Türkei) anzusehen, wenn auch aus einer gewissen Frontstellung gegen Bulgarien kein Hehl gemacht wurde. Inwieweit sich in der Gegenwart einschneidende Veränderungen in den politischen Machtverhältnissen auf dem Balkan vollzogen haben, wird noch später behandelt werden. Eins dagegen steht unverrückbar fest: Deutschland hat in der Vorkriegszeit leider die „politische Betreuung" des Balkans Österreich-Ungarn überlassen und in der Nachkriegszeit auf eine politische Interessennahme bewußt verzichtet, dagegen seine wirtschaftliche Integration stark und mit Erfolg ausgebaut.

Wirtschaftsbeziehungen, vor allem aber auch Handelsbeziehungen Deutschlands mit allen Ländern des Südostens sind kein Novum in der Geschichte des deutschen Außenhandels, wie das sehr oft von nichtunterrichteter Seite dargestellt wird. Die Anteilquoten Deutschlands am Außenhandel der Südostländer sind sogar vor dem Kriege zum Teil höher gewesen als gegenwärtig. Auch die Kapitalinteressen bzw. -beteiligungen an den Wirtschaften der einzelnen Staaten haben, von Kapitalinvestitionen neuerer Zeit abgesehen, einen größeren Umfang gehabt als in den Nachkriegsjahren. Dabei hat — das ist bemerkenswert — die deutsche Exportware sich ohne eine ins Gewicht fallende kreditpolitische Unterstützung durchgesetzt, und zwar gegen die Finanzierungszentren Wien und Budapest.

Nach den einzelnen Friedensschlüssen und der Auflösung der Donaumonarchie erfuhren die deutsch-südosteuropäischen Handelsbeziehungen eine gewisse Lockerung. Aber schon in den Hochkonjunkturjahren 1927—1929 überschritt der Handelsumsatz mit dem Südosten den Vorkriegsstand. In den darauf folgenden Jahren der Weltwirtschaftskrise war Deutschland zwecks Abdeckung seiner Auslandskredite gezwungen, seine Ausfuhr nach den westeuropäischen Gläubigerländern zu forcieren, um mittels der durch die Exporterlöse hereinkommenden Devisen wenigstens die Zinsbeträge aufbringen zu können. Auf der anderen Seite erreichte die Kaufkraft der südosteuropäischen Kunden einen nie dagewesenen Tiefstand, so daß der Warenumsatz mit dem

Südosten 1933 nur noch 28 v. H. des Umsatzes von 1929 betrug. In der Folgezeit hat dann bis zur Gegenwart der Balkanhandel Deutschlands eine Ausweitung erfahren, die im Hinblick auf die Tatsache, daß der gesamte deutsche Außenhandel 1937 nur 50 v. H. des Umfanges vom Jahre 1929 erreichte, bemerkenswert ist, wenn auch teilweise die hohen Aus- und Einfuhrziffern des Jahres 1929 selbst 1937, in dem Jahr der seit 1933 bisher stärksten Handelsverflechtung, nicht erreicht wurden. Der besseren Übersicht wegen seien die Daten der beiden Vergleichsjahre zusammengestellt:

Außenhandel Deutschlands mit Südosteuropa [1]

in Millionen RM.

Deutschland/Ungarn	1929	1937
Deutsche Ausfuhr nach Ungarn	146,75	110,5
Deutsche Einfuhr aus Ungarn	89,34	114,1
Deutschland/Rumänien		
Deutsche Ausfuhr nach Rumänien	164,07	129,5
Deutsche Einfuhr aus Rumänien	210,85	179,5
Deutschland/Bulgarien		
Deutsche Ausfuhr nach Bulgarien	44,69	68,2
Deutsche Einfuhr aus Bulgarien	51,19	71,8
Deutschland Jugoslavien		
Deutsche Ausfuhr nach Jugoslavien	152,58	134,4
Deutsche Einfuhr aus Jugoslavien	60,86	132,2

Diese Zahlen seien noch in der Richtung vervollständigt, daß der bisherige Höchstbetrag der deutschen Einfuhr aus Rumänien mit 243,3 Mill. RM. im Jahre 1927 und der Rekordstand der deutschen Ausfuhr nach Jugoslavien mit 172,08 Mill. RM. im Jahre 1933 lag. Von deutscher Seite aus gesehen wird die wachsende Bedeutung des Südostens als Absatz- und Versorgungsgebiet Deutschlands aus der Tatsache gekennzeichnet, daß er 1933 am deutschen Import mit 7,6 und deutschen Export mit 6,5, 1937 aber mit 13 bzw. 12 Prozent beteiligt war.

1) Statistisches Jahrbuch 1930/1938.

„Der deutschen Wirtschaft haben sich in den letzten Jahren in organischer Entwicklung wertvolle Märkte in Südamerika und Südosteuropa geöffnet, die in vielfältiger Hinsicht gesunde Austauschbeziehungen ermöglichen. Das besonders Organische in der Entwicklung der engen wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den südosteuropäischen Ländern liegt neben der verkehrsmäßigen Verflechtung einmal in der bemerkenswerten Stufung von Lebensstandard und Kaufkraft zwischen den einzelnen Partnerländern, sodann in der güteraustauschfördernden Mischung zwischen Industrie- und Agrarländern und drittens in dem Vorhandensein wertvoller Rohstoffvorkommen. Hieraus ergeben sich organische Austauschmöglichkeiten, die — was besonders wichtig ist — nicht dem einseitigen Interesse einzelner Partner, sondern allen beteiligten Ländern dienen. Deutschland insbesondere kann den südosteuropäischen Ländern alle Möglichkeiten für eine verstärkte Ausbildung ihrer Produktivkräfte und damit für die Hebung ihres Lebensstandards eröffnen, wodurch sie ihrerseits auch wieder für die Außenwelt, das heißt nicht nur für Deutschland, sondern auch für die westeuropäischen Außenhandelspartner aufnahmefähiger gemacht werden. Gegenüber den unübersehbaren Schwankungen, denen die Weltmärkte ständig ausgesetzt sind, kann Deutschland somit durch einen zielbewußten Ausbau der gegenseitigen nachbarlichen Beziehungen in diesem Raum wertvolle Sicherung seines Außenhandels auf lange Sicht erzielen.“[1])

Man hat in ausländischen Wirtschaftskreisen die Bemühungen Deutschlands, nicht nur eine Umlagerung seines Außenhandels vorzunehmen, sondern auch den Versuch, neue Wege der Handelsmethoden zu wählen, von vornherein kritisiert und es auch an hämischen Bemerkungen über die Wiedereinführung eines „primitiven Tauschhandels“ nicht fehlen lassen. Die heute vorliegenden Ergebnisse unserer Bemühungen beweisen, daß das neue deutsche Außenhandelssystem sich nicht nur glänzend eingespielt hat, sondern, was noch wichtiger ist, das deutsche Außenhandelsvolumen ist seit 1932 wieder gestiegen, obwohl wir heute zu fast 80 Prozent über Clearing verrechnen und darüber hinaus auch unseren Handelspartnern eine Belebung ihrer Wirtschaft ermöglicht haben, wie dies von südosteuropäischer Seite offen zugegeben

1) Deutschlands Wirtschaftslage an der Jahreswende 1938/39, Bericht der Reichs-Kredit-Gesellschaft in „Breslauer Neueste Nachrichten“ 6. 1. 1939.

wird. Als man schließlich unsere Erfolge nicht mehr bestreiten konnte, versuchte man auf zweierlei Wegen unsere wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere mit den Ländern des Südostens, zu stören. Einmal behauptete man, daß dem Ausbau unserer Wirtschaftsbeziehungen der Hintergedanke der Erringung eines politischen Hegemonieanspruches zugrunde läge und daß wir die Südostmärkte in eine Abhängigkeit brächten, die es ihnen schwierig mache, ihren Warenaustausch mit anderen Ländern auszubauen. Zum anderen ging man zur „Aktivität" über und griff dabei zu dem durchaus nicht mehr neuen Weg der politischen Kredite. Die erstgenannte — man kann wohl sagen — böswillige Unterstellung konnte von deutscher Seite mit Leichtigkeit dementiert werden. Bei dem zweiten Angriff brauchten wir nicht einmal uns selbst zu bemühen, denn hier hat die schlechte Erfahrung der Südoststaaten mit der Hereinnahme ausländischer Finanzkredite das ihrige getan. Noch heute, 20 Jahre nach Weltkriegsende, haben die Südostländer einen Amortisations- und Zinsendienst zu leisten, der ihnen immer wieder Kopfzerbrechen macht. Daher haben Jugoslavien und Griechenland im Sommer 1938 das Angebot eines neuen englischen Kredites abgelehnt. Daß die Gefahr derartiger Kredite inzwischen nicht nur in Europa, sondern auch in Übersee erkannt worden ist, beweist der im September 1938 bekanntgegebene Verzicht Argentiniens auf eine bereits in allen Modalitäten festgelegte 25-Millionen-Dollar-Anleihe durch Wallstreet. Wir wollen hier nicht die vielen Versuche Englands bzw. Frankreichs zur „Brechung der deutschen Handelsvorrechte im Südosten" rekapitulieren. Über sie ist an Veröffentlichungen kein Mangel. Wir wollen lediglich noch etwas herausheben: Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk hat auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1938 von der Möglichkeit einer Erweiterung der zweiseitigen Handelsverträge zu drei- und mehrseitigen Bindungen gesprochen. Und schon ist in England der Plan diskutiert worden, den Südostländern den Absatz ihrer Rohstoffe und Agrarerzeugnisse dadurch zu erleichtern, daß man, da man selbst diese Überschüsse nicht abnehmen kann, dritten Ländern bei Übernahme dieser Artikel finanzielle Brücken bauen will, also im Endeffekt an die Einrichtung eines Dreieck-Clearings denkt.

Wir wollen hierbei nicht übersehen, daß sowohl Deutschland als auch Südosteuropa das System der Clearingverträge und damit der Grundsatz bilateraler Abmachungen durch Umstände, die wir schon angedeutet

haben, aufgezwungen worden ist. Deutschland mußte diese Verrechnungsart annehmen, weil seine Gläubiger der Ansicht waren, das deutsche Schuldenproblem durch zwangsweise Einkassierung der deutschen Ausfuhrerlöse bereinigen zu können, Südosteuropa, weil es die ihm aus dem Export anfallenden freien Devisen nicht zum Wareneinkauf, sondern zur Deckung von Zinsverpflichtungen aus Auslandskrediten benutzen mußte. Beide waren sich durchaus darüber klar, daß das Gegenseitigkeitsprinzip keine ideale Warenaustauschform darstelle, und an Versuchen, wieder einen mehrseitigen und freien Devisenverkehr einzuführen, hat es nicht gefehlt. Es ist klar, daß der in dem Wesen des Clearingvertrages liegende „bargeldlose Zahlungsausgleich" zwischen zwei Handelspartnern dauernd zur Bindung bedeutender Summen, die der Verwendung in der Wirtschaft entzogen werden, führt. Bei eingefrorenen Clearingbeträgen wird zudem der Warengläubiger genötigt, wenn er nicht zu große Zinsverluste haben will, zur Amortisation seiner Forderungen Waren im Tauschhandel zu übernehmen, die er vielleicht im Augenblick gar nicht dringend benötigt und für die ihm sogar noch die Preise diktiert werden. Ebenso natürlich ist aber auch, daß eine Wiederherstellung des freien Devisenverkehrs Veränderungen der Handelspolitik, vor allem aber eine Aufhebung des Kontingentsystems zur Voraussetzung haben muß, was für Deutschland schon deswegen vorläufig unmöglich wäre, weil z. B. eine ungehemmte Einfuhr von Agrarprodukten die ganze Marktordnung des Reichsnährstandes illusorisch machen würde.

Im Oktober 1938 ist im Verfolg einer Balkanfahrt des Reichswirtschaftsministers Funk eine freiere Gestaltung der Warenaustauschmethoden eingeleitet worden. Es wurde mit der Türkei ein Warenkreditabkommen in Höhe von 150 Millionen Reichsmark, dem Mitte Oktober ein gleiches mit Polen im Werte von 120 Millionen Zloty folgte, abgeschlossen. Der Minister gab damals in einem Interview an die türkische und ausländische Presse der Überzeugung Ausdruck, daß sich das System der bilateralen Warenabkommen noch lange erhalten werde. Das Türkeiabkommen sei im Gegensatz zu Finanzkrediten ein reines Warenkreditabkommen und bringe keine Verschuldung des Kreditnehmers, sondern erhöhten Warenaustausch mit sich. Der Kredit sei etwas absolut Neuartiges. Er zeige, wie ein neues Kreditsystem aufgebaut werden kann, das gleichzeitig alle Momente für die weitere Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen in sich trägt. Wir hätten kein

Gold und keine Devisen zu verleihen, dagegen hätten wir unsere gewaltige Produktion. Und weil wir sie hätten, deshalb hätten wir auch die gewaltige Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes. Aus unserer großen Produktion gäben wir unsere Kredite, deren Rückzahlung die große Aufnahmefähigkeit unseres Marktes sicherstelle.[1])

Dieser Ansicht kann man sich nur anschließen, denn Großdeutschland hat es jetzt nicht mehr nötig, am Welthandel so teilzunehmen, wie es ihm irgendein Notzustand diktiert. Wir können uns jetzt in der Gestaltung unserer Handelsbeziehungen freier bewegen, weil wir wirtschaftliche Kräfte zum Einsatz zu bringen vermögen, die in erster Linie auf dem hohen Stand unserer industriellen Produktionskapazität beruhen. Dieser Einsatz — und das ist das Wesentliche — wird ausgerichtet auf die dauernden Bedürfnisse von Handelspartnern, mit denen uns schon seit Jahren eine enge und erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit verbindet. Auf der anderen Seite richten sich diese Handelspartner auf die ständige Befriedigung unseres zusätzlichen Rohstoff- und Agrarbedarfs ein. So wird also die Unterbringung z. B. südosteuropäischer Agrar- und Rohstoffüberschüsse auf dem deutschen Markt von vornherein in unsere Ernährungs- bzw. Rohstoffbilanz eingestellt, während Deutschland ein stetiger Teilnehmer des südosteuropäischen Industrialisierungsprozesses wird. Wir haben also der Türkei keine Anleihe gegeben, wir haben ihr eigentlich nicht einmal einen Kredit in dem üblichen Sinne gegeben, sondern deutsche Banken übernehmen eine Vorfinanzierung von Lieferungen deutscher Industrieerzeugnisse, die mit einer gewissen Stundung nach und nach durch türkische Güter bezahlt werden. Auf Jahre hinaus nimmt also Deutschland als Gegenleistung für die Lieferung von Fabrikeinrichtungen, Maschinen, Geräten usw. türkische Agrar- und Rohstoffe nach Deutschland hinein, und zwar in dem Umfang, wie es die jeweilige Agrar- und Rohstofflage erfordert. Der deutsche Landwirtschaftsmarkt kann also nicht plötzlich mit ausländischen Agrarerzeugnissen überschwemmt werden. Dieses Kreditsystem oder diese durchaus als neuartig anzusehende Handelsmethode benötigt keinen Devisenverkehr und keinen Bartransfer. Der Kredit wird in Waren gezahlt oder in Waren verrechnet. Darüber

1) Nonnenbruch im „VB." Nr. 285/1938 vom 12. 10., zitiert nach W. M. des RWM. Nr. 238 vom 12. 10. 1938, Seite 1/2.

hinaus wird erwartet werden müssen, daß die Vorteile, die der ausländische Agrarexporteur durch die über dem Weltmarkstand von deutscher Seite gezahlten Preise hat, durch eine zoll- und tarifmäßige Bevorzugung des deutschen Industrieexporteurs kompensiert werden. Dies wird allein schon durch den auf einen langen Zeitraum ausgedehnten Warenaustausch bedingt sein.

Die deutsche Wirtschaftspresse hat in einer anschließenden Betrachtung über den Sinn und die eventuellen Auswirkungen der abgeschlossenen Warenkreditabkommen das Stichwort oder, wenn man will, das Schlagwort „Großwirtschaftsraum" in die Diskussion geworfen. „Damit ist das Axiom aufgestellt, daß alle Beteiligten sich nach Kräften bemühen, die wirtschaftlichen Interessen der anderen Partner in positivem Sinne zu fördern und nicht nur zu dulden. D. h. es wird ein aktives und unterstützendes Bemühen für die wirtschaftliche Wohlfahrt des anderen nötig und unerläßlich . . . Funk hat dieses Axiom aber auch einer geographischen und strukturellen Begrenzung unterworfen, indem er es in erster Linie auf jene Länder anwendet, die die Voraussetzung einer dauernden und engen Zusammenarbeit bieten. Diese Voraussetzungen ergeben sich aber erst aus der relativen geographischen Nähe, die von natürlichen Verkehrserleichterungen noch weiter begünstigt wird, und aus dem strukturellen Aufbau der Erzeugungsgrundlagen."[1]) Reichswirtschaftsminister Funk hatte nach der Rückkehr von seiner Südostfahrt seine vorherigen Erklärungen dahingehend in konkreterer Weise ergänzt, daß Jugoslavien, Bulgarien und die Türkei, die politisch befreundet seien, eine Art Balkanachse, die von der deutschen Grenze bis zum Schwarzen Meer reiche, bildeten. Durch die große Bedeutung der Donau für den Südosten werde ein Wirtschaftsraum geschaffen, der sich in natürlicher Weise ergänze. Wir wissen, daß in der Nachkriegszeit das Thema „Großwirtschaftsraum" von berufener, leider aber auch sehr oft von unberufener Seite erörtert worden ist. Es ist dabei u. a. versucht worden, aus der innigen Handelsverflechtung zwischen dem Altreich und dem Südosten das Vorhandensein eines Großwirtschaftsraumes Deutschland-Südosteuropa beinahe gewaltsam zu konstruieren, obwohl hierfür auf jeden Fall vor der Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes eine Reihe wichtiger Voraussetzungen, insbesondere

1) „Die Deutsche Volkswirtschaft" 2. Oktoberheft, Nr. 29/1938 Seite 1057.

verkehrstechnischer Natur, gefehlt haben. Zum mindesten stellten sich der Konstituierung eines derartigen Wirtschaftsraumes die schon erwähnten Blockbildungen innerhalb Südosteuropas entgegen. Sie haben heute (Ende 1938) ganz oder teilweise an Bedeutung verloren. Dagegen hat sich zwischen Deutschland und den von Funk genannten Südostländern eine auch immer besser gewordene politische Zusammenarbeit herausgebildet, die eines der wesentlichsten Momente für eine dauerhafte wirtschaftliche Durchdringung ist.

Entscheidender scheint uns die Frage, ob von beiden Seiten das Zustandekommen eines solchen vollkommen und ausschließlich aufeinander eingespielten Großwirtschaftsraumes überhaupt erwünscht ist. Dies müssen wir verneinen. Wir glauben nämlich die oben angeführten Worte des Reichswirtschaftsministers so verstanden zu haben, daß allerhöchstens an die Bildung eines nur „vertragspolitisch" zusammenarbeitenden Wirtschaftsraumes von der „Nordsee bis zum Schwarzen Meer" gedacht worden ist. Wir begründen unsere Ansicht außerdem damit, daß es eine ganze Reihe wichtiger Waren gibt, die uns der Südosten niemals in der entsprechenden Menge und Qualität wird liefern können und wollen, — auch die Agrarproduktionsumstellung hat ihre Grenzen — und daß der Einrichtung eines echten Großwirtschaftsraumes der Stand unserer hochwertigen Industrieproduktion entgegensteht. Denn der Südosten wird mit einfacheren Industriewaren von anderen Industriestaaten beliefert, ganz abgesehen davon, daß es ja gerade diese Industriebranchen sind, die bisher im Südosten selbst am besten Fuß gefaßt haben. Würden wir also die Belieferung mit diesen einfachen Industriewaren ebenfalls anstreben, so müßten wir unsere Fertigwarenausfuhr und damit teilweise auch unsere Industrieproduktion umstellen. Der deutsche Export verteilt sich auf eine Unzahl verschiedenartiger Waren, die in alle Länder der Welt gehen, und wenn wir heute die Rückgabe kolonialen Besitzes erneut fordern, so ist das eine Politik, die bestrebt ist, dem deutschen Außenhandel wieder den Weg in die Welt zu weisen, zum mindesten aber nicht, ihn auf einen Teil Europas festzulegen.[1])

Man sage nicht, daß wir Südosteuropa als Handelspartner deswegen so große Beachtung geschenkt haben, weil bisher die Forderung Deutschlands nach Rückgabe seiner alten Kolonien noch nicht berücksichtigt

1) Hierzu vgl. auch Schmölders-Vogel, Wirtschaft und Raum. Seite 113 ff.

wurde, und der „Lückenbüßer“ Südosteuropa in dem Augenblick ausscheide, in dem uns die Möglichkeit gegeben wird, auf eigener Scholle in den Kolonien den Lebensmittel-, Rohstoff- und Industriepflanzen-Zuschußbedarf sicherzustellen. Dies wird schon deswegen nicht der Fall sein, weil den Kolonien ausschließlich die genannte Aufgabe nicht zufallen kann und sie im Ernstfalle ja auch, wie die Erfahrung gelehrt hat, als Versorgungsgebiete leicht ausfallen können.

A. I. Charakterisierung des Wirtschaftsaufbaus der Südostländer

Wandlungen der Wirtschaftsstruktur

Wir wollen in diesem Abschnitt, ohne schon hier auf Einzelheiten einzugehen, die Wirtschaftsstruktur des Südostens bzw. der hier behandelten Länder sowie die Wirtschaftsstrukturwandlungen bis in die jüngste Gegenwart aufzeigen.

Dabei ist allerdings zunächst festzuhalten, daß Ungarn einerseits und Bulgarien, Jugoslavien sowie Rumänien andererseits nach Weltkriegsende beim Ausbau ihrer Volkswirtschaften verschiedene Bedingungen vorgefunden haben. Ungarn litt zunächst unter dem fragmentarischen Aufbau seiner Wirtschaft, da durch den Vertrag von Trianon der größte Teil der seine Schwerindustrie ergänzenden Roh- und Kraftstoffgebiete verlorengegangen war, während Jugoslavien und Rumänien vor der Aufgabe standen, die ihnen zugefallenen neuen Gebiete, die als frühere Teile der Donaumonarchie in wirtschaftlicher, aber auch in sozialer Beziehung eine andere Entwicklung durchgemacht hatten, in den vorhandenen Wirtschaftskörper organisch einzubeziehen. Diese beiden letzteren Staaten besaßen wenigstens die für die Entwicklung fast aller Industriezweige notwendigen Rohstoffe, während Bulgarien mit ihnen bedeutend schlechter gestellt wurde. Um den Strukturstand der vier Länder nach Schluß des Krieges voranzustellen: Ungarn war schon von der Vorkriegszeit her als Agrarindustriestaat anzusehen, während die drei anderen

Länder ihre Entwicklung von ausgesprochenen Agrar- und Rohstoffländern zu Agrarindustriestaaten erst nach dem Kriege einleiteten. „Festzuhalten ist allgemein, daß in der Wirtschaftspolitik dieser Länder die Pflege von Gewerbe und Industrie einen breiteren Raum einnimmt als früher und als ein wichtiger Bestandteil des wirtschaftlichen Neuausbaus betrachtet wird."[1]) Die Gründe für die Wandlungen der südosteuropäischen Produktionswirtschaften in der Nachkriegszeit sind verschiedener Art. Sie passen sich, insgesamt gesehen, den Gründen an, die bisher in allen Ländern der Welt für den Ausbau bodenständiger Industrien vorgebracht worden sind. Zunächst einmal hat die endlich erreichte außenpolitische Freiheit die Emanzipationstendenzen verstärkt. Dann lag in diesen Ländern schon immer das Bestreben vor, den Wert der nationalen Erzeugung zu erhöhen, weil auch die Anforderungen des Staatsfiskus von den Erträgen aus der Landwirtschaft und dem Agrarexport allein nicht mehr befriedigt werden konnten. Das Wichtigste war daher der Aufbau einer Nahrungsmittelindustrie, d. h. also eine Verarbeitung der im Lande wachsenden Agrarprodukte mit dem Ziel ihrer Werterhöhung und damit auch ihrer Erlössteigerung beim Export. Als weiteres Moment für den Ausbau anderer Industriezweige ist die Suche nach neuen Erwerbsmöglichkeiten für den in diesen Ländern besonders hohen Bevölkerungsüberschuß hinzugekommen. Mit einer nicht ausbleibenden Verstädterung der Bevölkerung und damit der Zusammenballung größerer und kaufkräftigerer Konsumentenschichten entstanden für alle Industriewaren aufnahmefähige Märkte, deren Versorgung bis dahin ausschließlich dem industriell höher entwickelten Ausland zugefallen war. Die ständig wachsenden Bedürfnisse der Bevölkerung gaben dann den Anreiz, diesen durch Errichtung eigener Industrieunternehmungen immer mehr nachzukommen.

Träger der Industrialisierung ist in allen diesen Ländern der Staat, und weil er das ist, kann es ihm nicht schwer fallen, die unter seiner Anleitung gebauten oder von ihm kontrollierten Industrien durch eine entsprechende Handelspolitik vor der Auslandskonkurrenz zu schützen. Industrieförderungsgesetze wurden erlassen, die als wesentlichste hier

1) „Der Südosten" (Ostdeutsche Wirtschaftszeitung Breslau) Nr. 16, 27. 11. 1936, Seite 489.

herauszuhebende Punkte: Zollfreiheit für Maschinen und Apparate, die für den Aufbau industrieller Betriebe wichtig sind, tarifarische Begünstigungen, Erleichterungen bei der Beschaffung von Bauplätzen, direkte Subventionen, Steuernachlässe und schließlich Staatsaufträge vorsehen. Daß durch diese forcierten Industrialisierungsmaßnahmen Fehlinvestitionen und Kapitalfehlleitungen zum Teil größten Stils eintraten, konnte nicht ausbleiben. Auch starke Übersetzungen in einzelnen Branchen machten sich bald bemerkbar. Die einzelnen Länder haben hier manchen gemachten Fehler bald eingesehen und die entsprechenden Abstoppungsverordnungen, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, erlassen. Hemmnisse erwuchsen der Industrialisierung aus der in Agrarländern immer sehr schwachen Inlandskapitalbildung — das westeuropäische Auslandskapital hat sich daher sehr schnell eingeschaltet — und dem Mangel an Rohstoffen, die mit Devisenaufwendungen eingeführt werden mußten.

Das Schwergewicht der Industrialisierung lag, wie wir schon andeuteten und wie das bei industriellen Neuländern meist der Fall ist, zuerst bei der Verbrauchsgüterindustrie. „Sie konnte zum großen Teil auf vorhandenen Rohstoffen traditionsgebunden aufgebaut werden und hatte für die kulturell zurückgebliebenen und kapitalarmen Agrarländer den Vorteil, im allgemeinen eine geringere Anzahl qualifizierter Arbeitskräfte und relativ weniger Kapital zur Errichtung eines Betriebes zu erfordern als eine Produktionsgüterindustrie. Diejenigen Zweige der Konsumgüterindustrie, die ein sehr hohes stehendes Kapital beanspruchen, wie die Zuckerindustrie und auch die großbetrieblichen Formen der Textilindustrie, insbesondere die Spinnerei, sind im wesentlichen erst nach dem Kriege und mit ausländischem Kapital sowie ausländischen Facharbeitern ausgebaut worden.“[1]) Hinter der Nahrungs- und Genußmittelindustrie steht überall im Südosten ihrem Produktionswert und der Anzahl der in ihr beschäftigten Arbeiter nach die Textilindustrie an zweiter Stelle. Die Bedeutung der übrigen Zweige der Konsumgüterindustrie, deren Erzeugnisse nicht zum unbedingt lebensnotwendigen Bedarf gehören, gründet sich in den einzelnen Ländern auf

1) Groß: „Südosteuropa“, Bau und Entwicklung der Wirtschaft, Universitätsverlag Robert Noske, Leipzig 1937, Seite 205/206.

der dazugehörigen mehr oder minder umfangreichen Rohstoffbasis. Die Entwicklung der Produktionsmittelindustrie ist langsamer vorangekommen, und zwar schon deswegen, weil in ihr der fixe und laufende Kapitalbedarf ungleich größer ist und sie zudem, von den primitiven Verarbeitungsstufen abgesehen, eine Facharbeiterschaft braucht. Beide Produktionselemente sind im Südosten noch niemals im Überfluß gewesen. Selbstverständlich arbeitet noch kaum einer der einzelnen Zweige (chemische Industrie, Metall- und Maschinenindustrie, elektrotechnische Industrie usw.) für den Export. Eine Ausnahme bildet lediglich Ungarn, das sich den hohen Stand seiner Industrieerzeugung auch qualitativ nach dem Kriege erhalten konnte und seine Produkte sogar in ausgesprochene Industrieländer wie Deutschland liefert.

Nach amtlichen Berechnungen[1]) ist die Gütererzeugung der Industrie in Bulgarien, Rumänien, Jugoslavien, Ungarn und Griechenland von 1927 bis 1937 um rund 44 Prozent gewachsen. In den übrigen Teilen Europas beträgt die Zunahme im gleichen Zeitraum nur 16 Prozent. Bei dieser Produktionszunahme lassen sich drei Abschnitte unterscheiden, die mit dem konjunkturellen Rhythmus der Weltwirtschaft zusammenhängen. 1. von 1927 bis 1929, in den Jahren der weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur, hat die Industrieerzeugung in den Südostländern nicht schneller zugenommen als im Durchschnitt der übrigen Länder. 2. Von 1929 bis 1932 ergeben sich aber beträchtliche Bewegungsunterschiede: Die Industrieerzeugung Südosteuropas ist weit krisenfester als die industrielle Warenerzeugung der übrigen europäischen Wirtschaften. Der Binnenmarkt blieb hier den einheimischen Erzeugnissen vorbehalten, und die Agrarkrise gab gerade der Forcierung der Industrialisierung einen Anreiz. 3. In den dritten Abschnitt von 1932 bis 1937, der im Zeichen einer Erholung und des Aufschwunges der Weltkonjunktur stand, traten die Südostländer also schon mit einem gewissen Vorsprung ein, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß die „Zuwachsratenschere" zwischen der Industrieproduktion des Südostens und dem übrigen Europa sich wieder mehr geschlossen hat. Zur Veranschaulichung dieser Entwicklung möge die folgende Zusammenstellung dienen[2]):

1) Institut für Konjunkturforschung, Wochenbericht Nr. 18 vom 4. 5. 1938, Seite 144/145.
2) I. f. K., Wochenbericht 18 vom 4. 5. 1938, Seite 145.

Industrielle Erzeugung Südosteuropas[1)]

(1918 = 100)

Jahr	Südosteuropa	Übriges Europa
1927	95,5	97,0
1928	100,0	100,0
1929	104,0	105,6
1930	99,7	97,8
1931	98,3	85,6
1932	86,6	72,3
1933	96,5	78,3
1934	112,6	87,7
1935	120,4	95,2
1936	133,1	103,3
1937	137,3	112,6

Es läßt sich noch nicht übersehen, ob die jüngsten Krisenerscheinungen in der Weltwirtschaft, auf die Reichswirtschaftsminister Funk am 16. Juni 1938 in seiner Rede über die Frage der Anerkennung der Österreich-Schulden hinwies, sich für Südosteuropa so auswirken werden, daß sich aus ihnen neue Antriebsmomente für eine noch beschleunigte Fortführung des Industrialisierungsprozesses ergeben. Selbstverständlich muß man sich trotz der hohen Zuwachsraten der südosteuropäischen Produktionsentwicklung während der letzten zehn Jahre davor hüten, den Umfang der Industrieproduktion zu überschätzen. 1928 waren nämlich die schon genannten Südostländer am Wert der europäischen Industrieerzeugung mit kaum zwei Prozent beteiligt und gegenwärtig dürfte sich dieser Anteil zu den Preisen des Jahres 1928 auf 2,5 Prozent belaufen. Pro Kopf der Bevölkerung ist außerdem die Industrieerzeugung Südosteuropas noch weit kleiner als im übrigen Europa. Das bedeutet einmal, daß der industrielle Aufbau im Südosten noch vor größeren Möglichkeiten steht und daß andererseits die Aufnahmefähigkeit für mittel- oder westeuropäische Industrieerzeugnisse erhalten und erweitert werden kann.

Daß im Verfolg der Industrieförderungspolitik der landwirtschaftliche Sektor der einzelnen Staaten sehr oft benachteiligt worden ist, ist bekannt. „Durch die einseitige Förderung der Industrie sind die wenigen im Lande vorhandenen flüssigen Mittel der Landwirtschaft entzogen und

1) Bulgarien, Rumänien, Jugoslavien, Ungarn, Griechenland.

in Industrieunternehmungen — vielfach in höchst unrationeller Weise — festgelegt worden. Diese sowie andere unproduktive Kapitalsanlagen (unverhältnismäßig hohe Ausgaben für die bewaffnete Macht) haben zur Verarmung der Bevölkerung wesentlich beigetragen. Auf die landwirtschaftlichen Exportprodukte wurden vom Staat in der ersten Nachkriegszeit hohe Ausfuhrzölle und Frachtzuschläge gelegt, die eine dauernde und unvermittelte Änderung erfuhren. Die Bauern mußten ihre eigenen Produkte weit unter Weltmarktpreis abgeben, ihre Bedarfsstoffe aber bei den hohen Schutzzöllen über Weltmarktpreis einkaufen. Dazu kamen noch die hohen Steuern, die hauptsächlich auf der Landwirtschaft als dem wichtigsten Produktionszweig der Länder lasteten und bei den häufigen Mißernten bis 1930 zur Verschuldung der Landwirtschaft mit beitrugen."[1])

An dieser Stelle sei schon erwähnt, daß die einzelnen Regierungen, als die Verelendung der breiten Bauernmassen einen immer bedrohlicheren Charakter annahm, eine aktive Hilfe den Landwirten dadurch zu bringen versuchten, daß sie Getreidemindestpreise und Exportprämien einführten. Diese beiden Maßnahmen konnten zu einer Zeit, da die überseeische Konkurrenz immer stärker wurde und die Weltmarktpreise für Getreide eine von Jahr zu Jahr fallende Tendenz aufwiesen, kaum einen Erfolg haben, denn sie erhöhten den Anreiz zu verstärktem Anbau von Brotgetreide, obwohl die Brotgetreide-Selbstversorgungsbestrebungen der Abnehmerländer in das Stadium der Verwirklichung zu treten begannen. Ungarn und Bulgarien haben zu rechter Zeit eingesehen, daß in den weiteren Wirtschaftsaufbau der landwirtschaftliche Sektor auf die Dauer nur einziehbar war, wenn man dem veränderten Agrareinfuhrbedarf der Kunden durch eine entsprechende Umstellung der Agrarproduktion entgegen kam. Jugoslavien und Rumänien haben diesen Tatsachen erst später Rechnung getragen. Wir werden auf dieses Moment der Agrarproduktionsumstellung, als einen wesentlichen Punkt unserer Arbeit, ausführlich zurückkommen.

A. I. 1) **Bulgarien: Maßvolle Industrialisierung**

Für die industrielle Entwicklung in Bulgarien ergibt sich folgendes Bild: In den Jahren nach Begründung des dritten Bulgarischen

1) s. Groß, a. a. O. Seite 118.

Reiches, also nach 1878, war der Begriff der Industrie in Bulgarien überhaupt noch nicht vorhanden. Gewiß gab es schon eine Reihe von mittleren Gewerbebetrieben, jedoch erst das Gesetz zur Förderung der einheimischen Industrie vom Jahre 1894 brachte den Industrialisierungsprozeß in Gang. Es sah als wichtigsten Punkt die Zollfreiheit bei dem Import von Maschinen und Rohmaterialien vor. Bereits drei Jahre später, im Jahre 1897, erhöhte Bulgarien den ihm auf dem Berliner Kongreß 1878 auferlegten Einfuhrzoll auf ausländische Artikel in Höhe von 8 Prozent auf 14 Prozent. Das Industrieförderungsgesetz wurde dann 1905, 1909 und schließlich 1928 verlängert. 1928 gab die Regierung bekannt, daß eine nochmalige Verlängerung nicht erfolgen würde. Als danach auch über Bulgarien die internationale Wirtschaftskrise hereinbrach, wurden Beschränkungen des letzten Industrieschutzgesetzes vorgenommen, d. h. eine Reihe von Privilegien für Industrieunternehmungen abgeschafft und auch der zollfreie Import für Produktionsgüter und Rohstoffe hatte ein Ende. Das Industriegesetz vom 26. August 1936 brachte eine völlige Neuregelung des Verhältnisses zwischen Staat und Industrie. Es hat den Zweck, alle Verordnungen, die die einzelnen Behörden nach dem Gesetz von 1928 erlassen hatten, zusammenzufassen, die Industrieförderung neu zu ordnen und eine rationelle Erzeugung einzuführen. Drei Organe wurden für die Lenkung der staatlichen Industriepolitik gebildet: der Industrierat, der die allgemeinen Richtlinien festlegt, die Industriekommission, die konkrete technische Fragen zu bearbeiten hat, und die Kartellkommission, die die kartellmäßigen Bindungen innerhalb der Industrie prüft. Jede Neugründung bzw. Erweiterung des industriellen Betriebes unterliegt der Zustimmung des Wirtschaftsministeriums. Der Industrierat hat darüber zu entscheiden, ob in einer Industriebranche eine Übersetzung vorliegt oder ob ihre Erzeugungskapazität dem Inlands-, vor allem aber auch dem Rüstungsbedarf entspricht. „Grundgedanke ist die Beschränkung des Industrieschutzes auf wirklich lebensfähige Industrien, besonders solche, für die eine heimische Rohstoffgrundlage geschaffen werden kann; einige bestehende Produktionszweige sollen unter Ausschaltung unwirtschaftlicher Betriebe auf einige moderne Werke mit günstiger Kostengestaltung übergeführt werden, evtl. mit Standardisierung der Sorten.“[1])

1) Wirtschaftsdienst, Heft 46, 13. 11. 1936, Seite 1678.

Bulgarien hat mit diesem Gesetz sich ganz bewußt eine Zurückhaltung in der Industrialisierung auferlegt, da man einmal eingesehen hatte, daß die Absatzmöglichkeiten auf dem Inlandsmarkt nicht unerschöpflich sind, und zum anderen, daß der bulgarische Industrieexport gegenüber ausgesprochenen Industrieländern niemals konkurrenzfähig sein würde. Zudem hatte man rechtzeitig erkannt, daß ein industrieller Export auch in die Nachbarländer nicht in wesentlichem Maße in Frage kommen konnte, weil diese mit ähnlicher sozialer und wirtschaftlicher Struktur wie Bulgarien stetige Abnehmer industrieller Güter bulgarischer Herkunft nicht sein konnten und wollten. Es sind also im Verfolg des Gesetzes bei einer Reihe von Industriezweigen Errichtungssperren festgesetzt worden, die in diesem Rahmen aufzuzählen zu weit führen würde. Ein Blick auf die Entwicklung des Index der Industrieproduktion beweist das maßvolle Fortschreiten des Industrialisierungsprozesses (1934 = 100): 1935 = 104, 1936 = 114, 1937 = 117.[1]) Bulgarien hat also das Problem der landwirtschaftlichen Überbevölkerung nicht dadurch zu lösen versucht, daß es den Menschenüberschuß um jeden Preis „in die Industriebetriebe steckte", sondern das Überhandnehmen des Auftretens unbeschäftigter Arbeitskräfte auf dem Lande durch die schon erwähnte und später noch näher zu beleuchtende Agrarproduktionsumstellung, d. h. den Übergang zum verstärkten Anbau arbeitsintensiver Kulturen abgestoppt. Die gegenwärtige Parole für den zukünftigen industriellen Ausbau, auf den natürlich keineswegs verzichtet werden soll, heißt seit zwei Jahren Anschluß an die Agrarproduktion und deren Be- und Verarbeitung; kurz, weniger Rohstoffe, dafür aber mehr Halbfabrikate anzubieten. Die ausgezeichneten Erzeugnisse der aufstrebenden bulgarischen Konservenindustrie haben inzwischen auf einigen Auslandsmärkten, u. a. auch dem deutschen, ausgezeichnet Fuß fassen können.

A. I. 2) **Rumänien: Gründerjahre**

Rumänien, als das der Oberfläche und Bevölkerungszahl nach größte Land Südosteuropas, hat auf Grund seiner reichhaltigen Rohstoffvorkommen, vor allem aber als einziger Staat, der auf dem Balkan über

1) s. a. Der Wirtschafts-Ring, Heft 1, 7. 1. 1938, Seite 26.

bedeutendere Erdölstätten verfügt, die besten Voraussetzungen für den Aufbau nicht nur einer Konsumgüter- sondern noch viel mehr einer Produktionsgüterindustrie. In der Tat hat die Industrialisierung Rumäniens in der Nachkriegszeit, in verstärktem Umfang aber in den letzten zehn Jahren, erstaunliche Fortschritte gemacht. Die industrielle Produktionskurve zeigt einen ständig steil ansteigenden Verlauf:

Industrieller Produktionsindex[1]

(1927 = 100)

1929	1932	1933	1934	1935	1936	1937
117,9	104,4	121,0	146,1	144,0	153,3	155,4

In aufsteigender Linie hat sich dementsprechend der Wert der industriellen Erzeugung bewegt. Er machte 1935 nur 47,2 Mrd. Lei aus, betrug 1936 51,3 Mrd. und erreichte 1937 55,7 Mrd.[2] Das Jahr 1937 war im übrigen überhaupt als Rekordjahr der industriellen Gründungstätigkeit anzusprechen. In diesem Jahre wurden für Gründungen von neuen Industrieunternehmungen 588,3 Mill. Lei (1936 665,9 Mill. Lei) aufgewendet. Seit dem Krisentief im Jahre 1932 hat die elektrotechnische Industrie in dem genannten Jahr mit einer Produktionsvolumenszunahme von 191 Prozent den stärksten Aufstieg zu verzeichnen gehabt. Es folgt die Metallindustrie mit 142 Prozent und die Textilindustrie mit 111 Prozent. Die günstige Bilanz in fast allen Wirtschaftszweigen ist — dies muß objektiv zugegeben werden — nicht zuletzt der planmäßigen Wirtschaftspolitik der zurückgetretenen Regierung Tatarescu zu verdanken. Die bedeutsamste Entwicklung unter allen Wirtschaftszweigen nahm aber 1937 die Industrie. Man konnte hier geradezu von einem Gründungsfieber sprechen. Vor allem sind es die umfangreichen Umgruppierungen, die zu einer gewaltigen Trustbildung bei der einheitlichen Gestaltung der Rüstungsindustrie führten. Das Gründungsfieber zeigt sehr instruktiv eine Veröffentlichung der Bukarester Handelskammer[3] über die Firmen-

1) „Industria in 1937" in „Prezentul" 1. 1. 1938. Seite 3a.
2) s. a. Tätigkeitsbericht des Generalverbandes der Industriellen Rumäniens (UGIR.) für das Jahr 1938, „Timisoaraer Zeitung" 6. 7. 1938, Handelsteil und Generalversammlung d. Industriekreditges. Temesvarer Zeitung, 16. 2. 1938.
3) s. a. „Breslauer Neueste Nachrichten", Handelsteil 23. 1. 1938.

neugründungen im vergangenen Jahr: Danach wurden allein in Bukarest 3289 neue Einzelfirmen und 501 Gesellschaftsfirmen gegründet. Das Kapital aller Neugründungen beträgt über 2 Mrd. Lei.

In der ersten Industrialisierungsepoche der Nachkriegszeit war von einer bewußten Planung des Industrialisierungsprozesses keine Rede. Sehr viele industrielle Investitionen dieser Zeit beruhten auf der privatwirtschaftlichen Spekulation auf den staatlichen Protektionismus. Das Vorkommen vieler Fehlinvestitionen und an diese sich anschließende Zusammenbrüche wird heute darauf zurückgeführt, daß der vorhandene Gewohnheitsbedarf im Großhandel und bei den Konsumenten, der infolge der Importbeschränkungen nicht oder nicht ausreichend befriedigt werden konnte, Anlaß zur Errichtung industrieller Unternehmungen gewesen ist. Da eine Kontrolle über die Notwendigkeit derartiger Neugründungen nicht erfolgte, bekamen diese auch noch den Staatsschutz des Industrieförderungsgesetzes. Eine gewisse Lenkung der Industrialisierung von oben her, schon als unabdingbare Folge der mittelbaren oder unmittelbaren Auswirkungen der Staatsaufträge, ist erst seit den letzten zwei Jahren zu erkennen. Am 19. Mai 1937 wurde auf Grund des Dekretgesetzes zur Regelung und Überwachung der Kartelle eine Verfügung betreffend die Gründung neuer Fabriken bzw. Neuaufnahme oder Verlegung von Betrieben erlassen, in der im Artikel 1 bestimmt wurde, daß Gesuche über die Gründung neuer Fabriken bei der Industriedirektion des Industrie- und Handelsministeriums einzureichen sind.[1]) Das erste Industrieförderungsgesetz stammt vom Jahre 1912. Es ist mit Abänderungen, auf die hier nicht eingegangen werden kann, immer wieder verlängert worden, und zwar das letztemal bis 31. Dezember 1937. In den beiden letzten Verlängerungen in den Jahren 1936 und 1937 ist bemerkenswerterweise ein Passus aufgenommen worden, wonach die Vorteile des Industrieförderungsgesetzes in Zukunft nur noch denjenigen Unternehmungen zuteil werden können, die den Anforderungen des Gesetzes über die Verwendung rumänischen Personals in den Unternehmungen entsprechen. Seit Anfang 1938 ist für die Abänderung des Industriegesetzes eine Sonderkommission eingesetzt worden, deren wichtigsteAufgabe in der Festlegung von Normen für die Gründung neuer Fabriken besteht. Das Industrieschutzgesetz wird demnach also schon die

1) s. a. „Bukarester Tageblatt", Handelsteil, 23. 5. 1937.

Übersetzungserscheinungen in der Industrie berücksichtigen und eine Gliederung der einzelnen Industrien nach Rohstoffgrundlagen und Industrialisierungsgrad veranlassen. Aus dieser Einteilung sollen die weiteren Möglichkeiten des planmäßigen industriellen Aufbaus ersehen werden können.

Ob gegenwärtig und in Zukunft die Zeit der spekulativen Gründungen vorüber ist, kann nicht als sicher gelten. Man darf nicht vergessen, daß gerade im vergangenen Jahr, und auch noch jetzt das wehrwirtschaftliche Moment einer der wesentlichsten Gründe für die Forcierung der Industrialisierung ist, wobei als Auftraggeber nach wie vor im weitesten Maße der Staat und als Finanzier die Staatssparkasse auftritt, während die echte Inlandskapitalbildung aus Spareinlagen noch nicht den Grad erreicht hat, um langfristige Finanzierungen zu gestatten. Andererseits hat man mit ausländischen Finanzkrediten allzu schlechte Erfahrungen machen müssen, da sie den Außenhandel auf Jahre hinaus belasten. Man darf außerdem nicht übersehen, daß gerade die große Masse der Bevölkerung auch heute noch eine sehr geringe Rolle als Verbraucher inländischer Erzeugnisse spielt. „Ferner wird es erforderlich sein, daß der Industrialisierungsprozeß unseres Landes nicht in Exzesse gerät. Es sollen nicht Industrieartikel erzeugt werden, die vom Auslande erheblich wirtschaftlicher beschafft werden können, und die in unserem Lande keine Existenzberechtigung besitzen."[1])

Die nach dem Weltkriege zunächst einseitig auf die Interessen der Industrie bedachte Wirtschaftspolitik hat zu einer Vernachlässigung des Agrarsektors geführt, die verheerende Folgen nach sich zog. Als in den ersten Nachkriegsjahren aus dem Anschwellen des Getreideexports bedeutende Gewinne anfielen, wurden diese nicht der Landwirtschaft, sondern größtenteils der Industrie zugeführt. Der Einbruch der Weltwirtschaftskrise sah daher das rumänische Bauerntum vor einer besonders schwierigen Lage, als billige Kredithilfen nicht zu erlangen waren, ganz abgesehen davon, daß die überseeische Konkurrenz den Absatz der rumänischen Getreideerzeugnisse zeitweilig beinahe zu einer Unmöglichkeit machte. Daß in jenen Jahren für die Bodenverbesserung nichts getan werden konnte, versteht sich am Rande. Preisstürze und Mißernten taten

1) Ladislaus Heller, Generalversammlung der Temesvarer Bank- und Handels-AG., Temesvarer Zeitung 22. 4. 1937, Seite 7.

das Ihrige, um das rumänische Bauerntum an den wirtschaftlichen Abgrund zu führen. „Es ist eine Schande, daß Rumänien hinsichtlich der Menge und Beschaffenheit unserer landwirtschaftlichen Erzeugung unter den europäischen Agrarländern an letzter Stelle steht", so sagte König Carol selbst auf dem Landeskongreß der Landwirtschaft im April 1937.[1] Die Kritik des Königs hat dann mit die Veranlassung gegeben, sich an verantwortlichen Stellen der Tatsache bewußt zu werden, daß die Landwirtschaft immerhin die Hauptbeschäftigung von drei Viertel Teilen der Landbevölkerung ist. „Sie ist daher die „erste Industrie" des Landes und ihren Interessen muß vor allem Raum gegeben werden."[2] Der Oberste Wirtschaftsrat hat im Juli 1938 der Regierung praktische Vorschläge zur Förderung der Landwirtschaft unterbreitet, die im wesentlichen auf eine Rationalisierung der Arbeit und des Anbaues, auf den Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens, auf die Gewährung billiger Agrarkredite, auf die Festsetzung von Mindestpreisen sowie auf die freie Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen, Werkzeuge und Kunstdünger hinauslaufen.

A. I. 3) Jugoslavien: Industrialisierung ohne Vernachlässigung der Landwirtschaft

Bei einem Aufenthalt in Jugoslavien fühlt man bei objektiver Beurteilung wie in Gesprächen mit Wirtschaftsmännern des zwanzigjährigen jungen Staates, daß eine Welle des Ehrgeizes und des Willens durch dieses Land strömt, es nicht nur politisch und verwaltungstechnisch, sondern auch wirtschaftlich aus dem balkanischen Primitivzustand in ein mitteleuropäisches Gegenwartsleben zu überführen. Bei allen Maßnahmen hat man jedenfalls das Gefühl, daß sie mit einem hohen Verantwortungsbewußtsein getroffen werden. Daß sich hier und dort Überstürzungserscheinungen zeigen, nimmt nicht Wunder, aber die ausgezeichneten Möglichkeiten, die sich gerade in Jugoslavien für eine Industrialisierung ergeben, wirken hier immer kompensierend. Das Land verfügt neben einer allerdings nicht sehr ergiebigen Braun- und Stein-

1) „Berliner Nachtausgabe", Handelsteil 15. 4. 1937.
2) s. Temesvarer Zeitung 31. 7. 1938, Seite 9.

kohle über alle wichtigen Eisen- und Nichteisenmetalle. Es hat ungeheure Waldbestände mit allen erdenklichen Holzarten. Es hat sogar Erdöl, es besitzt einen ausgezeichneten Boden für Weizen und Mais, es hat ein günstiges Klima für den Industrie- und Ölpflanzenanbau (es ist nach Italien der größte Hanfproduzent Europas), alles Reichtümer, um die wir es beneiden könnten. Das Fortschreiten der Industrialisierung resultiert aber — dies sei hier hervorgehoben — weniger aus dem Rohstoffbedarf der europäischen Industrie als vielmehr aus dem glücklichen Zusammentreffen der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise mit dem Aktivwerden des eigenen Kraftgefühls. Ohne Zweifel hat die Industrie, von einigen an den Standort gebundenen Zweigen abgesehen, ihre Entwicklung in erster Linie dem umfassenden Zoll- und Devisenschutz und der Mitwirkung des ausländischen Kapitals zu verdanken. Die Zollschranken allerdings haben heute ihre Bedeutung als Schutz für den Aufbau einer heimischen Industrie fast so gut wie ganz eingebüßt. Die großen Industrie- und Ausfuhrstaaten mit ihren Methoden der gelenkten Produktion können mit Leichtigkeit Zollschranken, die selbst 50 bis 60 Prozent des Wertes der Ware ausmachen, überspringen. Einfuhrkontingente, Einfuhrbewilligungen und Devisenkontrolle stellen den modernen und auch wirksameren Schutz dar. „Seither können fremde Waren nur mit Schwierigkeit eingeführt werden, so daß ausländische Unternehmungen statt ihrer Fabrikate einfach ihre Fabriken nach Jugoslavien einführen mußten.“[1]) Was die Einflußnahme des ausländischen Kapitals durch seine Beteiligung an den Neuinvestitionen betrifft, so besteht seit der Regierungsepoche des Ministerpräsidenten Stojadinowitsch (nicht mehr im Amt) keine Unklarheit darüber, daß durch diese Beteiligungen neue Abhängigkeitsverhältnisse wirtschaftlicher oder sogar politischer Art nicht mehr entstehen dürfen. Die Regierung Stojadinowitsch hat im Verfolg dieser Erkenntnis entsprechende Richtlinien gegen wirtschaftliche Überfremdung ergehen lassen. Diese stimmen im wesentlichen überein mit den Bestimmungen des rumänischen Gesetzes zum Schutze der nationalen Arbeit, wonach u. a. die Mehrheit der Verwaltungsorgane aus Inländern bestehen, und nach Möglichkeit erreicht werden soll, daß mit der Zeit mindestens 51 Prozent des Gesellschaftskapitals in inländische Hände

1) Curcin, Generalsekretär der Zentrale für Industriekorporationen Jugoslaviens, auf der Jahreshauptversammlung der Deutschen Handelskammer für Jugoslavien, November 1937, DAZ. 1. 1. 1938.

übergeht. Die heimische Finanzierung von Industrieplänen wird im Kreditwege besorgt, und zwar meist mit kurzen und mittelfristigen Krediten, die immer wieder prolongiert werden. Diese Kredite sind natürlich teurer als ausländische; schon deswegen bedürfen die ganz aus eigener Kraft geschaffenen Betriebe weiterhin des Schutzes.

Immerhin hat die Zunahme der Spareinlagen während der letzten drei Jahre solche Fortschritte gemacht, daß die Regierung im Frühjahr 1938 für die Durchführung vom Staate auszuführender Aufgaben (Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes, Straßenbau, Landesverteidigung, Meliorationen, Volksgesundheit) die Auflage einer Inlandsanleihe in Höhe von vier Milliarden Dinar innerhalb von sechs Jahren beschloß. Man kann demnach von einem jugoslavischen Sechsjahresplan sprechen, dessen Durchführung vollkommen auf die eigene Finanzkraft gestellt ist. Dies ist eine Leistung, die auch zwischenstaatliche Anerkennung verdient. Im Durchschnitt ist mit einem jährlichen Kreditbedarf von 600 bis 700 Millionen Dinar zu rechnen, ein Betrag, der jedes Jahr mühelos wird aufgebracht werden können.

In der Rohstoffindustrie bemüht man sich immer mehr, die ersten Verarbeitungsprozesse im Lande selbst vorzunehmen. Dieses Bestreben ist verständlich, denn an die Stelle des Exports von Rohstoffen, aus deren Verarbeitung Ausländer Nutzen ziehen, tritt die Ausfuhr von Produkten, „die durch Verarbeitung und Veredlung an Wert gewonnen haben, und in denen größere Anteile an Lohn für jugoslavische Arbeitskräfte stecken, so daß diese Verbreiterung der Basis an Arbeitskräften, die außerdem Schutz eines Mindestlohnes genießen, ebenso eine Stärkung der Kaufkraft mit sich bringen."[1]) Das gleiche gilt für die Schwerindustrie, soweit sie für die Verkehrserschließung und für die Wehrhaftmachung eingesetzt werden soll.

In der konsumorientierten Fertigwarenindustrie wird zunächst noch experimentiert. Bei letzter darf nämlich nicht übersehen werden, daß ihre Produkte sich hauptsächlich an die Konsumkraft des Bauern wenden müssen, der noch immer über 70 Prozent der Gesamtbevölkerung stellt und viele Gegenstände seines Bedarfs, z. B. Kleidungsstücke, selbst anfertigt. Die restlichen Konsumschichten sind bis in die bestbezahltesten in ihrer Lebenshaltung so bescheiden, daß auch sie keinen allzu starken

1) „Aufstrebendes Jugoslavien" (Josef März) „Deutsches Volksblatt" 23. 3. 1938, Seite 5.

Kaufkraftfaktor darstellen. Wenn man bedenkt, daß ein gut bezahlter kaufmännischer Angestellter im Monat auf 1000 Dinar, das sind etwa 55 Reichsmark und ein Betriebsleiter eines Betriebes mit 50 Arbeitskräften auf 2000 Dinar kommt, so kann man sich ausrechnen, welche Menge an Fertigwaren ein Industriezweig, der womöglich noch zur Herstellung seiner Fabrikate ausländischer Einfuhren bedarf, absetzen muß, bevor er überhaupt erst die Selbstkosten für jeden einzelnen Artikel gedeckt bekommt.

Es ist also klar, daß erst nach einer vollständigen Sanierung des stark verschuldeten Bauerntums (wir werden auf dieses Problem noch zurückkommen) eine rentabel arbeitende Fertigwarenindustrie großgezogen werden kann. Sie wird außerdem noch über einen längeren Zeitraum hinaus mit dem Problem der Heranbildung eines brauchbaren Facharbeiterstammes ringen müssen. Andererseits ist in manchen Industriezweigen schon ein gewisser Sättigungsgrad erreicht, und die Zentrale der Industriekorporationen verlangte auf ihrer im August 1938 in Bled abgehaltenen Jahresversammlung eine entsprechende Abstoppungsverordnung, um Fehlinvestitionen und damit Kapitalverluste zu vermeiden. Dies bezieht sich vornehmlich auf die Textilfabriken, von denen es in Jugoslavien heute schon 300 gibt. Übersättigungstendenzen sind auch in der Schuhindustrie zu bemerken.[1])

Über den Grad der Industrialisierung soll die Statistik Auskunft geben. Im Januar 1938 wurden 3054 Industrieunternehmungen in Jugoslavien gezählt. Davon gehören 884 der Nahrungsmittelindustrie, 403 der Forst- und Holzindustrie, 399 der Textilindustrie, 369 der Bauindustrie, 234 der Elektrotechnikindustrie, 186 der Metallindustrie und 170 Betriebe der chemischen Industrie an. Der Rest verteilt sich auf die Leder- und Papierindustrie, den Bergbau und verschiedene Industrien.

Stojadinowitsch hat — dies muß ihm als besonderes Verdienst angerechnet werden — bei allen Industrieplänen die Landwirtschaft nicht vergessen. Nicht zuletzt auch schon deswegen, weil, wie schon angedeutet, die Kaufkraftstärkung des Bauerntums schlechthin eine Voraussetzung für die Entwicklung Jugoslaviens zum Agrarindustriestaat hin ist. Zum jugoslavischen Volkseinkommen trägt nämlich nach wie vor die Landwirtschaft den Hauptteil bei. Er wurde für 1936 mit 57,7 (1926 51,8)

1) s. a. der Verfasser im „Deutschen Volkswirt" Nr. 53 vom 30. 9. 1938, Seite 2554.

Prozent errechnet. Die Prozentsätze für die übrigen Wirtschaftssektoren lauteten für 1936: Industrie und Bergbau 26,4 Prozent, Handel und Kreditwesen sowie freie Berufe 8,4 Prozent und Verkehr 8,0 Prozent. Die Wege, den jugoslavischen Bauern zum Großkonsumenten der heimischen Industrie zu machen, lauten in der Hauptsache: „Verbesserung der Erzeugungsbedingungen im landwirtschaftlichen Abschnitt der heimischen Wirtschaft, Verminderung der Abhängigkeit von Klima und Natur, Vereinheitlichung und Wertsteigerung des Erzeugnisses und günstigere Gestaltung der Absatzverhältnisse, im Innern durch Schaffung neuer Verkehrswege, nach außen durch Absatzlenkung auf längere Sicht."[1])

A. I. 4) **Ungarn: Agrarindustriestaat**

Das Bild des Wirtschaftsgefüges Ungarns stellt sich anders dar als das der drei anderen Länder des Donauraumes. Schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts wird der absolute Agrarcharakter des Landes durch eine zunehmende Ausbreitung von Handel und Gewerbe, die besonders in den achtziger und neunziger Jahren einen schnellen Aufstieg durchmachten, zurückgedrängt. Eine kurz nach Schluß des Krieges herausgegebene Berufsstatistik gibt den Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten mit dem sehr niedrigen Prozentsatz von 52 an. Dieser Satz kennzeichnet jedoch insofern nicht den richtigen Stand des Wirtschaftsgefüges, als in den Statistiken nach dem Kriege alle Industrien Ungarns, die sich bis zu diesem Zeitpunkt mit der Veredelung und Verarbeitung der Agrarprodukte beschäftigen — und gerade diese hatten einen besonders großen Umfang — in die Kategorie Industrie und Bergbau einrangiert worden sind. Der Ausgang des Weltkrieges bzw. der Vertrag von Trianon haben in der Wirtschaftsstruktur Ungarns tiefgreifende Wandlungen, die bis in die jüngste Gegenwart reichen, herbeigeführt. Es soll hier nicht im einzelnen darauf eingegangen werden, in welchen Wirtschaftssektoren durch die gewaltsame Abtrennung großer und wirtschaftlich bedeutender Gebietsteile Verluste eingetreten sind. Hierüber ist an Veröffentlichungen kein Mangel. Fest steht jedenfalls, daß plötzlich den vorhandenen Agrarüberschüssen keine oder nur geringe Absatzmöglichkeiten gegenüber-

1) „Aufstrebendes Jugoslavien" (Josef März), „Deutsches Volksblatt" 23. 3. 1938, Seite 5.

standen und daß für den industriellen Bedarf des Landes die Einfuhr im weitesten Maße zu Hilfe genommen werden mußte.

Die Industrieförderung von seiten des Staates hat schon recht früh eingesetzt, nämlich im Jahre 1890, als das Geschäftsgebahren der Bankinstitute, die die heimische Industrie fördern sollten, eine gesetzliche Regelung erfuhr. Dieses Gesetz sowie das vom Jahre 1907 erstreckte sich auf die landwirtschaftliche Verarbeitungsindustrie und die Schwerindustrie. Das Industrieförderungsgesetz vom Jahre 1931 diente der Förderung der Nachkriegsindustrien wie der Textil-, Leder-, Papier- und chemischen Industrie, während die typischen Produktionsmittelindustrien, wenn man ihre Produktionswerte zwischen 1913 und 1936 denen der Konsumgüterindustrien gegenüberstellt, an Bedeutung eingebüßt haben. Natürlich hat der mittelbaren Industrieförderung auch die Außenhandelspolitik Vorschub geleistet, so durch die Devisenbewirtschaftung, das System der Zollsupertaxen und durch die Zolltarife des im Jahre 1925 erlassenen allgemeinen Zollgesetzes. Träger und Begutachter der Industrialisierungspolitik sind das 1935 vom Handelsministerium abgezweigte Industrieministerium, der Landesindustrierat und die zollpolitische Zentrale.

Die nachfolgende Aufstellung gibt einen aufschlußreichen Überblick über die Entwicklung des Bruttowertes der industriellen Produktion und, dem gegenübergestellt, die des Ackerbauproduktionswertes; aus ihr ist einmal sehr deutlich der Einbruch der Weltwirtschaftskrise Ende 1929 abzulesen und andererseits festzustellen, in welchem Umfang Ungarn im Gegensatz zu Rumänien, Jugoslavien und Bulgarien, die sich erst auf dem Wege zum Agrarindustriestaat befinden, schon ein solcher geworden ist:

Agrarischer Produktionswert [1]		Industrieller Produktionswert [2]	
(in Mill. Pengö)			
1928/29	1675	1924	1974
1932/33	744	1928	2877
1935/36	1403	1933	1763
1936/37	1510	1934	1933
		1936	2582

1) s. „Pester Lloyd" 3. 4. 1938.
2) s. „Pester Lloyd" 22. 4. 1938.

Fast 90 Prozent der industriellen Produktion verbleiben im Inland, der Rest geht ins Ausland. Der Höchststand der industriellen Produktion vom Jahre 1929 ist 1935 bereits wieder überschritten worden und nahm seitdem folgende Entwicklung (1927 = 100): 1935 114,3, 1936 132,1, 1937 141,1. Im übrigen lag im Jahre 1937 „das Schwergewicht weniger in der Errichtung großer neuer Unternehmungen, als in der Ausdehnung des Produktionsprogrammes der bestehenden Betriebe auf Erzeugnisse. die bisher in Ungarn überhaupt nicht oder nur in geringem Umfange hergestellt wurden."[1])

Bedeutendere Hemmnisse bei der Verwirklichung noch umfangreicherer Industrieprojekte lagen bisher in der schmalen Kapitalgrundlage für langfristige Anlagen, bei der Enge des Binnenmarktes — die Angliederung slovakischer und karpato-ukrainischer Gebietsteile mit den Städten Ungvar, Munkacz und Kaschau durch den Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938 hat inzwischen bei einem Bevölkerungszuwachs von rund einer Million neuer Konsumenten den binnenländischen Absatzmarkt der ungarischen Industrie erweitert — und schließlich bei dem Mangel an Facharbeitskräften.

Da einige dringende Industrieprojekte sich aber auf den notwendigen Ausbau der ungarischen Wehrmacht bezogen, hatte die ungarische Regierung im Frühjahr 1938 nach der im Januar des gleichen Jahres erledigten Finanzkontrolle des Völkerbundes über Ungarn im Rahmen eines Fünfjahresplanes ein Programm für eben diesen Aufbau der Wehrmacht und die Erweiterung der Schwerindustrie verkündet. Die erforderlichen Mittel in Höhe von einer Milliarde Pengö, von denen 60 Prozent der Wiederaufrüstung dienen sollten, waren durch eine einmalige Vermögensabgabe zu decken. Der erste Abschnitt dieser großen Inlandsanleihe konnte im Herbst 1938 glatt untergebracht werden, und davon wurden sofort für mehrere Millionen Pengö an die Industrie und das Handwerk Aufträge vergeben. Besondere Beachtung fand im Rahmen dieses Programms der Straßenbau. Die Landwirtschaft ist ebenfalls bedacht worden und unter anderem der Bau von Lager- und Kühlhäusern sofort in Angriff genommen worden.

1) Deutsch-Ungarische Handelskammer, Budapest: Jahresbericht 1937, Seite 26

A. II. 1) Produktionsgrundlagen des Südostens

Geologische und klimatische Bedingungen

Durch den Vertrag von Trianon sind von den im Jahre 1910, dem letzten Vorkriegsjahr, in dem eine Aufmessung des Landes vorgenommen wurde, vorhandenen rund 325 000 Quadratkilometern für das heutige Königreich Ungarn 92 916 Quadratkilometer Fläche übriggeblieben. Dieses Staatsgebiet umfaßt noch nicht einmal ein Prozent der Gesamtfläche Europas und nimmt den 15ten Platz unter den europäischen Staaten ein. Die jeden organischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenhang mißachtenden Herausschneidungen aus einem in der Vorkriegszeit sich als ethnographische Einheit darstellenden Gebiet sind auf Rumänien mit 31,8 Prozent, auf Jugoslavien mit 19,4 Prozent, auf die Tschechoslovakei mit 19,1 Prozent und auf Österreich mit 1,2 Prozent des Gesamtterritoriums verteilt worden.[1])

Die gebräuchlichste Aufgliederung des Landes ist gewöhnlich folgende: Das Stadtgebiet Budapest, das auch heute noch der verkehrsgeographische Mittelpunkt des Landes geblieben ist und ein selbständiges Dasein lebt, Westungarn auch Transdanubien oder Pannonien, Ostungarn auch Alföd genannt und schließlich das Matraland (Felföd). Alle Teile sind in sich abgesonderte geophysikalisch geprägte Gebietseinheiten.

Ungarn besitzt ein typisches Kontinentalklima, auf das die mediterranen sowie die von der Nord- oder Ostsee hinüberflutenden Luftströmungen einen verhältnismäßig unbedeutenden Einfluß ausüben. Die Temperaturschwankungen sind, auch innerhalb der einzelnen Jahreszeiten recht erheblich. Das Charakteristikum des Klimas allgemein sind glutheiße Sommer, kalte Winter und Regenarmut. Die geringe Niederschlagstätigkeit erhält zudem noch oft die unangenehme Begleiterscheinung der sogenannten „Trockenwinde", die häufig Mißernten verursachen, die für die Landwirtschaft sich noch stärker auswirken würden, wenn Ungarn nicht über einen so fruchtbaren Boden verfügen würde. Der Regenarmut wegen erhalten Ungarns Flüsse bzw. die künstlichen Bewässerungsanlagen eine Bedeutung, die vor allem für die Verwertung der un-

1) s. a. Andresen: Die Deutsch-Ungarischen Wirtschaftsbeziehungen . . ., Hamburger Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Schriften, Heft 33, Seite 4.

fruchtbaren Landstriche und deren Inangriffnahme als Ackerland eine Rolle spielt. An ungarischen Flüssen sind außer der Donau (428,5 km), der Theiß (547 km) sowie den Nebenflüssen der Donau, Rabnitz und Leitha, noch der größte Binnensee Mittel- und Westeuropas, der Plattensee (592 qkm) erwähnenswert, alles Gewässer, deren Gefälle sehr gering und daher zur Gewinnung elektrischer Energien ungeeignet ist.

Da auf Grund des Friedensvertrages von Bukarest (1913) und des Friedensdiktates von Neuilly (1918) Bulgarien insgesamt rund 19 000 Quadratkilometer an Rumänien bzw. Jugoslavien und Griechenland abgegeben hatte, umfaßt sein Staatsgebiet heute 103 146 qkm gegenüber 114 425 qkm während des Weltkrieges. Den überwiegenden Teil der Nordgrenze bildet der natürliche Wall der Donau und im Nordosten die Dobrudscha, die seit 1918 mit der Festung Silistria zusammen ganz zu Rumänien gehört. Im Osten grenzt Bulgarien an das Schwarze Meer, im Südosten an die Türkei, im Süden an Griechenland und im Westen an Jugoslavien. Die Einzellandschaften erhalten am besten folgende Einteilung: Die Landschaft zwischen Donau und dem Balkangebirge als Donau-Bulgarien, an die Südabhänge des Balkans gelehnt eine weitergehende Aufteilung mit dem Sofioter Becken, dem Subbalkanischen Mittelgebirgs- und Beckenlande, den von der türkisch-thrakischen Nordgrenze abgedachten Sakar-Strandscha-Bezirk, dem fruchtbaren Mariţa-Tiefland und südlich an dieses anschließend das Rhodopenland, an das sich bis an die jugoslavisch-makedonische Grenze Struma-Bulgarien anschmiegt. Etwa zwei Fünftel der gesamten Bodenfläche Bulgariens sind in Kultur genommen, drei Zehntel des Staatsgebietes werden von Wäldern bedeckt.

Das Klima des Landes ist, von den Höhenlagen abgesehen, verhältnismäßig einheitlich. Die durchschnittliche Jahrestemperatur beträgt für das über 500 Meter hoch gelegene Sofia 10,5 Grad Celsius, für die Donauebene, die Südebene und die Landstriche am Schwarzen Meer bis zu 15 Grad Celsius. Die Gesamtniederschlagsmenge kommt der Deutschlands gleich, und auch ihre jahreszeitliche Verteilung ist günstig, da die Hauptniederschläge im Frühsommer fallen. Genau wie in den anderen Balkanländern ist der Hoch- und Spätsommer sehr trocken und heiß und ermöglicht daher das Ausreifen von Kulturen wie Baumwolle und Tabak, für die in Mitteleuropa nicht so günstige Temperaturbedingungen bestehen.

Jugoslaviens Staatsgebiet erstreckt sich auf eine Fläche von rund 249 000 qkm, was ungefähr 2,5 Prozent der Gesamtoberfläche Europas ausmacht. Nach Rumänien rangiert es auf dem Balkan, der Flächenausdehnung nach gemessen, an zweiter Stelle. Vier Fünftel der Landesoberfläche sind ausgesprochenes Gebirgsland, ein Fünftel Tiefland, hauptsächlich im Norden und Nordosten des Staates. Nach einer Schätzung aus dem Jahre 1931 sind von dem schon genannten Ausdehnungsumfang 46,18 Prozent des Landes bebaut, also Kulturboden, 23,30 Prozent unkultiviertes Land und 30,52 Prozent Waldgebiete. Jugoslavien verdankt seine Bedeutung als Durchgangsland des internationalen Handelsverkehrs vornehmlich drei natürlichen Verkehrsstraßen, die mit drei Flußtälern identisch sind: Die Morava-Vardar-Linie, die Nischava-Marica-Linie, die mitten durch die Balkanhalbinsel führen und dem Savetal mit direkter Richtung nach Zentraleuropa. Sie stellen gleichzeitig das kürzeste Verbindungsglied zu den Levante-Ländern Ägypten und dem Suez-Kanal dar. In diesen Tälern konzentriert sich daher das politische, wirtschaftliche und militärische Leben. Obwohl 26 Prozent der sehr langen jugoslavischen Grenze (3200 km) sich längs des Adriatischen Meeres hinziehen, hat es seinen Charakter als überwiegender Kontinentalstaat behalten. Die Gründe hierfür sind wohl zweifelsohne wehrpolitischer Natur, da im Ernstfalle die Adriaküste weder eine Angriffs- noch Defensivbasis abgeben kann. Die Donau durchfließt das Land nur in einer Länge von rund 600 Kilometern. Weitere bedeutendere schiffbare Flüsse und durch Kanäle miteinander verbunden sind die Save, die Drave und die Morava. Die klimatischen Verhältnisse sind von allen Balkanländern in Jugoslavien die günstigsten. Im Sommer keine allzu austrocknende Hitze, von einigen Teilen Makedoniens abgesehen, im Winter reichlicher Schneefall im Binnenland, so daß die Herbstsaaten unter Frostschäden meist wenig zu leiden haben. Das Land wird von drei verschiedenen klimatischen Strömungen erfaßt: dem kontinentalen Klima im Nordosten, dem alpinen Klima im Nordwesten und dem mediterranen Adria-Klima im Südosten. Letzteres hat aber nur Einfluß für den schmalen Küstensaum und ins Land hinein nur in einer Höhe bis 1300 Meter.

Rumänien hat durch die Pariser Vorortverträge einen Zuwachs an Gebiet und Bevölkerung bekommen, der gegenüber der Gebietsfläche und dem Bevölkerungsstand des Altreiches mehr als eine Verdoppelung ausmacht. Erstreckte sich das Regat 1914 auf 137 903 qkm, so beträgt die

Fläche Großrumäniens durch die Einverleibung der 1918 neu hinzugekommenen Gebiete heute 294 244 qkm. Die Landschaftsgliederung Rumäniens ist von der Natur selbst gegeben: Die Karpaten als die das Land beherrschende zentrale Bastei, nach Westen weit geöffnet gegen das Siebenbürgische Hochland, das die Verbindung zu den westlichen Grenzgebieten Marmarosch, Kreisch und dem Banat herstellt, nach Osten allmählich abfallend zur Moldau-Bessarabischen Platte (Steppe) und im Süden bzw. Südosten zum Tiefland der Walachei und der schon unter mediterranen Einfluß stehenden Dobrudscha. Rumäniens Territorium vereint somit alle Landschaftstypen: Gebirge, Hügelland, Niederung und Steppe. Im Gebirgshochland Wald, Weide und Almwirtschaft, im Hügelland Anbau hauptsächlich von Roggen, Gerste und Hafer, daneben Obst- und Weinplantagen, im Niederungsland und in der Steppe die unendlichen Fluren mit Weizen, Mais und den vielen neuen Arten an Industriepflanzen, schließlich im Überschwemmungsgebiet der Donauarme und am Schwarzen Meer eine ertragreiche Fischwirtschaft. Die Schiffbarkeit der Flüsse ist noch lange nicht in dem Maße ausgenutzt, wie dies zur Verbilligung des Binnenverkehrs und als Zubringerstraßen zur Donau geschehen könnte. Von der in ihrem Gesamtlauf schiffbaren Donau abgesehen, ist die Mieresch auf 367 Kilometer und der Pruth auf 115 Kilometer für die Schiffahrt ausnutzbar. Das gleiche gilt für 192 Kilometer auf dem Dnjstr, der aber seit 1918 aus politischen Gründen als Wasserstraße völlig bedeutungslos geworden ist.

Das Klima Rumäniens unterliegt ähnlichen Schwankungen wie das in den anderen Südostländern. Die hier besonders schroff auftretenden Temperaturgegensätze resultieren schon allein aus der Tatsache, daß sich im Lande die klimatischen Eigenarten Mittel-, Ost- und Südosteuropas treffen. Bessarabien, die Moldau und Walachei werden von den kontinentalen Luftströmungen der russischen Steppe und von den Meeresströmungen des Mittelländischen Meeres, die Dobrudscha von denen des Schwarzen Meeres beeinflußt. Auf einen sehr heißen, nur durch einen kurzen Frühling eingeleiteten Sommer folgt ein milder Herbst und ein scharfer Winter. Die Ebenen westlich Siebenbürgens haben das Ostklima Ungarns, dessen Gestaltung von der Adria bestimmt wird. Die Witterungseinflüsse Siebenbürgens selbst kommen von Nordwesten her und verursachen wie auch sonst im Rumänien diesseits der Karpaten keine schroffen jahreszeitlichen Temperaturschwankungen.

A. II. 2) **Die Rohstoffvorkommen**

Der Abriß über die Bodenschätze der einzelnen Länder soll sich im wesentlichen auf die Erze, Metalle und Mineralöle beschränken, weil hier manches gesagt werden kann, was weniger bekannt sein dürfte.

Als der erzreichste Staat kann ohne Zweifel Jugoslavien gelten, wobei auf Eisenerze ein Fünftel und auf Kupfererze beinahe ein Drittel der Gesamtförderung fallen. Gegenwärtig sind acht Eisenerzbergwerke im Betrieb; das ertragreichste ist die Staatliche Eisenerzgrube in Ljubija im Bezirk Prijedor im Vrbasbanat. Weitere bedeutendere Vorkommen sind in Varesch bei Sarajevo, in Kazarac und Tomasica, sowie in Trgovska Gora (Bezirk Dvor) zu finden. Der Eisengehalt der auf allen Lagerstätten gewonnenen Eisenerze schwankt zwischen 54 und 61 Prozent, der Mangangehalt zwischen 2,5 und 5 Prozent. Im Hinblick auf die Eisenerzförderung steht Jugoslavien in Europa etwa an zwölfter Stelle. Während der Krisenjahre nach 1930 lag die niedrigste Förderungsmenge im Jahre 1932 bei 26 635 Tonnen, sie erreichte im Jahre 1936 bereits wieder 540 000 Tonnen, eine Quantität, die bisher noch niemals in Jugoslavien gefördert worden war. Hauptwerke der Eisen- und Stahlerzeugung sind die Eisenwerke in Zenica, für deren Ausbau die Krupp-Gruson-AG. in Magdeburg verantwortlich gezeichnet hat. Die Leistungsfähigkeit des Walzwerkes wurde dadurch von 40 000 auf 180 000 Tonnen Jahresleistung gebracht. Zu dem alten Erzeugungsprogramm an Rund-, Flach-, Winkel- und Quadrateisen trat die Möglichkeit, nun auch Eisenbahnschienen zu produzieren, während man vorher nur Grubenschienen herstellen konnte. Am 20. Juli 1938 erschien die Verordnung über die Gründung der Aktiengesellschaft „Jugoslavischer Stahl AG." mit dem Sitz in Sarajevo. Als Zweck des Unternehmens wurde angegeben: Erzforschung, -ausbeutung und -verarbeitung sowie Handel mit Erzen, Metallen und deren Erzeugnissen. Vorgesehen ist außerdem die Beteiligung an ähnlichen Unternehmungen. Der Staat hat in diese Jugo-Stahl sofort drei Besitzungen eingebracht: Die Staatlichen Kohlengruben von Breza und Zenica und das Eisenbergwerk Ljubija. Die Einlagen dieser drei Werke hatten einen Buchwert von 285 Mill. Dinar. Dem Werk werden außerdem die Staatlichen Eisen- und Kohlengruben in Vares übergeben, wenn der Vertrag der gegenwärtigen Bewirtschafter dieser Gruben seine Gültigkeit verliert. Der Buchwert des letztgenannten Eisenwerkes beträgt 100 Mill. Dinar. Bei allen diesen

Gründungen bzw. Zusammenlegungen war der Staat von vornherein bestrebt, die Betriebe zu kommerzialisieren, d. h. sie werden nach und nach zu Aktiengesellschaften umgewandelt, an denen sich der Staat natürlich die Aktienmajorität vorbehält. Man weiß auch in Jugoslavien, wie leicht ein rein staatliches Unternehmen seine Beweglichkeit verliert und der Verbürokratisierung anheimfallen kann.

Die inländische Eisen- und Metallverarbeitungsindustrie hat die Transaktionen um die „Jugo-Stahl" ebenso zustimmend begrüßt wie die Inbetriebsetzung der neuen Walzstrecke im Zenica-Werk. Sie hat dabei betont, daß sie annehme, daß die Regierung auch die übrigen Eisen- und Metallverarbeitungsbetriebe unterstützen würde und sie hat darauf hingewiesen, daß das erstrebenswerte Ziel nicht nur in der Förderung von Erzen und in der Produktion von Eisen und Stahl liege, sondern in zumindest gleichem Maße in der Herstellung von Endprodukten, die die jugoslavische Handelsbilanz noch immer beträchtliche Summen kosten. Sie hat nach der neuesten Verlautbarung auch danach verlangt, daß ihr die Erzeugung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Eisenbahnmaterial, Maschinen einfacher Konstruktion und Haushaltsgeräten sichergestellt werde. Sie habe aber nicht die Absicht, an die Produktion komplizierter Arbeitsmaschinen oder Präzisionsapparate und -instrumente zu gehen, da für deren Herstellung Jugoslavien noch keine Voraussetzungen besitze. [1])

Jugoslavien verfügt auch über eine Anzahl von Kupfererzfundstätten, deren wichtigste die von Bor in Ost-Serbien ist. Die Jahresleistung dieses der französischen Bergwerksgesellschaft „Mines de Bor" gehörende Unternehmen beträgt durchschnittlich 40 000 Tonnen Rohkupfer. Die Mitte 1938 dem Betrieb angegliederte elektrolytische Kupferwäsche kann ein Drittel des anfallenden Rohkupfers selbst raffinieren. Die Rohkupferausfuhr Jugoslaviens, die 1937 rund 37 000 Tonnen ausmachte, wird also in der Folgezeit durch die Inbetriebnahme der Kupferwäsche in Bor sich vermindern, wenn nicht entsprechend die Kupfererzförderung steigt, was anzunehmen ist, da inzwischen die Erschließung neuer Kupfervorkommen im Bezirk Raschka in Angriff genommen worden ist und Bor selbst sich bemüht, die Förderung zu intensivieren.

---

1) Der Verfasser: „Neue Wirtschaftsbelebung in Jugoslavien" in „Der Deutsche Volkswirt", Nr. 53, 30. 9. 1938, Seite 2554.

Blei- und Zinkerze kommen in sehr großen Quantitäten in Montenegro und in den altserbischen Bezirken Kosovska Mitrovica und Vucitrn vor. Hier liegen auch die großen Trepca-Bergwerke, die in englischem Besitz sind. Trepca stellt fast 80 Prozent der Blei- und Zinkerzförderung Jugoslaviens überhaupt. 1936 wurden 950 000 Tonnen (1935 747 000 Tonnen) an Blei- und Zinkerzen in Südslavien gefördert. Auch hier hat das Bestreben, die Verhüttung der Rohstoffe noch mehr als bisher im Inlande vorzunehmen, Mitte 1938 zum Bau einer Bleihütte in Zvecan und einer Zinkhütte in Sabac geführt. Nach Fertigstellung der Anlagen wird mit einem Ausfuhrverbot für Bleierze und einer Ausfuhreinschränkung für Zinkerze zu rechnen sein.

Die Chromerzlager sind die bedeutendsten in Europa. Sie durchziehen von Zagreb aus fast das ganze Land bis nach Griechenland hin und ihre Ausbeutung steht noch in keinem Verhältnis zu den Vorräten. 1932 wurden 20 000, 1936 schon 23 780 Tonnen exportiert. In den ersten fünf Monaten 1938 ergab die Ausfuhrmenge rund 9000 Tonnen im Betrage von über fünfeinhalb Millionen Dinar. Die Antimonförderung hat zwischen 1935 und 1936 von 1800 auf 8100 Tonnen zugenommen. Über ein Viertel der Weltproduktion kann also Jugoslavien stellen.[1]) „Einen der jüngsten Zweige des jugoslavischen Bergbaus bildet die erst seit einem Jahrzehnt in größerem Umfang betriebene Förderung von Magnesiterzen. Das jugoslavische Magnesitvorkommen steht in Europa an vierter Stelle . . . Die Förderung von Rohmagnesit steigerte sich seit 1930 auf das Dreifache und erreichte 1936 39 000 Tonnen."[2]) Gold wird entweder als Berggold, an Schwefelkies und Quarzgänge gebunden, oder als Fluß- und Waschgold gewonnen. Die Goldvorkommen im Mittelbosnischen Schiefergebirge haben einen Goldgehalt von 0,48 bis 1,56 g pro Tonne erwiesen. 1936 wurden 2774 kg (1935 2444 kg) Gold gewonnen.

Von der sonstigen Forschungs- und Bergbautätigkeit ist hervorzuheben, daß in letzter Zeit an verschiedenen Stellen Platinvorkommen entdeckt wurden. So vor allem in Bosnien, im Ukrina-Tal und im Tal der westlichen Morawa, wo Platin aus Graphit gewonnen werden kann. Falls die Fundstätten sich als ergiebig herausstellen, könnte Jugoslavien in

1) s. a. Statistische Übersichten der volkswirtschaftlichen Abteilung der Dresdner Bank, Ausgabe vom 31. 1. 1938.
2) F. E. Gruber: „Erzreiches Jugoslavien" in „Deutsches Volksblatt", Novisad, 20. 2. 1938, Seite 13.

Kürze seinen Graphitbedarf selbst decken. Dann wurden im Bezirk Derventa abbaufähige Manganerze festgestellt.

Selbstverständlich nennt Jugoslavien wie alle Südostländer zum Teil gar nicht unergiebige Stein- und Braunkohlenlager sein eigen. Sie können, da Deutschland bekanntlich eines der größten Kohlenexportländer der Welt ist, kein deutsches Interesse beanspruchen, ganz abgesehen davon, daß Deutschland auch nach dem Südosten recht erhebliche Kohlenmengen ausführt.

Die Bemühungen Rumäniens um einen ausgedehnteren Abbau seiner Mineralienvorkommen sind aus nachfolgender Statistik abzulesen:

Rumäniens Bergbau-Förderung seit 1934[1]

(in Tonnen)

	1934	1935	1936	1937
Manganerz	12 057	19 795	30 576	50 749
Eisenerz	83 590	93 818	108 429	128 592
Pyrit	4 001	9 855	10 000	10 717
Kupfererz	887	1 241	1 580	1 125
Bauxit	14—58	1 468	2 039	6 016
Wismuth, Molybdän	6	14	45	27

Diese Ziffern zeigen die gegenüber Jugoslavien geringere Bedeutung der bisherigen Förderung, nicht aber, daß Rumänien etwa ärmer an diesen Vorkommen als andere Südostländer ist. Nur sind in diesem Lande die Möglichkeiten noch weniger ausgeschöpft worden als anderswo. Dagegen ist es in der Edelmetallproduktion Jugoslavien schon ein gutes Stück voraus, denn Rumänien hat die goldhaltigsten Lager Europas überhaupt, so daß eine Goldförderungsmenge von 5142 kg im Jahre 1937 erst als Anfangsquantität der Goldgewinnung zu betrachten ist. Um ausländisches Kapital am rumänischen Goldbergbau zu interessieren, wurde der Artikel 71 des Minengesetzes[2] in der Richtung abgeändert, daß die Nationalbank die Transferierung der Gewinne aus dem Goldabbau garantiert; falls hierzu die Beschaffung von freien Devisen nicht möglich ist, wird der der Dividende entsprechende Betrag an Edelmetall (Goldbarren) zur

1) NfA., 9. 4. 1938.
2) s. „Monitorul Oficial", 21. 5. 1938.

Ausfuhr zugelassen. Natürlich verhüttet die rumänische Montanindustrie die Eisenerze, aber der Bedarf kann noch immer nicht gedeckt werden, so daß weiterhin der Zwang zur Einfuhr besteht. Das gleiche gilt für die Buntmetalle, wenn auch zu erwarten ist, daß der Zink- und Bleibedarf von der im Sommer 1936 gegründeten „Prima Uzina de Zinc si Metale Neferoase" bald völlig befriedigt werden kann. Dem Abbau von Molybdän gilt hinsichtlich der erhöhten Edelstahlherstellung besondere Aufmerksamkeit. Im Juni 1938 wurde hierfür eine neue Aktiengesellschaft gegründet. Rumänien ist auch durch große Reserven von Chromerzen ausgezeichnet; man schätzt die Vorräte auf zehn Millionen Tonnen. Die Lagerstätten sind fast noch so gut wie unberührt, oder besser gesagt: Nachdem Deutschland 1917 bis 1918 innerhalb von acht Monaten 40 000 Tonnen Chromerze gewann, ist ihre Ausbeutung nur geringfügig wieder in Angriff genommen worden. In einer Zeit, in der alle Stahlindustrien der Welt dieses zur Stahlverhärtung so geeignete Metall dringend benötigen, sollte sich die Wiederinangriffnahme des Chromerzabbaus lohnen.

Für die bulgarischen Erze sowie für Gold- und Silbervorkommen ist seit einiger Zeit ein reges Interesse des Auslandes zu bemerken. Es konzentriert sich vorläufig auf einige Orte wie Berkovica, Elhovo, Trn und Jambol. Die Untersuchungen haben das Vorhandensein von vier verschiedenen Arten von Eisenerzen erwiesen: Magnetit, das 60 bis 70 Prozent Eisen enthält, Hämatit, Siderit und Brauneisenerze. Der Eisenbedarf Bulgariens ist mit 40- bis 50 000 Tonnen Eisen anzusetzen, das vollständig vom Ausland importiert werden muß. Die von ausländischen Gesellschaften vorgenommenen Probeschürfungen werden deswegen sehr eifrig betrieben, weil die Ausfuhr von Eisenerzen den Unternehmern bedeutende Zollvergünstigungen bei der Eiseneinfuhr zusichert. Wer Eisenerz ausführt, darf so viel Eisen in Bulgarien einführen, wie aus den Eisenerzen produziert wird. Der Einfuhrzoll aus Eisen beträgt 1800 Lewa pro Tonne, d. h. daß für zweieinhalb Tonnen Eisenerz mit 40 Prozent Eisengehalt je eine Tonne Eisen zollfrei nach Bulgarien exportiert werden kann, oder anders gesehen, eine Tonne Eisenerz mit einem Eisengehalt von 50 Prozent bringt eine Prämie von 900 Lewa. Diese Vergünstigungen halten das Interesse für die bulgarischen Eisenerze auch trotz der Tatsache, daß viele Fundstätten sich als zu klein und unrentabel erwiesen haben, wach. In der Nähe von Trn hat bereits Anfang 1938 eine englische Gesellschaft mit der Gold- und Silberförderung begonnen. Darüber hinaus

haben englische Gruppen neue Bergbaukonzessionen (Kupfer-, Eisen-, Zink- und Chromerze) erworben. Von bulgarischer Seite haben Erschließungsarbeiten an Eisenerzen in der Nähe von Sofia mit einem Ergebnis von 8000 Tonnen Erfolg gehabt, und man beabsichtigt auch bald Verhüttungsversuche in Angriff zu nehmen.

Die bei Trn entdeckten Goldadern versprechen eine Ausbeute von 300 kg pro Jahr. Regierungsstellen und Privatunternehmen arbeiten hier wie an der Erschließung anderer mineralischer Bodenschätze Bulgariens tatkräftig zusammen. Damit bahnt sich wieder in Bulgarien eine Entwicklung an, die unter der Herrschaft der Türken, die vom Bergbau nichts verstanden, gehemmt worden ist.

Ungarn hat nach dem Trianoner Diktat seine besten Mineralienstätten verloren. Der Erzbergbau büßte in der ersten Nachkriegszeit fast ganz die Bedeutung, die er früher eingenommen hatte, ein. Zudem haben die Privatunternehmungen nicht besondere Anstrengungen gemacht, um das Risiko der Erforschung anderer Vorkommen auf sich zu nehmen. Erst nachdem seit 1937 der Staat die Schürfungen energisch betrieben hat, sind die Abbauergebnisse wieder emporgeschnellt. Zudem sind im Rahmen des Fünfjahresplanes zur Erschließung neuer Erzstätten beträchtliche Mittel zur Verfügung gestellt worden. Über den Stand der Erzförderung und Roheisenerzeugung unterrichtet eine Zusammenstellung.[1])

Jahr	Roheisen dz	Eisenerz dz	Manganerz dz
1936	3 062 898	2 795 494	272 281
1937	3 579 352	2 895 203	250 876
	+ 516 454	+ 99 709	— 21 405

In den ersten vier Monaten 1938 hat sich gegenüber der Vergleichszeit 1937 die eben gekennzeichnete Aufwärtsbewegung fortgesetzt, wobei auch Manganerz wieder Anteil hat.

An Gold und Silber wurden 1937 in Recsk 150 kg bzw. 1400 kg, an Kupfer 300 Tonnen gewonnen. An Kupferwalzwerken gab es in Ungarn bisher nur zwei, inzwischen sind zwei weitere hinzugekommen:

1) NfA., 12. 5. 1938.

Die Ungarische Metallblechindustrie - AG. und die Ungarische Metallwaren-, Waffen- und Maschinenfabrik - AG. haben je ein Kupferwalzwerk eingerichtet.

Alle Länder des Südostens weisen Fundstätten des in aller Welt begehrten „flüssigen Goldes", Erdöl, auf. Bekanntlich enthalten die rumänischen Lager die beträchtlichsten Vorräte. Nachdem 1936 die Erdölgewinnung Rumäniens mit 8,7 Mill. Tonnen einen Rekordstand erreicht hatte und es in der Weltproduktion nach USA., der Sowjetunion, Venezuela und Iran den fünften Platz einnahm, erlitt 1937 die Produktion einen bedeutenden Rückgang um 19 Prozent und in den ersten acht Monaten 1938 einen weiteren Rückschlag um 10 Prozent. In der Welterdölförderung ist es daher von Niederländisch-Ostindien überholt und auf den sechsten Platz verwiesen worden.

Auf diese für Rumäniens Wirtschaft so bedenklichen Erscheinungen wurde bereits im Frühjahr 1937 hingewiesen.[1]) Es war auf Grund stichhaltiger Unterlagen davon gesprochen worden, daß die zu dieser Zeit in Ausbeute befindlichen alten Erdölquellen in Erschöpfung begriffen seien, und ausgerechnet worden, daß die Ölkonjunktur Rumäniens, falls nicht neue ergiebigere Ölfelder in der Zwischenzeit entdeckt würden, in gut sechs bis sieben Jahren beendet sein würde. Der „Moniteur du Petrol Roumain" hatte außerdem zugegeben, daß die neuen Mutungen in der Nähe der versiegenden Quellen ungünstige Ergebnisse gezeitigt hätten und daß über die Erdölmengen der in anderen Gegenden Rumäniens liegenden, dem Staate gehörenden Erdölfelder kaum etwas Bestimmtes oder Verbindliches auszusagen sei. Zu diesen für die ganze rumänische Wirtschaft eminent wichtigen Problemen nahmen dann zwei in der Erdölwelt bekannte Persönlichkeiten Stellung. Die erste Äußerung stammte von J. B. August Kessler, dem Generaldirektor der Shell-Transport and Trading Comp., deren Gruppe auch die größte Petroleumgesellschaft in Rumänien, die „Astra-Romana" angehört. Kessler hat der Wiener Zeitschrift „Petroleum" auf Befragen erklärt, daß der Produktionsrückgang weniger in einer etwaigen Erschöpfung der Erdölfelder begründet sei, als in dem gegenwärtig noch immer geltenden rumänischen Minengesetz, das den ausländischen Gesellschaften bei der Erschließung oder

1) s. a. „Der Deutsche Volkswirt", Nr. 35 vom 27. 5. 1938, S. 1693 ff.

Ausbeutung neuer Felder beträchtliche Schwierigkeiten macht. Er äußerte weiter, daß eine Abänderung des Gesetzes in der Richtung, den in neuen Bohrungen investierten Kapitalien einen gewissen Gewinn im Verhältnis zu den eingegangenen Risiken zu gewähren, die Produktion bestimmt wieder heben werde. Jedenfalls würde seiner Meinung nach das ausländische Kapital unter Einräumung günstigerer Bedingungen mit Investierungen bei Neubohrungen nicht zurückhalten.

Bleiben wir zunächst einmal bei diesen Erklärungen, so muß zugegeben werden, daß schon seit einigen Jahren die für die Vergebung von Such- und Ausbeutungskonzessionen zuständigen Behörden mit Maßnahmen arbeiten, die sich praktisch vor allem gegen die Petroleumunternehmen richten, in denen ganz oder vorwiegend ausländisches Kapital arbeitet.[1]) Die Beteiligung fremder Kapitalien an der rumänischen Ölausbeutung verteilt sich derzeit so, daß 42 % unter Kontrolle englisch-belgischen Kapitals, 23 % unter belgisch-französischer, 6 % unter amerikanischer Kontrolle arbeiten, während der 29prozentige Rest sich in rumänischen Händen befindet. Die rein rumänischen Gesellschaften werden nun bei der Verteilung der Perimeter derart bevorzugt, daß sie fast immer die Nutznießer der ausländischen Kapitalinvestierungen werden. Daher halten sich die ausländischen Gesellschaften seit längerer Zeit bei einer Vergebung von Neubohrungen zurück und konzentrieren sich mehr auf eine forcierte Ausbeutung der in Betrieb befindlichen Quellen. Es ist sogar schon so weit gekommen, daß die Astra-Romana den Betrieb dreier Petroleumfelder im Bezirk Dambovitza eingestellt und den diesbezüglichen Vertrag mit dem Staate gekündigt hat. Andererseits haben gerade die ausländischen Gesellschaften die Kapitalkraft, die risikovolle Arbeit der Petroleumschürfungen in Gang zu setzen. Kennzeichnend ist, daß gerade der Nationalist G o g a es war, der sich in seiner Regierungsperiode Anfang Januar 1938 bereit erklärte, die Perimeterverteilung den Wünschen der großen ausländischen Gesellschaften entsprechend zu regeln, um neues Kapital anzuziehen und damit die Erdölförderung wieder zu heben. Unter der „liberalen" Regierung Tatarescu dagegen drohte man unter anderem mit staatlicher Ingangsetzung der Ausbeute der Erdgasquellen von Mediasch, und man plante auch die Gründung einer Schürfungsgesellschaft, die, bei der Verteilung der Öl-

1) s. a. DAZ., 26. 8. 1937.

gebiete vom Staate besonders begünstigt, unter Zusammenfassung der Geldmittel der rein rumänischen Ölgesellschaften umfangreiche Neubohrungen betreiben sollte. Zu dem Dekretgesetz zur Sicherung der Petroleumvorräte im Rahmen eines Fünfjahresplanes äußerte sich Kessler ebenfalls. Nach diesem Plan sollen einerseits die in Ausbeute befindlichen Quellen möglichst geschützt werden, andererseits sollen die inländischen Petroleumgesellschaften zusammen die Beträge aufbringen, die notwendig sind, um neue Gebiete zu durchforschen und zu verwerten. Die Petroleumpolitik der nächsten fünf Jahre soll von einer Kommission überwacht werden, die aus den Ingenieuren des Geologischen Institutes in Bukarest, aus den Repräsentanten der Petroleumgesellschaften und Vertretern des Handelsministeriums besteht. Kessler meinte zu diesem Plan, daß er an die Nützlichkeit ausgearbeiteter Programme nicht glaube, vielmehr der Überzeugung sei, daß der Wunsch, die Rentabilität zu heben, ein genügend starker Anlaß für alle Unternehmen sein müßte, um ihre Erzeugung zu steigern.

Die zweite Stimme stammte von Th. Ficsinescu, Professor am Bukarester Polytechnikum, der sich in einem längeren Aufsatz in dem April-Monatsheft 1938 der Vereinigung der Industriellen Rumäniens, „U. G. I. R.", vorwiegend mit der Frage der noch vorhandenen aufschließbaren Erdölfelder in Rumänien befaßt. Er wendet sich vor allem gegen die auch in der rumänischen Presse geäußerte Ansicht, daß Rumäniens Erdölschätze in rund sieben Jahren erschöpft sein sollen und wies dabei auf Untersuchungen hin, die der Direktor des Bukarester Geologischen Institutes, Professor Macovei, angestellt hat. Danach hat sich nichts daran geändert, daß die heute in Ausbeute befindlichen Ölfelder im Gesamtumfange von 6000 Hektar bei einer Jahresproduktion von 8 000 000 Tonnen in sechs Jahren erschöpft sein werden. Ficsinescu zitierte dann die Vermutungen Macoveis, wonach in der Walachei und in der Moldau noch 206 000 Hektar ölführende Gebiete vorhanden sind. Er knüpfte an diese Äußerung folgende Hypothese: Wenn nur 10 % dieser noch ölführenden Gebiete, also 20 600 Hektar, den Erfordernissen des rumänischen Erdölbedarfes genügen und einschließlich der in Betrieb befindlichen 6000 Hektar 10 000 Tonnen pro Hektar gewonnen werden können, so verfügt Rumänien über eine Petroleumreserve von 266 Mill. Tonnen, die bei einer jährlichen Produktion von 8 Mill. Tonnen 34 Jahre

oder bei einer künstlich zurückgeschraubten Produktion von 4 Mill. Tonnen 68 Jahre ausreichen könnte.

Diese Rechnung[1]) ist ebenso einfach wie willkürlich, weil für die noch unerschlossenen Gebiete, die hauptsächlich aus dem Eozen, dem Oligozen, dem Mittelländischen Miozen und der Sarmatischen Zeit stammen und die nachweislich zu den schwächsten ölführenden Terrains gehören, noch keine wesentlichen praktischen Versuchsbohrungsergebnisse vorliegen, die einen Rückschluß auf die Gesamtvorräte gestatten. Dagegen gehören die Pliozenschichten — und das sind gerade diejenigen, die jetzt ausgebeutet werden — zu den reichsten Erdölstätten, und gerade hier ging die Erdölförderung von rund 8,7 Mill. Tonnen 1936 auf rund 7,1 Mill. Tonnen 1937 zurück, während die Bohrtätigkeit[1]) eine Erhöhung erfuhr (1937: 390 000 m; 1936: 330 000 m).

Kessler sowohl wie Ficsinescu gingen bei Betrachtung des Problems der rumänischen Erdölreserven von verschiedenen Voraussetzungen aus. In einem Punkte aber treffen sich ihre Ansichten. Es ist richtig, es gibt in Rumänien noch ohne Zweifel eine ganze Reihe von Stätten, die Erdöl führen. Ob diese so viel Vorräte enthalten, wie Ficsinescu annimmt, muß so lange dahingestellt bleiben, bis nachgewiesen wird, in welchem Umfange Rumänien in seinen noch nicht ausgebeuteten Erdöllagern über Ölreserven verfügt.

Im Juni 1938 haben im rumänischen Wirtschaftsministerium erneut Verhandlungen mit Vertretern der Petroleumindustrie um die Zuteilung größerer Perimeter stattgefunden. Diesmal war die Stellung der amtlichen Stellen schwächer als die der Petroleumkonzerne, da der Förderungsrückgang im Einnahme-Soll-Etat des Staates bereits einkalkuliert werden mußte, was um so unliebsamer auffiel, als die Erdölwirtschaft über 35 Prozent aller Staatseinnahmen stellt. Die Regierung glaubte für die Behebung der mißlichen Lage folgende Maßnahmen vorschlagen zu können: 1. Rohölexportbeschränkung, 2. Erlaß eines der Situation ententsprechenden veränderten Minengesetzes, 3. Aufforderung in- und ausländischer Kapitalisten zur Inangriffnahme neuer Bohrungen. Der erste Punkt widersprach in jedem Fall den Interessen der überwiegend ausländischen Erdölgesellschaften, nachdem in den ersten acht Monaten

1) s. a. NfA., 5. 10. 1938; „Industria de petrol în fata noilor perspective" in „Prezentul" 18. 6. 1938.
2) s. a. „Die Börse", Wien, 17. 2. 1938.

1938 der Erdölexport infolge der Minderbezüge hauptsächlich Frankreichs und Englands weiter sinkende Tendenz aufwies. Die Exporttendenz kennzeichnete sich folgendermaßen:

Rumäniens Erdölausfuhr[1)]

(in 1000 Tonnen)

	1937	1938
Mai	500,4	427,6
Juni	536,9	412,3
Juli	532,1	437,6
August	539,2	393,4

Über den zweiten Punkt haben sich die Petroleumunternehmen zustimmend geäußert, allerdings in der Erwartung der Bewilligung ihrer schon gekennzeichneten Forderungen. Die dritte Maßnahme war Gegenstand der Wirtschaftsverhandlungen König Carols während seines Staatsbesuches im November 1938 in London. Bekannt wurde nur, daß ein bestimmter Betrag des Rumänien noch zu gewährenden englischen Kredits in Höhe von 100 Millionen Reichsmark für diese Zwecke abgezweigt werden sollten.

In Bulgarien ist man seit nunmehr zwei Jahren systematisch daran gegangen, das Land nach Erdölvorkommen abzusuchen. Die bisherigen Ergebnisse sind aber an allen Stellen recht mager ausgefallen. Trotzdem werden die Bohrversuche fortgesetzt.

In Ungarn sind die Förderungsarbeiten der „Ungarisch-Amerikanischen Ölindustrie-AG." (European Gas and Elektric Co., der Standard-Oil nahestehend) soweit gediehen, daß zusammen mit dem Anfall aus den Staatlichen Ölfeldern in Bükkszek (im Bükk-Gebirge an der ehemaligen tschechoslovakischen Grenze) eine tägliche Förderungsmenge von 17,5 Waggon verzeichnet wird. Bis Ende 1938 sollte die Förderung auf 30 Waggon täglich gebracht und bis Ende 1939 so entwickelt werden, daß der ungarische Gesamtbedarf (60 Waggon täglich) gedeckt werden kann.

Die jugoslavische Rohölgewinnung ist im ersten Halbjahr 1938 gegenüber der gleichen Zeit 1937 von 204 Tonnen auf 508 Tonnen,

1) „Prezentul" 28. 9. 1938.

d. h. um 107,3 Prozent gestiegen. Diese Quantitäten decken selbstverständlich nur ein Minimum des Inlandsbedarfs. Die „Jugoslavische Erdölforschungs-AG." (Standard-Oil) ist daher bemüht, die Erforschung der zweifellos im Lande noch in großer Anzahl vorhandenen Erdölstätten voranzutreiben. Man beabsichtigt auch die Errichtung einer Erdölraffinerie in der Nähe von Smederevo.

A. II. 3) Die Bevölkerung (Haupterwerbsquellen und soziale Verhältnisse)

Ungarn hatte 1935 eine Bevölkerung von 8,9 Millionen Menschen. Danach kommen auf den Quadratkilometer rund 95 Personen gegenüber 140,3 Personen in Deutschland und 50,6 im Durchschnitt aller europäischen Länder. Zwischen 1931 und 1935 nahm die Bevölkerung durchschnittlich um 6,3 % zu, also stärker als die der Tschechoslovakei (5,3 %) und Österreichs (0,9 %), erheblich schwächer aber als in Polen (13 %) oder Rumänien (12,7 %) während der gleichen Berichtszeit. Großstädte im deutschen Sinne hat Ungarn nur drei: Die Weltstadt Budapest, die einen eigenen Landschaftsteil für sich bildet, zählt einschließlich der eingemeindeten Vorstädte 1,5 Millionen, danach folgt gleich Szeged mit 135 000 und Debrecen mit 117 000 Einwohnern. Es darf hier nicht übersehen werden, daß die Erhöhung der Bevölkerungsdichte, die 1920 nur 86 Einwohner auf den Quadratkilometer betrug, in den ersten Nachkriegsjahren mehr auf den starken Zuwanderungen aus den im Friedensschluß zu Trianon verlorenen Gebietsteilen als aus einem natürlichen Wachstum resultiert. In den letzten Jahren zeigt sogar der Geburtenüberschuß rückläufige Tendenz.

Bei einer Betrachtung der Berufsgliederung, bei der die Ziffern der letzten Volkszählung vom Jahre 1930 zugrunde gelegt sind, ist zunächst als Wichtigstes festzustellen, daß die in der Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei beschäftigten Personen mit 51,8 % der Bevölkerung eine knappe Majorität gegenüber allen anderen Berufsgruppen aufweisen. Wie sehr die Industrialisierung Ungarns, die im Gegensatz zu anderen Südoststaaten schon sehr zeitig eingesetzt hat inzwischen fortgeschritten ist, zeigt die Entwicklung der prozentualen Anteile der land-

wirtschaftlichen Berufsgruppe an der Gesamtbevölkerung: 1891 = 71 %, 1910 = 62 %, 1920 = 58,3 %, 1930 = 51,8 %. Auf den Bergbau, die Industrie und den Verkehr entfällt nach der Zählung von 1930 ein knappes Drittel, nämlich 32,3 Prozent (1920 = 28 %). Der Anteil der letzteren Berufsgruppen dürfte im übrigen in den letzten acht Jahren gestiegen sein, und zwar nicht auf Kosten der landwirtschaftlichen Berufsgruppe, sondern eher zum Beispiel auf Kosten der Rentner und Pensionäre, sowie der Berufsgruppe öffentliche Dienste und freie Berufe. An Erwerbstätigen einschließlich der Angehörigen wurden 1920 rund 7,9 Millionen, 1930 8,7 Millionen — das bedeutet eine Zunahme von 8,7 % — gezählt.

Wie wir schon festgestellt hatten, ist die Wirtschaftsstruktur Ungarns trotz aller Industrialisierungsbestrebungen noch immer vorwiegend agrarischen Charakters. Es wird daher die Soziallage Ungarns im wesentlichen von der Sozialstruktur der landwirtschaftlichen Bevölkerung bestimmt. Beinahe die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfällt auf Landwirtschaftsbetriebe über 100 ha. 71 % der Besitzer oder Pächter landwirtschaftlichen Grundbesitzes haben Landstellen bis nur von je fünf Katastraljoch, 13 % fünf bis zehn Katastraljoch, 14 % von zehn bis fünfzig Katastraljoch und 2 % von fünfzig Katastraljoch aufwärts bis über 1000 (ein Katastraljoch = 0,57 ha). 5000 Betriebe verfügen über eine Fläche von rund 4,5 Mill. ha, eine annähernd gleich große Fläche steht dem Rest der vorhandenen 1¼ Millionen Betriebe zur Verfügung. Es sind also diejenigen, die weniger als fünf Katastraljoch besitzen, zusammen mit den Landarbeitern und den Tagelöhnern und dem Wirtschaftsgesinde der großen Güter — ihre Zahl einschließlich ihrer Angehörigen wurde 1930 mit über vier Millionen festgestellt — zum landwirtschaftlichen Proletariat zu rechnen, wobei nicht etwa gesagt sein soll, daß die Besitzer von Parzellen über fünf Katastraljoch von den Erträgnissen ihres Bodens imstande sind, ihre Familie auch nur normal ernähren zu können. Eine Ausnahme bilden höchstens die kleinen Besitze, die standortsmäßig günstig z. B. in der Nähe einer Großstadt liegen. Fast die Hälfte also der Gesamtbevölkerung Ungarns befindet sich in Lebens- und Besitzverhältnissen, die es ihnen mehr oder weniger gerade gestatten, ihre Existenz aufrechtzuerhalten. „Der Lebensstandard breiter Volksschichten muß unbedingt gehoben werden, da die Nation sonst von der Gefahr einer seelischen und physischen Dekadenz bedroht

wird." Mit diesen Worten leitete der frühere ungarische Ministerpräsident Imredy den agrar-sozialpolitischen Teil seiner Antrittsrede im ungarischen Parlament ein. Es gibt nur zwei Wege, um das außerordentlich niedrige Lebensniveau des landwirtschaftlichen Proletariats zu heben: Eine großzügige Siedlungsaktion und eine Regelung der Lohnfrage. Es wird in bodenreformerischen wie dazu gegnerischen Kreisen eingesehen, daß Ungarn nicht genügend Boden besitzt, um das gesamte Agrarproletariat einschließlich der Besitzer von Zwergbetrieben zu selbständigen Bauern zu machen. „Der Weg führt also über die verschiedensten Methoden: Über die Siedlung, durch die ein Teil der Landarmen aufgesogen werden soll, über die Bildung von Kleinpachtungen und Pächtergenossenschaften, die den Anteilarbeitern und den Landarbeitern einen ergänzenden Verdienst geben soll, und über die Erweiterung des Halbpachtsystems für das Gesinde, wodurch dessen Realeinkommen gesteigert werden könnte."[1]) Der bisher am besten gelungene Teil der Bodenreform Ungarns in der Nachkriegszeit war die Hausstellenaktion, bei der auf 58 000 Joch 260 000 Hausstellen für 39 126 Personen geschaffen wurden. Die Agrarreform der kommenden Jahre wird ihre Hauptaufgabe darin sehen müssen, wenigstens den größten Teil der 500 000 gänzlich verarmter Landproletarierfamilien eine Hausstelle oder ein Eigenheim zu schaffen. Dies dürfte sich im Hinblick darauf, daß noch beinahe 30 Prozent des Bodens dem Großgrundbesitz gehören, ermöglichen lassen. Das zweite Problem ist das des Lohnniveaus der landwirtwirtschaftlichen Arbeiterschaft. Nach einer Zusammenstellung des ungarischen Ackerbauministeriums betrugen die Sommerarbeitslöhne für Landarbeiter in den Jahren der Hochkonjunktur 1928/29 4,30 Pengö, in den Jahren 1934/35 aber nur noch 1,70 Pengö. Sie sind im Jahre 1937 inzwischen allerdings wieder auf 2,50 Pengö gestiegen, wobei nicht zu vergessen ist, daß auch die Industriepreise wieder angezogen haben, so daß der Realwert der angestiegenen Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter wieder eine Einbuße erfahren hat. Ein Weg zur Lösung dieses für das Gedeihen der ungarischen Wirtschaft eminent wichtigen Problems ist zum mindesten die Festsetzung von obligatorischen Minimallöhnen in der Landwirtschaft. Diese Löhne müßten in ein

1) „Pester Lloyd", 19. 6. 1938, Georg Kaldor: „Zur Frage des Lebensstandards der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft."

variierendes Verhältnis zur industriellen Preisbildung und zum Ernteertrag gebracht werden, wenn sie Sinn haben sollen. Die Festsetzung der Minimallöhne und die Bindung der Hälfte der landwirtschaftlichen „Reservearmee" an Eigenheime würde auch auf die Lohngestaltung der anderen Hälfte sowie des Gesindes der großen Güter Einfluß haben. „Es liegt kein Grund vor, weshalb der Gedanke des Minimallohnes, der sich in der Industrie bewährt hat, nicht auch in der Landwirtschaft zur Anwendung gelangen könnte. Solange die gegenwärtigen außerordentlichen Abstände zwischen dem agrarischen und dem industriellen Lohnniveau bestehen, kann auch keine wesentliche Erhöhung des industriellen Lohnniveaus durchgeführt werden, da jede weitere Erhöhung der industriellen Löhne nur als Saugewerk für das Landproletariat wirken und die ohnehin schon besorgniserregende Landflucht nur noch steigern würde."[1])

Die besondere soziale Notlage des überwiegenden Teiles der ungarischen Landbevölkerung hat die Regierung schon frühzeitig veranlaßt, in besonders schlecht situierten Dörfern einen Referenten im Gemeindeausschuß als vermittelndes Organ der Staatsverwaltung, den sogenannten „Dorfnotär", eine im Ausland unbekannte Einrichtung, einzusetzen. Es gibt keine Angelegenheit des Dorfes, sei sie sozialer, finanztechnischer oder kultureller Art, von der er nicht Kenntnis erhält. Mitte 1938 hat darüber hinaus das ungarische Innenministerium zur Unterstützung dieser Notäre sogenannte „Sozialsekretäre" in den Dörfern angesetzt. Diese jungen „Soziographen" sind Universitätsabsolventen, unter denen eine erschreckende Arbeitslosigkeit herrscht und die damit einer fruchtbaren Tätigkeit zugeführt werden. Sie, die sich bisher nur theoretisch mit sozialen Problemen Ungarns beschäftigt hatten, können nun ihre Kenntnisse in den Dienst der sozialen Verwaltungspraxis stellen. In ihren Aufgabenbereich gehört die Überwachung der Durchführung der Sozialgesetze, der Kinderschutz, die Armenpflege, die Sozialversicherung und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Ihrer wird sich hauptsächlich die Regierung zur Durchsetzung ihres sozialen Aufbauprogramms auf dem flachen Lande bedienen können. Die besser gestellten Gemeinden haben die Kosten für die Besoldung dieser Sozialsekretäre — sie beträgt

1) „Pester Lloyd", 19. 6. 1938.

allerdings nur 40 RM. monatlich — übernommen. Bei ärmeren Gemeinden gewährt der Staat Anstellung und Bezahlung.

Etwas besser ist die ungarische Industriearbeiterschaft gestellt. Selbstverständlich sind auch hier keine Vergleiche mit dem Lebensniveau eines deutschen oder nordamerikanischen Arbeiters möglich. Eine statistische Untersuchung hat nachgewiesen, daß von den erwerbstätigen Industriearbeitern nur 58 % das Existenzminimum erreichen, 35 % der Arbeiterschaft sogar weniger als die Hälfte des Existenzminimums. Als offizielles Existenzminimum für eine aus vier Personen bestehende Familie werden wöchentlich 33 Pengö, das sind 16,50 RM., gerechnet. Obwohl die ungarische Industrie von 1935 ab eine Periode echter „Recovery" durchmachte und gesundete, erfolgte trotzdem eine Senkung der Nominallöhne weil man glaubte, dies der „Weltkrise" schuldig zu sein. Außerdem hat seit 1935 eine Kaufkraftsenkung des Geldes um 15 % stattgefunden, so daß man sich ausrechnen kann, was der einzelne Industriearbeiter für den Gegenwert seiner Arbeit erhalten hat. Im dritten Vierteljahr 1937 hat dann das Industrieministerium begonnen, Ausschüsse in die einzelnen Industriezweige zu entsenden, die Minimallöhne zu kalkulieren hatten. Auf Antrag dieser Ausschüsse wurden vom Industrieminister Mindestlöhne in einer ganzen Reihe von Industriezweigen festgesetzt, mit dem Ziel, diese auf die ganze ungarische Industrie zu übertragen, um damit die Arbeiterlöhne aus den Spielregeln der freien Konkurrenz herauszuheben. Auch hinsichtlich der Begrenzung der Arbeitszeit sind Anfänge gemacht worden. Wenn man bedenkt, daß hierin Normen bisher überhaupt nicht existierten, die Arbeiter teilweise 55 Stunden wöchentlich, die Privatbeamten sogar bis zu 70 Stunden wöchentlich arbeiten mußten, ist der Wunsch nach einer staatlichen Regelung verständlich. Der Wochenstundensatz für die Arbeiter ist daher gegenwärtig mit 48 Stunden, für die Privatangestellten und Beamten mit 44 Stunden festgesetzt. Weitere sozialpolitische Reformen der Regierung zielen auf die Einführung von bezahlten Ferien für die Arbeiterschaft hin. Bei den Privatangestellten war die bezahlte Ferienzeit schon seit längerem eingeführt. Inzwischen hat man sich auch, ähnlich wie in Rumänien, wo nach dem deutschen Vorbild eine Freizeitgestaltungsorganisation „Arbeit und Frohsinn" ins Leben gerufen worden ist, mit der großzügigen Organisierung der Freizeitgestaltung der Arbeiterschaft

beschäftigt. Die endgültige Durchführung dieser Pläne wird dem Jahre 1939 vorbehalten bleiben.

Zum Mittelstand zählen in Ungarn nicht wie in Deutschland der Kaufmann, Gewerbetreibende oder bessergestellte Handwerker, vielmehr in erster Linie die Beamten, während der Kleingewerbetreibende meist nicht einmal die Lebenshaltung der besseren Arbeiter erreichen kann. Vorgänger dieser mittelständischen Beamtenklasse sind, geschichtlich gesehen, teilweise die Angehörigen des mittleren Adels, die meist auch zugleich Mittelgrundbesitzer waren. Nach der Agrarreform gingen diese Schichten in die öffentlichen Beamtenstellungen über.

Die Schicht der sogenannten „oberen Zehntausend" ist verhältnismäßig klein. Zu ihr gehören der Großgrundbesitz, dem es in den letzten Jahren wieder mehr und mehr gelungen ist, in politische Führungsstellen und hohe öffentliche Ämter einzudringen, die Führer in Industrie-, Handel- und Kreditwesen, die größtenteils jüdischer Herkunft sind, und der Hochadel, der, soweit er nicht mehr Grundbesitz sein eigen nennt, in Budapest ansässig ist.

Rumänien verfügt nach der letzten Zählung vom Jahre 1930 über 18,1 Millionen Menschen (1920:16,3 Millionen). Der Zuwachs aus den ihm nach den Friedensschlüssen neu angegliederten Gebietsteilen machte 9,2 Millionen aus, so daß das Altreich (Regat) 1919 7,1 Millionen Menschen umfaßte. Innerhalb der beiden letzten Volkszählungen zwischen 1920 und 1930 ist also ein durchschnittlicher jährlicher Bevölkerungszuwachs von 180 000 Personen zu verzeichnen. Diese erstaunlich hohe Zuwachsrate ist in erster Linie den innerhalb der europäischen Staaten in Rumänien einzig dastehenden hohen Geburtenziffern, denen allerdings auch eine sonst in keinem europäischen Lande beobachtete Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit gegenübersteht, zuzuschreiben. Da die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit in Jugoslavien bei annähernd gleichhohen Sterblichkeitsziffern wie in Rumänien nicht unerheblich niedriger liegt, vermag Südslavien sogar eine durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme von 192 000 Personen zwischen 1920 und 1930 vorzuweisen, wozu noch im Vergleich die Volksbestandszahlen Jugoslaviens genannt seien: 1920 = 12 Mill., 1931 = 13,9 Mill.[1]) Gegenüber

1) s. a. Hermann Groß: „Südosteuropa, Bau und Entwicklung der Wirtschaft", Universitätsverlag Robert Noske, Leipzig 1937, Seite 42.

verhältnismäßig so ausgesprochen gebirgigen Ländern wie Jugoslavien und Bulgarien ist die verkehrsmäßige Erschließung Rumäniens fortgeschrittener, so daß das Land in seinen einzelnen Teilen eine relativ gleichmäßige Besiedlung aufweist. Dies gilt in stärkerem Maße für das noch ebenere Ungarn. Auf den Quadratkilometer kommen in Jugoslavien 56, in Bulgarien 60, in Rumänien 61 und in Ungarn 93 Einwohner.

Die erwerbstätige Bevölkerung Rumäniens ist auf die einzelnen Berufsgruppen, in Verhältniszahlen ausgedrückt, folgendermaßen verteilt: Land- und Forstwirtschaft und Fischerei 78,2 %, Industrie und Bergbau 7,2 %, Handel und Bankwesen 3,2 %, Verkehr 1,7 %, verschiedene Berufsgruppen 9,7 % der Gesamtbevölkerung.[1]) Nach neueren Zahlenangaben der rumänischen Industrie- und Handelskammern vom Jahre 1935 gab es 797 000 Werktätige in den Städten, von denen 68 % Volksrumänen und 32 % Minderheiten waren. Ungefähr 14,4 Mill. oder über 80 % aller rumänischen Staatsbürger gehören zur bäuerlichen Landbevölkerung. Davon werden 2,77 Mill. als Ackerbauer und 5,6 Mill. als landwirtschaftliche Hilfskräfte, 30 800 als Forstarbeiter bezeichnet. Über das Verhältnis von Stadt- und Landbevölkerung geben einige Angaben des Bukarester Statistischen Instituts Auskunft. Danach lebten 1930 von der Gesamtbevölkerung Rumäniens 79,9 % in Landgemeinden und 20,1 % in den Städten. Das Eigentümliche dieser Städte ist aber in Rumänien wie teilweise auch in anderen Südoststaaten, daß sich, besonders wenn es die Landstädte, aber auch größere Städte betrifft, innerhalb dieser Stadtgemeinden noch ein gewisser Prozentsatz ihrer Einwohner mit Landwirtschaft beschäftigt. Der Prozentsatz hierfür beträgt bei der 3,6 Millionen zählenden Einwohnerschaft der rumänischen Städte 16.

Die Agrarreformen der Nachkriegsjahre haben in den landwirtschaftlichen Besitzverhältnissen eine völlige Verschiebung eintreten lassen. Mit ihnen ist die Großgrundbesitzerkaste der Bojaren nahezu völlig enteignet worden. „Am Endstadium dieser Reform (1929) stellt sich die Umschichtung der landwirtschaftlichen Betriebsgrößenverhältnisse Altrumäniens folgendermaßen dar: 81,4 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen werden im Kleinbetrieb (unter 10 ha) bewirtschaftet, 10,8 % im Mitteleigentum (unter 100 ha) und nur 7,8 % (über 100 ha) im Groß-

1) „Conjunctura economiei romanesti", Bukarest 1936, Jahrgang 1 (1936), Nr. 1 und 2, Seite 30.

betrieb, während von der Agrarreform das Verhältnis 46,7 % zu 10,8 % zu 42,5 % lag.“ [1]) Es ist in der Folgezeit die Frage aufgeworfen worden, ob sich inzwischen das durch die Agrarreform geschaffene Gleichgewicht zwischen Großgrund- und Bauernbesitz wieder zugunsten des Großgrundbesitzes verschoben habe. Daß dem nicht so ist, beweist eine Untersuchung in einer rumänischen Zeitung im März 1938. Nach ihr gibt es im ganzen Lande 5500 Grundbesitzer mit Bodenarealen zwischen 155 bis 200 ha, das sind zusammen 780 000 ha, 4000 Besitzer mit Bodenflächen zwischen 200 und 500 ha (1 315 000 ha) und 2700 Grundbesitzer mit Bodenflächen über 500 ha (3 375 000 ha). Demnach macht also der landwirtschaftliche Besitz über 100 ha insgesamt 5 470 000 ha aus und verteilt sich somit auf 12 200 Eigentümer. In diesen Zahlen sind die Staats- und Gemeindeweiden mit 3,5 Mill. ha einbezogen. Werden sie abgezogen, so bleiben für die 12 200 Besitzer 1 970 000 ha, also fast genau 10 Prozent des gesamten landwirtschaftlichen Besitzes, in dem auch der unkultivierbare Boden enthalten ist, übrig. Legt man die Ziffer des kultivierbaren landwirtschaftlichen Bodens in Höhe von 12 850 000 ha zugrunde, so sind demnach nur 6,9 % des kultivierbaren Besitzes in den Händen aller Grundbesitzer über 100 ha. [2])

Daß die Agrarreformen nicht den Erfolg zu verzeichnen gehabt haben, den man sich von ihnen versprach, ist schon lange in Rumänien kein Geheimnis mehr. Unter Zugrundelegung eines rein quantitativen Verteilungsschlüssels ist der Großgrundbesitz schematisch in kleine und kleinste Parzellen unter die mit Recht landhungrige Bauernschaft aufgeteilt worden, ohne daß man sich dabei überlegte, ob auch der kleinste Bauernbesitz imstande sein konnte, aus dem Ertrag seines Bodens wenigstens für den Lebensunterhalt seiner Familie zu sorgen. Der schwerste Fehler war wohl der, daß man das System der Realteilung aufrechterhielt, ohne zu bedenken, daß die Vermehrungskraft der ländlichen Bevölkerung den Bodenbesitz geradezu atomisieren müßte. Das rumänische Ackerbauministerium hatte 1936 zur Feststellung des Viehbestandes und der Größenverhältnisse von 150 000 Bauernwirtschaften (d. s. 3½ % der Gesamtwirtschaften) Stichproben unternommen. Aus dieser Untersuchung ging hervor, daß 48 % aller Bauernwirtschaften nur

1) Wolfgang Höpker: „Rumänien diesseits und jenseits der Karpaten.“ Knorr & Hirth Verlag, München, 1936, Seite 49.
2) s. a. „Bukarester Tageblatt“, Handelsteil 9. 3. 1938.

bis 3 ha, 41,9 % von 3 bis 10 ha und nur 10,1 % über 10 ha groß sind. Nahezu die Hälfte des gesamten Bauernstandes besitzt somit durchschnittlich nur 1½ ha Ackerboden. Das Ergebnis der Viehzählung besagte, daß 36,9 % der Bauernwirtschaften kein einziges Arbeitstier, 32,5 % nicht einmal eine Milchkuh im Stall und 46,2 % keine Schafe haben. Die erschütterndste Feststellung aber war die, daß 48,1 % der Wirtschaften keine Schweine besitzen![1]) Auch die Inventarausstattung der Bauernbesitze ist immer noch überaus dürftig. Eine Bestandsaufnahme vom August 1937 zeigt, daß in den von der Statistik erfaßten Bauernwirtschaften von 4 285 714 nur 2 264 977 Pflüge vorhanden waren, eine ganze Reihe anderer landwirtschaftlicher Werkzeuge wie Jäthacken, Kranten, Spaten usw. fehlen im überwiegenden Teil der Bauernhöfe überhaupt ganz. An Fuhrwerken kommt auf jede zweite Wirtschaft nur eins.[2])

Das Problem der landwirtschaftlichen Übervölkerung, d. h. das Verhältnis zwischen Bodenbesitz und Bevölkerungsbestand, ist in Rumänien wie im ganzen Südosten heute durch das anhaltende Wachstum der Landbevölkerung akuter denn je. Wie wir schon an den hohen Anteilzahlen der landwirtschaftlichen Berufsgruppen an der Gesamtbevölkerung gesehen haben, kommt in den Südostländern ein bedeutend höherer Prozentsatz von Menschen auf den kultivierbaren Boden als in vorwiegend industriell orientierten Staaten Mitteleuropas oder selbst so ausgesprochenen Agrarländern wie Dänemark und Holland. Hinzu kommt bei Bulgarien, Jugoslavien und Rumänien — eine Ausnahme bildet hier nur Ungarn —, daß wegen des vorwiegend gebirgigen Charakters dieser Länder dem Ausdehnungsdrang der ackerbautreibenden Bevölkerung Grenzen gesetzt sind. Schließlich herrscht auch immer noch eine extensive Bearbeitungstechnik des Bodens vor, der im Vergleich zu einer gleich großen Fläche in mittel- oder nordeuropäischen Ländern mit intensiver Bodenbewirtschaftung geringere Erträge abwirft. G r o ß[3]) schlägt zur Lösung dieses Kardinalproblems der landwirtschaftlichen Übervölkerung im Südosten hauptsächlich folgendes vor: Erstens: Schaffung einer gesunden Agrarverfassung mit lebensfähigen Bauernwirtschaften und mit Sicherung und Unteilbarkeit des Besitzes; zweitens: Ausweitung des wirtschaftlichen Lebensraumes durch Vergrößerung der landwirtschaftlich

1) s. a. „Bukarester Tageblatt", Handelsteil 9. 1. 1937.
2) s. a. „Bukarester Tageblatt", Handelsteil 29. 10. 1937.
3) s. a. a. O. Seite 48.

genutzten Fläche und durch eine rationellere Bearbeitung und Ausnutzung des bebauten Bodens. Natürlich verschließen sich die Regierungen der einzelnen Länder nicht der Ernsthaftigkeit dieses Problems, das in Jugoslavien und in Bulgarien, in denen nach dem Stande von 1931 bzw. 1926 auf 100 ha Ackerland 157,4 bzw. 119,6 bäuerliche Personen entfallen, besonders dringend einer Lösung harrt. In Rumänien und in Ungarn liegt das Verhältnis zwischen Ackerland und landwirtschaftlicher Bevölkerung mit 99,6 bzw. 80,6 bäuerlichen Personen auf 100 ha Ackerland etwas günstiger. „Es ist Tatsache, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung zunimmt und daß dadurch der Bodenhunger immer größer wird. Auf demselben Boden unseres Landes kann aber mit mehr Arbeit und fortschrittlichen Verfahren das Mehrfache geerntet werden. Das hätte die gleiche Folge wie eine Verdoppelung des Grundbesitzes.“ [1]) Es sei hier schon angedeutet, daß die von allen Südostländern seit geraumer Zeit eingeleitete und in Zukunft sicherlich voranzutreibende Aktion zur besseren Ausrüstung ihrer Landwirtschaften mit landwirtschaftlichen Werkzeugen, Maschinen, Motoren und Traktoren der deutschen Industrie noch Aussichten für Großlieferungen auf Jahre hinaus bieten kann. „Das soziale Strukturbild Alt-Rumäniens, dessen Grundzüge bei steigendem Machtvorsprung des Altreichs sich allmählich auch in den neuen Landesteilen abzuzeichnen begannen, wird beherrscht von der tiefen Kluft zwischen reich und arm, zwischen Herrschenden und Beherrschten, zwischen einer dünnen städtischen Oberschicht und den weiten Massen des Bauerntums. Die vermittelnden Züge fehlen in dieser Schwarz-Weiß-Zeichnung fast ganz.“ [2])

Und in der Tat: diese Mittelschicht des zahlenmäßig sehr großen Staatsbeamtentums, der bürokratisierten Geistlichkeit, des in diesem Lande zum Mittelstand zählenden Offizierskorps und des Handwerkertums führt nicht das Leben eines innervolklich gebundenen kulturell hochstehenden Bürgertums, sondern steht lediglich als eine besonders den zivilisatorischen Errungenschaften des Westens verhaftete Zwischenschicht zwischen den verelendeten Bauernmassen und dem Großgrundbesitz einerseits, sowie der weltanschaulich liberal denkenden und wirt-

1) Rumäniens Ackerbauminister Jonesco-Sisesti in einer Presseerklärung s. „Timisoaraer Zeitung“ vom 27. 2. 1938.
2) s. Höpker a. a. O. Seite 48.

schaftlich kapitalistisch orientierten stark jüdisch überfremdeten Oberschicht in Handel, Industrie und Bankwesen andererseits.

Wir erwähnten im Zusammenhang mit der Betrachtung über den Bevölkerungsbestand und die Bevölkerungsstruktur Rumäniens einige Ziffern über Bevölkerungsverhältnisse in Jugoslavien. Wir tragen hier noch einige Ziffern für die Bevölkerungsbestandsentwicklung Jugoslaviens nach: 31. 1. 1921 = 11,9 Mill., 31. 3. 1931 = 13,9 Mill. und 31. 12. 1936 = 15,1 Mill. Köpfe. Die durchschnittliche jährliche Bevölkerungszunahme hat sich also um rund 1,6 % bewegt. Nach der Zählung von 1931 besteht ein Frauenüberschuß von 1,08 %, zweifellos noch immer eine Auswirkung des Krieges. Da in den letzten Jahren durchweg mehr Knaben als Mädchen geboren wurden, — auch die für gewöhnlich höhere Sterblichkeitsquote der männlichen Säuglinge hat eine Reduzierung erfahren — dürfte der Ausgleich bald hergestellt sein. Als am dichtbevölkertsten wird die Save-Banschaft, zu der die zweitgrößte Stadt Jugoslaviens Zagreb gehört. registriert. Es folgen das Donau-Banat mit der Hauptstadt Belgrad (400 000 Einwohner), die Vardar-Banschaft und die übrigen Banate. Die berufliche Gliederung der Bevölkerung zeigt auch in diesem Lande den vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter. Von der Landwirtschaft. Forstwirtschaft und Fischerei leben 75,9 %, von Industrie und Handwerk 9,8 % der Bevölkerung. In Handel und Banken sind 3,2 %, im Verkehrswesen 2,0 %, in öffentlichen Diensten und freien Berufen 3,5 % beschäftigt. Tagelöhner sowie Ruheständler und Rentner werden mit 3,7, sonstige mit 1,4 % angegeben.

Der weitaus überwiegende Teil des Volkes, nämlich 82 %, wohnen auf dem Lande; auf 100 ha kultivierten Bodens, wozu ja Acker, Wiesen. Weiden und Gärten rechnen, entfallen 81,6, auf 100 ha nur des Ackerlandes 157,4 bäuerliche Bewohner. Auf eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 14,3 Mill. ha kommen 2,18 Mill. landwirtschaftliche Betriebe. Ihre Durchschnittsgröße wird mit rund 6,5 ha angegeben. Im allgemeinen überwiegen bei den Bauernhöfen die Klein- und Zwergbetriebe, die ungefähr 30 % der Landwirtschaftsfläche einnehmen. Nach einer anderen Version sind 67,8 % der Grundbesitze kleiner als 5 ha, während im Vergleich hierzu z. B. in Deutschland die überwiegende Zahl der Besitze auf die Größe von 5 bis 20 ha entfällt. Auch in Jugoslavien besteht demnach ein Mißverhältnis zwischen der Anzahl der bäuerlichen Familienmitglieder und der Produktionskapazität ihres Bodenbesitzes. Auch hier herrscht das

Problem der bäuerlichen Übervölkerung. Außerdem leben auf dem Lande noch rund 80 000 Familien ohne Haus, 175 000 Familien sind ohne Bodenbesitz überhaupt und 535 000 ohne Viehbestand.

In der mehr aus sozialen wie wirtschaftlichen Erwägungen heraus erfolgten Agrarreform ist ungefähr ein Zehntel der gesamten Fläche des Landes, das sind 2,48 Millionen ha, erfaßt worden. Hiervon entfielen 555 137 ha auf die nach dem Friedenschluß hinzugekommenen Gebietsteile. Der verteilte und für die Zahl der Bewerber keineswegs in genügender Menge vorhandene Boden stammte gemischt aus privatem, Staatsbesitz und fremdvölkischem Großgrundbesitz. Über den Stand der Agrarreform Anfang 1938 unterrichtet eine Veröffentlichung des Landwirtschaftsministeriums. „Danach wurden in den nördlichen Landesgebieten insgesamt 340 320 Katastraljoch (100 Joch = 57 ha) enteignet und verbleiben noch etwa 300 000 Katastraljoch zur Liquidierung. In den nördlichen Gebieten wurden bisher gesamt 31 700 Siedler angesetzt. Mit den 1937 eingegangenen 385 berechtigten Gesuchen um Landzuteilung erhöht sich die Anzahl der noch nicht erledigten Gesuche auf 7744. In Südserbien wurden bisher 345 000 ha für Siedlungszwecke abgegrenzt und staatlicherseits 4800 ha gekauft. Als für Siedlungszwecke geeignet wurden hiervon 226 800 ha bezeichnet und für 48 392 Siedlerfamilien eingeteilt. Die Liquidierung der Großgrundbesitze in Bosnien und der Hercegovina, der sogenannten Begluke, ist weiterhin fortgeschritten. Bisher wurden 1937 2140 Gerichtsverfahren beendet, während noch 1292 Verfahren offenstehen. Nach dem Gesetze über die Liquidierung der Agrarverhältnisse in Dalmatien wurden gesamt 101 544 Anmeldungen eingereicht, von denen bisher 59 531 gerichtlich erledigt wurden."[1]) Landwirtschaftlicher Großgrundbesitz besteht in Jugoslavien nur noch sporadisch. Der nördlich der Donau und Save gelegene Feudalbesitz in Höhe von 380 000 ha ist unter 220 000 Bauern- und Siedlerfamilien aufgeteilt worden. In den südserbischen Gebietsteilen ist 48 000 Bauernfamilien Boden zugeteilt worden. Von den Kriegsfreiwilligen haben 20 000 je 5 ha Land erhalten.

Die nachteiligen Folgen der Agrarreform äußerten sich in Jugoslavien wie übrigens auch in den anderen südosteuropäischen Ländern in einer ständig wachsenden Verschuldung der einzelnen Besitzer von neuem

1) NfA., 22. 1. 1938.

Grund und Boden. „Die Ausstattung der Bauern mit Kapital wurde nach der Agrarreform von den südosteuropäischen Staaten entweder gar nicht oder ganz unzureichend geregelt. Die Bauern waren angewiesen auf private Geldgeber, die ihre Machtstellung rücksichtslos ausnützten. Hohe Wucherzinsen trieben die Bauernschaft in Überschuldung, die in den Krisenjahren die Grundfesten der Bauernwirtschaften bedrohten. Die hohen Zinsen wirkten um so verhängnisvoller, als die Rentabilität der südosteuropäischen Landwirtschaft infolge der primitiven Produktionstechnik und der geringen Auswertung der bäuerlichen Arbeitskraft noch weit unter normalen landwirtschaftlichen Erträgen liegt."[1]) 1932 wird nach einer Untersuchung der 1929 gegründeten Staatlichen Privilegierten Agrarbank die durchschnittliche Belastung der bäuerlichen Schuldner mit 9630 Dinar angegeben; auf ein ha Ackerland entfallen zu dieser Zeit 840 Dinar Schuldbelastung. Seit dem 20. April 1932 sind die Bauernschulden durch drei Gesetze und sieben Verordnungen zehnmal geregelt worden. Erst die letzte Verordnung vom 26. September 1936 hat eine fast restlose Entschuldung ermöglicht. „Die früheren Verordnungen zur Bauernentschuldung fingen mit Moratorium und Zinsermäßigung an und endeten bei Verlängerung und Verstärkung des Moratoriums und Zinsherabsetzung auf das niedrigste Niveau. Erst die letzte Verordnung erklärte die Notwendigkeit einer Herabsetzung der Schuldsumme, der Kapitalsumme."[2]) Basis dieser letzten radikalen Entschuldungsmaßnahme war eine Schuldendevalvation um rund 50 % auf Kosten der Gläubiger. Nebenher ging eine Senkung der Zinssätze auf durchschnittlich 4,5 % und einer Amortisationsausdehnung des Schuldenrestes auf zwölf Jahre. Zu dieser Zeit, Herbst 1936, wurde die Gesamtverschuldung der jugoslavischen Bauern mit 340 Millionen Reichsmark beziffert. Die Entschuldungsaktion wurde jedenfalls der Ausgangspunkt für eine Gesundung des Bauernstandes und die damit verbundene Hebung seiner Kaufkraft hat sich nicht zum wenigsten in erhöhten Auslandsbezügen, insbesondere solchen aus Deutschland, ausgewirkt.

Das Zentralarbeiterversicherungsamt zählte im Juni 1938 580 071 Arbeiter und Angestellte (559 629 Männer und 20 442 Frauen) als Mit-

1) Gerhard Balicki: „Neue Züge der Agrarpolitik in Südosteuropa", Konrad Triltsch Verlag, Würzburg 1936, Seite 56.
2) Velimir Bajkitsch, Belgrad: „Die Entschuldung des jugoslavischen Bauern" in „Die Deutsche Volkswirtschaft", 34/1936, Seite 1092.

glieder. In einer anderen Zusammenstellung [1]) ist aus der Zunahme der pflichtversicherten Arbeiter und Arbeiterinnen die fortschreitende Industrialisierung deutlich sichtbar: 1933 = 46 180, 1934 = 69 803, 1935 = 694 501, 1936 = 741 713. Natürlich ist auch in Jugoslavien ein Vergleich des Lebensniveaus und der Lebenshaltung des dortigen Arbeiters mit dem deutschen Arbeiter nicht angebracht. „Er lebt in einer völlig anderen Umgebung, die selbst wieder sehr viel bedürfnisloser ist als man es in Deutschland gewohnt ist. Die heutigen Industriearbeiter sind zum größten Teil Bauernsöhne, und vielfach kommen sie auch noch täglich stundenweit vom Lande in die Fabrik zur Arbeit." [2]) Trotz der immer bei der Betrachtung balkanischer Lebensverhältnisse zu berücksichtigenden Einschränkungen war die soziale Lage auch der jugoslavischen Arbeiterschaft inzwischen so unerträglich geworden, daß sich die Regierung Stojadinowitsch Anfang 1937 zum Erlaß einer Mindestlohnverordnung entschloß.

Wenn also zweifelsohne der Träger des jungen Staates der Bauer ist, und es auf absehbare Zeit auch bleiben wird, „bestimmt doch die Stadt als solche das Gesicht und den Geist des Landes . . . Der Weg hinauf führt den Bauernsohn eben über die Stadt, sie richtet das Land aus, nicht umgekehrt, und sie führt politisch." [3]) Zur Mittelschicht rechnet sich das Offizierkorps, das Beamtentum und die Geistlichkeit, sowie der aus der breiten Masse herausgewachsene eigenständische Kaufmannsstand, während das eingewanderte levantinische und jüdische Händlertum wie überall ein Eigenleben führt und selbst da, wo es in wirtschaftliche Machtposition eingerückt ist, von dem alten serbischen Großbürgertum gesellschaftlich nicht als gleichberechtigt anerkannt wird.

Die letzte Volkszählung Bulgariens im Jahre 1934 ergab einen Bevölkerungsbestand von 6,1 Millionen (1926:5,5 Mill., 1920:4,8 Mill.). Die durchschnittliche jährliche Zunahme innerhalb der beiden letzten Volkszählungen, also zwischen 1926 und 1934, ist mit 76 000 Personen errechnet worden. Die jährliche Zuwachsquote entspricht einem prozentualen Satz von 2,03. Dieser Satz liegt gegenüber Ungarn, Rumänien und Jugoslavien absolut am höchsten, auch relativ im Hinblick auf die

1) s. März: „Jugoslavien", Deutscher Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1938, Seite 121.
2) „Schlesische Zeitung", Handelsteil, 29. 7. 1937.
3) s. März a. a. O., Seite 79.

Tatsache, daß Bulgarien gegenüber den drei anderen Südoststaaten das bevölkerungsschwächste Land ist. Anfang des Jahres 1938 wird der Bestand schon auf etwa 6,3 Mill. Menschen geschätzt. Er stellt sich damit ungefähr 1,5mal so groß wie der der Schweiz und doppelt so groß wie der Norwegens. Die Bevölkerungsdichte hat sich folgendermaßen entwickelt: 1879 = 25, 1911 = 45, 1921 = 46,2, 1925 = 51,9, 1930 = 56,3 und 1935 = 60 Menschen auf den Quadratkilometer. Das Verhältnis zwischen Stadt- und Landbevölkerung ist seit mehr als 38 Jahren ziemlich stabil geblieben (1:4). Die Entwicklung zwischen den beiden letzten Volkszählungsjahren unterstreicht diese Tatsache.

Es lebten von der Gesamtbevölkerung Bulgariens [1]):

	In den Dörfern		In den Städten	
	Zahl	%	Zahl	%
1926	4 348 610	79,37	1 132 131	20,63
1934	4 782 087	78,52	1 308 128	21,48

Im Jahre 1880 stellte sich der Prozentsatz der Stadtbevölkerung auf 19,3 und der des Landvolkes auf 80,7 % der Gesamtbevölkerung. Verglichen mit den in der Tabelle angegebenen Ziffern kann also von einer Landflucht nicht die Rede sein. Darüber hinaus darf auch nicht vergessen werden, daß die Differenzierung zwischen Stadt und Land nicht so ausgeprägt wie in West- oder Mitteleuropa ist, und bei der Zählung am 31. 12. 1926 gaben durchschnittlich 17,8 % der Bevölkerung der bulgarischen Städte als Haupterwerbsquelle Landwirtschaft an. Was für die Stabilität des Verhältnisses der Stadt- und Landbevölkerung gesagt ist, gilt in gleichem Maße für die Berufsgruppengliederung. Auch nach dem Weltkrieg sind hier keine nennenswerten Verschiebungen eingetreten. Von der Gesamtbevölkerung entfallen auf die landwirtschaftliche Berufsgruppe 74,6 %, auf Handel und Banken 4,1 %, auf Industrie und Handwerk 10,5 %, auf Nachrichtenwesen und Transport 2,1 %, auf freie Berufe 2,3 %. Die restlichen 6,4 % umfassen Rentner und Pensionäre, Wehrmacht, Polizei, Verwaltung, Hausarbeit, Bedienung usw.

Bulgarien ist ein Land des Kleinbauerntums und des kleinbäuerlichen Besitzes. Der Großgrundbesitz hat in Bulgarien niemals eine ein-

1) Statistisches Jahrbuch, Sofia 1935, Seite 23.

flußreiche Rolle gespielt. Was von ihm nach dem Weltkrieg noch vorhanden war, ist nach der Agrarreform von 1921 völlig verschwunden. Heute ist die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche Kleinbauernbesitz. Die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe hat demnach auch eine erhebliche Erhöhung erfahren. 1887 gab es 546 084 Betriebe, 1916 705 000 und 1935 schätzte die Landwirtschafts- und Genossenschaftsbank ihre Zahl auf 919 314. Die Größenklasse von 5- bis 10-ha-Betrieben ist mit 32,6 % von der gesamten Betriebsfläche am stärksten vertreten. Die Betriebe unter 1 ha und von 1 bis 5 ha rangieren mit 22,2 % von der landwirtschaftlichen Betriebsfläche. Zu den Mittelbetrieben von 5 bis 30 ha zählen 311 539 Betriebe mit 66,8 % der Betriebsfläche und die für bulgarische Verhältnisse als Großbetriebe zu bezeichnenden Besitze über 30 ha nehmen 11 % der Betriebsfläche ein. „Auch die Zerstückelung der einzelnen Großbetriebe ist enorm. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß im Laufe nur der letzten acht Jahre (1926 bis 1934) die Anzahl der Betriebe um volle 134 373 (d. h. um 18 v. H.) zugenommen hat, während die bewirtschaftete Fläche einen Zuwachs von kaum 2 v. H. ergab."[1]) Ein besonderes Problem der bulgarischen Landwirtschaft ist das der Beseitigung der versteckten Arbeitslosigkeit. Nach einer Berechnung des Statistischen Instituts für Wirtschaftsforschung an der Staatlichen Universität Sofia werden im Lande für alle mit der Landwirtschaft zusammenhängenden Erzeugungszweige jährlich ungefähr 350 Millionen Männerarbeitstage bei zehnstündiger Arbeitszeit aufgewendet. Verfügbare Männerarbeitstage bestehen aber in Höhe von 564 Mill. Es könnten danach 720 000 in der Landwirtschaft tätigen Männer jederzeit in einem anderen Wirtschaftszweig verwendet werden, ohne daß die Landwirtschaft an Arbeitermangel leiden würde. Anderson[2]) schlägt zur Lösung dieses seit langem chronischen Problems zwei Wege vor: Erstens Förderung des Zuzuges zu den Städten. Dieser Vorschlag liegt in der Richtung einer noch stärkeren Industrialisierung Bulgariens, die man aber gerade vermeiden möchte. Den zweiten Ausweg sieht er in einer Umwandlung der Landwirtschaftsstruktur, d. h. ein immer stärkerer Übergang zum Anbau arbeitsintensiver Kulturen. Dieser Ausweg wird bekanntlich in Bulgarien schon seit einigen Jahren beschritten; ihn zu gehen war auch

1) Anderson: „Struktur und Konjunktur der bulgarischen Volkswirtschaft", Kieler Vorträge, Nr. 52, Seite 9.
2) s. a. a. O. S. 10.

nur dadurch möglich, daß Bulgarien in Deutschland einen fast hundertprozentigen Abnehmer der Erzeugnisse dieser arbeitsintensiven Kulturen gefunden hat, worauf in einem anderen Zusammenhang noch näher eingegangen wird.

Das Kreditbedürfnis der bulgarischen Bauern ist infolge der extensiven Bodenbearbeitung, der Kleinheit der meisten Betriebe und ihrer geringen Ertragsfähigkeit schon immer groß gewesen. Solange noch keine im ganzen Lande verzweigten und mit ausreichenden Mitteln versehenen Banken oder Kreditgenossenschaften bestanden, geriet der kreditbedürftige Bauer in die Abhängigkeit privater Geldgeber oder sogar Wucherer. Kurz nach dem Weltkrieg wurde die Landwirtschaft durch die Inflation schuldenfrei, aber da durch die weitere Zerstückelung des Bodens nach dem Kriege die Betriebsgrößen noch kleiner wurden und die Extensivität der Bodenbearbeitung beibehalten wurde, hat die Verschuldung in der Nachkriegszeit wieder rasche Fortschritte gemacht. „Nach dem Preissturze von 1929 verschlechterte sich die Finanzlage des bulgarischen Bauern noch mehr. Die latente Krise ging in eine akute über. Die Einnahmen des Landwirtes, die ohnedies zu klein waren, sanken um etwa 65 % . . . Auf diese Weise entstand wieder das Problem der Schuldenregelung."[1]) Im Durchschnitt waren Betriebe bis 100 Dekar (1 Dekar = 0,1 ha) — von dieser Größe sind ja, wie wir schon sahen, die meisten Bauernbesitze — mit ungefähr 15 000 Lewa verschuldet. Mit der Gesetzesverordnung vom 7. August 1934 wurde nach mehreren mißlungenen Versuchen das Verschuldungsproblem einer Lösung nähergebracht. Der Staat übertrug einer für die Entschuldung gegründeten Tilgungskasse die Einnahmen aus zwei Staatssteuern im Betrage von jährlich 200 Mill. Lewa, und die Schuldentilgung wurde im einzelnen auf 20 Jahre ausgedehnt. Mitte 1938 ist die Entschuldung der Bauern mit der Entschuldung anderer Stände verkoppelt worden. Alle Schuldner sind in zwei Gruppen geteilt worden. In der einen sind 210 000 Bauern, Handwerker und Kaufleute mit einer Gesamtschuld von 5,37 Mrd. Lewa zusammengefaßt. Alle diejenigen, die in dieser Gruppe bis 300 000 Lewa Schulden haben, haben einen reinen Nachlaß erhalten, und zwar die Bauern in Höhe von 40 %, die Handwerker mit 30 % und die Kaufleute

1) Piperow: „Bulgariens Agrarkrise und Agrarverschuldung", Berichte über Landwirtschaft, Sonderheft 135, herausgegeben im Reichs- und Preußischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Berlin 1938, S. 69.

mit 20 %. 94 % in dieser ersten Abteilung der Schuldner sind Bauern, die gewöhnlich nicht mehr als 300 000 Lewa Schulden haben. Der Rest sind die Handwerker und Kaufleute. Unter letzteren befinden sich natürlich eine ganze Reihe, deren Schulden über 300 000 Lewa hinausgehen und die daher auch nur Obligationen der Amortisationskasse erhalten haben. In der zweiten Abteilung befinden sich die übrigen rund 19 250 Schuldner mit Verpflichtungen in Höhe von 1247 Mill. Lewa. Bei ihnen sind die Zahlungsfristen auf 15 Jahre verlängert und die Zinssätze auf 7 % erniedrigt worden. Piperow [1]) schlägt als Maßnahmen nach der erfolgten Entschuldung zur Vermeidung einer neuen Verschuldung der Bauern folgendes vor: Erstens Unterbrechung des Prozesses der Zersplitterung des Bodens, zweitens Festlegung einer Mindestgrenze der Betriebsgröße, bei der der Landwirtschaftsbetrieb nur einem Erben übertragen werden darf, drittens Umstellung der Landwirtschaft auf vorwiegend arbeitsintensive Kulturen, viertens Sicherstellung billiger und langfristiger Landwirtschaftskredite für Anschaffungen und Verbesserungen im Betrieb des Bauern.

Der schon genannte Anteil der industriellen und handwerklichen Berufsgruppe an der Gesamtbevölkerung in Höhe von 10,5 % könnte zu falschen Schlüssen über die Zahl der vorhandenen Industriearbeiter führen. Es zählen zur Berufsgruppe Industrie und Handwerk insgesamt 576 195 Personen. Von diesen sind aber nur 270 748 aktiv erwerbstätig [2]). Von der letzten Zahl kommen 32,7 % auf in eigener Rechnung arbeitende Selbständige, 7,8 % auf Gehilfen, 2,5 % auf Beamte und nur 57 % auf die Arbeiterschaft, von denen die ausgesprochenen Industriearbeiter höchstens 40 000 ausmachen. Ihre Entlohnung hat selbstverständlich ebenfalls nicht mittel- oder westeuropäisches Niveau. Ein ungelernter Arbeiter hat einen durchschnittlichen Tageslohn von etwa 1 RM., die bestbezahlten verdienen ungefähr 2 RM. am Tag, der durchschnittliche Stundenlohn ist mit 15 bis 20 Pfennig in der Industrie anzusetzen. Dagegen existieren in Bulgarien schätzungsweise 100 000 selbständige Handwerker. Statistisch erfaßt sind allerdings bis jetzt nur 71 740, davon sind allein 37 608 auf dem Lande tätig. Vom Handwerk

1) s. a. a. O. Seite 70.
2) s. a. Anderson a. a. O. Seite 13.

leben einschließlich der Familienmitglieder etwa 450 000 Menschen, und die Gesamteinnahme des Handwerkes beträgt etwa ein Drittel des Nationaleinkommens.

A. II. 4) Volkseinkommen und Lebenshaltung

Bei einer Betrachtung der Entwicklung des bulgarischen Volkseinkommens muß zwischen landwirtschaftlichem und nichtlandwirtschaftlichem Einkommen unterschieden werden. Der Struktur der bulgarischen Wirtschaft gemäß stammt der größere Teil des Volkseinkommens natürlich aus den Erträgnissen der Landwirtschaft. Tschakaloff [1]) gibt den Höchststand des landwirtschaftlichen Einkommens für das Jahr 1928 mit ungefähr 32,7 Mrd. Lewa an. Von diesem Jahre an fällt es bis zum Jahre 1930 ab, erfährt bis 1931 wegen der guten Ernte wieder eine Erhöhung, ohne aber den Stand von 1928 zu erreichen, sinkt bis 1933 auf 25 Mrd. Lewa und befindet sich seitdem in einem gleichmäßigen ruhigen Anstieg. Das nichtlandwirtschaftliche Einkommen verläuft nicht in so sprunghaften Intervallen. Es wird von Tschakaloff 1924 mit 23 Mrd. Lewa, 1926 als bisher größtem Tiefpunkt mit 20,4 Mrd. Lewa angegeben. Seitdem hat es sich mit Abschwächungen im Jahre 1930 und im Jahre 1933 vermehrt.

Der Index der Lebenshaltungskosten, seit 1929 bis 1936 in ständigem Fallen begriffen, bewegt sich seitdem wieder in ansteigender Linie, was ohne Zweifel als ein Moment der Wirtschaftsbelebung anzusehen ist. Er stellte sich Ende 1936 bei der Originalbasis 1926 = 100 auf 64,6, erreichte im Jahresdurchschnitt 1937 66,2 und im Januar 1938 68,1 [2]).

Für das jugoslavische Volkseinkommen trägt nach wie vor die Landwirtschaft den Hauptanteil bei. Er wurde für 1936 mit 57,2 % (1926 51,8 %) errechnet. Die Prozentsätze für die übrigen Wirtschaftssektoren lauten für 1936: Industrie und Bergbau 26,4 %, Handel und

1) Tschakaloff: „Nacionalnijat dochod na Bulgarija 1924/35 (Das Nationaleinkommen Bulgariens 1924/35), „Trudove na Staticeskija Institut za stopanski prouevanija pri Sofijskija Durzaven Universitet" (Veröffentlichung des Statistischen Instituts für Wirtschaftsforschung an der Staatlichen Universität Sofia) 1937, Nr. 2, Seite 94.

2) s. a. der Verfasser in „Der Deutsche Volkswirt", 12. Jahrgang, Nr. 44, S. 2163.

Kreditwesen sowie freie Berufe 8,4 % und Verkehr 8 %. Der höchste Volkseinkommensbetrag (Naturalien und Bargeld) lag 1929 bei 69 Mrd. Dinar. Er geht 1932 auf 42 Mrd. Dinar zurück, sinkt 1935 sogar auf 37,5 Mrd. Dinar ab, um von da in stetigem Anstieg Ende 1937 44,2 Mrd. Dinar zu erreichen.

Die Kosten der Lebenshaltung sind seit einigen Jahren regelmäßig gestiegen. Der Index der Kleinhandelspreise in den zehn größten jugoslavischen Städten bei einer Beobachtung von 50 verschiedenen Warengattungen gestaltete sich folgendermaßen (1926 = 100): Juni 1935 = 80,9; Juni 1936 = 81,9; Juni 1937 = 85,6; Juni 1938 = 92,8 [1]).

Der Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre in Rumänien ist dem Unternehmertum, keinesfalls aber dem Beamtentum, den Angestellten, Arbeitern oder Bauern zugute gekommen. Die sozialen Spannungen haben sich eher verschärft als vermindert, da diese Schichten gehalts- oder lohnmäßig nicht entsprechend bedacht worden sind. Hinzu ist eine stetige Steigerung der Lebenshaltungskosten gekommen; offizielle Zahlen des Arbeitsministeriums geben eine Steigerung der Lebenshaltungskosten nur seit 1933 um 30 bis 40 % zu. Um ein paar Beispiele herauszugreifen: In Bukarest kostete Anfang 1938 ein Pfund Butter 60 Lei (1,50 RM.), ein immens hoher Preis für ein so ausgesprochenes Agrarland wie Rumänien. Wenn man dem gegenüberstellt, daß ein Arbeiter mit Familie in der Hauptstadt durchschnittlich 144 Lei die Woche verdient, oder Angestellte 3000 bis 5000 Lei monatlich, so ist klar, daß bei der großen Masse des Volkes das Existenzminimum gerade erreicht, wenn nicht sogar bei der Arbeiterschaft ständig unterschritten wird. Der Index der Kleinhandelspreise in Bukarest, kalkuliert auf 23 lebensnotwendige Artikel, entwickelte sich auf der Basis 1929 für ein paar Stichtermine folgendermaßen: Januar 1936 61,3, Januar 1937 62,3, August 1937 68,5, Juni 1938 76,5.

Über das Volkseinkommen in Rumänien liegen nur unzureichende Angaben vor. Aus einer englischen Berechnung [2]) der Durchschnittseinkommen in den Jahren 1925 bis 1934 in verschiedenen Ländern geht hervor, daß das Durchschnittseinkommen der rumänischen Bevölkerung

1) Indices de l'activité économique Yougoslavie, Banque Nationale du royaume de Yougoslavie (Service des Etudes Economiques, Nr. 6, Juin 1938).
2) s. a. „Temesvarer Zeitung", 1. 2. 1938, Seite 9.

bei 243 Dollar liegt und Rumänien mit dieser Ziffer u. a. hinter Ungarn, Polen, der Tschechoslovakei, Bulgarien und natürlich auch hinter Groß-Britannien, Frankreich und Deutschland an 27. Stelle steht.

Bei einer Betrachtung der Zusammensetzung des ungarischen Volkseinkommens ist die Feststellung sehr interessant, daß im Wirtschaftsjahr 1924/25 bei einem Gesamtvolkseinkommen von rund 4,7 Milliarden Pengö die Landwirtschaft mit 1,9 Milliarden Pengö den höchsten Anteil lieferte, während die Industrie mit 1,2 Mrd. Pengö den zweiten Platz einnimmt. Im Wirtschaftsjahr 1934/35 wurde das Volkseinkommen mit 3,6 Mrd. Pengö angesetzt, ist also rückgängig gewesen. Diese Verminderung ist einmal bei der Landwirtschaft größer als bei der Industrie, zum anderen ist in diesem Rechnungsabschnitt die Industrie mit 1,18 Mrd. Pengö gegenüber der Landwirtschaft mit 1,55 Mrd. Pengö anteilsmäßig an die erste Stelle gerückt. Die Erklärung für diese Erscheinung liegt in der Schrumpfung der Agrarpreise sowie in dem inzwischen fortgeschrittenen Ausbau des industriellen Sektors. Für 1937/38 ist vom ungarischen Wirtschaftsforschungsinstitut das ungarische Volkseinkommen mit 4705 Millionen Pengö gegenüber 5899 Millionen Pengö im Jahre 1928/29 errechnet worden. Die Steigerung im Errechnungsabschnitt 1937/38 gegenüber 1936/37 beträgt 6,5 Prozent; sie resultiert in der Hauptsache aus der wieder wertmäßigen Erhöhung der Agrarproduktion. Im übrigen lag das Volkseinkommen im Zeitabschnitt 1937/38 um den Prozentsatz von rund 30 höher als zur Zeit des Krisentiefs 1932/33 und um 14 höher als kurz vor dem Ausbruch der Krise.

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten zeigt folgendes Bild: Bis 1928 (1913 = 100) sind sie ständig angestiegen, von da ab bis 1936 gefallen und seit 1936 wieder erhöht. Ihr Index lag Ende 1937 um 5.7 Punkte höher als zum Ende des vorangegangenen Jahres.

B. I. 1) Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Südosteuropa

(In der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart)

Die gegenseitige Handelspolitik

a) Die Waren- und Zahlungsabkommen mit Jugoslavien

Die Handelspolitik des am 1. Dezember 1918 aus den Volksstämmen der Serben, Kroaten und Slovenen gegründeten jugoslavischen Staates trug in den ersten Nachkriegsjahren das Gepräge der Kriegsliquidierung, des inneren Aufbaues und der Wiederingangsetzung im Kriege abgerissener Außenhandelsbeziehungen. Die Außenhandelspolitik jener Jahre war ohne jegliche Systematik und den beinahe von Tag zu Tag sich ändernden Gegebenheiten angepaßt. Die Ein- und Ausfuhrverbote, die Devisen- und Verkehrspolitik, die Kompensations- und Kontingentverträge dienten vorerst nur der Stärkung der Binnenwirtschaft. Bis 1922 zeigte die Handelsbilanz eine sehr erhebliche Passivität, während schon 1923 ein gewisser Ausgleich festzustellen war. In den in dieser Zeit mit dem Ausland abgeschlossenen Verträgen wurde bereits wieder das Prinzip der Kompensation und der Kontingentierung fallen gelassen. Von 1924 an folgt die Periode des freieren Außenhandels, und der am 20. Juni 1925 eingeführte neue Zolltarif ist ein bedeutsamer Abschnitt der jugaslavischen Außenhandelspolitik der Nachkriegszeit. In die darauf folgende Periode greifen von Ende 1928 ab die Außenhandelsschrumpfungserscheinungen der Weltwirtschaftskrise ein. Während seit

1925 die meisten Staaten schon angefangen hatten, aus protektionistischen Gründen ihre Zollsätze zu erhöhen, hat Jugoslavien bis Mitte 1931 keine durchgreifenden Maßnahmen zur Reaktivierung seiner Handelsbilanz getroffen. Es beschränkte sich darauf, den Ausfuhrstand zu halten, ohne dabei gleichzeitig seinen Import zu reduzieren. Als durch den Hoover-Plan die Einnahmen aus den Reparationen wegfielen und der Export eine ständig rückgängige Tendenz zeigte, kam Jugoslavien die im Herbst 1931 wieder aufgenommene Devisenkontrolle sehr zustatten. In den nachfolgenden Jahren bis zur Gegenwart wurde die Clearingverrechnung im weitesten Maße zur Grundlage des Güteraustausches. Die Politik der Preisstützung und der Ausfuhrlenkung wurde unter der Regierung Stojadinowitsch in großem Stile organisiert. 1937 schloß Jugoslavien mit einer ganzen Reihe von Staaten über 24 Verträge und Abkommen zur Neuregelung des Handels- und Zahlungsverkehrs auf der Grundlage des seit 1934 in den Vordergrund getretenen Prinzips der Gegenseitigkeit.

Die Handelsbeziehungen zwischen Jugoslavien und Deutschland erfuhren das erstemal in der Nachkriegszeit durch einen Handelsvertrag vom 5. Dezember 1921 eine Regelung. Dieser Vertrag hatte als Grundlage das Freihandels- und Meistbegünstigungsprinzip und galt bis zum Abschluß des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 6. Oktober 1927. Die wenigen Tarifabreden, die in diesem Vertrag enthalten waren, entsprachen keineswegs der Bedeutung des deutschen Imports für Jugoslaviens Wirtschaft, weil sich die Zollermäßigungen für deutsche Waren nur auf wenige Zollpositionen beschränkten. Alle Versuche Deutschlands, hierin eine Abänderung zu schaffen, schlugen fehl, so daß dieser Vertrag zum 7. März 1933 von deutscher Seite aus gekündigt werden mußte. Dagegen erfuhr der Zahlungsverkehr in der Zwischenzeit, nämlich durch ein Clearingabkommen am 13. September 1932 in der Weise eine Regelung, daß die gegenseitigen Schuldner ihre Schuldverpflichtungen bei der heimischen Nationalbank auf das Konto der ausländischen Notenbank einzuzahlen hatten. Vom 7. März 1933 bis 1. August 1933 waren die Handelsbeziehungen vertraglich überhaupt nicht geregelt, da der junge nationalsozialistische Staat erst im Begriffe war, in der Außenhandelspolitik neue Methoden einzuführen. Erst am 1. Mai 1934 kam es dann zum Abschluß eines für die Folgezeit den Warenaustausch grundlegend regelnden Handelsvertrages, durch den das vorläufige Abkommen vom

29. Juli 1933 und der Inhalt des Notenwechsels vom 14. September 1933 unwirksam wurde. Er enthielt Bestimmungen über den Rechtsschutz, den Handels- und Reiseverkehr beider Länder sowie gebundene Zollsätze für die Einfuhr nach Deutschland und Jugoslavien. Er stellte den ersten Versuch eines Vollclearings in Verbindung mit besonderen Vorzugsabkommen dar. „Jugoslavien habe in dem Vertrag Erleichterungen für die Einfuhr vieler agrarischer Erzeugnisse und Rohstoffe bekommen und sogar für solche, bei denen Deutschland nach Eigenversorgung strebt. Außerdem aber habe Deutschland einen Weg gefunden, um über seine Marktregelungswirtschaft auch den jugoslavischen Bauern einigermaßen auskömmliche Preise zukommen zu lassen. So sei der Vertrag für Jugoslavien eine freudige Überraschung geworden . . . Auch in den schwersten Tagen hätten die deutschen amtlichen Stellen sich Jugoslavien gegenüber auf das Allerloyalste gezeigt und im Rahmen des Möglichen sämtliche Gesuche und Bitten wegen der jugoslavischen Einfuhr bereitwilligst genehmigt." [1]) Dem Handelsvertrag angegliedert wurde ein Zahlungsabkommen, das auf den Grundlagen des schon erwähnten Clearingabkommens vom 13. September 1932 beruhte und eine endgültige Fassung der damaligen Abmachungen brachte. Der wichtigste Punkt des neuen Vertrages aber war die Konstituierung von seitens beider Regierungen eingesetzten Regierungsausschüssen, deren Aufgabe es war, in ständiger unmittelbarer Fühlungnahme diejenigen Fragen zu behandeln, die mit der Durchführung der zwischen beiden Handelspartnern bestehenden Wirtschaftsvereinbarungen zusammenhingen. [2]) Über die außerordentlich fruchtbare Tätigkeit dieser Ausschüsse wird noch an anderer Stelle mehr zu sagen sein.

Im Anschluß an diese Abkommen sind dann eine ganze Anzahl von Protokollen unterzeichnet worden, die gewöhnlich die Besprechungen der Regierungsausschüsse abschlossen. Zu nennen wäre das Münchener Protokoll vom 1. März 1935, das Maßnahmen zum Ausgleich des Clearingsaldos und zur Hebung des gegenseitigen Warenverkehrs vorschlug. Es war nämlich bei der Clearingverrechnung vorgekommen, daß der jeweilige Warengläubiger durch die langen Überweisungsfristen ein nicht tragbares

1) Milan Ketschitsch in „Belgrader Handelsnachrichten", zitiert nach „Breslauer Neueste Nachrichten", 17. 2. 1935.
2) s. a. RGBl. II 1934, Seite 301.

Kursrisiko einging. Die Münchener Vereinbarungen schufen für diese Gläubiger das Recht, eventuelle Kursverluste nachträglich von den Schuldnern eintreiben zu können. Die zweite Tagung der Regierungsausschüsse mit dem Zagreber Protokoll vom 1. April 1936 brachte eine Erhöhung und Sicherung der Preise für die einzuführenden jugoslavischen Agrarerzeugnisse und von deutscher Seite die Wiedereinführung von Reisekreditbriefen. Zwischen diesem und dem Dresdner Protokoll vom 20. Oktober 1936, das die Clearingverrechnung auch auf gewisse Erze und die Landfracht ausdehnte, liegt die Einführung der jugoslavischen Einfuhrkontrolle auf einer Anzahl von Waren, die bisher aus Nichtclearingländern eingeführt wurden. Der Grund hierfür war der Zwang, den Import den Erfordernissen der Devisenbilanz anzupassen. Unter diese Einfuhrkontrolle kamen insgesamt 39 Artikel, deren Zahl am 30. September 1938 auf 56 erhöht wurde.

Das Berliner Protokoll vom 24. Mai 1937 brachte eine Vereinbarung über die Abhängigkeit der Höhe des jugoslavischen Exports von den Einzahlungen der jugoslavischen Importeure bei der Jugoslavischen Nationalbank. Das Dubrovniker Protokoll vom 29. September 1937 hatte wiederum Maßnahmen zum Ausgleich des Clearingsaldos, der um diese Zeit sehr zusammengeschrumpft war, zum Inhalt. „Nach dieser Bereinigung des Clearings haben die Ausschußbeschlüsse vom Oktober ein System begründet, nach dem die Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes grundsätzlich den deutschen Außenhandelsbehörden anvertraut wird, so nämlich, daß deutsche Einfuhrbewilligungen für südslavische Erzeugnisse (gegen prompte Zahlung) nur nach Maßgabe des (zeitig genug übersehbaren) Fälligwerdens südslavischer Zahlungen für bezogene deutsche Waren erteilt werden.“ [1]) Außerdem wurden eine Reihe neuer Kontingente für jugoslavische Agrarprodukte gewährt. Zur Unterstützung der Regierungsausschüsse wurde am 18. Januar 1938 ein deutsch-jugoslavischer Forst- und Holzwirtschaftsausschuß eingesetzt, der den Holzverkehr zwischen den beiden Handelspartnern überwachen soll.

Die Wiedereingliederung Österreichs in das Reich hat eine Neuregelung der Handelsmodalitäten erfordert. Bei den dieserhalb am

1) „Wirtschaftsdienst“ Heft 52/53 vom 30. 12. 1937.

4. Juni 1938 zum Abschluß gebrachten Verhandlungen standen vor allem zwei Fragen im Vordergrund, die des Zahlungsverkehrs und die der Anwendung der Zolltarife. Bei der Erörterung der Zolltariffrage bemühte man sich, eine Lösung zu finden, die die Beibehaltung aller Vergünstigungen, die früher zwischen Jugoslavien und Österreich bestanden, ermöglichte. Im Zahlungsverkehr wurde die Clearingverrechnung eingeführt und der Schilling selbstverständlich abgeschafft. Soweit noch Fakturen auf österreichische Schillinge lauteten, wurden die Schillinge im Verhältnis 830 Dinar = 100 Schillinge umgerechnet. Schließlich wurde in Berlin auch noch ein neues Veterinärabkommen ausgearbeitet mit Gültigkeit vom 1. Januar 1939. Auch das deutsch-jugoslavische Fremdenverkehrsabkommen ist auf Österreich ausgedehnt worden.

In Ergänzung dieser mehr als Provisorium anzusehenden Abmachungen sind dann die Regierungsausschüsse vom 5. bis 25. Oktober 1938 in Belgrad versammelt gewesen und haben dort die endgültige Eingliederung des Handelsverkehrs zwischen dem ehemaligen Österreich und Jugoslavien in die Methodik des deutsch-jugoslavischen Handelsverkehrs protokollarisch vorgenommen. Es wurde Jugoslavien eine Vergrößerung seiner Agrarausfuhr nach Großdeutschland zugestanden. Außerdem wurde der Kurs der Reichsmark-Clearingschecks nach einer Verständigung zwischen der jugoslavischen Nationalbank und der deutschen Verrechnungskasse auf eine obere Grenze von 14,70 Dinar und eine untere Grenze von 14,30 Dinar festgelegt. Schließlich wurden die in den geschilderten Protokollen verstreuten Bestimmungen über den Zahlungsverkehr zusammengefaßt und als ein deutsch-jugoslavisches Verrechnungsabkommen, das am 1. November 1938 in Kraft trat, bestätigt. Im Zusammenhang mit der Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Funk in Belgrad wurde auch die Möglichkeit des Abschlusses eines neuen Wirtschafts- und Handelsvertrages, der über mehrere Jahre in Kraft bleiben soll, besprochen.

Die neuen Wirtschaftsfragen, die durch die Vereinigung des Sudetenlandes mit dem Reich auftauchten, wurden in Belgrad zunächst nur im Hinblick auf den Zahlungsverkehr, und zwar für die Geschäfte, die nach dem 10. Oktober 1938 abgeschlossen wurden, einer Lösung zugeführt. Für den Warenverkehr waren zu dieser Zeit Verhandlungen in Aussicht genommen.

B. I. 1) Die Waren- und Zahlungsabkommen mit
b) Ungarn

Ebenso wie Deutschland in den Artikeln 264 bis 267 des Versailler Vertrages die Verpflichtung auferlegt wurde, bis zum 10. Januar 1925 den „Alliierten und Associierten Mächten" in der Handelspolitik eine unbeschränkte Meistbegünstigung zu gewähren, so ist Ungarn auch im Artikel 203 des Trianoner Vertrages in der gleichen Weise verpflichtet worden, allerdings mit dem Unterschied, daß diese Verpflichtung, die vom Völkerbund — genau wie bei Deutschland — nicht verlängert wurde, nur bis Mitte 1924 datiert war. Es war also Ungarn unmöglich, bis zu diesem Zeitpunkt Handelsverträge abzuschließen, die spezielle Tarifabreden enthielten. Die erste vertragliche Abmachung zwischen Deutschland und Ungarn erfolgte am 1. Juni 1920 durch ein provisorisches Abkommen zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen. Es trat am 22. Dezember 1920 in Kraft. Der Grundsatz der Meistbegünstigung war der Hauptpunkt dieses Abkommens.[1]) Das Abkommen bildete die Grundlage der Handelsbeziehungen bis zum Handelsvertrag 1931. Es hat sich für Deutschland günstiger ausgewirkt als für Ungarn, da die Anwendung der 1925 von Deutschland eingeführten hohen Agrarzölle dem ungarischen Agrarexport schwer zu schaffen gemacht hat, zumal die Konkurrenz der überseeischen Getreideproduzenten, die schon aus Frachtgründen billiger lieferten, sich immer stärker auswirkte. Als sich der deutsche Agrarprotektionismus weiter verschärfte, ersuchte Ungarn im November 1930 um Zollermäßigungen. Als Erfolg langwieriger Verhandlungen kam es dann am 18. Juli 1931 zur Unterzeichnung eines Handelsvertrages, wobei diesmal recht erhebliche beiderseitige Zollermäßigungen eingeräumt werden. Deutschland gewährte einen Präferenzzoll für Weizen, der aber keine Gültigkeit erlangen konnte, weil überseeische Agrarlieferanten Deutschlands Einspruch erhoben. Dagegen blieb das Ungarn eingeräumte Viehkontingent in Kraft. Ebenso kamen eine Reihe von ungarischen Zollbindungen, die sich für manche deutsche Exportware günstig auswirkten, in Anwendung.

Als beide Länder Mitte 1931 die Devisenzwangswirtschaft einführten, wurde durch ein Zahlungsabkommen vom 20. April 1932 die Zahlungs-

1) s. a. RGBl. 1920 II, Nr. 242.

abwicklung im Verrechnungssystem den beiden Notenbanken übertragen. Immerhin bringen die Jahre 1929 bis 1933 eine gewisse Schrumpfung des deutsch-ungarischen Handelsverkehrs. Der beiderseitige Wunsch, die Beziehungen wieder zu intensivieren, findet seine erste Auswirkung in einer Zusatzvereinbarung vom 15. August 1933, die gewisse Zollerlässe und Zollnachlässe bringt. Am 14. November 1933 wurde dann schließlich der Handelsvertrag vom Juli 1931 von beiden Regierungen ratifiziert, aber erst 1934, nachdem in großen Zügen die deutsche Agrarwirtschaft nach nationalsozialistischen Prinzipien geordnet war, konnte daran gegangen werden, diese Prinzipien auf die Außenhandelsbeziehungen zu übertragen. Die wichtigste Abmachung dieses Jahres ist die zweite Zusatzvereinbarung vom 1. April 1934 zum deutsch-ungarischen Handelsvertrag. „Das nationalsozialistische deutsche Reich und das gleichfalls nach nationaler Einheit und Größe strebende Ungarn waren in gleicher Weise bereit, mit Rücksicht auf die politische Freundschaft und engere geistige Verbindung ihre gelockerten gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen wieder herzustellen und zu vertiefen. In diesem Geiste sind im Jahre 1934 das zweite Zusatzabkommen zum Handelsvertrag von 1931 und das neue Zahlungsabkommen in Abänderung der 1932 vereinbarten Bestimmungen abgeschlossen worden, die einen Umschwung zur Belebung des gegenseitigen Warenverkehrs herbeigeführt haben."[1]) In dem Vertrag kam vor allem die beiderseitige Verpflichtung zum Ausdruck, die Einfuhr der ungarischen bzw. deutschen Waren nach allen Kräften zu fördern, was unter anderem auch zur Aufgabe der jetzt auch hier im Artikel 5 der Zusatzvereinbarung eingesetzten Regierungsausschüsse gehörte. Diesen Regierungsausschüssen wurde im übrigen auch die Überwachung der Anbauverträge, die Deutschland mit Ungarn auf verschiedene Ölsaaten abgeschlossen hatte, übertragen. Mit dem gleichen Datum des 1. April 1934 trat als Ersatz für das Zahlungsabkommen vom 13. April 1932 ein neues Abkommen über die Zahlungen aus dem deutsch-ungarischen Warenverkehr. Im Verfolg dieses Abkommens wurde zwischen den beiden Nationalbanken ein nicht veröffentlichtes Notenbankabkommen angeschlossen, das vornehmlich die ungarischen „Altforderungen" regelte.

1) Vitez Andreas Mescér, Präsident der Deutsch-Ungarischen Handelskammer in Budapest in „Handel mit dem Osten", Beilage der „Breslauer Neuesten Nachrichten" vom Dezember 1935, Nr. 8, Seite 3.

Um den durch die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung der beiden Länder zu starr gewordenen Rahmen des Clearings aufzulockern, wurde gegen Ende 1935 die Verrechnung nach dem Zweikonten-System fallengelassen und ein System der „Devisenkompensation" nach einem am 3. Dezember 1935 in Kraft getretenen neuen Zahlungsabkommen geschaffen. Nach diesem System wurden acht ungarische Devisenbanken in den deutsch-ungarischen Verrechnungsverkehr einbezogen. „Diesen Banken sind bei der deutschen Verrechnungskasse Konten eröffnet worden, auf die die Verbindlichkeiten deutscher Warenschuldner in Reichsmark einzuzahlen sind. Die auf ihren Konten eingehenden Reichsmarkbeträge verkaufen die ungarischen Banken zum amtlichen Reichsmarkkurs zuzüglich eines Devisenaufgeldes von 19,5 % an ungarische Importeure deutscher Waren, die hierdurch in die Lage gesetzt werden, ihre Verbindlichkeiten gegenüber ihren deutschen Gläubigern ohne einen Bartransfer zu begleichen. Auf der Basis dieses Verfahrens hat sich der deutsch-ungarische Handelsverkehr bisher ohne erhebliche Störung abgewickelt, so daß eine Kontingentierung der Wareneinfuhr aus Ungarn in Form von Zahlungswertgrenzen bislang nicht notwendig war.

Eine Ausnahme gilt nur für gewisse, insbesondere zentral bewirtschaftete landwirtschaftliche Erzeugnisse, deren Einfuhrmenge jährlich nach Verhandlungen zwischen den beiderseits eingesetzten Regierungsausschüssen besonders festgesetzt wird."[1])

Da das Warenabkommen vom Jahre 1934 am 31. März 1937 abgelaufen war, traten die deutsch-ungarischen Regierungsausschüsse im Juni 1937 zu erneuten Verhandlungen zusammen. Die abgelaufene Zusatzvereinbarung — denn um diese handelte es sich ja — hatte den deutsch-ungarischen Warenaustausch so gefördert, daß man in einer Abmachung vom 6. Juli 1937 zu ihrer Verlängerung um weitere drei Jahre schritt. Sie wurde in der Richtung erweitert, daß erhöhte Einfuhrmengen Ungarns für Brot- und Futtergetreide, Erzeugnisse der Milchwirtschaft und Produkte des Obst-, Gemüse- und Weinbaues deutscherseits und dem Deutschen Reich für eine Reihe von deutschen Industrieprodukten ungarischerseits zugestanden wurden.

Schließlich sind dann nach der Wiedereinbeziehung der Ostmark am 8. Mai 1938 Verhandlungen über die Ausdehnung der Bestimmungen

---

1) Armin Matthiae, Deutschland—Tschecho-Slovakei—Ungarn in „Handel mit dem Osten", Beilage der „Breslauer Neuesten Nachrichten", Nr. 2, 4. 5. 1938.

des deutsch - ungarischen Wirtschaftsverkehrs auf den österreichisch-ungarischen Warenaustausch mit dem Ergebnis geführt worden, daß in dem Augenblick der deutsch-ungarische Handelsvertrag an die Stelle des österreichisch-ungarischen Handelsvertrages tritt, in dem der deutsche Zolltarif in Österreich angewendet wird. Dieser Fall ist inzwischen eingetreten. Mit Wirkung vom 20. Mai 1938 ist das deutsch-ungarische Verrechnungsabkommen vom Dezember 1935 auf das Land Österreich ausgedehnt worden. Zur zuständigen Devisenstelle für Erteilung von Genehmigungen innerhalb Österreichs wurde Wien bestimmt.

B. I. 1) c) Die Waren- und Zahlungsabkommen mit Bulgarien

Ebenso wie Deutschland im Versailler und Ungarn im Trianoner Vertrag ist Bulgarien im Vertrag von Neuilly gezwungen worden, einer Reihe von Staaten das einseitige Meistbegünstigungsrecht bis zum 9. August 1925 zu gewähren. Erst von diesem Jahre ab begann Bulgarien Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen mit speziellen Tarifabreden, nachdem bereits 1922 ein neuer Zolltarif in Kraft gesetzt worden war. Die Krise des Jahres 1931 veranlaßte auch Bulgarien zur Einführung der Devisenzwangswirtschaft und zur Einfuhrkontingentierung, nachdem auch hier die kurzfristigen Auslandskredite plötzlich abgerufen worden waren. Der Verrechnungsmodus im Zahlungsverkehr war die unausbleibliche Folge. Mit Deutschland wurde am 1. September 1932 ein unbefristetes Clearingabkommen abgeschlossen, das zuerst auf dem üblichen Zweikontensystem beruhte, später aber, als die Handelsbilanz Deutschlands gegenüber Bulgarien zeitweise passiv war und die Umsätze sich daher in der Hauptsache auf dem Berliner Reichsmarkkonto — der bulgarische Importeur erwarb zum Schuldausgleich eine entsprechende Reichsmarksumme von der bulgarischen Nationalbank — abspielte, sich zum Einkontensystem abwandelte.

Der Abschluß eines ersten Handelsvertrages mit Deutschland erfolgte am 24. Juni 1932; er erlangte am 17. Februar Gültigkeit. Basis des Vertrages war die Gewährung der gegenseitig unbedingten und uneingeschränkten Meistbegünstigung. Darüber hinaus wurden von beiden

Seiten Zollermäßigungen bzw. Bindungen eingeräumt.[1]) Zu diesem Vertrag folgte am 24. November 1933 ein Zusatzabkommen, das die Einfuhr bulgarischer Gemüsesamen nach Deutschland auf Grund von Anbauverträgen mit deutschen Gemüsesamenzüchtern regelte.[2]) 1934 wurde die seit 1931 gehandhabte Einfuhrkontingentierung überprüft und die Einfuhr wieder unbegrenzt gegen den Export bestimmter Waren zugelassen. Aber schon auf einen Beschluß des Verwaltungsrates der bulgarischen Nationalbank vom 22. Mai 1937 wurden wieder die Kontingente für die Wareneinfuhr von der Nationalbank im Ausmaße bis zu 50 % des Durchschnittsimports in den Jahren 1930, 1931 und 1932 bestimmt. „Ausnahmsweise und je nach dem Bedarf des Landes kann die bulgarische Nationalbank Kontingente für die Einfuhr einiger Artikel auch über 50 % des Durchschnittsimports der Jahre 1930, 1931 und 1932 bestimmen, und zwar für Petroleum, Salz, Medikamente und Hilfsmaterialien für die Industrie.“ [3])

Der österreichisch-bulgarische Zahlungsverkehr ist vom 1. Juni 1938 ab nach den Vereinbarungen des deutsch-bulgarischen Zahlungsverkehrs durchgeführt worden. Die vor dem 15. Mai 1938 zwischen Österreich und Bulgarien abgeschlossenen Kompensationsgeschäfte liefen bis zum 31. Dezember 1938 unter dem österreichisch-bulgarischen Zahlungsregime. Der deutsch-bulgarische Handelsvertrag ist nach der Einführung des deutschen Zolltarifs in Österreich an die Stelle des zwischen Österreich und Bulgarien am 3. April 1932 in Kraft getretenen Meistbegünstigungsabkommens getreten.

B. I. 1) d) Die Waren- und Zahlungsabkommen mit Rumänien

Die deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen haben in der Nachkriegszeit einen wechselvollen Verlauf genommen. Lange Jahre nach dem Kriege verhinderten eine schnelle Intensivierung des Warenaustausches einmal die abgerissenen Geschäftsverbindungen und die Auflösung der Kapitalverflechtungen, zum anderen die gegenseitige Handelspolitik der

1) s. a. RGBl. II 1933, Seite 59.
2) s. a. RGBl. II 1933, Seite 971.
3) s. Beilage zu den „Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages“ Seite 1 vom Mai 1937.

beiden Länder. Es kam sogar zu Ein- und Ausfuhrverboten, deren Aufhebung von deutscher Seite aus Ende 1925, in Rumänien sogar erst 1927 erfolgte. An ihre Stelle traten beiderseits neue erhöhte Agrar- und Industriezölle mit protektionistischem Charakter. Den schon mit hohen Exporttaxen belasteten rumänischen Agrarerzeugnissen wurde durch die Ende 1925 deutscherseits eingeführten Futtermittelzölle die Ausfuhr noch weiterhin erschwert. Auch in den von rumänischer Seite zum Schutze seiner Industrie eingeführten hoch angesetzten Einfuhrzöllen kam die Abschließung dieser Jahre zum Ausdruck. Kurz vor dem Antritt des Bauernparteikabinetts Maniu Anfang 1929 fand diese Isolierungspolitik ihr Ende. Bis 1930 nahm dann das Außenhandelsvolumen Deutschlands mit Rumänien eine steil ansteigende Entwicklung. Das letztgenannte Jahr brachte bei der Einfuhr aus Rumänien eine Rekordziffer von 236,9 Millionen RM., während der Höchststand des Exportwertes nach Rumänien schon in das Jahr 1928 gefallen war.

Von 1931 ab ist wieder ein schneller Abfall der Ein- und Ausfuhrziffern zu bemerken. In dieses Jahr fällt dann auch der am 27. Juni zwischen beiden Ländern abgeschlossene erste Handelsvertrag, dessen entscheidender Inhalt die Gewährung von Vorzugszöllen seitens Deutschlands für Mais und Futtergetreide war. Dieser Präferenzvertrag war deswegen von besonderer Wichtigkeit, weil er die bisher übliche, keinem Handelspartner besondere Vorteile bringende Form der Meistbegünstigung durchbrach und in ihm die Möglichkeit einer wirksamen Hilfe auch für die anderen um den Absatz ihrer Agrarüberschüsse kämpfenden Staaten Südeuropas lag. Die Auswirkungen dieses Präferenzabkommens sind allerdings nicht voll in Erscheinung getreten, da die deutsche Getreide- und Futtermittelerzeugung in der Folgezeit stetig anstieg, der Einfuhrbedarf infolgedessen ebenso ständig sich verringerte. Als Deutschland Ende 1932 seine Brotgetreide-Selbstversorgung erreicht, ist die Folge eine beträchtliche Lahmlegung des Warenaustausches im Jahre 1933. In diesem Jahr beträgt die Einfuhr aus Rumänien nur noch 46,1 Millionen RM., die Ausfuhr nach dort 46 Millionen RM. Anfang Mai 1934 treten dann die Bestimmungen des rumänischen Ministerrates hinsichtlich der Einfuhrreglementierung in Kraft. Im Zusammenhang mit dieser Regelung kündigte die rumänische Regierung die mit Deutschland bestehenden Handels- und Verrechnungsabkommen zum 15. Dezember 1934, verlängerte ihre Geltungsdauer dann allerdings bis 31. Januar 1935.

Während der Jahre 1931 bis 1934 büßte sowohl Rumänien seinen Platz in der Rangordnung der Bezugs- und Absatzländer Deutschlands als auch Deutschland seine Position als Kunde und Lieferant Rumäniens ein. Seit 1935 hat das Warenaustauschvolumen, besonders was den Export Rumäniens nach Deutschland betrifft, wieder eine aufwärtsgehende Entwicklung erhalten, die bis zur Gegenwart anhält. Dazu hat das System der Kompensationsgeschäfte, die in Rumänien mit dem Erlaß der Währungsbeschränkungen auftauchten, auch soweit es sich um Messesonderkompensationsabkommen handelte, auf die wir noch zu sprechen kommen werden, kräftig beigetragen. Das Kompensationsregime hat vor allem die Möglichkeit gegeben, Waren auszuführen, die auf Auslandsmärkten sonst keinen Absatz gefunden hätten. Dies betrifft nicht zuletzt auch gewisse Sorten von Fertigwaren. Es ist eine Kompensationsliste A für die Ausfuhr und B für die Einfuhr aufgestellt worden, die von Zeit zu Zeit abgeändert wird, das heißt es werden entweder einzelne Artikel gestrichen oder neue hinzugefügt. Durch solche Kompensationsgeschäfte gelang es im übrigen auch vielen kleinen und mittleren deutschen Firmen, sich den rumänischen Markt zu erschließen. Das Zustandekommen der Kompensationen ist von der Genehmigung der rumänischen Nationalbank und der deutschen Verrechnungskasse abhängig.

Die Grundlagen der heutigen deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen sind der am 26. März 1935 abgeschlossene Handelsvertrag, der die 1934 in beiden Ländern erfolgte Neuorganisierung der Warenaustauschmethoden berücksichtigte, und das Zahlungsabkommen vom 24. Mai 1925 nebst den Zusatzabkommen vom 7. September 1935, 1. Oktober 1936 und 9. Dezember 1937. Bekanntlich wird der Zahlungsverkehr Rumäniens mit Deutschland über das Clearingkonto der rumänischen Nationalbank bei der deutschen Verrechnungskasse abgewickelt. Der Gegenwert des rumänischen Exports wird von diesem Konto abgebucht. Lange Zeit konnten die überwiesenen Reichsmarkbeträge in Rumänien am freien Markt angeboten werden. Diese Freihandelbarkeit der Reichsmark führte aber stets zu Schwierigkeiten in den Abrechnungsmodalitäten, und da in den letzten Jahren außer 1936 der rumänische Export nach Deutschland höher als der Import aus Deutschland lag, war die Folge ein ständiges Reichsmarküberangebot, das sich auf die Kursgestaltung der Mark recht ungünstig auswirkte. Man versuchte zunächst von rumänischer Seite die Kursstörungen dadurch zu beheben, daß die

Nationalbank sich in das Reichsmarkangebot und die Reichsmarknachfrage am freien Markt regulierend einschaltete, ohne daß eine Stabilerhaltung des Reichsmarkkurses erreicht werden konnte. Auf Grund erneuter Verhandlungen zwischen beiden Regierungsausschüssen im Dezember 1937 gelang es schließlich, das System der Freihandelbarkeit der Reichsmark aufzuheben und eine Stabilisierung des Kurses herbeizuführen. Die Bukarester Vereinbarung konnte auf die Dauer nur dann zu einer störungsfreien Verrechnung führen, wenn auch die Guthaben der Nationalbank bei der deutschen Verrechnungskasse durch größeren Warenimport aus Deutschland abgetragen wurden. In dem Zusatzabkommen vom 9. Dezember 1937 wurde im übrigen auch bis zum 30. September 1938 ein Ein- und Ausfuhrplan aufgestellt, der Rumänien erweiterte Kontingente für Holz, Vieh, Getreide, Fette und Wein brachte, während der deutsche Export nach Rumänien sich in dem Umfang des rumänischen Exportes nach Deutschland halten sollte. Die Handelsbilanz mit Deutschland schloß 1937 noch mit dem recht hohen Aktivsaldo von 50 Millionen RM. Die Außenhandelsziffern nach dem ersten Halbjahr 1938 zeigen jedoch nach der Einbeziehung der Ostmark insofern ein verändertes Bild, als die Einfuhren aus Großdeutschland zum ersten Male wieder die Ausfuhren nach Großdeutschland nicht unerheblich übertreffen.

Nach der Einbeziehung Österreichs in das Altreich galt es, diese Tatsache auch für den deutsch-rumänischen Handelsverkehr zu beachten. Das Handelsverhältnis Rumäniens mit dem früheren Österreich litt bis zu diesem Zeitpunkt unter gegenseitigen Restriktionen. Rumänien stand 1937 in der österreichischen Ein- und Ausfuhr an der fünften Stelle, während die Ostmark noch 1935 nach Deutschland der wichtigste Handelspartner Rumäniens war. Das Warenaustauschvolumen wäre sicherlich in den beiden letzten Jahren vor der Eingliederung Österreichs umfangreicher gewesen, wenn nicht durch den Petroleumkonflikt — Rumänien forderte für sein Mineralöl freie Devisen und kündigte Ende 1936 das Handels- und Zahlungsabkommen — der rumänischen Ausfuhr nach Österreich beträchtliche Wertposten verloren gegangen wären. Mit Wirkung vom 1. Juli 1938 ist das deutsch-rumänische Verrechnungsabkommen vom 24. Mai 1935 einschließlich aller Zusatzabkommen auf das Land Österreich ausgedehnt worden, und Rumänien hat daraufhin wieder begonnen, die Ausfuhr von Erdöl nach der Ostmark über Clearing

zu verrechnen. Der Fragenkomplex der Regelung des großdeutsch-rumänischen Güteraustausches ist im November 1938 bei deutsch-rumänischen Besprechungen in Bukarest in Angriff genommen worden. Hier wurden auch gleichzeitig die Probleme, die sich nach der Eingliederung des Sudetenlandes ergeben haben, erörtert.

B. II. 1) Der deutsch-südosteuropäische Kredit- und Kapitalverkehr

Staatsanleihen, private Kredite und Kapitalinvestitionen

Deutschland hat sich vor dem Kriege in nicht unerheblichem Umfange mit Anleihe- und Bankkrediten an den Wirtschaften einzelner Balkanländer beteiligt. Der Einsatz seines Bankenapparates bei der Hergabe von Mitteln für die Erschließung von Rohstoffvorkommen und die Errichtung von Grundindustrien ist sogar, was zum Beispiel die Türkei (Deutsche Bank) und Rumänien (Banca Generala Romana) betrifft, für die Geschäftsgebarung der in der Folgezeit entstandenen einheimischen Banken im Südosten Vorbild geworden. Die unmittelbare Einflußnahme auf Staaten und Wirtschaften des Balkans mittels Anleihegeschäften und Finanzkontrollen durch Westeuropa (England und Frankreich) reicht dagegen schon bis zu den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts zurück, so daß kurz vor dem Kriege kein einziger Balkanstaat dem westeuropäischen Finanzkapital nicht verschuldet war. Es war nur zu verständlich, daß die „Siegermächte" bestrebt waren, das finanzielle Abhängigkeitsverhältnis nach dem Kriege zur Sicherung ihres politischen Einflusses aufrechtzuerhalten, und eine Flut von politischen Krediten ergoß sich bis in die jüngste Zeit in Form von Notstands-, Konsolidierungs-, Stabilisierungs- und Sanierungsanleihen über die Nachfolgestaaten, aber auch die Länder der ehemaligen Donaumonarchie. Daß Deutschland nach 1918 als ausgesprochenes Schuldnerland, belastet mit Kriegskontributionen und Reparationsverpflichtungen, als neuer Anleihegeber nicht mehr auftreten konnte, ist bekannt und bedarf keiner besonderen Begründung, auch konnte der durch die Inflation erschöpfte

deutsche Kapitalmarkt mit privaten Bankkrediten und Kapitalbeteiligungen zunächst nicht einspringen. Soweit die nach der Inflation und Währungsstabilisierung wieder einsetzende Sparkapitalbildung den Kapitalmarkt kräftigte, wurden seine Mittel in erster Linie für den inneren Wiederaufbau benötigt. Insoweit als darüber hinaus Deutschland als Kreditgeber auftreten konnte, waren die zur Verfügung gestellten Summen minimal im Verhältnis zu dem, was Frankreich, England, Holland, die Schweiz und Belgien bieten konnten. Andresen [1]) berechnet das Volumen der Kapitalverflechtung Deutschlands mit den Donau- und Balkanländern Ungarn, Rumänien, Jugoslavien, Bulgarien, Griechenland und Albanien aus der Kapitalertragsbilanz mit ihnen und kommt zu einer Verschuldung dieser Länder an Deutschland im Jahre 1929 auf 205 Millionen RM. und auf 70 Millionen RM. im Jahre 1933, wobei er hinzufügt, daß der letzteren Summe 1933 ebenso große Guthaben dieser Länder in Deutschland gegenüberstehen. Im übrigen ist der Kapitalverkehr in den Verrechnungsverkehr mit geringen Ausnahmen nicht einbezogen worden. Eine dieser Ausnahmen bezieht sich auf Rumänien, dem die Abzweigung einer Aktivspitze aus dem Warenverkehr zur Deckung seiner Zinsenverpflichtungen gegenüber Deutschland erlaubt worden ist. Die deutsche Devisenlage gestattet im allgemeinen auch die Überweisung von Beteiligungskapitalien barer Natur für Investitionen zum Beispiel in der südosteuropäischen Industrie nicht. Dagegen wird zur Aufbringung von Kapitalbeteiligungen eine Verrechnung von eingefrorenen und nicht wieder auftaubaren deutschen Forderungen genehmigt. Sonst kann die Bereitstellung von Investitionen von Deutschland aus nur durch die Einbringung von Produktivgütern (Maschinen, Hochöfenanlagen usw.) erfolgen.

Über die Höhe der deutschen Kapitalbeteiligungen in den einzelnen Südostländern sollen, ohne schon in diesem Abschnitt auf Einzelheiten einzugehen, einige Angaben Aufschluß geben. An bulgarischen Bankinstituten, zum Teil auch an der Industrie, beträgt die deutsche Kapitalbeteiligung 114,1 Millionen Lewa oder 5,2 %. Die östereichischen Beteiligungen an den bulgarischen Aktiengesellschaften stellten sich Ende 1935 auf 59,9 Millionen Lewa oder 2,9 Prozent [2]) des gesamten ein-

1) Andresen, s. a. a. O. Seite 124/125.
2) s. „Prezentul", Handelsteil: „Situatia financiara a Bulgariei", 19. 8. 1936.

gezahlten Auslandskapitals. Rein zahlenmäßig ist Großdeutschland also jetzt mit 7,9 Prozent des Auslandskapitals in der bulgarischen Wirtschaft vertreten und rangiert nach Belgien, der Schweiz, Frankreich, USA. und Italien an sechster Stelle vor der Tschechoslovakei, von der einige Industrieinteressen infolge der Eingliederung des Sudetenlandes der großdeutschen Beteiligungsquote zuzurechnen sind.

Was Jugoslavien betrifft, so stellte sich nach einer Aufstellung des Belgrader Zentral-Pressebüros über den ausländischen Kapitalanteil an seiner Wirtschaft vom Jahre 1934 [1]) der deutsche Anteil auf 0,88 % oder 54,6 Millionen Dinar. Damit stand Deutschland an vierzehnter Stelle. Inzwischen hat sich das Bild aber verändert. Durch den Anschluß der Ostmark wuchs rein rechnerisch gesehen der Prozentsatz auf 6.77. Hinzu kamen dann neuere Beteiligungen seitens Deutschland in Höhe von ungefähr 100 Millionen Dinar.[2]) Rechnet man hierzu noch die sudetendeutschen Beteiligungen in Jugoslavien — sie sind hauptsächlich in der Textilindustrie, der Holzindustrie und der chemischen Industrie zu suchen —, so wird der deutsche Anteil an dem in Südslavien arbeitenden fremden Kapital den Satz von 13 % erreichen und damit nach Frankreich und England an die dritte Stelle rücken, während er vor dem Anschluß Österreichs unter Berücksichtigung der Länder, die eigentlich noch auf der Liste zwischen Österreich und Deutschland einzurangieren wären. an vierzehnter Stelle stand. Deutschland dürfte nunmehr etwa mit 800 Millionen Dinar an der jugoslavischen Wirtschaft beteiligt sein. welche Zahl aber auf einer im Augenblick noch nicht kontrollierbaren Schätzung beruht.[3])

Die rund 3200 ungarischen Aktiengesellschaften wiesen im Jahre 1934 ein Aktienkapital von 1,46 Millionen Pengö auf. Hiervon entfielen auf Ungarn selbst 79,1 %, auf Österreich 4,4 %, die Schweiz 3,9%, USA. 2,8 % und Deutschland 2,3 %. Der Rest verteilt sich auf Holland, Belgien, England, Frankreich, die Tschechoslovakei und sonstige Länder. Der zahlenmäßigen Zusammenlegung nach stellt sich nach dem Anschluß der Ostmark der großdeutsche Prozentsatz auf 6,7, womit Groß-

1) La Yougoslavie par les Chiffres 1937, Belgrad, Bureau Central de Presse, Seite 134.
2) s. a. der Verfasser, „Oberschlesische Wirtschaft", Oppeln, in: „Warenaustausch Großdeutschland—Osteuropa spielt sich ein", Seite 318.
3) H. Schröder-Steinegger: „Die Handelspolitik Jugoslaviens" in „Deutsche Wirtschaftszeitung", Nr. 41, 13. 10. 1938, Seite 1261.

deutschland derjenige Auslandsstaat ist, der den höchsten Prozentsatz der Kapitalbeteiligungen an den ungarischen Aktiengesellschaften innehat.

Rumänien hat über Kapitalinvestitionen des Auslandes Statistiken niemals herausgegeben, so daß auch über deutsche Anteile, die vor dem Kriege in der Erdölindustrie nicht unbedeutend waren, nichts ausgesagt werden kann. Fest steht nur, daß heute der französische und englische Kapitaleinfluß weit überlegen ist.

B. II. 2) Die Exportfinanzierung und ihre Kosten

Die Finanzierung des deutschen Exports nach dem Südosten wird ihre schon lange gewünschte Zentralisierung in der im Juni 1938 gegründeten Wiener „Länderbank" (ehemalige Merkurbank), die das österreichische Geschäft der Zentraleuropäischen Länderbank und die Wiener Niederlassung der tschechischen „Zivnostenska Banka" übernommen hat, erhalten. Das neue Institut sieht, wie auf dem ersten Betriebsappell der Bank bekannt gegeben wurde, „in erster Linie seine Aufgabe in der Ausweitung der Geschäfte nach dem Südosten; es werde sich vor allem mit der Außenhandelsfinanzierung befassen, um die Abwicklung der Ausfuhr dorthin zu gewährleisten".[1]) Die Länderbank wird sich dabei der zahlreichen Bankverbindungen der Dresdner Bank auf dem Balkan (z. B. in Rumänien der „Societatea Bancara Romana") sowie der deutschen Volksbanken in den deutschen Siedlungsgebieten bedienen. Sie wird sich auf ausgesprochene Geldgeschäfte einstellen und in der Hauptsache die mittleren Kredite berücksichtigen, die schon bei der alten Merkurbank über 50 Prozent der Debitoren betrugen. Nach Herstellung und Einspielung eines deutschen Bankennetzes im Südosten werden die deutschen Exporteure immer weniger gezwungen sein, ihre Geschäfte mit südosteuropäischen Firmen über fremde Banken abzuwickeln. Außerdem wird sich, da die Wiener Länderbank über die Kreditwürdigkeit südosteuropäischer Unternehmen aus einer langen Tradition geschäftlicher Verbindungen mit dem Südosten aufs beste informiert ist, die Kreditierung deutscher Warenforderungen in Zukunft risikofreier gestalten können.

1) „Morgenblatt", Zagreb, Handelsteil, 26. 7. 1938.

Der deutsche Exporteur wird daher auch in der Regel Wechsel nicht selbst auszuschreiben brauchen, sondern von seinen Kunden bereits fertige Wechsel entgegennehmen, so daß die deutsche und die ausländische Wechselstempelgebühr wegfällt. Über die Kosten der Exportfinanzierung (Wechselstempel, Bank- und Inkassoprovisionen usw.) unterrichtet eine Aufstellung[1]). Danach kostete die Exportfinanzierung Mitte Oktober 1938 in Prozent p. a. bei Ausschreibung von Dreimonatswechseln auf Kunden an ausländischen Hauptplätzen und Verkauf zu Reichsbankbedingungen:

Wechsel ausgeschrieben auf	bei einem Diskontsatz von %	in der Währung d. Zahlungslandes	in Reichsmarkwährung b. einem Bankdiskontsatz von 4%	in anderer landesfremder Währung bei einem Reichsbankdiskontsatz von 4 %
Bulgarien	6,—	7,40	5,80	5,80
Jugoslavien	5,—	6,20	5,60	5,60
Rumänien[2])	3,50	5,90	6,80	6,80
Ungarn[3])	4,—	5,08	5,48	5,48

B. III. **Die Dienstleistungsbilanz**

Eine vollständige Dienstleistungsbilanz Deutschlands mit dem Südosten aufzustellen, stößt deswegen auf beträchtliche Schwierigkeiten, weil einige sehr wesentliche Posten einer solchen Bilanz sich erfahrungsgemäß schlecht auf eine Ländergruppe aufgliedern lassen. Das Statistische Reichsamt[4]) hat eine derartige Aufstellung für die Donau- und Balkanländer gegeben, die aber unvollständig bleibt, weil Zahlenangaben, z. B. über Frachteinnahmen der Seeschiffahrt, Durchfuhreinnahmen, An-

1) „Berliner Börsenzeitung", Handelsteil, Nr. 472, 8. 10. 1938, Seite 7.
2) Angenommene Reichsmarkwechsel auf Rumänien mit Anmeldungsformular.
3) Angenommene Reichsmarkwechsel auf Ungarn mit Genehmigung der Ungarischen Nationalbank.
Wechsel auf diese Länder über eine andere landesfremde Währung und solche, die über Landeswährung lauten, sind vom Ankauf durch die Reichsbank ausgeschlossen.
4) Die deutsche Zahlungsbilanz der Jahre 1924/1933 in Sonderhefte zu „Wirtschaft und Statistik", Nr. 14.

leiheprovisionen usw. fehlen. Dagegen konnten Posten der sogenannten „unsichtbaren" Ein- und Ausfuhr, wie Ausgaben der Seeschiffahrt, Ausgaben südosteuropäischer Reisender in Deutschland, sowie Ausgaben deutscher Reisender im Südosten ziffernmäßig annähernd festgestellt werden. Diese Posten sind für die Zahlungsbilanz eines Landes wichtiger, als dies im allgemeinen angenommen wird. Um ein Beispiel herauszugreifen: Die USA. errechnete für das Jahr 1936 aus dem Auslandsreiseverkehr ihrer Staatsangehörigen einen Verlust von 373 Millionen Dollar. Dieser Betrag stellte sich höher als der Überschuß ihrer Einnahmen aus dem Außenhandel zuzüglich der Einnahmen ausländischer Zinsen und Dividenden in der Gesamthöhe von 364 Millionen Dollar. Ein Reiseland wie die Schweiz pflegt das Defizit seiner Handelsbilanz gewöhnlich mit Einnahmen aus dem Auslandsfremdenverkehr zu kompensieren. Andere Länder wie die nordischen Staaten decken ihre passiven Handelsbilanzsalden mit Erträgnissen aus der Seeschiffahrtsdienstleistung.

Nur des Überblicks wegen seien einige Jahresziffern über die Entwicklung von wichtigen Posten der unsichtbaren Ein- und Ausfuhr zwischen Deutschland und dem Südosten (Ungarn, Rumänien, Jugoslavien, Bulgarien, Griechenland und Albanien) angegeben.[1])

	1928	1929	1930	1931	1932	1933
	(in Millionen RM.)					
Ausgaben der Seeschiffahrt	— 8	— 9	— 8	— 6	— 5	— 4
Ausgaben ausl. Reisender in Deutschland	+ 9	+ 9	+ 9	+ 6	+ 2	+ 1
Ausgaben dtsch. Reisender im Ausland	— 4	— 4	— 2	— 2	— 2	— 2
Ausländer-passagier-geschäft	+ 15	+ 18	+ 21	+ 15	+ 4	+ 4
insgesamt	+ 12	+ 14	+ 20	+ 13	+ 4	+ 4

1) s. Andresen a. a. O. Seite 122.

Daß sich heute ein ganz anderes Bild ergibt, wird einleuchten. Dabei muß offen bleiben, ob diese Südostbilanz noch immer für Deutschland aktiv ist oder inzwischen passiv geworden ist. Mit Einbeziehung Österreichs und der Tschechoslovakei war sie jedenfalls in allen oben angegebenen Jahren passiv. Da die Eingliederung der Ostmark und des Sudetenlandes eine beträchtliche Deviseneinsparung im Reiseverkehr nach dort mit sich gebracht hat, sollte man annehmen, daß die Ausgabenseite in bezug auf diese Länder geringer geworden ist. Andererseits sind seit 1933 die ausgesprochenen Südostländer in verstärktem Maße Anziehungspunkte der deutschen Auslandsreisenden geworden. So steigerte sich der reichsdeutsche Reiseverkehr nach Jugoslavien von 21 134 (1933) auf 36 968 (1936) Besucher.[1]) Die Südostländer haben im übrigen auch alles getan, um den Fremdenzustrom zu erhöhen. So führte Jugoslavien im Februar 1938 besondere Reisevergünstigungen für Ausländer ein, desgleichen Rumänien für den Transitreiseverkehr. Ungarn und Bulgarien haben mit Maßnahmen zur Förderung des Auslandsreiseverkehrs nicht nachgestanden. Selbstverständlich hat sich ebenfalls das Kontingent der Südostreisenden im deutschen Fremdenverkehrszustrom seit 1933 sehr erhöht. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß sich der Dienstleistungsbilanzposten „Löhne ausländischer Arbeiter" durch die zunehmende Beschäftigung ungarischer und jugoslavischer Landarbeiter in Deutschland weiterhin passiviert haben wird.

B. IV. **Der Warenaustausch**

Wir wollen in diesem Abschnitt unter Erläuterung der am Schluß der Arbeit wiedergegebenen Tabellen einen Überblick über die Entwicklung des Umfanges und der Zusammensetzung des deutsch-südosteuropäischen Warenaustausches geben, wobei wir zunächst diese Entwicklung für den Handelsverkehr zwischen dem Südosten und dem Altreich betrachten, dann zum Vergleich die Warenaustauschintegration des Südostens mit anderen Großmächten bzw. die innerbalkanische Handelsverflechtung untersuchen, um schließlich auf die jüngste Entwicklung, die

1) s. a. März a. a. O. Seite 76.

„Einspielung" des großdeutsch-südosteuropäischen Warenverkehrs einzugehen.

B. IV. 1) **Altreich—Südosten**

Wir hatten in den einleitenden Bemerkungen bereits darauf hingewiesen, daß in den Jahren der Hochkonjunktur 1928/29 die Außenhandelsumsätze Deutschlands mit dem Südosten, besonders was die Ausfuhr betrifft, teilweise höher als in jedem der darauffolgenden Jahre lagen. Wir hatten aber darüber hinaus schon angedeutet, daß in Auswirkung des „Neuen Planes" und der bereits geschilderten neuartigen deutschen Handelsmethoden überhaupt seitdem ein von wesentlichen Schwankungen freies, stetiges Austauschverhältnis hergestellt worden ist, so daß sich im Zeitraum von fast vier Jahren Deutschlands Anteil am Außenhandelsumfang des Südostens um volle 80 Prozent gehoben hat. Auch der Anteil Südosteuropas am deutschen Außenhandel hat eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren: Bei der Einfuhr von 3,1 Prozent (1929) auf 9,1 Prozent (1937), bei der Ausfuhr von 3,7 Prozent (1929) auf 7,5 Prozent (1937). Rechnet man zu diesen Anteilziffern noch Griechenland und die Tschechoslovakei hinzu, so kommen Zahlen von 11 bis 13 Prozent heraus, die erst dann ihre wirkliche Bedeutung erhalten, wenn man sie mit denen im Außenhandelsverkehr mit anderen Ländergruppen vergleicht. So betrug der Anteil Mittel- und Südamerikas an der deutschen Einfuhr 1929 12 Prozent, 1937 15,5 Prozent, an der Ausfuhr 1929 7,6 Prozent, 1937 11 Prozent.[1]) Die osteuropäische Ländergruppe (Estland, Lettland, Litauen, Polen, dazu Danzig und das Memelland) konnte Südosteuropa sogar hinter sich lassen. Für den Außenhandel der Südoststaaten hat Deutschland selbstverständlich eine größere Bedeutung als umgekehrt. Über die Entwicklung der deutschen Anteile an der Ein- und Ausfuhr der einzelnen Länder unterrichtet eine Tabelle (Seite III) im Anhang. Zwischen 1929 und 1937 war der niedrigste prozentuale Anteilssatz der Anteil Deutschlands an der jugoslavischen Ausfuhr im Jahre 1929 mit 8,5, der höchste Satz an der bulgarischen Ausfuhr im Jahre 1936 mit 73. Das Jahr 1936 brachte in den Anteilssätzen,

1) Institut für Konjunkturforschung Nr. 44/37.

für die Länder zusammen gesehen, Rekordziffern. Die Außenhandelsumsätze der Südostländer sind in den vergangenen vier Jahren zum Teil durch besonders für sie günstig gelagerte weltwirtschaftliche Verhältnisse (1936 nordamerikanische Getreidemißernten, 1937 Rüstungskonjunktur und damit starker Nachfrage nach Erdöl, Holz, Metallen, Erzen und Getreide für Einlagerungszwecke) beträchtlich angestiegen, wie nachfolgende Tabelle veranschaulicht:

Außenhandelsumsätze [1]

	In den Balkanstaaten[2]) in v. H. des Welthandels	In den Balkanstaaten RM. je Kopf der Bevölkerung	In Deutschland RM. je Kopf der Bevölkerung
1934	1,64	34	132
1935	1,76	37	126
1936	1,81	40	134

Bei einer Betrachtung der Zusammensetzung der deutschen Einfuhr aus und Ausfuhr nach den europäischen Südoststaaten (s. Tabelle Seite I und II im Anhang) ist als nun schon zum Schlagwort gewordene Formulierung zusammenfassend voranzustellen, daß sich die „Wirtschaftsstrukturen Deutschlands und der Länder im Donauraum aufs glücklichste ergänzen". Der deutsche Export erstreckt sich zu fast 90 Prozent auf industrielle Fertigwaren, von denen fast 40 Prozent den Produktionsgütern zuzurechnen sind. Daher stehen auch gewöhnlich die Erzeugnisse der deutschen Maschinen-, Fahrzeug- und elektrotechnischen Industrie an hervorragender Stelle der Ausfuhrgüter überhaupt. Hinzu kommen Maschinen für die Nahrungsmittelerzeugung und Landmaschinen. Die Rohstoffe, die Deutschland nach dem Südosten liefert, sind vorwiegend Transitgut, während der Anteil der Ernährungsgüter nur ganz geringfügig ist. Bei der Einfuhr aus dem Südosten tritt seine Eigenschaft als Lebensmittel- und Rohstofflieferant deutlich hervor. Es ist zu beobachten, daß der Anteil der Rohstoffe eine immer größere Rolle zu spielen beginnt. Dies trifft vor allem für Jugoslavien und Rumänien zu, die uns

1) s. „Deutschland und die Südostmessen", Handelsteil der „Breslauer Neuesten Nachrichten", 5. 12. 1937.
2) Rumänien, Bulgarien, Jugoslavien und Griechenland.

im zunehmenden Maße Bau- und Nutzholz, Erze, Kupfer, Erdöl, Flachs, Hanf usw. liefern. Hauptlieferartikel Bulgariens sind Tabak, Eier, Fettwaren, Obst, was zum Teil auch für Jugoslavien und Rumänien gilt. Ungarn beliefert Deutschland neben Bauxit mit Fleisch, Fleischwaren und Lebendvieh. Es ist übrigens das einzige Südostland, das in nennenswertem Ausmaß industrielle Erzeugnisse, z. B. Radioapparate und Glühbirnen im Reich absetzt. Allen Staaten gemeinsam ist selbstverständlich je nach Ausfall der Ernte die Versorgung Deutschlands mit Getreide- und Müllereierzeugnissen und in jüngerer Zeit Industrie- und Ölpflanzen.

Die zunehmende Industrialisierung des Südostens, speziell in Zweigen der Fertigwarenindustrie, hat sich schon beachtlich in der Einfuhrzusammensetzung ausgewirkt. Hierüber unterrichtet sehr anschaulich eine Aufstellung über das Verhältnis des Einfuhrwertes von Rohstoffen und Halbwaren zum Einfuhrwert von Fertigwaren.[1])

Land	1925	1936
Ungarn	1 : 1,7	1 : 0,7
Rumänien	1 : 12,7	1 : 5,5
Jugoslavien	1 : 4,1	1 : 3,1

Für einen einzelnen Zweig der Konsumgüterindustrie, die Textilindustrie, ergibt sich folgendes Bild der Verlagerung der Einfuhr von Fertigwaren auf Rohstoffe und Halbwaren:

Zusammensetzung der südosteuropäischen Textileinfuhr[2])

(wertmäßig in Prozenten)

Land	Rohstoffe		Garne		Fertigwaren	
	1927	1937	1927	1937	1927	1937
Ungarn	12,9	58,0	25,0	26,2	62,1	15,8
Jugoslavien	8,0	30,0	15,0	45,0	77,0	25,0
Rumänien	6,0	17,2	36,0	70,0	58,0	12,8
Bulgarien	10,5	40,6	39,7	36,5	49,8	22,9

Wie die bisherige Erfahrung in solchen Verlagerungsfällen gezeigt hat, bedeutet eine solche Entwicklung durchaus nicht, daß eines Tages ein

1) Großdeutschland und der südosteuropäische Raum, Zahlen zur Wirtschaftsstruktur, Dresdner Bank, Sonderheft, Seite 16.
2) „Morgenblatt", Zagreb, Nr. 225, 23. 9. 1938.

Fertigwarenimport aus dem Auslande nicht mehr stattfindet. Dies gilt ganz allgemein übertragen auf die Zukunftsaussichten des Warenaustausches zwischen dem industrieorientierten Deutschland und den sich industrialisierenden Südostländern: „Je mehr die Industrialisierung fortschreitet, um so mehr werden andere Bedürfnisse geweckt, und aus der Befriedigung dieser Bedürfnisse der Güter- und Leistungsaustausch unter den Völkern angeregt."[1]) „Es muß endlich mit dem Irrtum aufgeräumt werden, daß die Industrialisierung der Welt unbedingt einen Nachteil der deutschen Wirtschaft bedeuten müsse. Die Folgen der Industrialisierung von Rohstoff- und Agrarländern bestehen nur darin, daß das deutsche Warenangebot geändert werden muß." [2])

B. IV. 2) Südosten—West- und Südeuropa; innerbalkanische Verflechtung

Zur besseren Versinnbildlichung der Bedeutung des deutschen Handelspartners für den südosteuropäischen Raum sei hier ein kurzer Überblick der Warenintegration Südosteuropas mit anderen Großmächten und die Handelsverflechtung innerhalb Südosteuropas selbst gegeben. Nichts kann über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Bedingungen der Handelsverflechtung Südosteuropa — Westeuropa nicht auf den gleichen naturgegebenen Grundlagen beruhen wie zwischen Deutschland und dem Donauraum. Ganz abgesehen von der geographischen Entfernung sind einfach die persönlichen und kaufmännischen Beziehungen, über die das Altreich, vornehmlich aber die österreichischen und sudetendeutschen Im- und Exporteure verfügen, nicht vorhanden. Was aber noch entscheidender in die Waagschale fällt: Frankreich und England können immer nur Gefälligkeitskäufe tätigen, da sie an ihre kolonialen Lieferanten gebunden sind. Daß man dafür den Weg der Kreditgewährung mit politischem Beigeschmack gegangen ist, ist schon erwähnt worden. Natürlich hat Westeuropa selbst eingesehen, daß auf die Dauer den

1) „Deutsches Volksblatt", Handelsteil, 1. 10. 1938.
2) Grävell: „Außenhandelsverlagerung" in Betriebswirtschaftspraxis und Betriebswirtschaftslehre. Schriftenreihe des Verbandes deutscher Diplomkaufleute, 1936, Seite 32/33.

donauländischen Agrarstaaten nur gedient ist, wenn man ihnen etwas abkauft und an Plänen und Vorschlägen auch in jüngster Zeit (Reise des rumänischen Königs nach London und Paris im November 1938) hat es nicht gefehlt. Auf sie im einzelnen einzugehen kann nicht im Rahmen dieser Arbeit liegen. Nachstehend soll ein tabellarischer Vergleich die Situation aufzeigen, wobei gleichzeitig auch die Handelsverflechtung mit Italien berücksichtigt sei.

Anteil Großdeutschlands und anderer Großmächte an der Ausfuhr Südosteuropas

(in Prozenten) (1937)

	Großdeutschland	Frankreich	England
Ungarn	41,0	2,1	7,2
Jugoslavien	35,2	5,4	7,4
Rumänien	26,9	6,2	9,0
Bulgarien	47,3	1,6	13,9

Anteil Großdeutschlands und anderer Großmächte an der Einfuhr Südosteuropas

(in Prozenten) (1937)

	Großdeutschland	Frankreich	England
Ungarn	44,2	0,9	5,3
Jugoslavien	42,7	1,7	7,8
Rumänien	40,1	6,3	10,3
Bulgarien	58,2	3,3	4,7

Italiens Handelsverflechtung mit Südosteuropa

(in 1000 Lire)

	1936		1937	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Ungarn	220 308	116 632	410 166	200 529
Jugoslavien	220 751	45 309	390 831	192 475
Rumänien	69 095	20 911	253 776	131 719
Bulgarien	28 891	3 299	75 878	45 412
Zusammen	539 045	186 151	1 130 651	570 135
Gesamteinfuhr bzw. -ausfuhr Italiens	5 882 742	3 829 675	13 488 803	7 848 807

Die italienische Wirtschaftszeitung „Il Sole" brachte am 11. November 1938 einen bemerkenswerten Aufsatz, in dem sie den italienischen Kaufleuten und Industriellen Anregungen für einen Ausfuhrvorstoß nach Südosteuropa geben will. Man dürfe nicht versäumen, so schrieb sie, mit größerer Aufmerksamkeit als bisher auf den nahen Orient und ganz besonders auf die ost- und südosteuropäischen Märkte, nämlich Polen, die Tschechoslovakei, Ungarn, Jugoslavien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und die Türkei zu achten, die ungefähr 120 Millionen Menschen hätten und ohne Unterschied Möglichkeiten zur Erweiterung der italienischen Handelsbeziehungen böten. Die 1938 eingetretenen Veränderungen in den verschiedenen Staatsgebieten seien ohne Einfluß auf die Erzeugung und den Bedarf in den betreffenden Gebieten, zumindest bleibe die Grundlage der normalen Handelsbeziehungen die frühere, und der Augenblick sei für Italien günstig. Es sei nun Sache der privaten Entschlußkraft, rasch und geschickt zu handeln und sich anzustrengen, damit vermieden werde, daß eine schlagfertigere und besser organisierte Auslandskonkurrenz die Beteiligungen Italiens am Warenverkehr im Donauraum weiter herabdrücke.[1])

Die Versuche der Kleinen Entente und des Balkanbundes zur Schaffung eines „Selbstversorgungsgebietes Donauraum" stehen seit langen Jahren als Programmpunkt auf unzähligen inner- und außerbalkanischen Konferenzen. Wenn bisher eine Lösung nicht gefunden wurde, so lag das neben der Tatsache der geringen wirtschaftlichen Ergänzungsmöglichkeiten hauptsächlich an einer immer wieder sowohl seitens der Donauländer selbst wie einiger westeuropäischer Großmächte zutage tretenden Überordnung politischer Ziele über wirtschaftliche Vernunftsmaßnahmen. Je mehr Vorschläge zur Autarkisierung ausgeknobelt wurden, um so schneller vollzog sich die wirtschaftliche Desintegration des Donauraumes.

Die Kleine Entente umfaßte vor der Eingliederung des Sudetenlandes ein Gebiet von 684 000 Quadratkilometer mit über 50 Millionen Einwohnern. Die Aufgliederung nach Berufsgruppen in den drei Ländern zeigt folgendes Bild:[2])

1) s. NfA. 14. 11. 1938.
2) T. Cristureanu: „Geografia si geografia economica a Micii Intelegeri". „Prezentul", Sonderheft, 6. 5. 1938, Seite 4.

Berufsgruppen	Tschechoslovakei	Rumänien	Jugoslavien
Land-, Forst- und Fischwirtschaft	34,6	78,2	75,9
Industrie u. Bergbau	34,9	7,2	9,8
Handel u. Kreditwesen	7,4	3,2	3,2
Transportwesen	5,5	1,7	2,0
Öffentl. Dienste und freie Berufe	4,9	4,6	3,5
Verschiedene Berufe	12,7	5,1	5,6

Danach gehören also zwei Drittel der Bewohner der Kleinen Entente zum landwirtschaftlichen Sektor. Aus dieser einfachen Zusammenstellung erhellt schon sehr deutlich, wie schwierig die Grundlage einer fruchtbaren warenwirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer „Selbstgenügsamkeit" zu schaffen war. Verschärft wurden die Schwierigkeiten durch die zunehmende Industrialisierung in Jugoslavien und Rumänien, die gerade auch noch in den Industriezweigen vorangetrieben wurde, in denen die Tschechoslovakei bisher gewisse Versorgungsmonopole hatte.[1]) Am 1. Oktober 1936 wurde unter Berücksichtigung der geschilderten hemmenden Umstände die „Alliance economique de l'Europe Centrale" mit dem Sitz in Prag gegründet. Zweck der Gründung war die Nutzbarmachung der industriellen Rohstoffvorkommen Rumäniens und Jugoslaviens im Austausch dieser gegen Fertigwaren aus der Tschechoslovakei, der außerdem die Rolle des Finanziers zufallen sollte. Die Bedeutung der Wirtschaftszentrale wurde von dem früheren Ministerpräsidenten Hodza in einer eventuellen Verwirklichung der Rohstoffautarkie der Kleinen Entente für den Kriegsfall gesehen. Wir wissen heute, daß auch diese Institution durch die Neuordnung in Mitteleuropa ihre Berechtigung verloren hat. Außerdem erfuhren die Außenhandelsumsätze innerhalb der drei Länder gerade nach der Aufnahme der Tätigkeit der Prager Wirtschaftszentrale eine weitere Schrumpfung, was aus nachfolgender Übersicht hervorgeht:

1) s. ausführlich: Der Verfasser, „Kleine Entente unter sich", „Der Deutsche Volkswirt". 12. 12. 1937, Seite 969/70.

Außenhandel Jugoslaviens mit der Tschechoslovakei und Rumänien[1]

(in Millionen Dinar)

Land	1937 Ausfuhr	1937 Einfuhr	1936 Ausfuhr	1936 Einfuhr
Tschechoslovakei	492,0	540,1	593,8	625,8
Rumänien	41,7	91,6	39,3	76,3
Ingesamt	534,7	631,7	633,1	702,6

Durch die Ausgliederung des Sudetenlandes hat die Tschechoslovakei wieder einen stärkeren landwirtschaftlichen Charakter erhalten, so daß sie noch weniger als früher gewisse Agrarüberschüsse der beiden anderen Länder würde aufnehmen können.

Der Warenaustausch des vierten Donauanliegerstaates, nämlich Ungarn, mit den Staaten der Kleinen Entente ist in den letzten zehn Jahren durch ständige Rückgänge der Umsätze gekennzeichnet:

Ungarns Außenhandel mit der Kleinen Entente[2]

(in Millionen Pengö)

Jahr	Tschechoslovakei Einfuhr	Tschechoslovakei Ausfuhr	Jugoslavien Einfuhr	Jugoslavien Ausfuhr	Rumänien Einfuhr	Rumänien Ausfuhr
1929	229	170	54	61	96	47
1930	173	153	42	52	73	29
1931	49	24	39	33	65	20
1932	34	23	17	20	41	11
1933	32	29	19	21	24	13
1934	24	20	14	12	30	20
1935	19	21	25	10	54	24
1936	22	20	19	12	58	24
1937	30	21	24	13	45	25

Über den Umfang des Warenaustausches innerhalb der Staaten des Balkanbundes (Rumänien, Jugoslavien, Griechenland, Türkei) geben einige prozentuale Anteilsziffern Aufschluß: Griechenland, Rumänien und die Türkei lieferten 1937 3,49 Prozent (1936 4,01 %) der Gesamteinfuhr Jugoslaviens. 3,92 Prozent der Ausfuhr Jugoslaviens (1936

1) „Deutsches Volksblatt", 5. 2. 1938, Seite 8.
2) NfA. 23. 9. 1938.

6,73 %) ging nach den anderen drei Ländern des Balkanbundes. Der Anteil der drei Balkanstaaten an der rumänischen Gesamteinfuhr betrug 1937 2,45 Prozent (1936 3,39 %), der Anteil an der rumänischen Gesamtausfuhr 8,11 Prozent (1936 4,77 %). Wie man sieht, alles Prozentsätze, die gegenüber den Anteilssätzen im Warenverkehr mit Deutschland wenn nicht bedeutungslos, so doch geringfügig waren.

B. IV. 3) **Großdeutschland—Südosten**

Seit der Eingliederung der Ostmark in das Reich, das dadurch flächenmäßig einen Zuwachs von 18 Prozent erhielt und dessen Bevölkerung eine Erhöhung von zehn Prozent erfuhr, sind in einer Fülle von Veröffentlichungen im In- und Ausland die Entwicklungsmöglichkeiten sowohl der österreichischen Wirtschaft unter der Führung des Altreiches schlechthin, als auch die zu erwartenden Veränderungen des Warenaustausches Österreichs mit seinen Handelspartnern untersucht und erwogen worden. Dabei gingen die Erörterungen über österreichische Außenhandelsprobleme, die seit jeher, besonders aber in den letzten Jahren, Kardinalfragen der österreichischen Wirtschaftspolitik wurden, von hauptsächlich einer Überlegung aus: Wird das Warenaustauschvolumen Großdeutschlands mit seinen Geschäftspartnern in Zukunft durch eine einfache Addition der bisherigen Ein- und Ausfuhrmengen des Altreichs und Österreichs bestimmt, bzw. ist gemäß dem zehnprozentigen Bevölkerungszuwachs eine ebenfalls zehnprozentige Erhöhung der Ein- und Ausfuhr des Altreiches zu erwarten? Reichswirtschaftsminister Funk hat zu diesen Erwägungen bald danach sein Urteil dahingehend ausgesprochen, daß es hier kaum auf eine Addition der Ein- und Ausfuhrzahlen, als vielmehr auf eine „Potenzierung der Kräfte" ankäme. Die in Bälde zu erwartende ansteigende Einkommensentwicklung der österreichischen Bevölkerung werde sich auf die gegenwärtig recht hohe Einfuhraufnahmefähigkeit des Altreichs zu bewegen, und die Steigung der Industrieproduktion der Ostmark dürfte auch ihre Ausfuhrkapazität trotz Anwachsen des Inlandsbedarfes vergrößern. „Die tatsächliche Gestaltung des Außenhandels ist von sehr vielen heute noch nicht in ihren Wirkungen übersehbaren Faktoren abhängig. Dazu gehört die Art und der

Grad des Auftriebs, den die österreichische Wirtschaft durch die Verbindung mit dem Reich erfahren wird, wie stark der Bedarf und die Konsumkraft des eigenen Landes durch die Einbeziehung in den großen, aktiven Kreis steigen werden. Und dazu gehört, nicht zuletzt, die Selbstverständlichkeit, daß in Zukunft ein weitgrößerer Teil des österreichischen Zuschußbedarfs als bisher in Deutschland gedeckt wird, und daß Deutschland für einen großen Teil der österreichischen Waren ein vordringliches Interesse hat." [1]) Die Bedeutung des bisherigen Altreiches für den österreichischen Außenhandel geht aus der nachstehenden Entwicklung der deutschen prozentualen Anteilsätze hervor:

Bedeutung Deutschlands im Außenhandel Österreichs [2])

(in v. H.)

Anteil	1934	1935	1936	1937
Anteil Deutschlands an der österreichisch. Gesamteinfuhr	17,1	16,7	17,0	16,1
Anteil Deutschlands an der österreich. Gesamtausfuhr	15,8	16,0	16,3	15,0

Es stand jedenfalls außer Frage, daß die Auslandsabhängigkeit Großdeutschlands beim Bezug einer ganzen Reihe von Waren, soweit diese nun Österreich liefern konnte, geringer werden würde. Andererseits war zu erwarten, daß der vom Altreich beeinflußte ostmärkische Wirtschaftsaufstieg die Konsumkraft und den Konsumwillen heben und damit einen erhöhten Warenbedarf der Ostmark, vordringlich zunächst im Lebensmittelsektor, nach sich ziehen würde.

Hier sollen uns in erster Linie die Veränderungen, die der großdeutsch-südosteuropäische Warenaustausch im Hinblick auf die durch den Anschluß Österreichs neu geschaffene Lage erfahren hat und wird, interessieren. Die Südostländer sind nämlich neben Italien, Deutschland und der Tschechoslovakei diejenigen Staaten gewesen, mit denen Österreich eine besonders starke Warenaustauschintegration hatte. Ja, für den österreichischen Außenhandel war der Südosten als Lieferant und Kunde

1) Statistisches Reichsamt, zitiert nach „Breslauer Neueste Nachrichten", Handelsteil, 12. 4. 1938.
2) Österreich im deutschen Wirtschaftsraum, Deutsche Bank, Sonderheft, Seite 13.

nicht unerheblich bedeutender als für den Außenhandel des Altreichs, was aus folgender Zusammenstellung hervorgeht: [1])

Österreichs Export 1937 nach dem Südosten (U. J. R. B. Gr.)
133,6 Mill. RM. (16 % der Gesamtausfuhr Österreichs)

Deutschlands Export 1937 nach dem Südosten (U. J. R. B. Gr.)
555,7 Mill. RM. (10,6 % der Gesamtausfuhr Deutschlands)

Österreichs Import 1937 vom Südosten (U. J. R. B. Gr.)
177,3 Mill. RM. (18 % der Gesamteinfuhr Österreichs)

Deutschlands Import 1937 vom Südosten (U. J. R. B. Gr.)
574 Mill. RM. (10,5 % der Gesamteinfuhr Deutschlands)

„Der Hauptgewinn für die großdeutsche Außenhandelssituation liegt zweifellos in der Möglichkeit einer kräftigen Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen mit den südosteuropäischen Ländern. Die Agrarländer des Donauraumes insbesondere können, zumal wenn ihre wirtschaftliche Erschließung jetzt kräftigere Fortschritte macht, gerade diejenigen Nahrungsmittel und Rohstoffe liefern, in denen Großdeutschlands Einfuhrbedarf am stärksten ist. Der Einfuhrbedarf dieser Länder, deren Außenhandelskraft mit dem Absatz ihrer Produkte steht und fällt, besteht in erster Linie in Fertigwaren, wie sie die großdeutsche Industrie zu liefern vermag; notwendig sind vor allem landwirtschaftliche Maschinen und Kunstdünger zur Steigerung der Bodenerträge, die bisher teilweise noch nicht den zwanzigsten Teil dessen erreichen, was auf gleichen Böden in der hochentwickelten deutschen Landwirtschaft geerntet wird. Auch die mineralischen Bodenschätze Rumäniens und Jugoslaviens an Erzen, Kohle und Erdöl sind zum Teil noch unerschlossen, so daß der wirtschaftlichen Intensivierung der Länder durch die deutsche Industrie ein weiter Be-

1) Baier: „Der Südosteuropahandel im Umbruch" in „Der Südosten" (Breslau) Nr. 2, 17. Jahrgang, 29. 4. 1938.

schäftigungsraum geboten ist.“ [1]) Österreich hat nicht nur einen hohen Zuschußbedarf an Nahrungsmitteln und Rohstoffen (es mußte bisher etwa 45 Prozent seines Weizenbedarfs, 30 Prozent seines Roggenbedarfs, 23 Prozent seines Eier-, Obst- und Gemüsebedarfs einführen), sondern auch an Fertigwaren, die es vom Südosten sowieso niemals bezogen hat und die es daher jetzt vom Altreich in genügender Menge geliefert bekommt. Andererseits wird es mit seiner Fertigwarenindustrie (zwei Drittel seiner Ausfuhr besteht aus Fertigwaren) in einem nicht geringen Maße „im Auftrage des Altreichs“ schon der Transportverbilligung wegen die Versorgung Südosteuropas mit Textilwaren, Eisenwaren, Maschinen und Apparaten, Metallwaren und Papiererzeugnissen übernehmen, zumal der erweiterte Binnenmarkt sich auf die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Exportindustrie mit dem Ausland schon günstig ausgewirkt hat.

Zwar nehmen seit der Übertragung der altreich-südosteuropäischen Verrechnungsabkommen die Südostländer ihre Ausfuhrerlöse nach der Ostmark ebenfalls auf der Basis der Clearingverrechnung entgegen, dafür haben sie aber einen neuen konjunktursicheren Absatzmarkt hinzubekommen, was für sie zu einer Zeit, da an den internationalen Agrar- und Rohstoffmärkten seit einem Jahr Preisrückschläge zu verzeichnen sind, von einer Bedeutung ist, die Anlaß gegeben hat, die Eingliederung Österreichs als ein neues Fortschrittmoment in der Ausweitung des Warenaustausches mit Deutschland zu sehen. Daß sich durch die Angliederung der Ostmark und des Sudetenlandes in den Transportwegen des Warenhandels Veränderungen schon ergeben haben und solche noch zu erwarten sind, wird an anderer Stelle betrachtet werden.

Nach dem ersten Halbjahr 1938 schloß der Außenhandel des Altreichs mit den vier Donauländern Ungarn, Rumänien, Jugoslavien und Bulgarien mit einem Passivsaldo von 7,8 Millionen Reichsmark ab. (Siehe Tabelle S. IV im Anhang.) Gegenüber dem ersten Halbjahr 1937, in dem der Außenhandel einen Passivsaldo von 40,6 Millionen Reichsmark aufwies, ist die Passivität also abgesunken. Rechnet man aber den ostmärkischen Passivsaldo im Verkehr mit dem Südosten nach dem ersten Halbjahr 1938 in Höhe von 36,7 Millionen Reichsmark hinzu, so liegt

1) Schmölders, „Großdeutschland und der Donauraum“, Rundfunkvortrag im Breslauer Reichssender, 12. 11. 1938.

die Außenhandelspassivität Großdeutschlands am 30. 6. 1938 mit 44,5 Millionen Reichsmark noch um 3,9 Millionen Reichsmark höher als am 30. 6. 1937. Was bei diesen Zahlenangaben interessiert, ist das Faktum des recht hohen ostmärkischen Einfuhrüberschusses, der zu dem geringen Altreich-Einfuhrüberschuß zugerechnet, die großdeutsche Handelsbilanz stark passiviert hat. Besorgnisse sind aber hier nicht am Platze, da, wie aus den vorliegenden Ziffern von 1935 bis 1937 ersichtlich, die österreichische Einfuhr aus dem Südosten immer höher als die Ausfuhr nach dort lag (die bulgarischen Ziffern fehlen, aber auch hier ist die Passivität immer vorhanden gewesen):

Österreichs Außenhandel mit dem Südosten [1]

(in Millionen S)

Land	1935		1936		1937	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Jugoslavien	82,4	54,2	76,8	49,0	115,3	66,6
Rumänien	84,1	55,7	101,5	66,3	87,4	68,6
Ungarn	114,8	96,3	118,3	94,4	131,7	111,2

1) Österreich im deutschen Wirtschaftsraum, Deutsche Bank, Sonderheft, Seite 12.

C. Die Zukunftsmöglichkeiten der großdeutsch—südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen

(Ausbaumaßnahmen und Aussichten)

Der Hauptteil dieser Arbeit soll einer Untersuchung der Zukunftsmöglichkeiten der großdeutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen gewidmet sein. Um die Einheitlichkeit der Darstellung zu gewährleisten, werden in jedem Punkt die bisherigen beiderseitigen Ausbaumaßnahmen mit den entsprechenden Ergebnissen vorangestellt, um von dieser der Orientierung des Lesers besser dienenden Basis über die weiteren Aussichten der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen etwas aussagen zu können.

Wir wollen aber vorerst auf ein Problem hinweisen, das sich jedem darbietet, der einmal nicht nur durch die Hauptstädte, sondern auch durch die Dörfer einzelner Südoststaaten mit offenen Augen gereist ist, oder der, wie der Verfasser, die Möglichkeit hatte, längere Zeit „dort unten" zu leben, nämlich die dringende Frage der Erhöhung des Lebensstandards der breiten Massen. Nicht umsonst hat der Verfasser in den vorangegangenen Ausführungen die sozialen Verhältnisse so ausführlich behandelt, weil diese Dinge in einem direkten Zusammenhang mit der Ausbaufähigkeit der Wirtschaftsverflechtung mit Großdeutschland stehen. Um es konkreter zu formulieren: Auch die ausgeklügeltsten Methoden zur Vergrößerung des Warenaustausches müssen, auf die Dauer gesehen, versagen, wenn es den Donaustaaten von sich aus nicht gelingt, jetzt endlich für die Wohlstandserhöhung ihrer Volksmassen Entscheidendes und Erfolgreiches zu tun. Auch dem Kapitel des Industrialisierungs-

prozesses auf dem Balkan ist in dieser Arbeit breiter Raum gewährt worden, um im Vergleich mit dem Stand des Lebensstandards der Bevölkerung zu zeigen, daß von einer Auswirkung beider aufeinander im Sinne der Verteilung der aus der Industriearbeit anfallenden Erträge auf a l l e Volksschichten in nennenswertem Maße noch immer nicht die Rede sein kann. Die Industriezweige der Südostländer sind, grob gesagt, „Staatseinrichtungen". Käufer ihrer Erzeugnisse sind in der Produktionsmittelindustrie der Staat und in der Verbrauchsgüterindustrie vorwiegend die städtischen „gehobenen Schichten", d. h. die Gehaltsempfänger. Die große Bauernmasse lebt nach wie vor in einem Zustand der Bedürfnislosigkeit, von der sich der Mittel- oder Westeuropäer im allgemeinen keine Vorstellung machen kann. Was sie zum Essen, Trinken und Bekleiden benötigt, beschafft sie sich gewöhnlich selbst, und was sie nach der jedesmaligen Erntezeit an Bargeld in die Finger bekommt, ist gering im Verhältnis zu den Gewinnen, die der Zwischenhandel einsteckt.

Kennzeichnend für diese Situation ist ein Tätigkeitsbericht des Generalverbandes der Industriellen Rumäniens für das Jahr 1937, in dem es u. a. heißt, die Masse der heimischen Bevölkerung spiele auch heute noch eine verhältnismäßig geringe Rolle als Verbraucher heimischer Erzeugnisse. Es gebe heute noch Millionen Menschen in Rumänien, die schlecht gekleidet und oft ohne Schuhe lebten, es gebe zahlreiche Familien, denen beinahe jede Einrichtung fehle und zahlreiche Haushalte, deren Versorgung mehr als primitiv sei. Hier sei die große Armee der Verbraucher, für deren Gewinnung kein Opfer gescheut werden dürfe . . . . Die Frage der Preise der Industrieerzeugnisse sei noch immer scharf umstritten. Wenn diese Preise oft noch immer recht hoch seien, so sei das in erster Linie auf die riesige Belastung durch den Staat zurückzuführen. Hier sei die wichtigste Möglichkeit gegeben, zu einer Senkung der Preise der industriellen Erzeugnisse zu gelangen. Die Entwicklung der Industrie bedeutet gleichzeitig auch die Lösung einer großen sozialen Frage; denn durch sie werde es möglich sein, die breite Masse der Bevölkerung den Anforderungen der Zeit entsprechend zu versorgen. Heute lebte der Großteil der Bevölkerung Rumäniens, obwohl in einem reichen Land, so, als ob Rumänien ein armes Land sei. [1])

1) Die Entwicklung der Industrie (UGIR-Bericht) „Timisoaraer Zeitung", 6.7.1938, Seite 7.

Was hier ausgesprochen wird, gilt nicht nur für Rumänien, sondern ebenso für die anderen Länder, bemerkenswerterweise auch Ungarn, wobei wir nicht übersehen wollen, daß gerade in den letzten Jahren die Regierungen durch unmittelbare Kredithilfen oder im Wege der genossenschaftlichen Unterstützung vieles versucht haben, was dazu dienen konnte, die heimische Landwirtschaft zum Großkonsumenten der heimischen oder ausländischen Industriewaren zu machen. Es soll durchaus zugegeben werden, daß die Parole „Steigerung der ländlichen Kaufkraft" inzwischen gewisse Erfolge insofern nach sich gezogen hat, als sich die Preisschere wieder etwas mehr geschlossen hat. Nehmen wir als Beispiel hierfür Rumänien heraus, so gibt eine sehr instruktive Aufstellung über die Kaufkraftentwicklung der rumänischen landwirtschaftlichen Bevölkerung, errechnet aus den Preisen der verkauften landwirtschaftlichen Erzeugnisse und den Preisen der von den Bauern gekauften Industriewaren, Auskunft. [1]) Danach stellten sich die Indexziffern mit der Basis 1929 = 100 wie folgt:

Jahr	Preise der Agrarprodukte	Preise der Industrieprodukte	Kaufkraft der Bauern
1930/31	77	84,4	92
1931/32	60	70,7	85
1932/33	51	71,8	70
1933/34	43	70,7	61
1934/35	47	85,7	55
1935/36	57	103,2	55
1936/37	79	107,8	73
1937/38	79	108,2	73

Aus der Aufstellung ist zwar festzustellen, daß die Kaufkraft nach den Rückgängen der Jahre 1930/31 bis 1933 seit 1934 wieder gestiegen ist, aber der vergleichsweise höhere Kaufkraftstand des Jahres 1930/31 ist noch längst nicht wieder erreicht; denn während die Preise der Agrarprodukte von diesem Zeitpunkt bis heute sich nur um zwei Punkte erhöhten, beträgt die Erhöhung der Preise der Industriewaren zwischen den genannten Zeiträumen 23,8 Punkte.

1) „Asociatia romanesti pentru studiul conjuncturii economice", 3. Vierteljahresheft 1938.

Wenn also Deutschland bestrebt ist, durch mengen- und preismäßig günstige Abnahme von südosteuropäischen Agrarprodukten den Bauern zum Großbezieher deutscher Fertigwaren und Rohstoffe (industrielle Verbrauchsgüter, landwirtschaftliche Geräte, Kunstdünger) zu machen, so muß auch dafür gesorgt werden, daß der Erlös der von den Bauern abgelieferten und verkauften Agrarerzeugnisse diesen nach Möglichkeit zu einem sehr hohen Prozentsatz zugute kommt. Dies zu bewirken steht aber in der Macht der einzelnen Regierungen allein und Deutschland hat darauf keinen Einfluß.

Hierzu gehört auch noch eine weitere Überlegung. Was Deutschland in den letzten Jahren an Industrieerzeugnissen nach dem Südosten lieferte, bestand zu 40 Prozent aus Produktionsgütern, die mittelbar oder unmittelbar dem Aufrüstungsprozeß zugeführt wurden. Wenn einmal diese Rüstungskonjunktur ein Ende hat und die donauländischen Schwerindustrien von sich aus jederzeit für die Vorratsbildung sorgen können, dann werden wir uns wieder sehr schnell umstellen müssen, um veränderten Bedürfnissen nachkommen zu können. Es gilt also, die Entwicklung der einzelnen Wirtschaftssektoren jedes Staates scharf zu beobachten, wenn wir rechtzeitig auf dem Plan sein wollen, mag es sich dabei um die verstärkte Erschließung der zahlreichen und mannigfaltigen Rohstoffvorkommen oder um die Technisierung der Landwirtschaft handeln, oder glauben wir bemerken zu können, daß die Eingliederung des Bauerntums in die Marktwirtschaft in jedem Lande Fortschritte macht. Da wir aber nur mehr verkaufen können, wenn wir auch mehr kaufen, wird immer wieder neu geprüft werden müssen, was Deutschland wenigstens von sich aus im Hinblick auf seinen Agrarimport dazu tun kann, um die Kaufkraft der Bauernmassen zu heben. Den Weg hierzu hat uns in vorbildlicher Art die Sojabohnenaktion eines großen deutschen Industriekonzerns in Rumänien und Bulgarien gewiesen, auf dem fortzuschreiten Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk auf seiner Balkanfahrt im Herbst 1938 die Regierungen zweier europäischer Südoststaaten mit gutem Gewissen ermutigen konnte.

C. I. Agrarpolitische Produktionslenkung

Damit sind wir bereits bei der für den Ausbau und die Aussichten der deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsbeziehungen in den letzten Jahren so viel besprochenen Agrarproduktionsumstellung im Südosten angelangt. Die schon genannten Regierungsausschüsse waren in erster Linie berufen, besondere Aufmerksamkeit den Problemen der „Angleichung von Teilen der landwirtschaftlichen Erzeugung an den deutschen Einfuhrbedarf" zu widmen. Auf Grund ihrer schon gewürdigten fruchtbaren Tätigkeit ist es in gewissem Sinne zu einer agrarpolitischen Produktionslenkung, mittelbar oder unmittelbar zwischen Deutschland und Südosteuropa gekommen. Bevor auf eine Erörterung dieser die zukünftige Ausgestaltung des Warenaustausches sehr beeinflussenden Produktionslenkung eingegangen wird, soll noch einiges über den Stand und die Entwicklungsmöglichkeiten der üblichen deutschen Agrareinfuhr aus dem Südosten gesagt werden.

C. I. 1) Deutschlands Agrareinfuhr aus Südosteuropa

Trotz vielerorts günstiger Ergebnisse der Industrialisierung ist für die Südostländer in jedem Jahre, vordringlich aber in überdurchschnittlichen Erntejahren, der preis- und mengenmäßig günstige Absatz ihrer Überschüsse an Brot und Futtergetreide eine Lebensfrage. Noch hat der verstärkte Anbau an „Ersatzprodukten" — leider laufen oft auf dem Balkan unter dieser Bezeichnung die für die Fettversorgung der großen Industrieländer so wichtig gewordenen Ölpflanzen — nichts an der Tatsache geändert, daß man „dort unten" an der Getreideernte die innerwirtschaftliche Lage eines Volkes zu messen pflegt. Hier wird die Ernte unter dem Gesichtspunkt der besten Verwertbarkeit ihrer Überschüsse gesehen. Dagegen ist in einer Epoche der Rüstungswettbewerbe die Ernte als Rüstungsgrundlage die Betrachtungsbasis für die ausgesprochenen Industriestaaten geworden, was wiederum den großen Getreideproduzenten Europas zugute gekommen ist.

Welche Bedeutung allein dem Weizen zukommt, kann aus nachfolgender Tabelle, deren Ziffern für das Jahr 1937 gelten, ersehen werden: [1])

Land	Erzeugung an Weizen Mill. To.	Wert in Mill. RM. zum Weltmarktpreis	v. H. der Weltproduktion
Rumänien	3,7	353	2,31
Jugoslavien	2,4	224	1,93
Bulgarien	1,5	147	1,07
Ungarn	1,9	181	1,58

Für die innere Getreideversorgung der Länder spielen die Maisernten eine noch bedeutsamere Rolle, während Roggen, Hafer und Gerste unbedeutendere Anbauprodukte darstellen. Das Jahr 1938 mit seiner Rekordernte in der ganzen Welt hatte den Druck des Weizenweltmarktes auf Südosteuropa wieder verstärkt, zumal auch Großdeutschlands Rekordernte den Ertrag vom Jahre 1933 um eine Million Tonnen übertraf. Im Donauraum selbst konnte Rumänien an Weizen 49,4 Millionen dz, (1937 37), Ungarn 25,2 (1937 19), Jugoslavien 25 (1937 24) und Bulgarien 17,4 (1937 15,4) ernten.[2])

Zum besseren Verständnis der Zusammensetzung der Agrareinfuhr Deutschlands aus Bulgarien seien einige Bemerkungen über die Strukturveränderungen der bulgarischen Agrarausfuhr allgemein vorausgeschickt. Im ersten Jahrzehnt nach dem Kriege wurden hauptsächlich Tabak, Getreide und Rosenöl exportiert. Dies hat sich aber in den vergangenen Jahren geändert. Früher machten Tabak, Getreide und Eier drei Viertel der Gesamtausfuhr aus, heute umfassen sie nun noch weniger als zwei Drittel. Dafür sind Ausfuhrprodukte, die beim Export vorher gar nicht oder nur sehr wenig in Erscheinung traten, immer mehr in den Vordergrund gerückt. Dies bezieht sich u. a. auf ölhaltige Erzeugnisse, Weintrauben, Fleisch und Schweineschmalz. „Tabak, Getreide und Eier machten in der Ausfuhr des Jahres 1932 und ebenso des Jahres 1936 zusammen 25 Mill. Lewa aus, aber die vielgestaltige sonstige Ausfuhr hat sich von 6 Mill. auf 14 Mill. Lewa gesteigert. Im Jahre 1937 ist zwar die erstgenannte Gruppe auf 29 Mill. Lewa gestiegen, die sonstige

1) „Weizenernten im Südosten", „Breslauer Neueste Nachrichten" vom 21. 9. 1938.
2) s. a. „Der Südosten" Nr. 10, 19. 8. 1938, Seite 322.

Ausfuhr aber bereits auf 21 Mill.! Eine ganze Reihe der jetzt wichtigen Ausfuhrgüter erschien 1932 überhaupt noch nicht in der Statistik. Die Liste der Ausfuhrwaren zeigt, daß der Charakter Bulgariens als Agrarexportland sich von dem La-Plata-Typ weit entfernt und schon stark dem holländisch-dänischen Typ angenähert hat." [1]) Lassen wir zur Versinnbildlichung dieser Entwicklung einige Zahlen sprechen, die der gleichen Quelle entnommen sind:

Agrarische Anbaugruppen Bulgariens [2])

	1000 ha			
	1930	1934	1936	1937
Getreide	2686	2589	2488	2733
Industriepflanzen	150	183	255	280

Die enge Handelsverflechtung mit Deutschland hat selbstverständlich bedingt, daß die Strukturveränderungen der bulgarischen Gesamtausfuhr in der Ausfuhr nach Deutschland ebenfalls in Erscheinung getreten sind, soweit nicht von Deutschland sogar selbst die Anregungen für gewisse Umstellungen in der Agrarproduktion ausgegangen sind. Aus der anschließend wiedergegebenen Zusammenstellung der Haupteinfuhrprodukte Deutschlands aus Bulgarien im Laufe von acht Jahren ist zu registrieren, daß Deutschland z. B. an Rohtabak im Jahre 1937 nicht viel mehr eingeführt hat als im Jahre 1929. Bei Eiern ist sogar zu bemerken, daß 1937 der Einfuhrwert vom Jahre 1929 nicht einmal erreicht wurde, geschweige denn die Einfuhrziffer des Jahres 1930. Dagegen befinden sich die Obsteinfuhren in ständig ansteigender Linie: [3])

	(in Millionen RM.)							
Artikel	1929	1930	1932	1933	1934	1935	1936	1937
Rohtabak	21,46	23,48	18,69	19,62	17,86	18,03	20,04	21,86
Eier	18,47	25,34	10,32	5,97	6,75	9,41	12,47	12,29
Obst	0,43	1,65	1,46	2,00	4,53	9,55	10,50	13,54

Deutschland ist überhaupt immer mehr der Hauptabnehmer der Erzeugnisse der bulgarischen Obst- und Gemüsekulturen geworden und „in

1) „Wirtschaftsdienst" Heft 19, 13. 5. 1938, Seite 650/51.
2) „Wirtschaftsdienst" Heft 19, 13. 5. 1938, Seite 651.
3) „Der Südosten" Nr. 2, 15. 5. 1936, Seite 77.

Anpassung an den deutschen Geschmack und die Wünsche des deutschen Verbrauchers hat sich der bulgarische Bauer als besonders geschickt erwiesen . . . Gänzlich aufgenommen wurden 1937 von Deutschland Äpfel, Aprikosenmark, größtenteils Aprikosen, Pfirsiche, Himbeeren und die in Bulgarien bisher nur wild wachsenden Brombeeren. Von der Tafeltraubenernte übernahm Deutschland 1937 84 Prozent." [1]) Eine Erdbeerenausfuhr größeren Umfanges hat 1936 begonnen; schon 1937 nahm Deutschland 63 Prozent der Gesamtausfuhr ab.

Ausfuhr frischer Erdbeeren nach Deutschland und Österreich [2])

Land	1935	1936	1937
		in tausend Lewa	
Deutschland	415	775	1047
Österreich	199	125	437

1938 ist Großdeutschland fast der alleinige Abnehmer der bulgarischen Erdbeeren geworden. Bereits Mitte Juni waren 90 Prozent der Erdbeerausfuhren nach Deutschland verkauft. Auch die früher nur sehr wenig in Erscheinung getretene Tomatenkultur hat seit 1935 einen Aufschwung erlebt, der in der Entwicklung der Tomatenausfuhr zum Ausdruck kommt.

Entwicklung der bulgarischen Tomatenausfuhr [3])

	(in Tonnen)
1931	195
1932	161
1933	77
1934	219
1935	2545
1936	4796
1937	7000

„Auf dem bulgarischen Stand der Leipziger und Breslauer Messe 1938 war die ganz deutliche Tendenz zu beobachten, daß Bulgarien immer mehr dazu übergeht, im Obst- und Gemüseangebot mehr Halb-

1) s. ausführlich: Der Verfasser „Anhaltender Wirtschaftsaufstieg in Bulgarien" in „Der Deutsche Volkswirt", Nr. 44, 29. 7. 1938, Seite 2162.
2) Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 31. 8. 1937.
3) Abnahme-Prozentzahlen Deutschlands: 1935 = 64, 1936 = 94, 1937 = 90.

fabrikate als Rohstoffe herzustellen. Dieser Zug zeigte sich nicht nur bei dem stärkeren Angebot von getrockneten Früchten statt frischem Obst, sondern vielmehr noch bei den vielfältigen ausgestellten Konservenerzeugnissen. Weintraubenmarmelade, Tomatenmark, Aprikosen-, Erdbeer- und Pfirsichpulpe sind heute Erzeugnisse der bulgarischen Konservenfabriken, die in bezug auf Qualität und Aroma den standardisierten Weltmarken gleichzustellen sind und für deren Absatz sich der großdeutscher Markt in Zukunft noch mehr erschließen dürfte." [1])

Sehen wir uns die Tabelle (S. IX) über die Zusammensetzung der bulgarischen Ausfuhr nach Deutschland im Anhang etwas näher an, so können wir aus ihr ablesen, für welche Agrarprodukte Deutschland 1936 und 1937 besonders interessiert war:

1936 Rohtabak, Eier, Weintrauben, geschlachtete Hühner, Schweinefleisch, Walnüsse, lebende Schweine.
1937 Rohtabak, Eier, Weintrauben, Weizen, geschlachtete Hühner, rohe Lammfelle, lebende Schweine, halb verarbeitete Felle, Schweinefleisch, Schweinefett.

Die Aufnahmefähigkeit Deutschlands für Fleisch und alle Arten Geflügel dürfte in Zukunft ansteigen. Der Verbrauch an Geflügelfleisch ist in Deutschland immer noch sehr gering. Er betrug pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der Jahre 1930/34 1,5 kg, während z. B. für dieselbe Zeit berechnet Dänemark einen Verbrauch von 6,2 kg je Kopf der Bevölkerung aufweisen konnte.

Im Gegensatz zu Jugoslavien, Rumänien und Ungarn dient der Getreideanbau heute vorwiegend der Befriedigung des inländischen Bedarfs. Die Getreideabnahmeziffern Deutschlands sind verhältnismäßig wechselnd: 1936 kaufte Deutschland nur für 1,2 Mill. Lewa Mais, 1937 für 4,8; Weizen wurde 1936 überhaupt nicht abgenommen, 1937 dagegen für 124 Mill. Lewa. Dieses sprunghafte Ansteigen erklärt sich aus dem Stand der deutschen Erzeugungsschlacht 1937. Vom 1. 1. bis 30. 9. 38 hatte Deutschland für rund 60 Mill. Lewa Weizen aus Bulgarien bezogen.

Es sei in diesem Zusammenhang noch auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß der Donauraum an der Eierbelieferung Deutschlands z. B. 1937 mit einem Viertel beteiligt war.

---

1) Der Verfasser in: „Der deutsche Volkswirt" Nr. 44, 29. 7. 1938, Seite 2162.

Deutschlands Haupt-Eierlieferanten 1937

(in Millionen Stück)

Gesamteinfuhr	1600
davon aus	
Holland	366
Dänemark	305
Bulgarien	226
China	104
Belgien	95
Jugoslavien	71
Ungarn	62
Rumänien	58
Finnland	57

Diese Ziffer ist ein Beispiel dafür, wie sehr man sich daran gewöhnen muß, die Agrarlieferungen Südosteuropas mehr in ihrer Bedeutung für die Sicherung des zusätzlichen Bedarfs der deutschen Ernährungsversorgung zu sehen, als, wie das oft geschieht, nur mit Zahlenangaben über den Anteil der donauländischen Warenlieferungen an der deutschen Gesamteinfuhr zu „jonglieren", um beweisen zu wollen, wie groß dagegen der Anteil der anderen Lieferanten Deutschlands am Gesamtimport ist. Nennen wir noch zwei Beispiele für allerdings nicht lebensnotwendige Güter: Bulgarien bestritt 1935 36 Prozent des Gesamtbedarfs Deutschlands an Tafeltrauben und 1936 39,8 Prozent des Gesamtbedarfs an Pflaumen.

Die österreichisch-bulgarische Handelsverflechtung war niemals sehr bedeutend und die katastrophale Verarmung der Ostmark hatte ebenfalls nicht gerade zur Intensivierung des Warenaustausches beigetragen. Man kann wohl sagen, daß Anfang 1938 der österreichische Markt für Bulgarien so gut wie verloren war. Durch die Eingliederung haben sich zweifellos für den bulgarischen Agrarexport zusätzliche Lieferungsmöglichkeiten infolge der schon zu Tage getretenen Konsumbelebung in Österreich ergeben. Als neues Auftriebsmoment für die Ausfuhr nach Großdeutschland hat sich auch schon der Wegfall von allen Gebühren und Spesen, die an das Transitland Österreich zu entrichten waren, bestätigt. „Was aber dem großdeutschen Warenverkehr mit Bulgarien in nächster Zeit das besondere Gepräge geben wird, das ist der vom österreichischen Arbeitsbeschaffungsprogramm der deutschen Reichsregierung ausgehende Impuls. Durch die Inangriffnahme der Riesenpläne zur Er-

schließung Österreichs entsteht ein gewaltiger Bedarf an landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen, die zum Teil gerade Bulgarien zur Verfügung stehen. Durch die Eingliederung der bisherigen Arbeitslosen in den Produktionsprozeß wird auch die Kaufkraft beträchtlich gesteigert, die wiederum einen erhöhten Lebensstandard zur Folge hat. Man kann annehmen, daß bulgarische Trauben, Erdbeeren, Äpfel usw. in Bälde nicht nur wieder den Wiener Markt im früheren Umfang beherrschen werden, sondern daß weit darüber hinaus Nachfrage entstehen wird. Gerade bulgarisches Obst und Gemüse hatten früher in Österreich ein gutes Absatzfeld . . . Damit erwächst für Bulgarien eine größere Aufnahmefähigkeit auf dem deutschen Markt, so daß zweifelsohne mit einer größeren Ausfuhr Bulgariens gerechnet werden kann." [1])

Es besteht gar kein Zweifel, daß die Ausdehnung des deutschen Exports nach Bulgarien bzw. die weitere Teilnahme Deutschlands an der bulgarischen Industrialisierung für die Zukunft größere Aussichten erhoffen läßt als umgekehrt. Der einzige Sektor des bulgarischen Exports, für den Steigerungen noch möglich sind, ist der der Industrie- und Ölpflanzenausfuhr. Hierüber wird an anderer Stelle mehr gesagt werden.

Ähnlich wie bei dem bulgarischen Beispiel ist zahlenmäßig der Anteil der deutschen Einfuhr aus Ungarn am Gesamtimport Deutschlands recht gering: er erreichte 1937 als Höchstziffer den Prozentsatz von 2,1. Es ergibt sich aber sofort ein anderes Bild, wenn man demgegenüber herausstellt, welche Bedeutung Ungarn für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und auch gewissen Rohstoffen besitzt. So lieferte Ungarn im Jahre 1936 26 Prozent des deutschen Einfuhrbedarfs an Fleisch und Fleischwaren aller Art, 21 Prozent der benötigten Einfuhr von Schmalz und Talg, 12 Prozent des Gesamtimports an Rindern und 10 Prozent der Einfuhr von Hülsenfrüchten. Beim Import wichtiger Rohstoffe liegt Ungarns Beteiligung am deutschen Einfuhrbedarf noch höher. In dem genannten Jahr deckte Ungarn 32 Prozent des deutschen Bauxit- und 30 Prozent des Bettfedernbedarfs.

An dem ausgesprochenen Agrarcharakter der ungarischen Ausfuhr nach Deutschland hat sich bis zur Gegenwart nicht viel geändert. 1937 fielen fast 74 Prozent der Einfuhr aus Ungarn auf den Sektor Er-

1) Von Brandenstein, Vortrag in Sofia anläßlich der Studienfahrt der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft nach Südosteuropa, 26. 4. 1938.

nährungswirtschaft (1936 70 Prozent). Während nach Italien und der Ostmark gewöhnlich der größte Teil der ungarischen Getreideüberschüsse geht, ist das Altreich Ungarns bester Absatzmarkt für Schweinefett und Speck, Schlacht- und Zuchtvieh, Obst, Wein, Ölsaaten, Geflügel und Butter, Klee und Luzernesaat, Federn und Bauxit. Im Hinblick auf den günstigen Stand der Getreideschlacht in Deutschland im Jahre 1936 wurde seitens Ungarn Brotgetreide überhaupt nicht exportiert, aber schon 1937 stand Weizen, Roggen und Mais bereits wieder an vierter Stelle der Ausfuhrwaren. Die Rangfolge der Exporte stellte sich für das Altreich wie folgt: 1936: Fleisch, Schlacht- und Zuchtvieh, Schweinefett und Speck, Federn, Geflügel, Klee- und Luzernesaat; 1937: Federn, Schlacht- und Zuchtvieh, Schweinefett und Speck, Brotgetreide, Klee- und Luzernesaat, Geflügel, Bauxit.

„Die ungarische Ausfuhr nach Deutschland und Österreich zeigt eine weitgehende strukturelle Übereinstimmung und wird durch ein Überwiegen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, vor allem der Lebensmittel, gekennzeichnet. Der außergewöhnliche Aufschwung der ungarischen Ausfuhr nach Deutschland der letzten Jahre ist in erster Linie auf den erhöhten Bedarf an Lebensmitteln als Folge der deutschen Gesundung zurückzuführen. Ein Vergleich der Entwicklung der ungarischen Ausfuhr nach den beiden Ländern zeigt deutlich die Auswirkungen der Maßnahmen des Dritten Reiches zur Belebung der inneren Wirtschaft auf die ungarische Ausfuhr, während das Fehlen einer entsprechenden Bedarfssteigerung in Österreich zu einem Stagnieren der ungarischen Ausfuhr nach dort führte.“ [1])

Ungarns Ausfuhr[1])

(in Millionen Pengö)

nach:	1933	1934	1935	1936	1937
Deutschland	44	90	108	115	142
Österreich	105	99	86	87	99

Von der Bedeutung Ungarns für die österreichische Ein- und Ausfuhr gesehen war die österreichisch-ungarische Warenverflechtung vor dem Anschluß ungleich stärker als die ungarisch-deutsche, was vielfach übersehen wird. Ungarn war nämlich im Durchschnitt der Jahre 1935/37 an

1) NfA. 30. 3. 1938.

der Gesamteinfuhr Deutschlands mit knapp zwei Prozent, an der Österreichs aber mit 9,3 Prozent beteiligt; an der Gesamtausfuhr Deutschlands und Österreichs beträgt die ungarische Beteiligungsquote 1,7 bzw. 9,9 Prozent.

Die bei Abschluß dieser Arbeit vorliegenden Ziffern über den österreichisch-ungarischen Warenhandel nach dem Anschluß der Ostmark vermögen zwar noch keinen vollständigen Aufschluß auf die Frage zu geben, ob inzwischen eine Verdichtung oder eine Desintegration erfolgt ist. Bei einem Vergleich zwischen dem ersten Halbjahr 1937 und der entsprechenden Zeit des Jahres 1938 fällt der Rückgang des ungarischen Exports nach Österreich von rund 52 auf rund 41 Millionen Pengö auf.[1] Die beträchtlichste Verringerung ist bei der Ausfuhr von Getreide, Mehl und Obst zu beobachten, während in den genannten Vergleichshalbjahren die Getreideausfuhr nach dem Altreich gestiegen ist. Vermindert war auch der Export von Gemüse und Mehl nach der Ostmark, dagegen steigerte der südlichste Gau Großdeutschlands seine Einfuhr an Schlacht- und Zuchtvieh sowie an Geflügel und Wein.

Von den Steigerungsmöglichkeiten des ungarischen Agrarexports nach Großdeutschland kann deswegen nicht allzuviel erwartet werden, weil der österreichische Absatzmarkt Ungarn niemals in dem Maße verschlossen war wie z. B. Bulgarien. Was eine eventuelle zusätzliche Belieferung des Sudetenlandes durch ungarische Agrarprodukte betrifft, so dürften ins Gewicht fallende neue Absatzmöglichkeiten nicht vorhanden sein. „Wenn auch . . . der gesamte sudetendeutsche Siedlungsraum unzweifelhaft als Ganzes ein Getreidezuschußgebiet darstellt, so dürfte doch der Fehlbetrag . . . bei weitem nicht so groß sein, wie man in Anbetracht der starken Industrialisierung seiner wichtigsten Teile im allgemeinen annimmt, und dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß er sich durch geeignete Maßnahmen (Erzeugungsschlachten! — Der Verfasser) ebenso weiter verringern läßt, wie dies im alten Reich geschah.“[2] Uns scheinen vielmehr die besten Zukunftsmöglichkeiten in einer weiteren Anpassung der ungarischen Landwirtschaft an die Bedürfnisse des deutschen Ernährungsmarktes zu liegen, zumal sich gerade mit Ungarn die Agrarproduktionslenkung bei weitem nicht so gut eingespielt hat wie z. B. mit Bulgarien und Rumänien.

1) s. NfA. 4. 8. 1938.
2) Volk und Wirtschaft im Sudetenland. Dresdner Bank, Sonderheft, Seite 10.

Die Einfuhr Deutschlands aus den beiden anderen Ländern des Donauraumes, Jugoslavien und Rumänien, hat einen nicht so ausgesprochen agraren Charakter wie der Import aus Bulgarien und Ungarn, da in den letzten Jahren die Belieferung Deutschlands mit industriellen Rohstoffen seitens dieser beiden Länder an Umfang zugenommen hat. Von Jugoslavien nimmt Deutschland neben den auch aus den anderen Ländern importierten Agrarprodukten, Bau- und Nutzholz, Flachs und Hanf, Bleierze, Kupfer usw., von Rumänien Mineralöle und Derivate sowie ebenfalls Holz herein.

Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Produkte für die Gesamtausfuhr Jugoslaviens hat sich im übrigen entsprechend den Verschiebungen in der Zusammensetzung seines Exports nach seinem Hauptkunden, Deutschland, vermindert. Nach der Landesstatistik steht nämlich das Holz an erster Stelle der Ausfuhrerzeugnisse. Der jeweilige Stand des Holzabsatzes ist für Jugoslavien ebenso wichtig wie der des Mineralölabsatzes für Rumänien. Die zweite Stelle nimmt auch nicht Weizen, sondern Mais ein, für das Jugoslavien in Europa nach Rumänien durchschnittlich zweiter Hauptproduzent ist, während es in der Welt hinter Argentinien und USA., die selbstverständlich auch Rumänien übertreffen, an vierter Stelle rangiert (s. a. Tabelle XIV im Anhang). Die Weizenflächen des Landes werden dagegen immer mehr für Industrie- und Ölpflanzen neu in Kultur genommen. Die besonderen Erfordernisse der deutschen Ernährungswirtschaft haben auch einige Agrarerzeugnisse, die früher für die Ausfuhr gar nicht oder nur wenig in Betracht kamen, immer auffälliger in Erscheinung treten lassen. Dies bezieht sich auf Frischfleisch, Schweineschmalz, aber auch Obst (außer Pflaumen, für die Jugoslavien schon sehr lange Hauptausfuhrland in Europa ist) und Geflügel. In Verfolg des erweiterten Abbaus der industriellen Rohstoffvorkommen wie Kupfer und Eisenerze werden sich diese als von der ganzen europäischen Rüstungsindustrie begehrten Waren sicherlich bald im jugoslavischen Export eine Spitzenstellung erobern.

Die Veränderungen in der Rangfolge der jugoslavischen Agrarexportwaren nach Deutschland gestalteten sich zwischen 1935 und 1937 folgendermaßen: 1935: Fleisch und Fleischwaren, Obst, Mais, Eier, Bettfedern, Schmalz und Talg, lebende Tiere, Weizen; 1936: Fleisch und Fleischwaren, Obst, Felle und Häute, lebende Tiere, Bettfedern, Eier, Schmalz und Talg, Mais; Weizen wurde in diesem Jahr von Deutschland

überhaupt nicht aufgenommen; 1937: Weizen (!), Mais, lebende Tiere, Fleisch und Fleischwaren, Obst, Bettfedern, Schmalz und Talg, Felle und Häute.

Die Getreideernte Jugoslaviens hatte von 1935 bis 1938 folgende Ergebnisse:

Getreideernten Jugoslaviens[1]

(in Millionen Tonnen)

Artikel	1935	1936	1937	1938
Weizen	1,99	2,92	2,35	2,75
Roggen	0,20	0,20	0,21	0,22
Gerste	0,38	0,42	0,38	0,41
Hafer	0,28	0,33	0,30	0,32
Mais	3,02	5,10	5,33	5,34

Im ersten Halbjahr 1938 war gegenüber der Vergleichszeit 1937 der Export von Pferden, Rindern, Kälbern, Schweinen, Kleinvieh, Schweineschmalz, Frischfleisch, Lamm- und Schaffellen, Schafkäse und Schafwolle zurückgegangen, angestiegen war die Ausfuhr von lebendem Geflügel, Speck, Eiern, Geflügelfedern und Kalbfellen.

Der Warenaustausch zwischen Jugoslavien und Österreich ist immer sehr rege gewesen. Höhepunkte der gegenseitigen warenwirtschaftlichen Durchdringung waren die Jahre 1929 und 1930. Seitdem hatte sich der Handelsverkehr verringert und zeigte erst 1937 wieder Belebung.

Außenhandel Jugoslaviens mit Österreich[2]

Jahr	Export		Import	
	Mill. Dinar	%	Mill. Dinar	%
1929	1238	15,63	1327	17,43
1930	1199	17,68	1171	16,82
1931	727	15,15	730	15,21
1932	686	22,13	384	13,44
1933	732	21,66	463	16,08
1934	634	16,36	442	12,37
1935	577	14,32	441	11,92
1936	640	14,63	420	10,30
1937	848	13,52	580	11,09

1) Statistische Übersichten der volkswirtschaftlichen Abteilung der Dresdner Bank, zusammengestellt nach den Ausgaben vom 31. 1. und 30. 4. 1938.
2) „Prezentul", 19. 3. 1938.

Über den Anschluß der Ostmark und die hiermit fur den jugoslavischen Außenhandel auftauchenden Probleme äußerte sich Mitte März 1938 die große Belgrader Zeitung „Politika“ [1]) in einem Aufsatz, aus dem einige Stellen deswegen wiedergegeben werden sollen, weil ein Vergleich der darin geäußerten Ansichten mit den Ende 1938 vorliegenden Ergebnissen des jugoslavisch-ostmärkischen Außenhandels interessieren dürfte: „Die Vereinigung Österreichs mit Deutschland ist für Jugoslavien vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt von großer Bedeutung . . . In unserer Einfuhr wird nach dem vorjährigen Stand das Reich allein dieselbe Rolle spielen, wie Italien, Frankreich, England, die Tschechoslovakei und Belgien zusammen. In der Ausfuhr Jugoslaviens spielt das Reich dieselbe Rolle wie die Tschechoslovakei, Italien, England, die Vereinigten Staaten, Ungarn, Britisch-Indien, die Schweiz, Rumänien, Frankreich und Brasilien. Es gibt eine ganze Reihe jugoslavischer Ausfuhrartikel, die zu mehr als 50 Prozent in Großdeutschland Absatz finden werden. So belief sich der Anteil Großdeutschlands im vergangenen Jahr an unserer Ausfuhr bei Weizen auf 50,7 Prozent, bei Mais auf 50,6, Gerste 67,9, Roggen 83,3, Schweinen 59,6, Frischfleisch 85,4, Fett 62,1, Frischobst 68,3, Eier 42,6 und Bauxit 99,2 . . . Zweifellos wird der Anschluß die jugoslavische Äpfelausfuhr nach Deutschland durch die österreichische Konkurrenz beeinflussen.“ Eine andere Stimme [2]) glaubte folgende Prognose stellen zu können: „Durch den Anschluß Österreichs verringert sich für Jugoslavien die Konkurrenz Ungarns auf dem ehemaligen österreichischen Gebiete, nachdem die Vorteile, die Ungarn auch durch den römischen Pakt auf dem österreichischen Markt hatte, in Fortfall kommen. Es handelt sich hier vor allem um Getreide, Mehl, Eier und Geflügel und in geringerem Maße um Gemüse, Obst und Honig . . . Gegenüber Rumänien ist Jugoslavien in markttechnischer Hinsicht, was Transport und Preise anbelangt, im Vorteil . . . Von besonderer Wichtigkeit ist für Jugoslavien, daß die Ausfuhr nach Österreich in Zukunft nicht mehr von einem beschränkten Markt abhängig sein wird. Es kam besonders bei der Ausfuhr von verderblichen Lebensmitteln nach Österreich vor, daß der Markt überfüllt war, so daß die Ware, weil einmal verzollt, nicht mehr weiterdisponiert werden

1) „Der Anschluß und die jugoslavische Wirtschaft“ in „Politika“, Beograd, zitiert nach „Deutsches Volksblatt“, Novisad, 23. 3. 1938.
2) WDW. 14. 4. 1938.

konnte. In dieser Beziehung wird das geeinte Deutsche Reich der jugoslavischen Ausfuhr jedenfalls besser entsprechen als Österreich mit dem ausschließlichen Wiener Markt, der bei zeitweiser Überfüllung dem Handel mit verderblichen Lebensmitteln oft große Verluste brachte."

Sieht man sich auf Grund dieser Pressestimmen einmal das Außenhandelsergebnis mit der Ostmark im ersten Halbjahr 1938, verglichen mit denselben Berichtszeiten 1936/37 an, so muß man, ohne beurteilen zu können, inwieweit tatsächlich schon durch den Anschluß Verschiebungen in der Komposition der ein- und ausgeführten Waren eingetreten sind, feststellen, daß zwar das Warentauschvolumen gegenüber 1937 vor allem in der Ausfuhr nach der Ostmark abgesunken ist, aber gegenüber dem ersten Halbjahr 1936 sich erhöht hat. An dem Ausfuhrrückgang sind hauptsächlich die Holzlieferungen beteiligt, da die Holzbestände der Ostmark vom Altreich sofort herangezogen wurden.

(In Millionen Dinar) [1])

	1. Halbjahr	Ausfuhr	Einfuhr
Altreich	1936	415,1	471,1
	1937	577,2	759,6
	1938	561,6	845,7
Ostmark	1936	259,5	204,2
	1937	396,6	223,8
	1938	283,2	213,1

Der zukünftige Ausbau des Agrarexports nach Deutschland liegt in der Richtung der von Reichswirtschaftsminister Funk bei seinem letzten Aufenthalt in Belgrad gegebenen Erklärungen, nämlich einer Parallelität der Produktionsmengen, die Jugoslavien bereit ist von Deutschland aufzunehmen, wofür Deutschland zeitlich gestuft von Jugoslavien als Gegenwert Agrarprodukte hereinnimmt. Darüber hinaus gilt das, was bereits für die anderen Länder gesagt wurde: Weitere Spezialisierung der südslavischen Agrarproduktion.

Über die Zusammensetzung der deutschen Einfuhr aus Rumänien unterrichtet die Tabelle Seite VIII im Anhang. Aus ihr ist zu entnehmen, daß das Getreide seit 1937 wieder eine Position einzunehmen anfängt, die es 1928/29 als Hauptausfuhrartikel Rumäniens nach Deutschland

1) „Devisenwirtschaft und Außenhandel", Nachrichtenblätter der Commerz- und Privat-Bank, 13. 8. 1938.

gehabt hat, aber seitdem verloren hatte. Rumänien hat speziell seit 1933 auf den Getreideminderbezug Deutschlands immer wieder hingewiesen, wobei zum Vorwurf gemacht wurde, daß mit hohen Bezügen an Mineralölen wohl der rumänischen Erdölindustrie, nicht aber dem rumänischen Bauern gedient sei. Deutschland mußte dagegen den Einwand seiner Reagrarisierungsbestrebungen geltend machen, um Rumänien gleichzeitig anzuregen, sich auf vordringlich benötigte Agrarprodukte wie Ölsaaten und Futtermittel (Preßkuchen und Kleie) usw. umzustellen. Dieser Anregung ist Rumänien teilweise gefolgt, ein Moment, über das noch mehr zu sagen sein wird. Schließlich hat es aber Deutschland an dem Willen nicht fehlen lassen, auch dem Getreidebezug aus Rumänien wieder größeres Interesse zuzuwenden, was 1937 in einem Getreidebezug in Höhe von rund 78 Mill. Reichsmark zum Ausdruck kam. Eine besonders in der Linie des deutschen Bedarfes liegende steil ansteigende Ausfuhr ist im Laufe der letzten Jahre bei den Ölfrüchten und nichtölhaltigen Sämereien, Futtermitteln sowie bei Obst und Hülsenfrüchten festzustellen. Was hier für den rumänisch-deutschen Handel gilt, zeigt sich auch in den Veränderungen des Agrarexports allgemein:

Rumäniens Agrarexport 1921 bis 1937 [1]

(in 1000 Tonnen)

Jahre	Getreide	Gemüse, Sämereien, Ölfrüchte	Obst	lebende Tiere	tier. Erzeugnisse
1921—1925 [2]	1860	105,5	24,7	73,0	10,1
1927—1930 [2]	2252	176,9	21,8	72,8	23,2
1931—1935 [2]	2042	218,5	17,8	56,9	18,7
1936	2072	254,4	36,2	68,2	22,7
1937	2240	293,0	33,0	67,9	24,9

Das außerordentlich günstige Ernteergebnis im Jahre 1938 hatte in den rumänischen Agrarexportkreisen Besorgnisse über die Unterbringung der Überschüsse auf dem deutschen Markt laut werden lassen. Die Rumänische Nationalbank hielt allerdings nicht mit ihrem Wunsch zurück, den Agrarexport wieder mehr als bisher in die sogenannten starkvalutigen

1) Roman Cresin: „Exportul produselor agricole“ in „Prezentul“, 18. 2. 1938.
2) Durchschnitt der Jahre.

Länder zu lenken, was nur zum Teil gelungen ist. In den im November 1938 in Bukarest geführten Verhandlungen der deutsch-rumänischen Regierungsausschüsse kam es zu einer Verpflichtung Deutschlands, Mais und Roggen in einem bestimmten Verhältnis zum Weizen zu übernehmen. Deutschland erklärte sich nicht nur bereit, rumänischen Weizen im Rahmen des bis zum 30. 10. 1939 geltenden Wirtschaftsplan in Höhe von 400 000 Tonnen abzunehmen, sondern auch bestimmte Getreidemengen zwei Jahre hindurch in einem Satz aufzukaufen. „Bedenkt man noch, daß Rumänien in Deutschland auch äußerst zufriedenstellende Preise erhält für seine Erzeugnisse — der Durchschnittswert je Doppelzentner für rumänische Waren auf dem deutschen Markt erhöhte sich von 8,38 RM. je Doppelzentner im Jahre 1936 auf 12,21 RM. je Doppelzentner im Jahre 1937 — und außerdem durch das Kontingentsystem eine gesicherte Absatzgrundlage hat, die dem rumänischen Bauern Dispositionsmöglichkeit auf lange Sicht gibt, so wird Rumänien bezüglich seiner Geschäftsmöglichkeiten mit dem neuen Großdeutschland mit guter Hoffnung in die Zukunft blicken können. Denn alle Anzeichen deuten auf eine natürliche weitere Aufwärtsentwicklung im gegenseitigen Handelsverkehr.“ [1])

Schließlich soll noch über die bisherige Entwicklung des rumänisch-ostmärkischen Außenhandels durch ein paar Vergleichsziffern etwas gesagt werden.

Rumäniens Außenhandel mit Großdeutschland [2])

(in Millionen Lei)

	Einfuhr		Ausfuhr	
Land	Jan.-Juni 37	Jan.-Juni 38	Jan.-Juni 37	Jan.-Juni 38
Österreich	820	567	661	237
Altreich	2414	2836	3105	2258

Nach diesen Zahlen ist die Einfuhr Rumäniens aus Österreich im ersten Halbjahr 1938 gegenüber der gleichen Zeit 1937 beträchtlich abgesunken. Noch bedeutender ist die Reduzierung des rumänischen Exports nach der Ostmark. Übersehen wir nicht, daß erst die am Ende des Jahres 1938

1) Schnee, Präsident der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft, Vortrag im Rahmen einer Studienfahrt nach Südosteuropa am 19. 4. 1938 in Bukarest.
2) Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer Berlin, 25. 8. 1938.

herauskommenden Ziffern annähernd Endgültiges über die Zukunft des rumänisch-ostmärkischen Warenaustausches zu sagen vermögen. Ebenfalls ist noch nicht zu beurteilen, inwieweit das Altreich notfalls kompensierend zur Ausweitung des großdeutsch-rumänischen Handels eingreifen kann oder muß.

C. I. 2) Die Agrarproduktionsumstellung der Südostländer

Wir hatten bereits bemerkt, daß sich in der Gliederung der südosteuropäischen Ausfuhrwaren im letzten halben Jahrzehnt insofern eine Verschiebung ergeben hat, als der Export von industriellen Rohstoffen (Erdöl, Holze, Erze) einerseits und die Ausfuhr von Industrie- und Ölpflanzen andererseits etwas mehr in den Vordergrund getreten ist. Man war sich in Anbetracht der Folgeerscheinungen der im Jahre 1929 über die Südoststaaten in besonders verhängnisvoller Weise hereingebrochenen Agrarkrise darüber klar, daß das Problem der agrarischen Ausfuhrsteigerung nicht mehr allein durch eine Stützung der Agrarpreise oder durch Exportprämiensysteme anzupacken war, sondern daß die Regelung der Absatzfrage mit der Anpassung an die veränderten Einfuhrbedürfnisse Mitteleuropas, insbesondere aber des besten Kunden, nämlich Deutschland, gleichbedeutend war. Wir hatten bereits festgestellt, daß die veränderte Anbau- und Erzeugungspolitik in dem steigenden Anteil solcher Produkte am Export zum Ausdruck gekommen ist, von denen man früher nicht zu hoffen gewagt hatte, daß sie jemals auf mitteleuropäischen Märkten abgesetzt werden könnten. Dabei ist die Vorstellung durchaus irrig, als ob diese Agrarproduktionsumstellung lediglich Deutschland zu Gefallen in Gang gesetzt wurde. Man darf nämlich nicht vergessen, daß auch in außerdeutschen Industrieländern der Getreideimportbedarf nachgelassen hatte; zum anderen gab der Anbau von Industrie- und Ölpflanzen den Südostländern die Möglichkeit, für ihre Industrialisierung eine umfangreichere Rohstoffbasis zu schaffen. [1])

1) s. a. Der Verfasser in „Der Vierjahresplan", Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, Eher-Verlag, Nr. 8/38, Seite 480 f., Nr. 9/38, Seite 549 f., Nr. 10/38, Seite 615.

Wie hat sich nun im Südosten im einzelnen der Industrie- und Ölpflanzenanbau entwickelt, welchen Stand hat er und welche Aussichten bestehen, daß diese Neuanbaupolitik beibehalten wird und verstärkt werden kann?

Der erste Staat, mit dem Deutschland mit Rücksicht auf seinen veränderten Agrarbedarf einen sogenannten Anbauvertrag schloß, war Ungarn (Leinsaatenvertrag vom 10. Oktober 1933). In diesem Anbauvertrag ergab sich für Ungarn die Möglichkeit, seine Leinsaatenanbaufläche von 10 000 Katastraljoch, die für seinen Inlandsbedarf genügen, auf 60 000 Katastraljoch zu erhöhen, da Deutschland sich verpflichtete, den Ertrag der zusätzlichen 50 000 Joch zu übernehmen. Darüber hinaus wollte Deutschland in Form von Qualitätsprämien und Frachtvergünstigungen [1]) ein über der damaligen Hamburger Notierung liegendes Aufgeld von 45 Prozent, d. h. ungefähr 20 Pengö je Doppelzentner Leinsaat, bezahlen. Kurz nach Bekanntwerden des Kontraktes setzte sich aber eine von jüdischer Seite inszenierte, in Landwirtekreisen betriebene Boykottpropaganda gegen den Vertrag ein, so daß überhaupt nur 20 000 Joch zum Anbau angemeldet wurden. Trotzdem verlor Deutschland nicht den Mut und hatte auch den Willen, Ungarn weiter entgegenzukommen, indem es 1935 den Produzentenpreis auf 27 Pengö pro Doppelzentner und 1936 auf 28 Pengö erhöhte, um einen weiteren Anreiz zu geben. Hatte Deutschland mit Abschluß des Vertrages aus devisenpolitischen Gründen beabsichtigt, eine großzügige Einfuhrumlagerung von überseeischen Lieferanten auf europäische Produzenten einzuleiten, so sollte die Aktion auch der Auflösung von in Ungarn eingefrorener deutscher Exportforderungen dienen. In der Folgezeit haben sich jedoch die von diesem Kontrakt erhofften Ziele aus Gründen, die wir nicht weiter erörtern wollen, nicht verwirklicht. Im Gegenteil, die Anbaufläche für Leinsaat ist wieder zurückgegangen und stellte sich 1938 nur noch auf 12 394 Katastraljoch, eine Fläche, aus deren Erträgen der inländische Konsum eben befriedigt werden kann. [2])

Man kann also sagen, daß Ungarn, im Gegensatz zu den drei anderen Ländern des Donauraumes, an den von Deutschland gewünschten Anbauveränderungen sich nicht sonderlich interessiert gezeigt hat. Wir haben

1) s. a. „Wirtschaftsdienst" Heft 41, 13. 10. 1933.
2) s. a. NfA. 4. 7. 1938.

zwar 1937 von ihm für 1,2 Millionen Pengö (1936 1,7) an Hanfgarnen bezogen, aber die Ölsaateneinfuhr ist ziemlich bedeutungslos. Zugestanden werden muß, daß Ungarn uns in bezug auf unsere zusätzliche Versorgung mit Fleisch, mit Schlacht- und Zuchtvieh und Fettwaren, sowie mit Geflügellieferungen entgegengekommen ist, über deren gestiegene Importquantitäten der Tabellenanhang Auskunft gibt. Versuche, die man ungarischerseits mit der Erzeugung von Baumwolle im Komitat von Debreczen angestellt hat, sind wieder aufgegeben worden.

Bulgarien ist bei der Agrarproduktionsumstellung am schnellsten und systematischsten vorgegangen. Dies ist teilweise der Tatsache zuzuschreiben, daß sich die staatlichen und genossenschaftlichen Organisationen (u. a. die Bulgarische Landwirtschaftsbank und staatliche Versuchsstationen) sofort intensiv mit praktischen Maßnahmen für sie einsetzten. Die Einführung arbeitsintensiver Kulturen datiert übrigens, was zum Beispiel den Tabakanbau und die Rosenkulturen betrifft, von den Vorkriegsjahren her. Daher stieß die Durchsetzung des Anbaus neuer Kulturen bei den bulgarischen Bauern auf keine nennenswerten Schwierigkeiten. „Es ist ganz verkehrt, den bulgarischen Bauern für einen Querkopf zu halten, der an den traditionellen Arbeitsweisen seiner Väter unverbrüchlich festhalte und überhaupt keine Neuerungen annehmen wolle. Dort, wo er seinen Vorteil klar erkennt, ist er zur Einführung von neuen Kulturen sofort und im weitesten Maße bereit.“ [1]) Man hat bei dem Anbau von Textil- oder Ölpflanzen gleichzeitig die seit einigen Jahren bestehende sehr schwierige Verkaufslage des Rosenöls berücksichtigt, indem seit März 1937 nicht nur die Anlegung neuer und die Erneuerung alter Rosenfelder bis 1940 verboten ist, sondern auch die ausgerotteten Rosengärten durch neue Industriepflanzenkulturen ersetzt werden sollen. Damit bekommt die bulgarische Produktionsumstellung immer mehr das Gesicht einer echten Umstellung statt einer Bepflanzung neuen Bodens. Die gleichen Einschränkungen sind aus Absatzgründen beim Zuckerrübenbau eingeführt worden. Auch die Tabakanbaufläche hat 1937 (knapp 40 000 Hektar) gegenüber 1936 (42 600 Hektar) eine Verminderung erfahren. Der Höchststand vom Jahre 1923 mit 59 000 Hektar ist also noch

1) Anderson, Direktor des Statistischen Institutes für Wirtschaftsforschung an der Staatlichen Universität Sofia: „Struktur und Konjunktur der bulgarischen Volkswirtschaft“, Seite 10.

längst nicht wieder erreicht worden. Immerhin betrug der Wert der bulgarischen Tabakausfuhr 1937 etwa 1610 Mill. Lewa gegenüber 1263 Mill. Lewa im Jahre 1936, was teilweise aus der Tabakpreiserhöhung um rund 20 Prozent resultiert. Der prozentuale Anteil der Tabakausfuhr an der bulgarischen Gesamtausfuhr ist im übrigen auch seit 1931 in ständigem Rückgange. (1931: 43,5 Prozent, 1934: 38,7 Prozent, 1936: 32,3 Prozent, 1937: 32,07 Prozent.) Der Tabakexport beträgt demnach immerhin noch fast ein Drittel des Gesamtexports. In allen Nachkriegsjahren waren Deutschland und Österreich Hauptabnahmeländer. Um zwei Vergleichsdaten der vergangenen fünf Jahre gegenüber zu stellen: Von der Gesamttabakausfuhr in der Menge von 22 511 Tonnen im Jahre 1933 übernahm Großdeutschland 16 752 Tonnen und von der Ausfuhr des Jahres 1937 in der Quantität von rund 20 000 Tonnen kaufte Großdeutschland 12 577 Tonnen. Danach ist der prozentuale Anteil Großdeutschland am Tabakexport von 74,44 Prozent (1933) auf 62,47 Prozent (1937) herabgesunken. Der Prozentsatz im ersten Halbjahr 1938 wurde mit 66,20 registriert. [1]) Unter den Ölpflanzen stehen der Anbaufläche nach die Sonnenblumen an erster Stelle. Ihr Anbau wurde von 1925 mit einer Fläche von 19 500 Hektar bis 1936 auf 120 700 Hektar gesteigert und erreichte in 1938 eine Rekordziffer von 166 000 Hektar. 4½ Prozent der insgesamt in Bulgarien in Kultur genommenen Fläche entfällt auf Sonnenblumen, und dem Ertragswert nach behaupten sie nach dem Tabak gewöhnlich die zweite Stelle. Die Ausfuhrprodukte sind Sonnenblumensamen, Sonnenblumenkuchen und Sonnenblumenöl. Das Altreich bzw. die Ostmark nehmen nur die beiden letzteren Derivate auf. Die Einführung des Sojabohnenanbaus ist speziell deutscher Anregung und Initiative zu verdanken. Die Gesellschaft „Vitaminosa" kauft gewöhnlich die gesamte Produktion zur Ausfuhr nach Deutschland auf. Die seit 1934 sehr schnell vorangetriebene Ausbreitung der Sojakulturen ist nicht zum wenigsten durch das System der den bulgarischen Bauern garantierten Abnahmefestpreise und durch die Sicherstellung des Absatzes ermöglicht worden. Die Anbaufläche, die 1934 erst 2500 Hektar betrug, hat 1937 schon 17 000 Hektar erreichen können. Von den übrigen angebauten Ölsaaten sind hier Raps, Mohn, weißer Senf und Rizinus hervorzuheben. Der Mohn wird entweder zur Herstellung von Opium verwendet oder auch

1) s. a. NfA. 19. 9. 1938.

als Mohnsaat hauptsächlich nach der Tschechoslovakei und Jugoslavien ausgeführt.

Die bulgarische Ölindustrie war schon 1936 nicht nur in der Lage, ihren gesamten Rohstoffbedarf im Inland zu decken, sondern es standen darüber hinaus erhebliche Mengen zur Ausfuhr zur Verfügung. An neueren Anbauprodukten sind in letzter Zeit hinzugekommen Heilkräuter und aromatische Pflanzen, deren Erzeugnisse ebenfalls schon einen nicht unerheblichen Posten im Export ausmachen. Klima und Boden eignen sich ausgezeichnet für diese Kulturen. So ist zum Beispiel Bulgarien in Pfefferminzöl inzwischen das wichtigste Ausfuhrland Europas geworden. Deutschland allein nahm hiervon 1936 und 1937 rund 66 Prozent der Gesamtausfuhr ab. Auch die durch das bulgarische Landwirtschaftsministerium angelegten Versuchsgärten für Lavendel haben recht gute Ergebnisse gezeitigt. Die Lavendelpflanzen werden entweder in getrocknetem Zustande ausgeführt oder zu Lavendelöl in inländischen Destillationen verarbeitet. Da die Preise für Lavendelöl den Anbau gut lohnen und die Pflege der Pflanzen nur geringe Mühe macht, ist an eine ständige Erweiterung der Lavendelöpflanzengärten gedacht. Ebenso beginnt die in den Bergwäldern Bulgariens sehr häufig anzutreffende Tollkirsche (Belladonna) ein Ausfuhrgegenstand zu werden. Aus ihrem Alcaloidgehalt wird bekanntlich ein Mittel gegen die Schlafkrankheit gewonnen. Die Versuche ihres künstlichen Anbaus sind 1937 auf einer Fläche von 800 Quadratmeter durchgeführt worden und haben einen Alcaloidgehalt ergeben, der dem der natürlich vorkommenden Pflanzen kaum nachsteht. Auch hier werden die Züchtungsversuche fortgesetzt werden. Die Textilpflanzen Baumwolle, Flachs und Hanf sind in erster Linie für den heimischen Markt bestimmt. Der Anbau von Baumwolle (1919: 3196 Hektar, 1936: 25 300 Hektar, 1937: 51 188 Hektar, 1938: 51 715 Hektar, 1939: 71 500 Hektar) ist vom Landwirtschaftsministerium so gefördert worden, daß 1937 schon ein Drittel der Rohbaumwolle, die die inländischen Fabriken benötigen, in Bulgarien selbst gewonnen werden konnte. Die Textilindustrie ist auch verpflichtet, ihren Bedarf in erster Linie aus der heimischen Erzeugung zu decken. Ankauf und Verteilung der Baumwolle sind bei der staatlichen Getreidedirektion monopolisiert. Hauptpflanzungsgebiete sind die Gegend um Burgas und um Plovdiv. Die Gesamtproduktion ergab 1938 5 Mill. kg (1937 3,5 Mill. kg). Der Flachsanbau zur Fasergewinnung, vor allem aber auch zur Sicherstellung des inländischen

Leinölfirnisbedarfs, hat folgende Flächenentwicklung genommen: 1930: 600 Hektar, 1936: 3514 Hektar, 1937: 5000 Hektar, 1938: 7800 Hektar. Ergiebige Bezirke zur Leinsaatgewinnung sind Burgas, Stara-Sagora und Schumen, zur Fasergewinnung Plovdiv, Wratza und Plewen. Im Hanfanbau hat sich Bulgarien schon seit Kriegsende bemüht, den Bedarf nach Möglichkeit im Lande selbst zu decken. Seit 1934 konnte auf die Rohhanfeinfuhr fast ganz verzichtet werden. Die Hanfanbaufläche hat heute einen Umfang von 8739 Hektar (1931: 3050). Da in nächster Zeit diese Fläche kaum eine weitere Ausdehnung erfahren dürfte, gelten nunmehr alle Bemühungen des Landwirtschaftsministeriums der Prüfung der Erträge der einzelnen Sorten, der Verbesserung der Anbaumethoden und Standardisierungsmaßnahmen. Für die Errichtung von 50 neuen Hanfwäschereien wurde von der Regierung 1937 1,5 Mill. Lewa zur Verfügung gestellt.

In Jugoslavien existiert ein Industrie- und Ölsaatenanbau in bescheidenem Umfange schon seit ungefähr 1925. Die klimatischen Verhältnisse des Landes gestatten die Anpflanzung jedweder Kulturen dieser Art. Auch in diesem Lande hat die Getreidepreiskrise in Verbindung mit dem veränderten Importbedarf der wichtigsten Handelspartner bald zu einem durch staatliche Stellen geförderten erhöhten Anbau arbeitsintensiver Kulturen geführt. Schon Ende 1934 hatte der damalige jugoslavische Landwirtschaftsminister mit deutlichem Hinweis auf Deutschland u. a. die Förderung des Ölsaatenanbaus nachdrücklich empfohlen. Gleichzeitig sollte damit die noch bestehende eigene Einfuhr an Ölfrüchten und pflanzlichen Ölen weiter herabgedrückt werden. Die seitherige Entwicklung der Einfuhrzahlen beweist, inwieweit diese Bemühungen schon einen gewissen Erfolg aufzuweisen haben. Noch 1929 wurde für 133 Mill. Dinar an Ölfrüchten und pflanzlichen Ölen eingeführt. 1933 betrug der Einfuhrwert nur noch 72,5 Mill. Dinar, um 1937 auf 60,9 Mill. Dinar zurückzugehen. Den Bedarf der Speiseölindustrie kann Jugoslavien gegenwärtig schon völlig aus heimischer Produktion befriedigen, denn die Ölsaaten, die als Rohstoffe für die Herstellung von Speiseölen dienen, nämlich Rübsen und Raps, stehen an erster Stelle des jugoslavischen Ölfruchtanbaues. Für diese Ölsaaten konnte die Anbaufläche von 7900 Hektar 1934 auf gut 25 000 Hektar im Jahre 1937 gesteigert werden. Zwei Gesellschaften sind es vor allem, die sich der Förderung annehmen, und zwar einmal ein unter Aufsicht des Staates stehendes Organ, die im Mai

1935 gegründete „Prizad" (Privilegierte A. G. für die Ausfuhr von Landprodukten), und zum anderen die Ende 1935 geschaffene deutsch-jugoslavische „Uljarica-A. G." in Belgrad. Die Prizad hat Anfang 1938 mit den Vertretern der Ölfabriken einen Produktionsplan für Ölsaaten aufgestellt, und zwar nicht nur, um den einheimischen Bedarf nach Möglichkeit mit einheimischen Produkten zu decken, sondern auch um die Bildung eines größeren Überschusses zu verhindern, da die Ausfuhr von Ölsaaten infolge der hohen Inlandspreise immer mehr mit Verlust verbunden ist. Die Methoden der Förderung sind sehr interessant: der Anbauumfang wurde für 1938 bestimmt, und jede einzelne Fabrik hatte die Anwerbung eines entsprechenden Anteils davon übernommen. Um die Bauern für das Vertragssystem zu gewinnen, das allein eine planmäßige Versorgung der Industrie ermöglicht, wurde vereinbart, daß für vertraglich gewonnene Ölsaaten um fünf Dinar je 100 Kilogramm mehr bezahlt wird als der gewährleistete Mindestpreis beträgt. Die Anbauverträge konnten daher restlos untergebracht werden. Am 28. April 1938 hat der Handelsminister im Einvernehmen mit dem Ackerbauminister Anweisungen gegeben über die Gewährung von Unterstützungen aus dem Ölsaatenfonds. Diese Unterstützungssummen wurden gewährt zur Deckung des Preisunterschiedes bei Beschaffung von besseren Samensorten (die Beschaffung selbst übernimmt die Prizad), für die Anschaffung von Maschinen zur Reinigung der Ölsaaten und zur Unterstützung landwirtschaftlicher Versuchs- und Kontrollstationen. Gleichzeitig ist Ende April der Bericht des zweiten Geschäftsjahres der Uljarica-A.G. erschienen, aus dem zu ersehen ist, daß die Pionierarbeit dieses Unternehmens von gewissem Erfolg gekrönt wurde. Die mit Soja bebaute Fläche ist von rund 1000 Joch 1936 auf rund 3000 Joch 1937 gestiegen, und das laufende Jahr hat eine weitere Anbauerhöhung gebracht. Für die Sojabohnenausfuhr nach Deutschland hatte Jugoslavien vom 26. 9. bis 31. 12. 1938 besondere Frachtermäßigungen gewährt. Mit Wirkung vom 13. 10. 1938 trat dann mit Gültigkeit bis zum 12. 10. 1939 ein neuer Ausfuhrtarif als Artikeltarif 46 bei einer Mindestauflieferung von 2000 Tonnen Soja in Kraft. Gegenwärtig stellt sich demnach die Fracht von Maribor bis Hamburg für eine Warenladung von 10 000 kg Sojabohnen auf RM 243,— und für 15 000 kg auf RM 331,50. An Rizinus gelang es für Rechnung einer heimischen Ölfabrik 262,5 Joch 1937 abzuschließen. Auch hier sind für 1938 weitere Verträge zustandegekommen. Mit gutem Erfolg gelang

die Förderung des Flachsanbaus. Allerdings bedarf Jugoslaviens Flachsversorgung noch erheblicher Einfuhren. Die Anbaufläche variierte in den letzten Jahren um rund 12 000 Hektar. 1938 wurden im Durchschnitt 4000 kg Stengelflachs je Joch, was ein Rekordergebnis darstellt, geerntet. „Gegenwärtig gibt es acht Fabriken, die Flachs aufarbeiten, im nächsten Jahre werden sich mindestens sieben Fabriken, die derzeit Hanf verarbeiten auf Flachs umstellen." [1]) Bemerkt sei ferner noch, daß die Sonnenblumenkultur in diesem Jahre auch in Südserbien zum ersten Male eingeführt worden ist, während sie bisher nur im Donaubanat betrieben wurde. Selbstverständlich kann sich die Ausdehnung dieser Anpflanzungen noch nicht im entferntesten mit der Bulgariens messen, ganz abgesehen davon, daß noch immer ein Einfuhrbedarf an Sonnenblumen besteht.

Unter den in Jugoslavien angebauten Textilpflanzen nimmt der Hanf eine überragende Stellung ein. Seit Rußland, der größte Hanfproduzent der Welt, als Lieferant fast völlig ausgeschieden ist, sind Italien und nach ihm Jugoslavien sowohl im Hanfanbau als auch in der Ausfuhr die führenden Länder in Europa. Vor allem den deutschen Kolonisten, die sich vor zweieinhalb Jahrhunderten in der fruchtbaren Batschka angesiedelt haben, ist die Einführung der Hanfkultur in Jugoslavien zu verdanken. Die Anbauflächen haben eine stetige, von allen Überstürzungstendenzen freie Zunahme zu verzeichnen gehabt (1933: 30 775, 1934: 37 656, 1935: 44 059, 1936: 49 100, 1938: rund 50 000 Hektar). Mit den Werkstätten für Hanfverarbeitung bestehen gegenwärtig insgesamt 420 Hanffabriken in Jugoslavien, während vor einigen Jahren erst 20 vorhanden waren. Aber auch diese Zahl reicht bei weitem noch nicht aus, um den gesamten jugoslavischen Hanfanfall im Lande zu verarbeiten. Durch seitens des Staates getätigte Ankäufe hochwertiger italienischer Hanfsamen und andere Standardisierungsmaßnahmen gelang es, die Faserqualität zu steigern und eine marktgerechte Klassifikation der Hanftypen zu erzielen. Das neue sogenannte Kontonierungsverfahren hat Jugoslavien sich noch nicht zu eigen machen können. Immerhin wird die Anwendung dieses Verfahrens bei Jugoslaviens Hanfkunden dazu führen können, daß es in den nächsten Jahren bedeutend größere Mengen als bisher absetzen kann. Hauptabnehmer des jugoslavischen Hanfes ist

1) „Pressedienst Hansa", Hamburg, 28. 9. 1938.

Deutschland. Seine Hanfeinfuhr hat sich von 4363 Tonnen im Werte von 3,1 Mill. RM (1936) auf 5376 Tonnen im Werte von 3,7 Mill. RM. im Jahre 1937 erhöht. In der Gesamteinfuhr Deutschlands rangiert Jugoslavien nach Italien an zweiter Stelle. Auch seine Wergausfuhr nach Deutschland konnte es steigern und nimmt in der deutschen Wergeinfuhr sogar die erste Stelle ein. Deutschland und Österreich zusammen nahmen 1937 56,3 Prozent der jugoslavischen Hanfausfuhr ab.

Als 1936 die ersten Maßnahmen zur Förderung auch der inländischen Baumwollproduktion erfolgten, betrug die gesamte Anbaufläche kaum mehr als 1000 Hektar, und die anfallende Rohbaumwolle war von so geringer Qualität, daß die Spinnereien sie nur Vermischungszwecken zuführen konnten. Nach der Verordnung jedoch, daß die Textilindustrie die inländische Baumwollernte übernehmen müsse und ein fester Preis von 1750 Dinar je Doppelzentner festgesetzt wurde, wurden 1937 schon fast 3000 Hektar mit Baumwolle bepflanzt. Der Ernteertrag konnte glatt abgesetzt werden. Da auch gewisse Qualitätsverbesserungen durchgeführt wurden, eigneten sich schon größere Posten der Ernte zur selbständigen Verarbeitung. Die Zunahme der Anbaufläche bezog sich allerdings vorwiegend auf Versuchspflanzungen, die außerhalb der südserbischen Gebiete vorgenommen wurden, und zwar in der Vojvodina in den Kreisen Velika, Kikinda, Vrsac und Novi-Becej, in Dalmatien in den Kreisen Knin, Makarska und Biograd und in Montenegro in den Kreisen Podgorica und Danilovgrad. 1938 lag die Baumwollernte unter der Vorschätzung von 500 Tonnen bei 365 Tonnen, was einem Zwanzigstel der eingeführten Rohbaumwolle gleichkommt. Bei den Genußmittelpflanzen hat noch der Hopfen eine gewisse Bedeutung, bei dessen Anbauziffern eine Aufwärtsentwicklung zu registrieren ist. Auf der letzten Sitzung des Mitteleuropäischen Hopfenbaubüros im April 1938 in Prag hat sich Jugoslavien neben der Tschechoslovakei und Polen zu einer 30prozentigen Anbaueinschränkung bereit erklärt, nachdem auch Deutschland seine Hopfenanbaufläche bei 8000 Hektar und Frankreich bei 1800 Hektar zu stabilisieren versprach. Im Hinblick auf die Hopfenausfuhrlage ist festzustellen, daß der Hopfenexport Jugoslaviens von 1936 mit 3588 Tonnen im Werte von 87,11 Mill. Dinar auf 2411 Tonnen im Werte von 49,19 Mill. Dinar 1937 zurückgegangen ist. Hauptabnehmer waren England und USA. Jedoch ist im ersten Vierteljahr 1938 gegenüber der gleichen Berichtszeit

1937 ein nicht unbeträchtlicher Wiederanstieg der Hopfenausfuhr um 5 Mill. Dinar zu verzeichnen.

Die in Bulgarien und Jugoslavien erfolgte Neuausrichtung im Agraranbau hat in dem letzten Jahre auch in Rumänien gewisse Fortschritte gemacht und Erfolge aufzuweisen. Insbesondere seit 1937 hat das rumänische Ackerbauministerium eine spezielle Aktivität in der Förderung des Anbaus von Textilpflanzen gezeigt. Es ist sogar ein besonderes Nationales Textilamt geschaffen worden, dem vordringlich folgende Aufgaben zugewiesen sind: 1. Es sollen die bäuerlichen Betriebe wieder daran gewöhnt werden, wenigstens einen Teil der von ihnen benötigten Textilwaren aus selbst angebauten Textilpflanzen herzustellen. 2. Sollen Industrieanlagen geschaffen werden, die in der Lage sind, Hanf- und Flachsstroh nach den modernsten Richtlinien zu verarbeiten. Bisher ist es unter Mitarbeit der Genossenschaftszentrale „Cecopava" gelungen, drei Fabriken dieser Art zu gründen, die ihre Produktion bereits aufgenommen haben. Um die Güte der Textilpflanzen zu erhöhen, sind ebenso wie in Bulgarien und Jugoslavien hochwertige ausländische Samensorten eingeführt worden. Wesentlich war bei dem Vorgehen des Textilamtes die Zusicherung von festen Preisen an die Erzeuger. Die Bauern erhalten außerdem vom landwirtschaftlichen Kreditinstitut billige und langfristige Kredite in Höhe von 1000 bis 2000 Lei pro Hektar angebauter Textilpflanzen. Nach einer Zusammenstellung des „Prezentul" verfügte Rumänien bei Textilpflanzen über folgende Anbauflächen: Hanf: 1935: 46 362 Hektar, 1936: 50 380 Hektar, 1937: 52 000 Hektar, Flachs: 1935: 25 000 Hektar, 1936: 28 591 Hektar, 1937: 21 364 Hektar. Der Baumwollanbau ist im Gegensatz zu Bulgarien noch recht bescheiden. Nach Angaben des Nationalen Textilamtes wurden 1937 1800 Hektar, 1938 6000 Hektar mit Baumwolle angebaut. Man schätzt den Ertrag der 1938iger Ernte auf 24 bis 30 Millionen Lei. Daß Boden und Klima Rumäniens für das Gedeihen der Baumwollkulturen besonders günstig sind, kann im Vergleich mit den anderen Baumwollanbauern im Südosten daraus entnommen werden, daß dort 1938 fünf Doppelzentner je Hektar geerntet wurden, während die Ertragsmenge bei Bulgarien und Jugoslavien weniger, nämlich 4,8 bzw. 3 betrug. Mitte November 1938 hat das Nationale Textilamt zur Förderung des inländischen Baumwollanbaues mit den Baumwollanbauern Grundverträge festgelegt, wonach die Aussaat 1939 mit besonderen Sämaschinen erfolgen soll und für

jeden Hektar angebauter Baumwolle ein Vorschuß von 1400 Lei gewährt wird. Außerdem übernimmt das Textilamt die Verpflichtung zur Abnahme der Erträge. Es ist beabsichtigt, die Anbaufläche 1939 auf 30 000 Hektar zu steigern, da die Beschaffung ausländischer Baumwolle aus Devisen-, aber auch aus Preisgründen, immer mehr Schwierigkeiten bereitet. Die Bodenfrage hofft man dabei durch Meliorationen und Eindeichungsarbeiten von Teilen der Überschwemmungsgebiete der Donau zu lösen. Anbaugebiete waren bis jetzt die Distrikte Jalomiţa, Durostor und Teleorman. Am 17. Mai 1938 sind durch einen Beschluß des Ministerrates die Baumwoll- und Reisanlagen in Rumänien als Anlagen von nationaler Nützlichkeit erklärt worden und sind von jeder Steuer bis 1. April 1948 befreit, falls der jeweilige Anbau sich auf mindestens einen halben Hektar erstreckt. Der Tabakanbau ist ebenfalls in den letzten Jahren gefördert worden, wenn er auch längst nicht so günstige Bedingungen vorfindet wie in Bulgarien. Anbaugebiete sind Siebenbürgen, Bessarabien, das Banat und die Dobrutscha. Der rumänische Tabak ist großblättrig und eignet sich gut für die Zigarrenherstellung. Insgesamt sind 1937 14 270 Hektar mit Tabak bepflanzt worden, auf denen 10 267 264 Kilogramm geerntet wurden. Der Wert dieser Ernte wird vom rumänischen Landwirtschaftsministerium mit 215 679 797 Lei angegeben, was einem Durchschnittspreis von 21 Lei pro Kilogramm entspricht. Die rumänische Tabakregie arbeitet mit der Tabakforschungsanstalt zur Heranzüchtung von den türkischen Tabaken qualitativ gleichwertigen Standardsorten zusammen.

Die Entwicklung der Ölsaatenproduktion ist in Rumänien bisher noch sehr unterschiedlich gewesen. Gegenüber 1936 sind 1937 die Anbauflächen bei Mohn, Sonnenblumen, Senf, Raps und Rizinus rückgängig gewesen (von 347 535 Hektar auf 287 136 Hektar). Für diese Ölsaaten hat die staatliche Förderung hier zweifellos noch nicht in dem Ausmaße eingesetzt wie zum Beispiel in Bulgarien. Jedenfalls steht die Ölpflanzenproduktion noch in gar keinem Verhältnis zu der Produktionskapazität der für die Verarbeitung bereitstehenden Fabrikanlagen. Der gesteigerte Inlandsbedarf an Ölen jeglicher Art hat außer bei Raps naturgemäß die Ausfuhrziffern 1937 gegenüber 1936 herabgedrückt. Den Hauptposten an Raps nahm 1937 Italien ab, während Deutschlands Hauptbezugsware Ölkuchen war. Wie sehr die praktische Hilfe des Staates durch Kredithergabe, Bereitstellung von auserlesenen Samensorten, Ver-

ordnung von Festpreisen und Absatzmengenzusicherung den einzelnen Bauern bewegen kann, neue Kulturen unter den Pflug zu nehmen, beweisen eindringlich die Erfolge des 1934 in Rumänien eingeführten Sojabohnenbaus. Die mit deutscher Initiative gegründete Sojagesellschaft, deren Vertrag mit der Regierung am 1. Oktober 1938 um weitere drei Jahre verlängert wurde, hat hier etwas fertiggebracht, was die zuerst sehr skeptische rumänische Presse nicht für möglich gehalten hatte. Schon 1934 gelang es ihr, eine Fläche von 1465 Hektar in Bessarabien und in der Dobrudscha hauptsächlich durch deutsche Kolonisten mit Soja bebauen zu lassen. Diese Fläche hat inzwischen eine Ausdehnung auf 97 451 Hektar (1937) bei 70 000 Bauern erreicht. Der Übernahmepreis ist von Jahr zu Jahr gesteigert worden und beträgt jetzt 5,5 Lei pro Kilogramm. Durch diese Ankaufpreisheraufsetzung konnte nicht nur die Rentabilität der kleineren Anbauflächen vergrößert werden, sondern es wurde auch ständig ein Anreiz zum weiteren und verstärkten Anbau der Bohnen gegeben. Im Oktober 1938 liefen mit 200 000 Bauernbetrieben Produktionsverträge und allein vom 1. bis 20. September kaufte Deutschland für 7,5 Mill. RM. Sojabohnen, ein enormer Betrag gegen nur 4,1 Mill. RM. im ganzen Jahr 1937 und 1,2 Mill. RM. 1936. Diese Zahlen sind ein recht eindringlicher Beweis dafür, wie innerhalb weniger Jahre das von einem Handelspartner vordringlich benötigte Agrarprodukt durch großzügiges Entgegenkommen des anderen zu einem beachtenswerten Posten in der Handelsbilanz beider Länder werden kann. Gegen Ende November 1938 erfolgte seitens der rumänischen Regierung eine Neuregelung des Exports von Sojabohnen und Sojaöl für die Zeit vom 7. Dezember 1938 bis 31. Dezember 1941. Die Sojabohnen und die Sojaöle wurden von dem genannten Zeitpunkt an in die Liste A (Ausfuhr) des Kompensationsregimes aufgenommen, so daß also alle Sojaerzeugnisse auf dem Kompensationswege exportiert werden können. Von dem Gegenwert der ausgeführten Sojabohnen brauchen an die Rumänische Nationalbank keine freien Devisen, von dem Gegenwert der exportierten Sojaöle müssen 25 Prozent abgeliefert werden. Sehr wesentlich ist darüber hinaus die Bestimmung, daß der Gegenwert der ausgeführten Sojaerzeugnisse auch für die Bezahlung der im Rahmen der Liste B (Einfuhr) aus dem Ausland eingeführten Kompensationswaren verwendet werden darf. Außerdem ist seitens der Regierung u. a. darauf hingewiesen worden, daß die Sojaausfuhren nur auf Grund einer Bescheinigung getätigt werden

können, aus der hervorgeht, daß der Interessent selbst Sojaproduzent ist, oder aber mit Produzenten Verträge auf Übernahme ihrer Produktion — was für die Sojagesellschaft in Bukarest zutrifft — laufen hat. [1])

Diese bewußt sehr ausführlich gehaltenen Darlegungen sollten nicht nur zeigen, wie weit bereits die Neuausrichtung im Agraranbau des Südostens vorangeschritten ist, sondern auch erkennen lassen, welche Hilfestellung Deutschland dabei bisher geleistet hat. Es besteht seitens der deutschen Regierung — Reichswirtschaftsminister Funk hat nach der Rückkehr von seiner Fahrt nach Bulgarien, Jugoslavien und der Türkei ausdrücklich darauf hingewiesen — der Wunsch, daß die Länder des Donauraumes den Anbau von Industrie- und Ölpflanzen weiter vorantreiben, weil diese Politik geeignet sein kann, die Wirtschaftsbeziehungen immer inniger zu gestalten.

C. I. 3) Standardisierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

Seitens der ausländischen Abnehmer südosteuropäischer Agrarerzeugnisse ist oft darauf hingewiesen worden, daß eine gewisse Schwerabsetzbarkeit der Produkte nicht so sehr immer aus ihrem gegenüber den überseeischen Erzeugnissen überhöhten Preisniveau, sondern auch oftmals aus einer mangelhaften Sortenauswahl, einer wenig gefälligen Aufmachung und Verpackung und aus Qualitätsbeanstandungen allgemein resultierte. An diesem Hinweis, ausgesprochen von Importeuren, die an den Großhandel nur völlig einwandfreie Ware weitergeben können, ist vieles wahr, und zweifellos hat diese Tatsache häufig dazu beigetragen, daß z. B. holländisches Obst oder dänische Eier rumänischen Früchten oder bulgarischen Eiern lange Jahre vorgezogen worden sind. Daß heute die Qualität der südosteuropäischen Agrarprodukte sich den Anforderungen, die der verwöhnte mittel- oder westeuropäische Konsument gemeinhin stellen können muß, schon bedeutend angepaßt hat, ist einer Vielzahl von Maßnahmen zu verdanken, die seit längerem zur Qualitätsverbesserung erlassen worden sind. Es ist selbstverständlich im Rahmen dieser Arbeit unmöglich, alle Anordnungen aufzuzählen. Wir wollen hier

1) Der Verfasser in „Breslauer Neueste Nachrichten", 27. 11. 1938, Seite 15.

nur einige typische Bestrebungen dieser Art herausheben, um zu zeigen, wie sehr ihre Befolgung seitens der Produzenten und Exporteure den Agrarexport steigert und damit den Warenaustausch fördert.

Dabei müssen wir zwei Gesichtspunkte, die teils in den Aufgabenkreis des Produzenten fallen, teils dem Exporteur obliegen, scharf unterscheiden. Eine Qualitätsverbesserung der Erzeugnisse als solcher ist nicht von heute auf morgen zu bewerkstelligen. Hier greifen zu viele Momente, wie bessere Saatenauswahl, die Bodenbearbeitungstechnik, die Düngemittelanwendung und schließlich die Natur selber, die sich nicht zwingen läßt, ineinander, als daß ihr Zusammenwirken immer so gelenkt werden könnte, wie es zur Heranzüchtung einwandfreier und hochwertiger Erzeugnisse notwendig ist. Dagegen hat es der Mensch in der Macht, durch geeignete Standardisierungsmethoden die vom Boden des Landes hervorgebrachten Früchte so zu sortieren, daß sie in einem Zustand das Land verlassen, der dem Kunden genehm ist und dem Exporteur eine höhere Bewertung der von ihm abgelieferten Waren einbringt.

Ein Beispiel der ersteren Art, nämlich auf einen quantitativ und qualitativ besseren Anfall von Erzeugnissen hinzuwirken, ist sehr instruktiv in Bulgarien zu beobachten. In einem Rundschreiben des Ackerbauministeriums [1]) ist ein Programm zur Verbesserung der Tabakerzeugung bekanntgegeben worden, das durch ein anderes Rundschreiben vom 4. 6. 1937 mit folgenden Punkten u. a. ergänzt wurde: Züchtung von hochwertigen Tabaksetzlingen, die unter die Tabakproduzenten verteilt werden, Kampf gegen Tabakkrankheiten und Schädlinge, Maßnahmen zur Samenproduktion, Verbesserung der Bodenbearbeitung usw. In der gleichen Linie liegt ein Mitte 1938 in Jugoslavien eingeleiteter Zehnjahresplan zur Hebung der Obstkulturen. Dagegen sind unter einer ausgesprochenen Standardisierung Maßnahmen zu verstehen, die bewirken sollen, daß bestimmte Produkte immer in der gleichen Güte und unter derselben Bezeichnung (Marke) in den Handel bzw. zur Ausfuhr gelangen. Über diese Fragen hat sich vor einiger Zeit sehr klar der Inhaber des größten rumänischen Wein- und Sekthauses geäußert, der dabei einige Feststellungen traf, die für die alten Weinausfuhrländer, zu denen Rumänien noch nicht zählen kann, eine Selbstverständlichkeit sind: Es könnten nur Edelweine, d. h. Weine aus Sortenreben, die auf Bergen

1) Instruktionsrundschreiben Nr. 9424 vom 1. 4. 1936.

oder Hängen wachsen, Anspruch erheben, exportiert zu werden. Der Gedanke der Standardisierung wäre nur so durchführbar, daß beispielsweise Weine aus Siebenbürgen oder bestimmten Gebieten Bessarabiens oder des Regats unter der bestimmten Marke dieser Gebiete in den Handel kommen. Für die Obstausfuhr hat Rumänien ab 1. 9. 1937 bestimmt, daß der Obstausfuhrhandel das Obst nur auf Grund eines Zeugnisses des Nationalen Exportinstitutes ausführen dürfe. Allgemein war angeordnet worden, daß die erstklassigen Obstsorten von den minderklassigen scharf geschieden werden müßten, und es war im einzelnen angegeben worden, in welcher Größe und in welchem Zustand die Sorten die Grenze überschreiten dürfen. Im September 1938 sind darüber hinaus allgemeine Verpackungsvorschriften ergangen. In Bulgarien wird schon seit längerem eine scharfe Überwachung aller zur Ausfuhr gelangenden Bodenerzeugnisse angewandt. Aber auch tierische Produkte wie Schweinschmalz und alle Fleischwaren unterliegen der Kontrolle des Exportinstitutes. In Jugoslavien sind verschiedene Bestimmungen über die Qualitätskontrolle landwirtschaftlicher Erzeugnisse nach Außerkraftsetzung veralteter Verordnungen Mitte Juli 1938 neu zusammengefaßt ergänzt worden und damit viel klarer als früher gehalten. Danach wird die Kontrolle, die auch auf Himbeeren, getrocknete Äpfel, Birnen sowie ungeschälte Nüsse ausgedehnt wurde, bei den Verladungen an den Verladestationen vorgenommen. Für bestimmte Sorten Obst ist eine Einheitspackung vorgeschrieben, die für alle Exporteure verbindlich ist. Um zu vermeiden, daß unreifes Obst zur Ausfuhr kommt, setzt das Handelsministerium den Exportbeginn nach der Reife in den einzelnen Landesteilen fest. Selbstverständlich besteht auch in Ungarn eine vom Staat überwachte Obstqualifizierung, und alle Mitglieder der Obstausfuhrvereinigung sind zur Einhaltung der Qualitätsvorschriften verpflichtet.

Ein besonderes Problem war bisher das der Lagerung von Agrarerzeugnissen, die sich nach der Ernte anstauen und für deren sofortigen Abtransport gewöhnlich die notwendige Waggonzahl fehlt. Dies bezieht sich vor allem auf die Getreidelagerung, die bisher größtenteils im Freien vorgenommen wurde, so daß Beanstandungen und Klagen über unerwünschte Ausreifung viel Scherereien machten. Man ist daher daran gegangen, in größerem Umfange Silobauten zu errichten, die außerdem den Vorteil haben, dem Bauern Gelegenheit zu geben, durch Lombardierung seiner Ernte in den Silos den besten Verkaufstermin abzuwarten,

und den Ausfuhrhandel in die Lage zu versetzen, die Standardisierung der Exportwaren in Ruhe und unbeeinflußt von Witterungseinflüssen vorzunehmen. In den ausgesprochenen Obstgebieten ist die Errichtung von Obsteinlagerungshäusern mit Kühlvorrichtungen, die man auch den Silos für die Aufbewahrung von Fleisch, Butter und Eiern angegliedert hat, in Angriff genommen worden. Rumänien z. B. hat erst im Oktober 1938 für die Inbetriebnahme von sechs Obstsilos 1,2 Mill. Lei zur Verfügung gestellt. Jeder dieser Silos faßt zehn Waggon Obst und hat besondere Lagerungsvorrichtungen für die einzelnen Sorten. Ein Dekretgesetz [1]) im Herbst 1938 gab die Häfen und Bahnhöfe an, in denen neue Getreide-Silos, die insgesamt eine Fassungsmöglichkeit von 450000 Tonnen enthalten, gebaut werden sollen. In Bulgarien ist durch Anlage von Kühlhäusern (erst 1938 wieder wurden zwei solcher Häuser in den Hauptzentren der Traubenausfuhr, und zwar in Kritschim für Südbulgarien und in Plewen für Nordbulgarien errichtet) die Ausfuhr von frischem Obst und Gemüse weiter gefördert und sichergestellt worden. Neuerdings ist man sogar bei der Frischobstausfuhr dazu übergegangen, die Früchte erst zu verladen, wenn sie sich in Kühlräumen ausgekühlt haben. Diese Versuche, zunächst für Erdbeeren angestellt, haben sich bereits sehr günstig ausgewirkt [2]).

Mit allen Ländern hat Deutschland natürlich Veterinärabkommen geschlossen, aber man kann beobachten, daß die Vorschriften dieser Abkommen immer peinlicher und sorgsamer beachtet werden, um Beanstandungen bei der veterinär-polizeilichen Untersuchung nach dem Grenzübertritt nach Möglichkeit zu vermeiden.

C. II. Südosteuropa als Lieferant industrieller Rohstoffe

Aus den bisherigen Ausführungen, vornehmlich aber aus den angeführten Statistiken dürfte der Leser entnommen haben, daß Südosteuropas Bedeutung für die Belieferung Deutschlands mit industriellen Roh- und Kraftstoffen im Zunehmen begriffen ist. Seit rund drei Jahren

1) „Monitorul Oficial", Nr. 197, 25. 8. 1938.
2) Der Verfasser: „Anhaltender Wirtschaftsaufstieg in Bulgarien", in „Der Deutsche Volkswirt", Nr. 44, 29. 7. 1938.

legen die Südoststaaten auf eine Intensivierung der Rohstofförderung, aber auch auf eine möglichst im Lande vorzunehmende Aufbereitung dieser Rohstoffe erhöhten Wert, und zwar aus inner- wie außerwirtschaftlichen Gründen. Maßgebend für diese Tendenz war zunächst, die im Lande lagernden Vorkommen dem heimischen Industrialisierungsprozeß nutzbar zu machen; später wurden wehrwirtschaftliche Gründe vordringlich, um sodann im zeitlichen Zusammenhang hiermit die Rüstungskonjunktur in der Welt außenhandelspolitisch zu verwerten. Dabei ist das Entscheidende, daß die Pläne des zweiten Vierjahresplanes einem noch weiter steigenden Import dieser Rohstoffe nicht im Wege stehen, denn grundsätzlich soll die Eigenproduktion deutscher Werkstoffe nur in dem Ausmaß vor sich gehen, wie Importmöglichkeiten an Rohstoffen nicht vorhanden sind. Alle wichtigen industriellen Stoffe, die Deutschland benötigt, besitzt der Südosten, und wenn Deutschland sie bisher noch nicht in dem Umfange einführen konnte, wie das vielleicht erwünscht gewesen wäre, so lag das weniger an uns als an dem Faktum, daß eine ganze Reihe von wichtigen Rohstoffen im Südosten noch nicht so ausreichend gefördert werden konnte, daß eine über den Inlandsbedarf hinausgehende Menge zum Export zur Verfügung stand. Als der zweite Vierjahresplan verkündet wurde, war für seine Ingangsetzung das wehrwirtschaftliche Motiv ausschlaggebend; es besteht selbstverständlich nach wie vor! In der Zwischenzeit allerdings hat sich durch die Eingliederung der Ostmark, durch die Deutschland zum unmittelbaren sowie mittelbaren Nachbarn des Donauraumes wurde, sowie durch den Anschluß des Sudetenlandes und die Schaffung des Protektorates Böhmen und Mähren die wehrpolitische Konstellation zwischen Mittel- und Südosteuropa grundlegend geändert.

C. II. 1a) Deutschland als Abnehmer industrieller Rohstoffe und Kraftstoffe

Erze und Metalle

Deutschland führt aus Jugoslavien an Erzen bzw. Metallen in der Hauptsache Blei, Kupfer und in kleineren Mengen Ferrochrom und Ferrosilizium ein. Dagegen ist Österreich auch Bezieher von Eisen-,

Chrom- und Bleierz, Pyrit und Bleikonzentrat. Es war schon auf den vermehrten Anteil Deutschlands an dem Export jugoslavischer industrieller Rohstoffe hingewiesen worden. Unter ihnen nahmen Blei und Kupfer die fünfte bzw. dritte Stelle im Jahre 1937 ein. Unter den Abnehmerländern an Rohkupfer rangierte Deutschland am dritten Platz nach Belgien und Ungarn. Die gleiche Rangordnung ist im ersten Halbjahr 1938 aufrechterhalten geblieben, nur mit der Veränderung, daß sich an die Stelle von Ungarn USA. geschoben hat, wobei noch erwähnt sei, daß sich Deutschlands Kupferbezug gegenüber dem ersten Halbjahr 1937 um 3390 Tonnen vermindert hat. Inwieweit hier schon die Ostmark als Kupferlieferant Deutschlands Ersatz für Jugoslavien geworden ist, kann noch nicht beurteilt werden. Ähnliches gilt für die Bleilieferung. Die Ausfuhr von Ferrolegierungen gestaltete sich bis 1937 wie folgt: [1])

(in Millionen Dinar)

	1937	1936	1935
Ferrochrom:			
insgesamt	11,95	3,27	1,08
davon nach:			
Deutschland	4,11	2,43	0,96
Italien	3,22	—	—
Österreich	2,—	0,13	—
Ferrosilizium:			
insgesamt	16,34	6,29	25,82
davon nach:			
Großbritannien	4,69	—	—
Ungarn	3,56	2,09	1,35
Deutschland	3,43	3,74	23,55

Mit Rücksicht darauf, daß elektrische Energie und Rohstoffe reichlich im Land vorhanden sind, kann damit gerechnet werden, daß die Einfuhr von Ferrosilizium bald ganz in Fortfall kommen und die Ausfuhr von Ferrochrom und Ferrosilizium eine wesentliche Steigerung erfahren wird. [1]) In welcher Höhe Jugoslavien als Erz- und Metallieferant Deutsch-

1) NfA., 16. 6. 1938.

lands in Zukunft in Anspruch genommen werden kann, wird jeweils im Zusammenhang mit der Berücksichtigung der ostmärkischen und sudetendeutschen Interessen stehen.

Von Rumänien hat Deutschland Erze und Metalle noch kaum bezogen. Die Vorkommen sind zwar reichhaltig, aber, wie wir schon gesehen hatten, nur gering ausgebeutet. Dagegen hat Deutschland verschiedene Mineralien wie Speckstein, Alabaster und rohen Marmor in seine Einfuhrliste aufgenommen.

Ungarn und Bulgarien sind als Erz- und Metallieferanten ebenfalls noch nicht in Frage gekommen.

C. II. 1b) **Erdöl**

Die Erdölbezüge Deutschlands aus Rumänien sind im Hinblick auf die Bezahlungsmodalitäten in den vergangenen Jahren mehr als einmal Gegenstand zum Teil recht unerfreulicher Diskussionen gewesen. Als 1936 vorübergehend Erdöl zur Hauptbezugsware Deutschlands aus Rumänien wurde, setzte in der jüdisch orientierten Bukarester und Provinzpresse ein Feldzug gegen Deutschland ein, der in der nicht einmal der Wirklichkeit entsprechenden Behauptung zusammengefaßt sei, wonach Deutschland „gegen hochwertige Kraftsstoffe Spielwaren liefere". Leider haben sich auch amtliche Stellen nicht immer die Zurückhaltung auferlegt, die am Platze gewesen wäre. Die Rumänische Nationalbank ging stets darauf aus, das Erdöl nach Möglichkeit nur gegen freie Devisen zu verkaufen, während Deutschland die Bezüge mit Sachlieferungen begleichen wollte.

1937 hat dann Deutschland seine rumänischen Erdölbezüge um 13,69 Mill. RM. vermindert. Es nahm als Abnehmer den vierten Platz ein. Nach dem ersten Halbjahr 1938 ist es wieder an die erste Stelle gerückt, nachdem der Erdölexport gerade in die „devisenfreien" Staaten empfindlich reduziert worden ist. Mit den hochvalutarischen Staaten ist zudem Rumänien handelspassiv, so daß die Erdölunternehmen an einer Ausweitung des Exports nach Deutschland schon deswegen interessiert waren, weil ihnen über Clearingverrechnung die Importbewilligungen für die von ihnen benötigten Maschinen und Bohrmaterialien eher ausgefolgt werden konnten als über die freie Devisenverrechnung.

Für rumänisches Erdöl wird auch in Zukunft seitens Deutschlands Einfuhrbedarf bestehen. Daran können auch die Erdölvorräte der Ostmark, die noch 1937 über 230 000 Tonnen Erdöl und Derivate einführen mußte, nichts ändern. Die Produktionsleistung der österreichischen Erdölbohrungen betrug 1937 33 000 Tonnen. Zusammen mit der deutschen Eigenerzeugung an Naturpetroleum in Höhe von 453 000 Tonnen 1937 bestand Anfang 1938 also theoretisch — die Ostmarkeingliederung soll hier drei Monate vorher angesetzt sein — ein zusätzlicher Rohöleinfuhrbedarf von über dreieinhalb Millionen Tonnen (Deutschlands jährlicher Gesamtbedarf vier Millionen Tonnen). Diese Berechnung ist natürlich recht willkürlich, denn nicht berücksichtigt ist die deutsche Benzinerzeugung durch Hydrierung von Kohle in der Menge von 2,5 Millionen Tonnen. Außerdem ist die Erdölgewinnung der Ostmark für 1938 mit 50 000 Tonnen geschätzt und auch die deutsche Naturproduktion wird angestiegen sein. Schließlich noch ist ja Rumänien nicht Deutschlands einziger, wenn auch der in Europa bedeutendste Erdöllieferant.

C. II. 1c) **Holz**

Jugoslavien zählt zu den holzreichsten Ländern Europas. Über 30 Prozent des Staatsgebietes sind mit Wald bedeckt, und der Jahresertrag des Holzschlages bewegt sich durchschnittlich um 13 bis 18 Mill. Kubikmeter. Fast vier Fünftel des Holzexports stellt das Bauholz, für das Jugoslavien in ganz Europa Kunden hat. Bau- und Nutzholz haben sich zum für die Handelsbilanz wichtigsten Ausfuhrerzeugnis entwickelt. Zwischen 1936 und 1937 erfuhr der Holzexport von 659 653 auf 1 208 004 Tonnen im Werte von 654,3 auf 1133,1 Millionen Dinar einen rapiden Aufschwung.

Hauptabnehmerländer jugoslavischen Holzes 1937 [1])

Land	Tonnen	Millionen Dinar
Italien	334 539	248,9
England	196 329	228,0
Großdeutschland	159 302	197,0
Ungarn	130 632	79,7

1) Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 15. 2. 1938.

In den ersten acht Monaten 1938 war im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum 1937 der Export rückgängig (1937 750,1 Mill. Dinar; 1938 567,9 Mill. Dinar). Auffallend zurückgefallen ist dabei der Holzexport nach England in diesen Berichtszeiten: von 159,9 Mill. Dinar auf 85,8. Nicht ganz so umfassend war die Schrumpfung des Exportes nach Italien, während Deutschland seine Holzeinfuhr sogar um 5,6 Mill. Dinar erhöhen konnte. Die Annahme der Holzexportwirtschaft, daß der englische Markt dem Holz erschlossen bleiben würde, wurde damit hinfällig. Der Umfang des Holzexports nach Italien erreicht noch bei weitem nicht den Stand vor der Verhängung der Sanktionen. Bei dem großen Holzbedarf Deutschlands hatte man nach der Eingliederung der Ostmark damit gerechnet, daß diese ihre Lieferungen nach Italien und Ungarn zum mindesten einschränken würde. Dies ist aber nicht der Fall gewesen. Die Konkurrenz des ostmärkischen Holzes ist demnach also erhalten geblieben, wenn auch als erfreulich registriert werden konnte, daß Deutschland seine Holzbezüge aus Jugoslavien noch gesteigert hat. Das von Deutschland Jugoslavien zugestandene Holzkontingent beträgt elf Prozent des ganzen Wertes des jugoslavischen Exports nach dem Reich. Auf der letzten Tagung des Deutsch-Jugoslavischen Holzwirtschaftsausschusses, Ende August 1938, wurde von jugoslavischer Seite der Vorschlag unterbreitet, dieses Kontingent zu Lasten des Industrierohstoffkontingentes auf 20 Prozent zu erhöhen. Jedenfalls wird in Anbetracht der weiteren großen deutschen Bauvorhaben der deutsche Absatzmarkt Jugoslavien sich in Zukunft sicherlich noch weiter öffnen können. Deutschland benötigt besonders Eichendauben für die Herstellung von Fässern (flüssige Treibstoffe!). Für die billigere Verfrachtung sollte die Donau und später die an diese sich anschließenden deutschen Kanäle in Anspruch genommen werden.

Die Höchstziffer der deutschen Holzeinfuhr aus Rumänien lag bisher im Jahre 1929 bei 17,15 Mill. RM. Das Absinken der Gesamtausfuhr in den folgenden Jahren hat auch den Holzexport berührt. 1935 führte Rumänien nur noch für 8,11 Mill. RM. Holz nach dem deutschen Markt aus. Von da ab jedoch vermag sich das Holz wieder eine steigende Bedeutung innerhalb der Gesamtausfuhr zu sichern (1937 11,45 Mill. RM.). Im ersten Halbjahr 1938 hat sich der Bau- und Nutzholzexport noch weiter aus dem Rahmen der anderen Exportgüter herausgehoben, und die ausländische Absatzsteigerung liegt am 30. 6. 1938 um 30 Prozent über

dem Ergebnis am 30. 6. 1937. Rumänien konnte im Gegensatz zu Jugoslavien eine gewisse Ausschaltung des ostmärkischen Holzkonkurrenten auf anderen Auslandsmärkten, jedenfalls für Bauholz feststellen. „Deutschland ist nach Ungarn der zweitwichtigste Abnehmer Rumäniens für Holz. Im ganzen sind nach Deutschland im ersten Halbjahr 1938 73 000 Tonnen Holz gegenüber 43 099 Tonnen in den ersten sechs Monaten 1937 ausgeführt worden. Bemerkenswert ist die wachsende Nachfrage nach Brennholz nach dem Anschluß Österreichs (6671 Tonnen gegenüber 150 Tonnen!) und Rotholz für Bauzwecke (48 239 Tonnen gegenüber 29 287 Tonnen!). Deutschland nimmt auch fast 90 Prozent der Ausfuhrmenge an Holz für Zellulose auf (11 338 Tonnen gegenüber 2284 Tonnen im Vorjahr)." [1]

C. II. 1d) **Bauxit**

Die zunehmende Verwendung des Aluminiums in allen Industriezweigen Deutschlands und der Welt hat im Südosten eine Konjunktur des Ausgangsstoffes der Aluminiumerzeugung, des Bauxits, ausgelöst. Neben Griechenland ist in Ungarn und Jugoslavien Bauxit in so reichen Vorkommen vorhanden, daß sich dieser Rohstoff nicht nur als Ausfuhrware eine bedeutsame Stellung erobert hat, sondern daß diese Länder auch dazu übergegangen sind, Aluminium zu erzeugen und auch dieses zu exportieren.

Bauxitförderung im Südosten [2]

(in 1000 Tonnen)

	1935	1936	1937
Jugoslavien	190,1	278,6	357,8
Ungarn	211,1	329,0	455,3

In Jugoslavien werden augenblicklich die Bauxitvorräte auf rund 100 Mill. Tonnen geschätzt. Im Herbst 1937 wurde die erste Aluminiumfabrik in Lozovac bei Schibenik errichtet und Jugoslavien führte in dem genannten Jahr schon 211 Tonnen Aluminium, wovon die Hälfte nach Japan, der Rest nach England und Belgien ging, aus. Die neue

1) Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer, 25. 8. 1938.
2) Dresdner Bank (Statistische Übersichten) 30. 4. und 31. 1. 1938.

Fabrik ist ausschließlich in jugoslavischem Besitz und gehört auch dem Internationalen Aluminium-Kartell nicht an. Der rasche Aufstieg der Bauxitausfuhr nach Deutschland ist aus der Tabelle Seite VIII/IX im Anhang zu ersehen. Unter den von Jugoslavien eingeführten Rohstoffen nimmt es 1937 schon den vierten Rang ein. Am 1. April 1938 wurde für die Bauxiteinfuhr im Rahmen des deutsch-jugoslavischen Gütertarifs ein direkter Bahntarif (Artikeltarif 52) eingeführt, der bedeutende Frachtverbilligungen bei der Beförderung einer Jahresmindestmenge von 100 000 Tonnen von den Abgangsplätzen Drnis, Mostar und Zitomislici nach Schwandorf gewährt.

Der zweitwichtigste südosteuropäische Bauxitlieferant ist Ungarn. Aus der Tabelle (S. 142) sind die beträchtlichen Produktionssteigerungen abzulesen. Im ersten Halbjahr 1938 hat gegenüber 1937 die anwachsende Bauxitausfuhr nach dem Altreich angehalten. Die Ostmark bezieht kein Bauxit.

In Rumänien wendet man gleichfalls dem Bauxitabbau erhöhte Aufmerksamkeit zu. So hat die „Aluminium Societates Anonima Miniera", das rumänische Tochterunternehmen der Bauxit-Trust-AG. den seit langem ruhenden Abbau der Bauxitlager im Bihorer Komitat wieder aufgenommen. Auch hier produziert eine belgischen Interessen nahestehende Gesellschaft Aluminium. Als Ausfuhrland kam Rumänien bisher noch nicht in Frage.

Die Aussichten für eine Ausweitung der südosteuropäischen Bauxitausfuhr nach Deutschland sind die denkbar besten, da die deutsche Bauxitförderung (1937 = 18 000 Tonnen) nicht im entferntesten imstande ist, der Aluminiumerzeugung (1937 = 120 000 Tonnen) den Rohstoff zu liefern.

C. II. 2) Kapitalinvestitionen im südosteuropäischen Bergbau

Für hochindustriealisierte und gleichzeitig rohstoffbedürftige Staaten sind die Südostländer also die natürlichen und geradezu idealen Handelspartner. Zwei Wege gibt es normalerweise, um die Erzeugnisse zu erlangen, die dem einen oder anderen Staat fehlen oder deren er zur Inganghaltung bestimmter Industriebetriebe zusätzlich bedarf: Den

Warenaustausch und die Kapitalinvestition im fremden Land. Was den Südosten betrifft, so haben süd- und westeuropäische wie überseeische Mächte derartige Kapitalanlagen, sei es in Form von Investitionen, Kredithergaben langfristiger Art oder fluktuierenden Beteiligungen einem intensiven Warenaustausch, wenigstens was ihre Einfuhrseite betrifft, schon immer vorgezogen. Die typische Methode, die Kapitalhergabe mit dem politischen Gewicht von Freundschaftsbündnissen oder auch nur Sympathie zu kombinieren, hat die Südoststaaten zwangsläufig in „Interessensphären" eingegliedert, die sich immer dann als gefährlich erwiesen haben, wenn eine Veränderung der außenpolitischen Machtverhältnisse eingetreten war. Man hat im Südosten oft davon gesprochen, daß, wenn das Hereinströmen ausländischer Kapitalien nicht vermieden werden könne, man hierbei vorwiegend „ungefährliche, neutrale Auslandsstaaten" begünstigen solle. Eine Gedankenführung dieser Art ist in Bulgarien sicherlich nicht zufällig in die Praxis umgesetzt worden.

Über den zahlenmäßigen Umfang der ausländischen Kapitalbeteiligungen in den Wirtschaften der Länder sind Angaben gemacht worden. Hier soll bewußt ausführlich dargestellt werden, in welchem Ausmaße in den einzelnen Wirtschaftssektoren ein ausländischer Einfluß besteht und wie gering demgegenüber die deutschen Kapitalinvestitionen sind, bzw. was geschehen kann, um auch dem deutschen Kapital wieder eine Einflußnahme zu verschaffen, die es teilweise schon vor dem Kriege gehabt hat. Die Darstellung wird dabei alle Wirtschaftszweige einschließen, um dem Leser ein zusammenhängendes Bild zu vermitteln.

C. II. 2a) Kapitalinvestitionen im südosteuropäischen Bergbau seitens des Auslandes

Was die Kapitalinvestitionen des Auslandes in Jugoslavien[1]) betrifft, so ist der Kampf der einzelnen „Konkurrenten" um die Verteilung der Förderungskonzessionen in den Bergbaugebieten und um die Erlangung günstiger Standortsbedingungen für Aufbereitungsanlagen und Betriebe der verarbeitenden Industrie gegen-

1) La Yougoslavie par les Chiffres 1937, Belgrad, Bureau Central de Presse, Seite 134; s. a. „Der Wirtschafts-Ring", Heft 44, 29. 10. 1937, Seite 1077 f.

wärtig schärfer denn je, zumal die Regierung aus verständlichen Gründen alle Bestrebungen in dieser Richtung nur fördert. Nach einer letzten Aufstellung ist die ausländische Kapitalbeteiligung mit rund 47 % in der südslavischen Industrie und im Bergbau am stärksten. Es folgen dann das Versicherungsgewerbe (!) mit 38 %, der Handel mit 34,5 %, die Transportunternehmen mit 26,6 % und schließlich die Bank- und Kreditinstitute mit 14 % ausländischem Kapitalanteil. Demnach würde also gegenwärtig das ausländische Kapital in der jugoslavischen Wirtschaft rund 34 % ausmachen.

Englands Hauptkapitalanteile innerhalb der einzelnen jugoslavischen Wirtschaftszweige sind im Bergbau investiert. Hier ist zum Teil das britische Kapital erst nach dem Kriege, vor allem in den Jahren 1927 bis 1930, aufgetreten und hat sich speziell für Blei-, Zink-, Chrom-, Pyrit- und später Goldvorkommen interessiert, während Frankreich Kupfer und Kohle überlassen blieben. Die ergiebigsten Bergwerke wie die Trepca-Mines (Zink und Blei, zum British Selection Trust gehörend), die Chrombergwerke Radusa, Gorance und Orasje (Eigentum der Allatiny-Company) und das Bleibergwerk Mezica an der österreichischen Grenze (Central European Mines Ltd.) sind in englischem Besitz. Die Trepca-Mines an der Grenze zwischen Morava und Vardar-Banschaft sind mit einem Konzessionsgebiet von rund 2200 qkm Fläche die umfangreichsten britischen Bergwerke. Die Trepca-Gesellschaft wurde 1930 in London mit einem Kapital von 1 125 000 £ gegründet und die Ergiebigkeit der Minen 1933 auf rund 3 Mill. Tonnen Erz geschätzt. Die gesamte Produktion ist bis Ende 1940 vorverkauft. Seit der Gründung der Gesellschaft wurden über 1,3 Mill. £ Reingewinn erzielt, und im Geschäftsjahr 1935/36 allein konnte sie mit einem Nettogewinn von 402 000 £ gegenüber 307 000 £ 1934/35 bilanzieren. In Fusion mit der Trepca-Gesellschaft stehen die Bergwerke Kopaonik, Novo Brdo und Zletovo, die noch im Ausbau begriffen sind. Das Kapital des Kopaonik-Werkes wurde im ersten Halbjahr 1936 von 275 000 £ auf 400 000 £ erhöht, damit die Ausbeutung des neu erworbenen Bergwerkes Vojetin in Gang gesetzt werden konnte. Die Novo Brdo-Werke waren bereits im 16. Jahrhundert ein Bergbaumittelpunkt und liegen südöstlich von Trepca. Das Gesellschaftskapital beträgt 300 000 £. Das Unternehmen hat außerdem die Konzessionen Glama und Janjevo. Die Zletovo-Mines Ltd., mit 225 000 £ gegründet, unterhält neben den Vorkommen in Zletovo selbst

noch die von Slegovo und Kratovo. Außer diesen Gesellschaften wurden 1933 die Zlot-Mines Ltd. mit einem Aktienkapital von 1,2 Mill. £, deren Bergwerke in der Nähe von Zajecar liegen, und im Januar 1936 die Trosnyk-Mines Lts. zur Ausbeutung der goldhaltigen Erze in der Nähe von Fojnica in Bosnien begründet. Diese Erze enthalten außer Gold und Kupfer auch Silber. Die Ergiebigkeit wird hier auf 1,6 Mill. Tonnen Erz, die jährliche Leistungsfähigkeit des Bergwerks auf 50 000 Tonnen geschätzt. Neuerwerbungen der letzten Zeit sind das Goldbergwerk Slisane und Bakovici (Pyrit), beide „Pacifique Trust".

Mitte 1937 und auch 1938 haben Vertreter der englischen Schwerindustrie bei einer Studienreise durch die jugoslavischen Eisenerzgebiete bei Vares, bei Sarajevo, bei Ljubija und bei Topusko die Möglichkeiten der Schürfung geprüft. Hier ist in nächster Zeit ebenfalls eine englische Aktivität zu erwarten; ob in Form von Eisenerzbezügen größeren Umfangs oder Werkgründungen, steht noch nicht fest. Im südslavischen Bankwesen sind es die mit der Anglo-Tschechischen Bank fusionierte Prager Kreditbank und die Jugoslavische Vereinsbank, an denen englisches Kapital maßgebend beteiligt ist. Diese Banken kontrollieren eine Reihe industrieller Unternehmungen wie zwei Großbrauereien, eine Dampfmühle und zwei Zuckerfabriken zusammen mit einem Aktienkapital von 85 Mill. Dinar. Die Commercial Union (Agram) und die Royal Exchange (Belgrad) sind im jugoslavischen Versicherungsgeschäft mit 5,7 % aller Policen beteiligt. In der Petroleumindustrie bei Daruvar und Lipik in der Savebanschaft, die sich mit dem rumänischen Erdölvorkommen natürlich nicht messen können, konkurriert England mit Amerika. Bei einem der größten Industrieunternehmungen Jugoslaviens, der „Sartid" (Serbische Berg- und Hüttenindustrie AG.) in Smederovo, hat Armstrong Vickers maßgebenden Einfluß. Die Fabrik wurde nach dem Kriege mit Hilfe englischen Kapitals für Schiff- und Waggonbau errichtet. Vor einigen Jahren erfolgte eine Fusion mit der Broder Waggonfabrik, und da in Smederevo eine staatliche Waggonfabrik errichtet wurde, gab man, um unnötige Konkurrenz zu vermeiden, den Waggonbau wieder auf. Die Fabrik wurde auf ein Blechwalzwerk umgebaut und der Schiffbau beschleunigt. Die neuen Investitionen betragen rund 15 Mill. Dinar. Sehr bedeutend ist schließlich auch der englische Einfluß in der Holzindustrie, und englische Holzfirmen sind heute die Hauptaktionäre der größten Holzverarbeitungsfabrik der

„Naschicer Tanninfabrik und Sägewerk AG.". Starke Interessensphären besitzt England außerdem in der jugoslavischen Seeschiffahrt (Jugoslavischer Lloyd) und im Schiffbau (Werften in Kraljevica und Split). In der Textilindustrie sind in den letzten drei Jahren eine Reihe von Baumwollspinnereien mit Kapitalausstattung schottischer Gesellschaften eingerichtet worden. In der an sich noch wenig entwickelten elektrotechnischen Industrie sind die Engländer neben anderen Großmächten mit ihren Montierungsfirmen vertreten. In der chemischen Gruppe rangiert die englische Beteiligung nach der Schweiz.

1938 sind weitere beträchtliche Neuinvestierungen im Bergbau, in der Textil-, Holz- und Petroleumindustrie sowie im Bankwesen und in der Schiffahrt vor sich gegangen, so daß man heute die englische Kapitalbeteiligung in Jugoslavien mit 48 Prozent aller investierten ausländischen Kapitalien ansetzen kann. Beachtenswert ist auch die Gründung einer Englisch-Jugoslavischen Handelskammer in Zagreb.

Bei den Kapitalinvestitionen Frankreichs[1]) in der Privatwirtschaft der einzelnen südosteuropäischen Länder ist das Bestreben typisch und bemerkenswert, diese zunächst einmal in der Schwer- und Rüstungsindustrie, sodann in der Elektrizitätsindustrie sowie Teilen der Verkehrswirtschaft und in letzter Linie erst in denjenigen Industrien vorzunehmen, die eine Aufnahmegrundlage für die eigene Exportindustrie bilden können. Aus dieser Grundhaltung der französischen Kapitalpolitik heraus resultiert daher auch wesentlich die geringe warenwirtschaftliche Verflochtenheit Frankreichs mit dem Südosten.

Wo und wie stark sind nun die französischen Kapitalinvestitionen in der jugoslavischen Wirtschaft? In der Montanindustrie gehört eines der größten Unternehmen der Kupfererzförderung Frankreich: die schon 1904 gegründete „Compagnie Française des Mines de Bor" (Ost-Serbien). Die hier vorhandenen Kupfererzlagerstätten haben eine Länge von zehn, eine Breite von zweieinhalb Kilometer und eine Tiefe bis zu 35 Meter. Der Kupfergehalt der Erze beträgt 6 bis 7 %. Die Gesellschaft — sonst kurz „Mines de Bor" genannt —, die mit einem Kapital von 60 Mill. Franken ausgestattet ist, verfügt über eine auf 50 Jahre

1) s. a. Kohlruß, E.: „Die französischen Kapitalanlagen in Südosteuropa . . .", Veröffentlichungen in Verb. m. d. Institut f. Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsf. Leipzig, Mehnert & Pleyner, 1934.

genehmigte Konzession von über 4200 ha. Die Entwicklung des Unternehmens, das eines der rentabelsten Jugoslaviens ist, zeigt sich in den außerordentlich hohen Reineinnahmen bzw. in der Höhe der bisher verteilten Dividenden. 1937 wurde ein Reingewinn von rund 108 Mill. Dinar gegenüber 51 Mill. Dinar 1936 erzielt. Für das Geschäftsjahr 1936/37 wurde die enorme Dividende von 135 Fr. je Prioritätsaktie, 132,45 Fr. je alte Aktie und 130,53 Fr. je neue Aktie ausgeworfen. Auch die Kupferwerke von Majdanpek an der Donau, die Kohlengruben von Trifail östlich von Laibach und die Magnesitfundstätten von Cacak werden vom französischen Kapital kontrolliert. Mit dem Abbau dieser Magnesitgruben beschäftigt sich die „Société Minière et Metallurgique de Pennaroy". Im Goldbergbau gehören den Franzosen vor allem das Goldbergwerk „Blagojevkamen" bei Golubovec in der Save-Banschaft. Die Ausbeute wird hier auf jährlich 500 bis 600 kg geschätzt.

Außerordentliches Interesse haben französische Kapitalisten in den letzten Jahren den Bauxitgruben und der Zementindustrie zugewandt. Eine Beteiligung des französischen Kapitals ist hier zu nennen bei der Französisch-Belgischen Grubengesellschaft und der Adriatischen Bauxit-AG. in Split. Ausschließlich im französischen Besitz befindet sich in Serbien eine der größten Zementfabriken des Landes, die von Popovac. Sie gehört der Société de Cimenteries et Charbonnages Franco-Serbes (Banque Franco-Serbe). Eine geringe französische Beteiligung besteht auch bei der „Dalmatia-AG." für Portland-Zementerzeugung in Split. In der Maschinen- und Apparatebauindustrie ist eine Kapitalbeteiligung bei der „Jasencia" AG. für Reparaturen und Bau von Eisenbahnwaggons in Belgrad vorhanden. Dagegen ist die „Aeroplan-Motoren-Industrie-AG." in Rakovica ein rein französisches Unternehmen. Im Schiffbau ist seit 1931 die früher in italienischen Händen befindliche Werft „Marijan" in Split im Besitz der französischen Schiffsbaugesellschaft „Ateliers et Chantiers de la Loire". Für den Betrieb dieser Werft zeichnet die „Société du Jugoslavie pour la Construction et la Réparation des Navires" verantwortlich. Französische Kapitalinvestitionen bestehen dann noch in den Betriebsanlagen der „Vesna"-Dampfschiffahrtsgesellschaft in Susak und in der Flußschiffswerft in Obrenovac an der Save. In der Elektrizitätsindustrie hat Frankreich speziell nur in Jugoslavien einen Kapitaleinfluß durch den Erwerb einer bis dahin in italienischem Besitz befindlichen Konzession für die Wasserkräfte an der Krka und Cetina bei Split zu

erlangen vermocht. Diese Konzession, die durch die „Banque National de Crédit" und die „Société des Phosphates Tunésiens" der zu diesem Zweck gegründeten „Société de Forces Hydroélectrique de Dalmatie" mit einem Aktienkapital von 125 Mill. Fr. übergeben worden war, war auf 50 Jahre unübertragbar gewährt. Neuerdings spricht man davon, daß diese Gesellschaft in amerikanischen Besitz übergehen soll. Französischer Einfluß ist weiterhin zu verzeichnen bei dem Kraftwerk von Jelica (Union Européenne Industrielle et Financière) und den Elektrizitätswerken in Tetovo sowie den Elektrizitätszentralen in Subotica und Zenica Vranjevo.

In der jugoslavischen Holzindustrie ist als einziges Unternehmen rein französischer Art nur die „Sumsko industrijsko d. d. Moslavina-Popovaca anzusprechen. In der Glasindustrie wäre zu erwähnen die Glasfabrik von Pancevo und, mit tschechoslovakischen Anteilen, die „Erste Glasfabrik" AG. in Belgrad. Im jugoslavischen Bankwesen besitzt Frankreich maßgebenden Einfluß durch die schon erwähnte „Banque Franco-Serbe", die im Lande eine ganze Reihe von Filialen besitzt. Weitere Beteiligungen sind zu nennen bei der „Kroatischen Eskompte Bank" (Banque de Paris et des Pays bas) und der Kroatischen Allgemeinen Kreditbank (Union Européenne Industrielle et Financière). Bankunternehmen mit französischer Beteiligung sind auch die „Jugoslavische Unionbank" in Zagreb, die „Jugoslavische Bank" und die „Privilegierte Agrarbank" in Belgrad.

Was die Kapitalinvestitionen Frankreichs in Rumänien betrifft, so hat die rumänische Wirtschaftszeitung „Argus" [1]) eine recht interessante Zusammenstellung gegeben. In der rumänischen Petroleumindustrie ist es eine lange Reihe von Firmen, in denen französisches Kapital arbeitet: Steaua Romana, Concordia, Petrol-Bloc, Colombia, Romana-Belgiana, Petrolmina, Cometa, I. R. D. P., Romana-Americana, Starnaphta, Sondrum, Foraj-Lemoine, Sondajul, Geta, Telegra-Moreni, Uniunea Franco-Romana de Petrol, Nationala-Miniera, Metalpetrol, Franco-Romana de Petrol, Prospero, Omnium, Petrolifer, Rafineriile, Predinger, Aleor, Compania Comerciala de Petrol, Geonaphta. Die französische Kapitalbeteiligung an ihnen wird auf 30 bis 50 % geschätzt. Die Gesellschaften weisen Investitionen von insgesamt 15 Mrd. Lei, Reserven

1) Ausgabe vom 11. 12. 1937.

von fast 2 Mrd. und ein Kapital von rund 4 Mrd. aus. Weitere große Unternehmungen mit französischem Kapital sind folgende gemischte Gesellschaften: Banca de Credit, Banca Comerciala Romana, Nationala de Asigurari, Franco-Romana de Asigurari, Farola, Creditul Agricol Ipotecar al Romaniei, Fichet, Callia, Mines d'Or de Transsylvanie, Galeries Lafayette, Lemaître, Buhusi, Societatea Textilia — Franco-Romana, Citroen, Compagnie Française de Parfums, Coty, Fabrica de Sticla Ardeleana, Compania Europeana de Asigurarea Marfurilor si Bagajelor, Getreidehaus Dreyfus, Compagnie Continentale d'Exportation Braila, Danubiana, S. C. E. G., Uzina, Electrica Constanta, Sektfirma Mott Fils, Les Tissus, A. B. C., Wagons-Lits, Cointreau Cinzano, Vieux Celestin u. a.

Eine Reihe weitere Investitionen neuesten Datums sind bei folgenden Firmen zu verzeichnen: Le Fils D. M. C., La Franco-Danubienne, an der die Société des Moteurs et Automobiles Lorraine beteiligt ist, Industria Optica Romaneasca, Produsele Botot, Uzinele de Zinc, Laboratoarele Farmaceutice Lutetia. Das Kapital dieser Gesellschaften beträgt 125 Mill. Lei.

Aus diesen Angaben kann man ersehen, in welchem Maße Rumänien heute immer noch kapitalmäßig mit Frankreich verflochten ist.

Dagegen ist die kapitalmäßige Verflechtung mit England geringer. Nur in der Petroleumindustrie ist England Frankreich überlegen (s. B. II. 1.). Englische Beteiligungen bestehen auch in der Montanindustrie, wenn auch die englischen Rüstungswerke Vickers 1936 mehrere Aktienmajoritäten an Skoda abgaben. Die Wiedereinspannung der Vickers-Werke in die rumänische Aufrüstung auf Grund der Wirtschaftsverhandlungen König Carols in London ist nicht verwunderlich, nachdem dem tschechischen Staat, dem die Skoda-Werke gehören, nicht mehr die Mittel zur Verfügung stehen werden, um die rumänischerseits gewünschten Neuinvestitionen im Schwerindustriezentrum vorzunehmen. Man wird sich denken können, daß Vickers bei dieser Gelegenheit die an Skoda verkauften Aktienanteile wieder hereinnehmen werden. Zu erwähnen wäre noch, daß die Westminster Banc Ltd. London die bei der letzten Kapitalerhöhung der rumänischen Malaxa-Werke neu emittierten Aktien in Höhe von 100 Mill. Lei vollständig übernommen hat.

Auf die ausländischen Beteiligungen am ungarischen und bulgarischen Wirtschaftsleben ist im Teil B. II. 1. ebenfalls eingegangen worden.

Hier seien noch für Ungarn [1]) die englischen Interessen bei folgenden Gesellschaften nachgetragen: Nagybatony-Ujlaker Vereinigte Industriewerke-AG., Hungaria Kunstdünger-, Schwefelsäure- und Chemische Industrie-AG., Metallochemia Hüttenwerk, Chemische Industrie und Metallhandels-AG., Keleti u. Muranyi Chemische Fabrik AG., Textilwerke AG. in Györ, Ungarische Hanf-, Flachs- und Juteindustrie-AG., Internationale Maschinenhandels-AG.

C. II. 2b) Kapitalinvestitionen im südosteuropäischen Bergbau seitens Großdeutschlands

Die Lösung der politischen mitteleuropäischen Probleme mit der Voraussicht, daß die jetzt bestehenden Grenzen endgültig sind, läßt es angezeigt erscheinen, daß nunmehr daran gegangen wird, auch von deutscher Seite aus dem Südosten jene finanzielle Hilfe zukommen zu lassen, die unter völliger Ausschließung des politischen Motivs lediglich der weiteren Wirtschaftserschließung dieser Länder zugute kommen soll. Damit würde Deutschland nur wieder Verbindungen aufnehmen, die ihm nach dem Versailler Diktat zwangsmäßig aus der Hand genommen wurden, und es könnte sich jetzt der Kapitalbeziehungen bedienen, die das deutsche Österreich in der Nachkriegszeit glücklicherweise nicht ganz verloren hat.

Der Reichswirtschaftsminister hat nach seiner Balkanfahrt das Interesse Deutschlands an dem Ausbau der volkswirtschaftlichen Produktion des europäischen Südostens, sei sie industrieller, bergbaulicher oder landwirtschaftlicher Art, bekundet. Die von ihm zur Belebung der wirtschaftlichen Integration vorgeschlagene Methodik des Warenkreditabkommens kann nur einen Teil der von Deutschland zu bietenden Vorschläge umfassen. Deutschland sollte nämlich, über solche Abkommen hinausgehend, sich entweder an Unternehmen, vor allem bergbaulicher Art durch Kapitaleinlagen beteiligen oder sich in der Form von Pachten für den Abbau von Rohstoffvorkommen Konzessionen geben lassen. Was derartige Investitionen oder Pachten in B u l g a r i e n angeht, so sei auf

1) „Timisoaraer Zeitung", 2. 3. 1938, Seite 7.

Ausführungen des Diplom-Bergingenieurs Bogomil M. Radoslawow, Sofia, auf dem letzten Deutsch-Bulgarischen Aussprachetag während der Breslauer Messe im Mai 1938 verwiesen [1]), in denen er die deutsche Regierung bzw. deutsche Firmen geradezu einlud, sich an der Erschließung der bulgarischen Kohlen- und Erzlagerstätten aktiv zu beteiligen. Nach seiner Darstellung kann der Kohlenbedarf der Bevölkerung erst zu fünf Achteln durch den heimischen Anfall gedeckt werden. Dies liegt aber nicht etwa an mangelnden Kohlenvorkommen, sondern daran, daß einfach nicht genügend Kohlenbergwerke in Betrieb sind und die Produktion der in Betrieb befindlichen Bergwerke gesteigert werden müßte. „Abgesehen von diesen Bergwerken, werden in Bulgarien Bedingungen geschaffen zur Erforschung und Inbetriebsetzung einer ganzen Anzahl neuer Erzlagerstätten . . . Diese Erzlagerstätten und Erzbergwerke Bulgariens können ernste Abnehmer der Produktion der deutschen Maschinen- und anderer Industrien sein . . . Die bulgarische Regierung hat sich zur Aufgabe gemacht, alles zu tun und jede Initiative für die Forschung und den Abbau der Mineralschätze Bulgariens zu unterstützen. Um dies zu erreichen, sind Kapitalien erforderlich, die in Bulgarien sehr ungenügend vorhanden sind. In dieser Richtung könnten deutsche Kapitalien und Erfahrung die günstigsten Bedingungen zum Absatz finden. Im gegebenen Fall könnte das deutsche Kapital die Erforschungen und den Abbau bulgarischer Kohlen- und besonders Erzlagerstätten entweder selbständig oder aber in der Form von gemischten Gesellschaften mit Beteiligung des bulgarischen Staates oder bulgarischer Banken unternehmen. Dadurch könnte das deutsche Kapital sehr viel zu einer regelmäßigen und sicheren Lieferung von Roherzmaterialien an die deutsche Hüttenindustrie beitragen." [1])

Was für Bulgarien gilt, sollte auch für Jugoslavien maßgebend sein, nur daß man anscheinend bei der Verwirklichung solcher Pläne weiter vorangeschritten ist. Nach einer noch unbestätigten Meldung soll in Belgrad eine deutsche Aktiengesellschaft, hinter der die I. G. Farben, Krupp, Bleichert und eine Bank in Frankfurt a. M. stehen, mit einem Aktienkapital von zehn Millionen Dinar — das Kapital kann bis zu einer halben Milliarde Dinar erhöht werden — gegründet werden, die

1) „Breslauer Neueste Nachrichten", Handelsteil, 5. 5. 1938.

das Recht erhält, in Jugoslavien Bergwerke zu erwerben und zu betreiben. Außerdem soll die Gesellschaft befugt sein, Bergbauerzeugnisse auszuführen bzw. aus anderen ihr nicht gehörenden Bergwerken Erze für Deutschland anzukaufen. Auf die Blei-, Silber- und Zinkbergwerke in Srebrenica (Serbien) und Olowo (Bosnien) hatte schon 1937 eine deutsche Finanzgruppe, an der die AEG und Siemens mit 700 000 Reichsmark beteiligt sind, das Optionsrecht erworben. Da dieses Recht im Frühjahr 1939 abläuft, sind Besprechungen geführt worden, um die Bergwerke vollständig in deutsche Hände zu übergeben. Die Ergiebigkeit der Minen wird noch geprüft. Für den Kupferabbau interessiert sich Deutschland ebenfalls, da ihm an der Rohkupfereinfuhr mehr gelegen ist als an Kupferhalbfabrikaten. Die vorgenannte gleiche Finanzgruppe (Firmenbezeichnung „Montania-A.-G.") hatte schon früher die Antimonbergwerke in Zajaca bei Krupanj und in Lisa bei Cacak angekauft. Im September 1938 ist bei dem erstgenannten Bergwerk bereits eine moderne Antimonschmelze in Betrieb genommen worden. Durch dieses Werk kann Jugoslavien zum bedeutendsten Antimonproduzenten Europas werden.

C. III. Südosteuropa als Empfänger von Fertigwaren und Rohstoffen

Die Industrialisierung von Agrar- und Rohstoffländern pflegt niemals, wie die Erfahrung lehrt, den Import von Industriewaren schlechthin auszuschalten. Was lediglich der Exporteur bzw. Bearbeiter solcher sich industrialisierenden Agrarländer beachten muß, ist die dem Industrialisierungsprozeß anzupassende Veränderung seines Warenangebots. Es gilt sich ständig durch eine systematische, manchmal auch rein intuitive Marktbeobachtung und Auswahl geeigneter Auslandsvertreter dem wechselnden Bedarf des betreffenden Landes geschickt anzupassen. Um ein Beispiel zu formulieren: Je mehr der Auslandsstaat zur Vervollkommnung der Produktion von Massengütern übergeht, um so mehr wird der Exporteur darauf bedacht sein müssen, die Ausfuhr von speziellen Waren besonderer Fabrikation zu forcieren. „Es ist bekannt, daß durch die Weiterentwicklung eines Landes mit überwiegender Agrar- und Rohstoffwirtschaft zur Agrarindustriewirtschaft zwar der überwiegende Teil der neugeschaffenen Kaufkraft durch die neugeschaffene einhei-

mische Produktion absorbiert wird, daß aber darüber hinaus bei dem durch diese Entwicklung gestiegenen Lebensstandard gleichzeitig sich eine zusätzliche Nachfrage nach höherwertigen Produkten ergibt, für deren Import ein anderer Teil der neugeschaffenen Kaufkraft zur Verfügung steht: und dieser neue Import höherwertiger Produkte wird den bereits industrialisierten Ländern als Ersatz für den ausgefallenen Export primitiver Produkte und darüber hinaus als zusätzlicher Export zugute kommen." [1]) Danach kann sich also eine bewußte Einschaltung in die Industrialisierung eines Landes, die selbstverständlich nicht Selbstzweck sein darf, nur zum Vorteil des Exportindustriestaates auswirken. In der Praxis hat sich gezeigt, daß dies tatsächlich eingetreten ist. Dafür können Beispiele aus vergangenen Epochen, aber auch solche aus der neueren und neuesten Zeit angeführt werden. Wie Illgner [2]) ganz richtig zeigt und wie wir dies in unseren einleitenden Bemerkungen auch festgestellt haben, hat sich die Ausfuhr Deutschlands nach den in der Nachkriegszeit sich industrialisierenden Wirtschaftsräumen, Balkan und Südamerika, sehr rasch gehoben, dagegen ist sie nach den sogenannten Alt-Industrieländern weiter zurückgegangen. Wir wollen dahingestellt sein lassen, inwieweit hierzu die bewußten und mittelbaren Außenhandels-Umlagerungen beigetragen haben. „Beobachtungen zeigen uns, daß die Industrialisierung der südosteuropäischen Staaten jedenfalls nicht verhindert hat, daß der Handel Deutschlands mit diesen Staaten seit 1933 eine durchaus erfreuliche Entwicklung nimmt." [3])

C. III. 1) Die großdeutsche Halb- und Fertigfabrikat-Ausfuhr

Eine Aufgliederung der deutschen Ausfuhr in Lebensmitteln und Getränken, Rohstoffen und Halbwaren sowie Fertigwaren (s. Tabelle Seite II im Anhang) verdeutlicht nicht beim ersten Blick die schon des öfteren mit Zahlenvergleichen belegte Tatsache, daß Südosteuropa teilweise zu einem erhöhten Bezug von Produktionsmitteln und Rohstoffen

1) Ilgner, Vorstandsmitglied der I. G. Farben: „Exportsteigerung durch Einschaltung in die Industrialisierung der Welt", Kieler Vorträge, Nr. 53, Seite 6.
2) s. a. a. O. Seite 9.
3) „Wirtschaftsdienst" Nr. 43, 23. 10. 1936, Seite 1556.

wie Halbfabrikaten und zu einem Minderbezug von Erzeugnissen der Konsumgüterindustrie übergegangen ist. Erst bei genauerem Zusehen erweist es sich, daß die Fertigwareneinfuhr z. B. zwischen zwei weit auseinanderliegenden Jahresstichterminen nicht in dem Maße angestiegen ist, wie der Import von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Eine einwandfreie Übersicht gibt eine Zusammenstellung, die einzelne Warenarten aus den Warengruppen herausgreift:

Strukturwandlungen in der deutschen Ausfuhr nach Ungarn[1)]

(in Millionen Pengö)

Artikel	1931—1933	1934—1936
Maschinen und Apparate	21,17	24,11
Elektrische Maschinen u. Apparate	7,66	6,68
Maschinen insgesamt	28,63	30,79
Kohle und Koks	6,54	20,51
Rohmetalle	12,48	4,37
Roh- und Alteisen	3,16	8,29
Verschiedene Rohstoffe insgesamt	22,18	33,17
Kunstseide	7,55	11,26
Wollgarn	1,98	2,82
Baumwollgarn	1,71	0,61
Textilrohstoffe, Halbfabrik. insges.	11,24	14,69
Wollgewebe	6,85	3,12
Baumwollgewebe	2,65	1,42
Seiden- u. Kunstseidengewebe	1,36	0,29
Textilfabrikate insgesamt	10,86	4,83

In Rumänien ist sogar die Fertigwareneinfuhrsenkung dem steigenden Rohstoffimport teilweise vorausgegangen. Während dieses Land 1924 noch Textilfertigwaren in einer Gesamtmenge von 325 819 Meterzentnern einführte, machte dieser Import 1935 mit 28 200 Meterzentnern noch nicht einmal mehr ein Zehntel des vom Jahre 1924 aus. Der gesamte Fertigwarenimport sank in diesem Zeitraum von 8,18 Mrd. Lei auf 681 Mill. (!)

Beim jugoslavischen Import sind ähnliche Tendenzen nachzuweisen. Im Verlauf von zehn Jahren hat sich der Anteil der Rohstoffe und Halb-

1) Deutsch-Ungarische Handelskammer, Budapest, Jahresbericht 1936, Seite 38.

fabrikate am Import beinahe verdoppelt, dagegen ist während der gleichen Zeit der Fertigwarenanteil von beinahe 60 Prozent auf 46 Prozent des Gesamtimports zurückgegangen. Stetig angestiegen ist auch die Industriemaschineneinfuhr, ein Kennzeichen der regen Investitionstätigkeit. Nachfolgend hierzu eine Statistik: [1])

	1926	1927	1936	1937
	(in Prozent der Gesamteinfuhr)			
Rohstoffe u. Halbfabrikate	17,9	20,6	35,7	34,8
Betriebsmittel	6,2	5,4	4,3	4,7
Fertigwaren	58,0	59,4	46,4	46,0
Industriemaschinen	3,3	3,2	4,8	5,1
übrige Erzeugnisse	14,6	11,4	8,8	9,4

Bei Bulgarien sind gleichgerichtete Erscheinungen zu bemerken. „Gerade das Jahr 1937 hat erneut eine gewaltige Vermehrung der Produktionsmitteleinfuhr gesehen. Ja, der überwiegende Teil der zusätzlichen Kaufkraft, die das erfolgreiche Exportjahr schuf, ist eben der Produktionsmitteleinfuhr zugeleitet worden." [2])

C. III. 1a) **nach Ungarn**

Die Zusammensetzung des deutschen und ostmärkischen Exports nach Ungarn ähnelt sich sehr. Deutschland und Österreich waren bisher Konkurrenten auf dem Gebiet der Maschinen-, Eisen-, Metall-, Fahrzeug-, Papier-, Textil- und Glasindustrie. Der chemische Export Österreichs war unbedeutend. Eine Konkurrenz bestand auch bei der Versorgung Ungarns mit Halbfabrikaten der Papier-, Eisen- und Textilbranche. Italien stand und steht mit Deutschland im scharfen Wettbewerb bei chemischen Erzeugnissen, Kunstseide, Autos und mancherlei Kunststoffen. Über die ungarische Einfuhr im einzelnen aus dem Altreich und der Ostmark gibt die Tabelle Seite X im Anhang Auskunft. Hier sei als Wichtigstes hervorgehoben, daß die Maschinen- und Apparate-Einfuhr Ungarns in den letzten Jahren die chemischen Erzeugnisse

1) NfA., 13. 5. 1938.
2) „Wirtschaftsdienst", Heft 19, 13. 5. 1938, Seite 651.

(Teerfarbstoff!) verdrängt hat. In den Vordergrund geschoben haben sich außerdem Kunstseide, elektrische Maschinen und Apparate, Pelzwerk, Rohhäute und Instrumente. Im ersten Halbjahr 1938 hat sich die Investitionsgütereinfuhr gegenüber der gleichen Zeit 1937 im allgemeinen weiter erhöht. Dies gilt auch für Metallwaren und Eisenhalbfabrikate. Der Rückgang der Textilfertigwaren-Einfuhr hat angehalten. Die Textilindustrie ist ja der am stärksten entwickelte Industriezweig, und die Anstrengungen um Textilexporte haben immer mehr Erfolg aufzuweisen. Unter den Kunstseidenabnehmern Deutschlands nahm Ungarn 1937 vor Jugoslavien, Dänemark, CSR. und Rumänien den ersten Platz ein. Die hohe Bezugsquote an Maschinen und Apparaten hat sich übrigens auch bei den anderen drei Ländern in den letzten Jahren herausgebildet, obwohl Ungarn als erstes dieser Länder über eine gut eingerichtete Maschinen- und Apparatebauindustrie verfügt hat. Der prozentuale Anteil Deutschlands am Maschinenimport des Donauraums stellte sich 1936 wie folgt: Ungarn 70 Prozent, Jugoslavien 50,4 Prozent, Rumänien 35 Prozent und Bulgarien 80 Prozent. Zusammen mit Österreich, Griechenland und der Tschechoslovakei ist der Anteil Südosteuropas an der deutschen Gesamtmaschinenausfuhr von 1933 bis 1937 von 6,6 auf 14,3 Prozent gestiegen. [1])

Die Aussichten des deutschen Industrieexports nach Ungarn stellen sich nach dem Anschluß Österreichs nicht schlechter, als dies zuerst angenommen wurde. Bei den Besprechungen über die Angleichung des ungarisch-österreichischen Handelsverkehrs an die deutsch-ungarischen Vereinbarungen wurden von den ungarischen Vertretern weitere deutsche Absatzmöglichkeiten für Maschinen, Kraftfahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse, Glas und Glaswaren, Metallwaren, Porzellane und chemische Produkte genannt. Man wird trotzdem abwarten müssen, in welchem Umfange diese Aussichten in bezug auf den wirtschaftlichen Wert der an Ungarn gefallenen, ehemals tschechoslovakischen, oberungarischen Gebietsteile bestehen bleiben können. Sind doch nicht nur verschiedene Erzlager an Ungarn zurückgefallen, sondern auch einige nicht unbedeutende Industriebranchen. Von der Metall- und Maschinenindustrie sind Fabriken in oder bei Komarom, Losonz, Kassa und Rimaszombat zu nennen. Textilfabriken sind vorhanden in Losonz, Gacs

1) s. a. „Der Wirtschafts-Ring" Heft 1, 7. 1. 1938, Seite 18.

und Ersekujvar. Schließlich sind an Ungarn Papierfabriken in Kassa und Ungvar, Sägewerke in Komarom, Kassa, Parkany, Leva und Ungvar, chemische und Lederfabriken von Ersekujvar und Komarom gekommen.

C. III. 1b) **nach Rumänien**

Aus der Zusammensetzung der deutschen Ausfuhr nach Rumänien ist die Verlagerungstendenz des rumänischen Imports von Fertigwaren mehr auf Rohstoffe und Halbwaren nur bis zum Jahre 1936 abzulesen. Der Anteil der deutschen Rohstoff- und Halbwarenausfuhr stellte sich 1932 auf 10,7, 1936 aber auf 27 Prozent, der Anteil der Fertigwarenausfuhr 1932 auf 88,7, 1936 auf nur 71 Prozent des deutschen Gesamtexports nach Rumänien. Die rumänischen Bestrebungen auf Rüstungsautarkie haben den Rohstoffanteil am Import 1937 und 1938 weiter heraufschnellen lassen, ohne daß dies aber in der Importzusammensetzung aus Deutschland mehr zum Ausdruck kam, weil ein sehr großer Teil der Rohstoffe, die Deutschland selbst nicht besitzt, im Direkt-Bezuge eingeführt wurde und wird. Dagegen ist gleichlaufend mit dem Gründungsfieber in der rumänischen Metall-, Maschinen-, elektrotechnischen sowie Baustoffindustrie die deutsche Lieferung an Maschinen (von 7,37 Mill. RM. im Jahre 1935 auf 26,80 Mill. RM. im Jahre 1937), an elektrischen Maschinen und elektrotechnischen Artikeln (von 3.28 im Jahre 1935 auf 10,67 Mill. RM. in 1937), an Eisenwaren (von 9,79 1935 auf 17,91 Mill. RM. 1937) angestiegen. Die Steigerung betraf auch Teerfarbstoffe, photographische Artikel, Papierwaren, Waren aus synthetischen Stoffen und alle Arten von Fahrzeugen. Dagegen hat Rumänien nicht nur aus Deutschland, sondern allgemein die Textilbezüge eingeschränkt. Eine Verordnung vom März 1938 verpflichtete alle Textilfabriken, ihren Bedarf an Rohstoffen zu 50 Prozent bei den inländischen Produzenten zu decken, ehe sie eine gleiche Quantität einzuführen berechtigt sind. Eine außenhandelspolitische Untermauerung der Rüstungsbemühungen fand durch ein Dekret vom 7. Juli 1938 statt, nach dem die Einfuhren für die Landesverteidigung, die Landwirtschaft und die öffentliche Gesundheit und Ordnung auf Bescheinigung des zu-

ständigen Ministeriums bevorzugt genehmigt wurden.[1]) Dazu hat die Außenhandelsdirektion der Industrie zugestanden, Maschinen und Ersatzteile bis zu 2000 Lei ohne Einfuhrgenehmigung einzuführen.[2]) Die Einfuhr von Anbaumaschinen für die Landwirtschaft ist schon Mitte 1937 durch Befreiung von den Zollgebühren und die Beseitigung der zwölfprozentigen Werttaxe begünstigt worden. Dementsprechend hat 1937 die deutsche Landmaschinenausfuhr nach Rumänien eine hoffnungsvolle Entwicklung genommen.

Deutschlands Maschinenausfuhr nach Rumänien[3])

(in 1000 RM.)

Artikel	1934	1935	1936	1937
Textilmaschinen	1 226	2 196	4 522	4 574
Werkzeugmaschinen	732	1 607	2 047	10 472
elektr. Maschinen u. elektrotechn. Artikel	2 531	3 279	8 235	10 674
landw. Maschinen	59	100	763	1 728

Die Anstrengungen der rumänischen Regierung, die Rationalisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft und Intensivierung der Bodenbearbeitungstechnik voranzutreiben, werden trotz der erhöhten Produktion der rumänischen Landmaschinenindustrie die Importe in den nächsten Jahren noch notwendiger als je machen. Die Landwirtschaft wird eine ganze Reihe von Landmaschinen benötigen, die im Inland noch nicht hergestellt werden. Dazu gehören in der Hauptsache Maschinen mit Dampf- und Motorantrieb, Reinigungsmaschinen für Hülsenfrüchte und Getreide, Dampf- und Motorpflüge, Sä- und Mähmaschinen, Dreschmaschinen, Kleie- und Strohpreßmaschinen, aber auch Eggen und Walzen, weniger dagegen Pflüge und Pflugscharen. Es wird auch keinen Zweck haben, etwa Futterpressen oder Getreideschwingen, Kartoffel- und Rübenmaschinen, Futterschneidemaschinen oder ähnliches auf dem rumänischen Markt anzubieten, da für diese Artikel die inländische Produktion völlig ausreicht.

Die rumänische Produktion an gewalztem und profiliertem Stahl und Eisen, Schienen und Traversen usw., Blechen usw., Stahlrohren,

1) s. a. NfA., 25. 7. 1938.
2) „Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer", 10. 9. 1938, Seite 9.
3) Zusammengestellt aus „Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer".

Emaillewaren, Radiatoren und verschiedenen Metallwaren ist schon soweit entwickelt, daß so gut wie zwei Drittel des Bedarfs durch die Eigenerzeugung gedeckt werden. Dagegen mußten gezogene Rohre, ein wichtiger Exportartikel der deutschen Eisenindustrie, für die Erdölindustrie nach wie vor fast vollkommen eingeführt werden. Nach Inbetriebnahme der neuen Röhrenfabrik der Malaxa-Werke ist am 17. September 1938 [1] die Einfuhrquote für gezogene Röhren und deren Verbindungsstücke auf 70 Prozent reduziert worden. „Man rechnet in unterrichteten Wirtschaftskreisen damit, daß Rumänien in den nächsten Jahren einen über dem bisherigen Durchschnitt liegenden Röhrenbedarf haben dürfte, da die Erschließung neuer Felder und damit neue Bohrungen ein unerläßliches Erfordernis der Erdölwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft Rumäniens geworden sind." [2] Es ist zu hoffen, daß in diesen Röhrenbedarf — die Kapazität der Malaxa-Werke dürfte für absehbare Zeit nicht ausreichen — die deutsche Industrie, deren Qualitätserzeugnisse gerade in dieser Branche Weltruf haben, sich noch stärker einschalten kann, zumal auch die deutschen Preisangebote die günstigsten sind. Der folgende Preisvergleich vom 28. Februar 1936, dessen einzelne Posten hier und da inzwischen einige Veränderungen erfahren haben mögen, kann in diesem Fall die deutsche Preisüberlegenheit im Gegensatz zu dem so oft von ausländischer Seite angeführten Vorwurf, daß Deutschland „zu teuer" liefere, kennzeichnen.

Preisvergleich für Bohrrohre [3]

Warenlieferung franco Baicoi bei Ploesti

Mannesmann $8^5/_8$"–$11^3/_4$"	Manfred Weiß $8^5/_8$"–$11^3/_4$"	Witkowitz $8^5/_8$"–$11^3/_4$"	Bismarckhütte $8^5/_8$"–$11^3/_4$"
RM. 224,96 ‰ kg	P 417,14 ‰ kg	Kč 1367,- ‰ kg [4]	zl. 549,29 ‰ kg
=	=	=	=
Lei 8998,- ‰ kg	Lei 9594,- ‰ kg	Lei 9098,- ‰ kg	Lei 10436,- ‰ kg

1) Monitorul Oficial Nr. 216 vom 17. 9. 1938.
2) NfA. 13. 5. 1938.
3) Eigene Informationen des Verfassers.
4) Hierzu kommen 3411,— Lei für Transportspesen und Einfuhrprämie, so daß der Betrag von 9098,— Lei entsteht. In den anderen Ziffern sind diese Kosten bereits berücksichtigt.

Daß die deutsche Fabrikation aber auch einen Preisvergleich mit englischen Werken aushält, soll die anschließende Gegenüberstellung unter Beweis stellen:

Preisvergleich für Leitungsrohre 6" [1]

(franco Baicoi)

Mannesmann		Stewarts u. Lloyds	
RM. 125,— ‰ ab Werk Düsseldorf		£ 15,—/— ab Glasgow	
=	Lei 5000,—	=	Lei 7380,—
plus 44%	Lei 2200,—	plus 44%	Lei 3247,—
Transport RM. 68,—	Lei 2720,—	Transport £ 2,18/—	Lei 2700,—
	Lei 9920,—		Lei 13327,—

Die ostmärkische Ausfuhr nach Rumänien ergibt ein der Altreichausfuhr annähernd gleiches Strukturbild. Der rumänische Absatzmarkt hat für Österreich bei manchen Ausfuhrwaren ein größeres Gewicht gehabt als für das Altreich. 1937 exportierte die Ostmark nach Rumänien Waren im Werte von 68,6 Mill. Schilling. Davon waren die wichtigsten Waren diese: [2]

	Export nach Rumänien	Gesamtexport Österreichs
	(in 1000 Schilling)	
Baumwollfäden	26 366	49 016
Eisenwaren	7 496	155 411
elektr. Apparate	6 584	24 840
Wollfäden	3 973	20 211

Die zukünftigen Exportmöglichkeiten nach Rumänien liegen auf der Linie einer Erweiterung der Investitionsgüterausfuhr. In Frage kommen dürften Spezialmaschinen für die Montan-, Metall- und Eisenindustrie, elektrotechnische und feinmechanische Erzeugnisse, Präzisionsmeßgeräte, Rundfunkapparate und Bestandteile, Musikinstrumente, spezielle Pharmazeutica, Gasschutzapparaturen und Spielwaren. Hinzu kämen im Zuge der fortschreitenden Verkehrserschließung Feld- und Industriebahnmaterial wie Erzeugnisse des Stahl- und Eisenbaues für Eisenbahn-,

1) Eigene Informationen des Verfassers
2) „Prezentul" 18. 3. 1938.

Straßen- und Brückenbau. Ungünstiger sind die Aussichten für den Verbrauchsgüterexport, da einmal in diesen Branchen die ausländische Konkurrenz sehr billig liefern kann und außerdem die einheimische Industrie hierin am weitesten vorgeschritten ist. Absatzmöglichkeiten bieten sich dagegen noch für Porzellan-, Glas- und Tonwaren, Küchenbedarfsartikel, Kautschuk und Pelzwaren.

Schließlich wäre noch zu überlegen, für welche Artikel Großdeutschland in die Exporte anderer Industriestaaten nach Rumänien eintreten könnte. Die Situation dürfte gerade gegenwärtig in Anbetracht der erheblichen Handelspassivität Rumäniens mit den starkvalutigen Ländern günstig liegen, weil der Rumänischen Nationalbank noch weniger freie Devisen für den Import als sonst zur Verfügung stehen. Es sollte also gelingen, sich in die Lieferungen z. B. USA.s oder Englands nach Rumänien bei Material für die Erdölindustrie, bei Zentrifugen, Pumpen, Kompressoren, Traktoren für die Landwirtschaft, elektrischen Lampen und einer Reihe von Eisenwaren einzuschalten, da in diesen Artikeln die genannten Länder Deutschlands Hauptkonkurrenten sind.

C. III. 1c) **nach Bulgarien**

Im Export nach Bulgarien ist ebenfalls die wachsende Bedeutung der Maschinenlieferungen, die sich 1937 an die Spitze des Gesamtexports gesetzt haben, bemerkenswert. 1936 nahmen noch Textilmaterialien, denen Metalle und Metallerzeugnisse und Maschinen folgten, den ersten Platz ein. Für den geradezu frappanten Anstieg des Maschinenexports seien einige Ziffern verglichen: 1933 154,5 Mill. Lewa, 1936 395,7 und 1937 1027,4 Mill. Lewa. Auch Metalle und Metallwaren zeigen einen ähnlichen Exportverlauf: 1933 219,9, 1936 420,0 und 1937 453,4 Mill. Lewa. Um die einheimische Textilindustrie besser schützen zu können, hat Bulgarien Ende Juni 1938 eine Einfuhrsperre für Baumwollstoffe und -garne auf unbestimmte Zeit erlassen, so daß auch weiterhin mit einem Importrückgang zum mindesten bei diesen Erzeugnissen der Textilbranche zu rechnen ist. Die deutsche und österreichische Beteiligung an der Versorgung der bulgarischen Wollindustrie kennzeichnet eine kleine Tabelle [1]).

1) NfA. 4. 2. 1938.

(in Millionen Lewa)

Einfuhr an Feinwollen:

	1937	1936
insgesamt	107,5	83,1
davon aus		
Deutschland	78,3	71,0

Einfuhr an gefärbten und ungefärbten Garnen:

	1937	1936
insgesamt	145,47	136,63
davon aus		
Deutschland	73,55	100,94
Österreich	1,69	2,48

Beachtenswert sind weiterhin die Ausfuhrsteigerungen bei Leder, Pelzen und Pelzerzeugnissen, Papier und Papierwaren, verwunderlich die Importreduzierung der Gruppe Eisenbahn- und Straßenbahnwaggons, Kraftfahrzeuge, Wagen und Wasserfahrzeuge. Straßenbahnwagen vermag Bulgarien seit 1936 selbst herzustellen. Der Bau eines Rundfunksenders in der Nähe der Landeshauptstadt hat den Import von Rundfunkgeräten und -bestandteilen heraufschnellen lassen, wobei als bedeutendste Lieferländer Deutschland, Holland und Österreich herangezogen wurden. Das Altreich deckte 1937 der Stückzahl nach 48 Prozent des Imports.[1] „Nach der Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich und seiner Einbeziehung in das deutsche Clearingabkommen kann man eine erhebliche Zunahme der Einfuhr an Radioapparaten aus dem Lande Österreich erwarten."[1] Nennen wir noch einen aussichtsreichen Spezialexport Deutschlands: Die Lieferung von Automobilreifen und Reifen für Motor- und Fahrräder. Von der bulgarischen Autoreifeneinfuhr 1937 im Gesamtwert von 8,47 Mill. Lewa lieferte Deutschland für 3,21 Mill. Lewa. Der Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, bis 1929 ansteigend, seitdem beträchtlich abfallend, hat 1936 wieder eine Belebung erfahren. Allerdings war die Geldknappheit des Bauerntums noch nicht in dem Ausmaß behoben, als daß es zur Neuanschaffung

1) s. NfA. 14. 6. 1938.

größerer Posten und Maschinen kommen konnte. Viel gekauft wurden dagegen Pflüge, Eggen, Pflugscharen, Sävorrichtungen, allerdings auch Saatreinigungsmaschinen. 1937 sind dann wieder Dreschmaschinen abgenommen worden. Hergestellt werden im Inland bereits Handpflüge, Kornschwingen, Spaten, Hacken, Zentrifugalpumpen, Weinbergspritzen und Eggen, so daß die künftigen Absatzaussichten mehr bei hochwertigen Verarbeitungsmaschinen liegen, vorausgesetzt, daß die in den letzten zwei Jahren festzustellende Kaufkraftsteigerung der landwirtschaftlichen Bevölkerung anhält.

Die deutsche Industrieware hat sich am bulgarischen Gesamtimport in den letzten Jahren derartig hohe Anteile sichern können, daß eine weitere Steigerung der deutschen Ausfuhren nur da möglich sein wird, wo sie im Sinne des Industriebeschränkungsgesetzes vom August 1936 der Unterstützung der gesunden und an die heimischen Rohstoffvorkommen gebundenen bulgarischen Industrie dienen kann. Speziell bei Bulgarien ist zu überlegen, daß recht bald gewisse ausgefahrene Gleise verlassen werden, um den deutschen Exporteur zu veranlassen, die gegenwärtigen Pläne der bulgarischen Wirtschaft zu beachten. Sie heißen 1. industrielle Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, 2. Ausgestaltung des landwirtschaftlichen Transportwesens, 3. Ausbau der Schlachthofanlagen.

„Bulgarien betreibt, und zwar mit Erfolg, eine sehr vorsichtige Industriepolitik, um die Entwicklung von Treibhausindustrien von vornherein abzustoppen. Eine der wirklich lebensfähigen Industrien ist die Konservenindustrie, weil sie die Landesprodukte verarbeitet und damit erhöhte Ausfuhrmöglichkeiten schafft. Dieser Wirtschaftszweig ist im Aufblühen begriffen, kann aber auch hier die Mithilfe deutscher Wissenschaft und Technik gut gebrauchen. Denn auf der einen Seite versucht Bulgarien immer mehr den deutschen Markt mit seinen Konserven zu erobern, was aber bisher nicht in dem gewünschten Ausmaß gelungen ist, auf der anderen Seite hat hier die deutsche Maschinenindustrie eine gute Chance, beim Aufbau der bulgarischen Konservenindustrie mitzuwirken.“ [1]) Die einzelnen Arten der Konservenerzeugnisse waren an anderer Stelle schon genannt worden. Neuerdings verlautet, daß die Konservenindustrie sich angeschickt hat, Fisch- und Fleischkonserven

1) Aus dem Programm der deutsch-bulgarischen Besprechungen der Breslauer Messe 1938, „Breslauer Neueste Nachrichten“, 11. 4. 1938.

herzustellen. Von deutscher Seite ist der Vorschlag gemacht worden, statt Tomatenmark, in dessen Preis ein verteuernder Anteil an Emballage und Verpackungskosten enthalten ist, Tomatenpulver zu erzeugen, wobei die deutsche Maschinenindustrie die notwendigen Trocknungsanlagen liefern könnte. „Ferner ist schon der bestehende Obstanfall an Äpfeln, Pfirsichen und dergleichen in Bulgarien genügend groß, um Trockenobst herzustellen in mindestens gleicher Qualität wie die kalifornischen Ringäpfel, Trockenpfirsiche, Pflaumen und dergleichen. Infolge seiner frachtlich wesentlich günstigeren Lage und der niedrigeren Arbeitslöhne müßte Bulgarien stets in der Lage sein, preislich mit den kalifornischen und australischen Trockenfrüchten konkurrieren zu können, wenn die Obsttrocknungsindustrie von vornherein so aufgebaut wird, daß die Qualitäten mindestens ebenbürtig sind.“ [1]) Ähnliches gilt selbstverständlich auch für hochwertiges Trockengemüse.

Der Ausbau des Schlachthofwesens und die Modernisierung der Kühltechnik sind wichtige Faktoren zur Qualitätserhaltung z. B. von Geflügel, Schweinen, Obst und Gemüse. Bei den zur Zeit noch im Bau befindlichen größeren und kleineren Schlachthofanlagen wird die deutsche Industrie eine Reihe von Einrichtungen, wie Dampferzeugungsanlagen, Apparate für die Gedärmeabteilungen, Anlagen zur Verwertung der Abfälle und des Blutes, vor allem aber Kühleinrichtungen liefern können. Auf lange hinaus wird auch Nachfrage bestehen nach allen mit der Vervollkommnung der Schlachttechnik und Fleischzerteilung wie Tierkörperverwertung zusammenhängenden Gegenständen. Allerdings wird Bulgarien Konzessionen in Anbetracht der sehr scharfen Lieferungs- und Zahlungsbedingungen und der noch recht hohen Nebenkosten machen müssen, sollen die Exportfirmen der deutschen Fleischereimaschinenindustrie dem bulgarischen Absatzmarkt Interesse entgegenbringen.

Das dritte Problem, die Verringerung der Entfernungen von den Erzeugungsstätten zum Verladeort, also das Transportproblem, ist von immenser Bedeutung für die Absetzbarkeit leichtverderblicher Güter, die keinen langen Anfahrtsweg zur Verladestation vertragen. Die Lösung des Problems liegt in einer Verbesserung der teilweise noch immer

1) Lüthje, Direktor der Trockenanlagen AG. Berlin, Vortrag auf dem deutsch-bulgarischen Aussprachetag, Breslauer Messe, 5. Mai 1938.

schlechten Straßen und in der weitgehenden Motorisierung des Anladeverkehrs. „Die Möglichkeit, landwirtschaftliche Transporte zu motorisieren, ist stark begrenzt. Bei allen Wirtschaftsfuhren ist der Lastkraftwagen unwirtschaftlich. Es könnten nur geländegängige, also recht teuere Lastwagen verwandt werden. Deren Leistungen wären sehr gering, da während des Auf- und Abladens die Maschine stilliegt, bei der Kürze der Strecke aber die Geschwindigkeit nicht ausgenutzt werden könnte. Will man Wirtschafisfuhren motorisieren, so verwendet man am zweckmäßigsten luftbereifte Schlepper . . . Der Transport zur Bahn und Stadt wird in zunehmendem Maße und mit wirtschaftlichem Erfolg verkraftet werden können, wenn das Spediteurgewerbe sich mehr als bisher auf diese Tätigkeit einstellt." [1]) Der Reichswirtschaftsminister hat bei seinem letzten Besuch in Sofia dieses Verkehrsverbesserungsproblem ebenfalls angeschnitten und zugesagt, die deutschen Erfahrungen auf dem Gebiete des Straßenbaues den bulgarischen Verkehrsplänen zugute kommen zu lassen. Für den Ausbau des dortigen Straßennetzes kann Deutschland Straßenbaumaschinen jeder Art zur Verfügung stellen, wie es auch bereit ist, sich in die Elektrifizierungsvorhaben und Bewässerungseinrichtungen für die Obst- und Gemüsekulturen einzuschalten. Für den Bau von Treibhäusern können Glas und Beheizungsanlagen gestellt werden, für die Konservenindustrie Verpackungsmaterial aller Art wie jeder Investitionsbedarf für die auf inländischer Rohstoffbasis basierende Zucker-, Ziegel-, Zement-, Baumwoll-, Wolle- und Pflanzenfabrikation befriedigt werden kann.

Damit dürfte in Grundzügen angegeben sein, nach welcher Richtung die deutsche Exportwarenindustrie in den nächsten Jahren an den bulgarischen Wirtschaftsplänen mitwirken kann.

C. III. 1d) **nach Jugoslavien**

Es war im Teil C III 1 über die Entwicklung des jugoslavischen Imports an Hand einer Statistik nachgewiesen worden, daß der Anteil der Rohstoff- und Halbfabrikate an ihm sich im Verlaufe eines Dezenniums verdoppelt hat, während der Fertigwarenanteil auf 46 % des Gesamt-

1) Ries, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin, Vortrag auf dem deutsch-bulgarischen Aussprachetag, Breslauer Messe, 5. Mai 1938.

imports zurückgegangen ist. Diese Strukturveränderung des Imports ist ebenso deutlich an einem einzelnen wichtigen Industriezweig, der Textilindustrie, zu sehen. 1922 stellten Textilrohstoffe und Halbfabrikate erst 5,8 % der Gesamteinfuhr, 1937 aber bereits 24,4 %. Der Fertigwarenanteil belief sich 1922 auf 37,6 %, 1937 aber nur mehr auf 10,1 %. Von 1936 bis 1937 ging die Einfuhr fertiger Textilwaren mengenmäßig um 62,3 % zurück, während sich in dem gleichen Zeitraum der Import von Textilrohstoffen und Halbfabrikaten um 131,5 % erhöhte. Der aus diesen Ziffern zu schließende gewaltige Ausbau der Textilindustrie ist gleichlaufend mit den Einfuhren an Textilmaschinen gewesen.

Jugoslaviens Einfuhr an Textilmaschinen[1)]

Jahr	Wert in Mill. Dinar	Anteil an der Gesamteinfuhr in %
1926	56,5	0,74
1928	49,0	0,63
1931	35,8	0,75
1932	16,6	0,58
1933	33,2	1,15
1934	51,4	1,44
1935	50,7	1,37
1936	74,6	1,38
1937	79,7	1,52

Diese Textilmaschinenimporte stellten und stellen noch immer ein beträchtliches Kontingent der Industriemaschineneinfuhr allgemein. Tatsächlich haben sich 1937 die Maschinenimporte aus Deutschland den ersten Platz in dem Gesamtimport aus dem Reich erobert. Nach einer jugoslavischen Statistik bezog Jugoslavien 1937 für 213,5 Mill. Dinar an Maschinen aus dem Reich, dagegen nur für 36,2 aus der Tschechoslovakei, 27,1 aus England, 20,5 aus Österreich, 17,5 aus USA. und 14,8 Mill. Dinar aus der Schweiz. Es folgen Ungarn, Belgien, Italien und Frankreich. Dem jugoslavischen Importeur ist die Maschineneinfuhr dadurch verbilligt worden, daß Mitte 1938 die Einfuhr, die zur Eröffnung eines Betriebes dient, nur noch mit einer Werttaxe von 2,5 % beim Zollübergang belegt wird. Diese Verbilligung hat sich sofort ausgewirkt: in

1) NfA. 30. 3. 1938.

den ersten neun Monaten 1938 führte Jugoslavien Industriemaschinen im Werte von 425,4 Mill. Dinar gegenüber 366,2 Mill. Dinar im ganzen Jahr 1937 ein. Der Prozentsatz betrug Ende September 11,1 des Gesamtimports.

Jugoslaviens Maschinen-, Apparate- und Transportgeräte-Einfuhr[1]

(in Millionen Dinar)

1. Halbjahr	Maschinen und Apparate	Transportgeräte
1933	37,8	9,7
1934	47,7	14,9
1935	86,1	31,2
1936	122,9	73,9
1937	156,8	80,6
1938	332,0	156,4

Trotz forcierter Inlandserzeugung (neue Hochöfen!) belief sich die Einfuhr von Eisen und Eisenartikeln von Januar bis Juni 1938 auf 319,7 Mill. Dinar gegenüber 268,7 Mill. Dinar im ersten Semester 1937. Ganz zweifellos liegen diesen Erhöhungen, an denen natürlich auch Deutschland teil hatte, wehrwirtschaftliche Momente zugrunde. Dagegen ist eine fortschreitende Annäherung an eine „Autarkie" bei folgenden Produkten der Industrie zu erkennen: Eisenbahnschienen, Draht, Blech, Schrauben und Muttern, Nägel, Gußeisen, Schmiedeeisenwaren, Dynamomaschinen, Holz- und Metallbearbeitungsmaschinen, Hohlglas, Blaustein, Zink, Chlor, Kautschukerzeugnisse. Vorgedrungen ist Deutschland auf dem jugoslavischen Absatzmarkt mit Verkehrsmitteln, Transportgeräten sowie Maschinen und Geräten für die Landwirtschaft und Forstindustrie.

Deutschland ist sicherlich der letzte Staat, der den Industrialisierungsbemühungen eines Agrarstaates entgegenstehen würde, weil auch seine Industrie sich einmal in ihren Anfängen gegen eine schon in der Industrialisierung vorgeschrittene Großmacht schützen mußte. Trotzdem wollen wir dem Leser die Stellungnahme eines früheren jugoslavischen Ackerbauministers[2] nicht vorenthalten, die geeignet ist, die Grenzen,

1) „Devisenwirtschaft und Außenhandel", Nachrichtenblätter der Commerz- und Privat-Bank, 13. 8. 1938.
2) s. „Berliner Tageblatt", Nr. 295, 24. Juni 1936.

bis zu denen der Schutz nationaler Industrien gehen darf, aufzuzeigen: „Ein deutscher Pflug von 73 kg Gewicht kostet, die Reichsmark zu 14 Dinar gerechnet, ab Fabrik 429 Dinar und zusammen mit der Fracht nach Belgrad, Zoll, Steuern und Händlergewinn, die sich auf 393 Dinar stellen, 822 Dinar. Ein heimischer Pflug des gleichen Typs und des gleichen Gewichtes kostet ab Fabrik 700 Dinar und mit Fracht, Steuern und Gewinn im Betrage von 147 Dinar, insgesamt 847 Dinar. Der einheimische Pflug ist demzufolge für den Bauern teurer als der ausländische Pflug des gleichen Typs und des gleichen Gewichtes . . . Wie sich die heimische metallurgische Industrie gegenüber den Preisen von 1925 dem Preissturz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse angepaßt hat, ist aus folgenden Angaben ersichtlich: Im Jahre 1925 kosteten 100 kg Weizen durchschnittlich 450 Dinar. Wenn damals ein Pflug 1200 Dinar kostete, so heißt dies, daß für einen Pflug 267 kg Weizen verkauft werden mußten. Heute, bei einem durchschnittlichen Weizenpreis von 120 Dinar und bei einem Pflugpreis von 850 Dinar muß der Bauer für einen Pflug etwa 700 kg Weizen verkaufen, d. h. um 433 kg mehr als im Jahre 1925. Vor dem Kriege konnte man einen Pflug für 300 kg Weizen erstehen und heute braucht man zweimal soviel. Heute beträgt nur der Zoll auf einen Pflug, auf den Wert des Weizens umgerechnet, soviel wie vor dem Kriege ein ganzer Pflug kostete."

Die umfassenden Pläne der jugoslavischen Regierung, die in einem Sechsjahresplan programmatisch festgelegt worden sind, erstrecken sich auf alle Sektoren und Branchen der Wirtschaft. Es kann erwartet werden, daß das befreundete Deutschland auch im Sinne der Besprechungen des Reichswirtschaftsministers in Belgrad (Oktober 1938) an der Durchführung des Programms teilhaben wird. Es handelt sich dabei um öffentliche Arbeiten, Eisenbahn- und Straßenbauten, Meliorationen und militärische Objekte. Jugoslavien benötigt also in den nächsten Jahren Straßenbaumaschinen, Feldbahnmaterial, Bauaufzüge, Diesel- und Dampflokomotiven — die es entgegen falschen Behauptungen noch nicht selbst erzeugt —, Betonmischer und Straßenwalzen. Einfuhrbedarf ist weiter vorhanden für Halbzeuge aus Kupfer und Messing; für die Verkehrserschließungsarbeiten Leitungsmaterial, Eisenbahnoberbaumaterial, Signalanlagen usw. Meliorationsarbeiten (Entwässerungen und Aufschüttungen) sind auf Flächen von über 500 000 ha für Siedlungszwecke vorgesehen. Gegenwärtig wird an der Entsumpfung des Donau-Save-

Überschwemmungsgebietes zwischen Belgrad und Zemum gearbeitet, wo schon deutsche Maschinen eingesetzt sind. Die Zeitdauer dieses Werkes ist auf vier Jahre veranschlagt, so daß mit einem Nachbestellungsbedarf von Baggern, Förderbändern, Kleinbahnmaterial und Pumpenanlagen zu rechnen ist. In der Metallindustrie werden benötigt: Spezialrohre, Feinbleche, Schiffsbaugesenkteile, Stahlhochbau- und Brückenbaumaterial. Die fortgeschrittene Motorisierung des Landes hat wie überall eine Garagennot entstehen lassen, die die Bauindustrie veranlassen wird, Garageneinrichtungen, Hebebühnen, Schmierpumpen usw. vom Ausland einzuführen.

C. III. 2) Deutschlands Anteil an der Motorisierung Südosteuropas

Die Motorisierungswelle, die innerhalb der letzten vier Jahre erneut in den führenden Ländern der Automobilproduktion eingesetzt hat, drängt mehr als jemals nach Expansion. Die Welterzeugung von Kraftfahrzeugen (Personenautos, Lastkraftwagen und Motorräder) hat den Stand des Rekordjahres 1929 bereits wieder überschritten. Damit hat die Kraftwagenindustrie in der ganzen Welt den Produktionsrückgang der Krisenjahre, die nach 1929 einsetzten, überwunden. In Europa gehören zu den bis jetzt am geringsten motorisierten Ländern die Staaten Südosteuropas.[1]) Es bedarf keiner besonderen Beweisführung, daß der „Kraftwagenhunger" gerade dieser Länder besonders groß ist, zumal auch sie inzwischen erkannt haben, daß die Förderung der Kraftverkehrswirtschaft eines der Mittel ist, um die ganze Wirtschaft zu beleben. Da keiner dieser Staaten über eine eigene Automobilindustrie verfügt, bleibt der Hauptweg ihrer Motorisierung die Einfuhr von Kraftwagen aus den Staaten, die über eine gut durchgebildete und auf langer Erfahrung aufgebaute Kraftfahrzeugindustrie verfügen und die imstande sind, ein Wagenmaterial zu liefern, das in bezug auf Leistung, technische Ausgereiftheit und solide Bauart auch für die schwierigsten Straßenverhältnisse geeignet ist.

1) s. a. „Handel mit dem Osten", Beilage der „Breslauer Neuesten Nachrichten", Februar 1935 und 1936.

Man könnte mit Recht fragen, warum die Motorisierung der südosteuropäischen Länder in der Nachkriegszeit so wenig vorangekommen ist und welche Gründe dafür vorliegen, daß man erst in den letzten vier Jahren eine immer mehr ansteigende Durchdringung der Länder mit Kraftwagen beobachten kann. Die Gründe liegen sehr klar zu Tage: Einmal handelt es sich hier, grundsätzlich gesehen, um sehr weiträumige Siedlungsgebiete mit geringer Bevölkerungsdichte, und was noch wesentlicher ist: Durch die Agrarkrise der Jahre 1929/33 ist die Kaufkraft auch der Schichten, deren finanzielle Lage es ihnen sonst ermöglicht hätte, sich einen Kraftwagen als Reise- oder Geschäftswagen anzuschaffen, stark herabgemindert worden, ganz zu schweigen von der auch heute noch in größter Bedürfnislosigkeit lebenden landwirtschaftlichen Bevölkerung. Als ernsthafte Käuferklasse für Personenwagen waren nämlich schon immer nur Industrielle oder wohlhabende Kaufleute in Frage gekommen. Die freien Berufe, Advokaten, Ärzte oder Geschäftsreisende erwarben zumeist gebrauchte Wagen, wenn es sich um stärkere Wagentypen handeln mußte, oder sie waren Käufer typischer Kleinwagen, mit denen die Amerikaner und Franzosen gute Geschäfte gemacht haben. Als weiterer Käufer kommt jeweils der Staatsfiskus in Frage, und zwar einmal für die Motorisierung des Heeres und zum anderen für den Behördenbedarf. Alle diese Käuferschichten stellen aber, wie gesagt, in jedem Lande nur ein gegenüber der Gesamtbevölkerung geringes Kontingent dar.

Ein besonderes Kapitel sind die im allgemeinen sehr schlechten Straßenverhältnisse. „Das Straßennetz . . . bleibt fast überall sehr stark hinter der mitteleuropäischen Dichte und Güte zurück. Eine intensivere Motorisierung des südosteuropäischen Raumes verlangt, daß die von den Hauptverkehrswegen in die Flächen hineinstrahlenden Zubringerstraßen und die lokalen Straßen auf einen kraftverkehrstauglichen Stand gebracht werden. Erst wenn diese Voraussetzung erfüllt ist, wird sich der Kraftwagen auch außerhalb der großstädtischen Zentren dieser Länder in größerem Umfang einführen lassen und die Motorisierung stärkere Fortschritte machen können.“ [1]) Ein typisches Beispiel ist Rumänien: Nach einer Aufstellung des Verkehrs-

1) Sonderbeilage zum Wochenbericht des „Institutes für Konjunkturforschung“, zitiert nach „Breslauer Neuesten Nachrichten“, 2. 12. 1938, Seite 10.

ministeriums sind von den 13 000 km Hauptverkehrsstraßen in Rumänien drei Viertel mit Kraftwagen nicht befahrbar. Es sind 10 055 km oder 78 % der Straßen in schlechtem Zustand und nur 2875 km oder 22 % als gute Straßen zu bezeichnen. Von den 10 055 km sind geschotterte Straßen in schlechtem Zustand 6050 km, geschotterte Straßen ganz schlecht 2500 km, Straßen mit Unterbau nicht geschottert 225 km, Straßen mit Steinpflasterung (350 km) und mit halber Steinpflasterung (250 km). Im Bau befinden sich gegenwärtig Schotterstraßen mit einer Länge von 2275 km. Wohlgemerkt, dies sind nur die Angaben für die Hauptverkehrsstraßen, im deutschen Sinne Reichsstraßen erster Ordnung. Die Nebenstraßen, die Straßen zweiter und dritter Ordnung, die von den Komitaten und Gemeinden erhalten werden müssen, sind teilweise so schlecht, daß sie nicht einmal mit Fuhrwerken befahren werden können. Die wenig kraftfahrzeugfreundliche Zoll-, Devisen- und Steuerpolitik der Regierungen hatte in den Krisenjahren ihr gut Teil dazu beigetragen, die Kraftwageneinfuhr zu drosseln und den Kraftwagenbesitz zu einer Luxusangelegenheit zu machen. Hinzu kam das Bestreben, eigene Autoindustrien im Lande zu errichten — was bisher nirgends gelungen ist — oder zum wenigsten die Errichtung von Montageanlagen ausländischer Autofabriken zu begünstigen, um sich auf diese Weise von der Einfuhr möglichst unabhängig zu machen.

Seit der Überwindung der Wirtschaftskrise ist die Kraftwageneinfuhr Südosteuropas und damit der Kraftwagenbestand wieder angestiegen. Man muß sich aber dabei vergegenwärtigen, daß das ausschlaggebendste Moment für die Erhöhung der Kraftfahrzeugeinfuhrzahlen der nunmehr seit Kriegsende im stärksten Maße zum Durchbruch gekommene Wille zur Motorisierung gewesen ist. Wir dürfen dabei für uns in Anspruch nehmen, mit unserer steuererleichternden Politik Südosteuropa mit einem lehrreichen Beispiel vorangegangen zu sein. Von allen Südostländern hat dabei Jugoslavien zuerst mit dem System der hohen Steuerbelastung und Einfuhrdrosselung gebrochen, indem der frühere Ministerpräsident Dr. Stojadinowitsch 1935 als Finanzminister der Regierung Jeftitsch die Autosteuer aufhob, d. h. die Luxusgebühr, die 10 % des Wertes jedes Wagens betrug, wurde ganz aufgehoben, der Einfuhrwertzoll auf Kraftwagen wurde um 15 % ermäßigt, so daß alle Abgaben bei einem Import von Kraftwagen schließlich nur noch 47 % des Wagenwertes ausmachten. Außerdem erfolgte eine Benzin-

preissenkung um 1,75 Dinar pro Kilogramm. Die erste Folge dieser Maßnahme war die Wiederinbetriebnahme der stillgelegten Wagen, die zweite ein rapider Anstieg der Autoeinfuhr. Um diese Entwicklung zu verdeutlichen seien einige Ziffern über den Kraftwagenbestand und die Kraftwagendichte Jugoslaviens, sowie Ungarns, Bulgariens und Rumäniens erwähnt, um nachfolgend zu zeigen, in welchem Maße Deutschland an der Kraftwageneinfuhr Südosteuropas beteiligt ist.

Kraftfahrzeugbestand Südosteuropas [1]

(PKW., LKW., Kräder)

(Zahlen in Stück)

Land	1935	1936	1937
Jugoslavien	10 400	12 770	16 000
Ungarn	25 087	27 000	34 846
Bulgarien	2 081	3 644	—
Rumänien	35 000	25 150	25 500

Dabei sei gleichzeitig auch die Entwicklung der Kraftwagendichte nach Stichtagen angegeben: Während am 1. 1. 35 in Jugoslavien auf 1356 Einwohner ein Kraftwagen kam, besaß am 1. 1. 38 schon jeder 900. einen Wagen. In Ungarn war die Entwicklung der Kraftwagendichte ebenfalls recht günstig: Am 1. 1. 1935 nannte erst jeder 606. Einwohner einen Kraftwagen sein eigen, am 1. 1. 1937 bereits jeder 330. Bulgarien, das von allen Südostländern bisher das am schwächsten motorisierte war, hat seine Kraftwagendichte ebenfalls sehr wesentlich verbessern können. Hier lauten die Zahlen mit den Stichterminen vom 1. 1. 1935 und 1. 1. 1937 2960 bzw. 1666. Die im Herbst 1936 eingetretene Ermäßigung des Zollsatzes auf 20 Prozent für Personenkraftwagen und fünf Prozent für Lastkraftwagen und Omnibusse hat sich sehr schnell ausgewirkt. Die Senkung der jährlichen Kraftwagensteuer von 2000 auf 1000 Lewa wurde ausgeglichen durch eine verhältnismäßig geringe Erhöhung des Benzinpreises. Auch Rumänien hat infolge der intensiv betriebenen Ausrüstung seines Heeres mit Motorfahrzeugen seine Kraftwagendichte nicht unerheblich erhöhen können. Die Zahlen lauten hier mit den Stichterminen vom 1. 1. 1935 und 1. 1. 1938 796 bzw. 592. Alle diese Dichtezahlen, in das Verhältnis zu der Kraftwagen-

1) s. a. „Der Wirtschafts-Ring", Heft 1, 7. 1. 1938, Seite 13 ff; NfA. 12. 5. 1939.

dichte anderer außerhalb Südosteuropas liegender schon stärker motorisierter Länder gesetzt, geben erst ein Bild davon, in welchem Maße die Motorisierung Südosteuropas noch gefördert werden muß, wenn sich eine Verkehrsdichte herausbilden soll, die der wirtschaftlichen Bedeutung der Südoststaaten entspricht.

Inzwischen ist besonders im Laufe der letzten vier Jahre das südosteuropäische Wegenetz schon allein aus strategischen Gründen weiter ausgebaut worden. Dies gilt vorwiegend für Rumänien und Jugoslavien. In den Parlamenten beider Länder ist nämlich immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die beste Ausrüstung eines Heeres mit Motorfahrzeugen vom strategischen Standpunkt aus unsinnig ist, wenn man nicht vorher für einen soliden Straßenausbau sorgt. So erhöhte sich in Rumänien von 1933 bis 1936 die Wegelänge von 65 762 engl. Meilen (1 engl. Meile = 1,6 km) auf 82 511 Meilen. Ebenfalls in Jugoslavien ist im Rahmen großer öffentlicher Arbeiten das Straßennetz wesentlich erweitert worden und beträgt nach dem Stande vom Jahre 1936 28 170 Meilen (1933: 24 626). Die geringste absolute Wegelänge hat im Südosten außer Griechenland Bulgarien. Alle Südoststaaten zusammen (Jugoslavien, Rumänien, Bulgarien und Ungarn) verfügen über eine Wegelänge von 155 197 engl. Meilen. Als Vergleich hierzu die Wegelängenziffer Großdeutschlands ohne Autobahnen nach dem Stande vom Jahre 1934: 240 044 Meilen.

Schließlich sei in einem kurzen Abriß noch der Anteil bzw. die Bedeutung, die Deutschlands Kraftwagenexport für die Motorisierung Südosteuropas hat, beleuchtet. Die deutsche Autoindustrie hat zunächst etwas zu spät erkannt, daß für den Südosten ein ganz besonderer, für die dortigen Straßenverhältnisse geeigneter Wagentyp exportiert werden muß. Die Wegeverhältnisse verlangen eben hier einen nicht zu schweren Wagentyp mit hoher Bodenfreiheit und starken Motoren. Immerhin ist es der deutschen Kraftfahrzeugindustrie allmählich gelungen, auf dem Südostmarkte vorzudringen, und in Jugoslavien und Ungarn sind heute die deutschen Wagen die beliebtesten. Von dem Gesamterlös des deutschen Kraftwagen- und Krafträderexports im Jahre 1937 fielen 15 % auf die Südostländer einschließlich Griechenland und Albanien. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die steigende Bedeutung des deutschen Kraftwagens für die südosteuropäische Motorisierung.

Südosteuropas Kraftfahrzeugeinfuhr aus Deutschland[1]

(PKW., LKW., Kräder)

(Zahlen in Stück)

Land	1934	1935	1936	1937
Jugoslavien	88	452	1060	2360
Ungarn	259	1102	1836	2590
Bulgarien	23	285	860	—
Rumänien	29	213	850	1297

Bei Betrachtung dieser erfreulichen Entwicklung, die absolut gesehen im Rahmen der deutschen Gesamtkraftwagenausfuhr natürlich noch nicht entscheidend ins Gewicht fällt, darf nicht vergessen werden, daß das System der Clearingverrechnung dem deutschen Kraftwagenexport sehr zustatten gekommen ist, im Gegensatz zu dem Devisenfreisystem, unter dem die südosteuropäischen Kraftwagenimporteure die Zahlungen in starken Devisen z. B. an die Amerikaner, Engländer oder Franzosen leisten müssen. Ein weiteres günstiges Moment für das Vordringen des deutschen Kraftwagens ist die größenklassenmäßige und preisklassenmäßige Streuung der deutschen Produktionsprogramme. Sie ermöglichen es, den jeweiligen Einkommensverhältnissen besser Rechnung zu tragen als die der anderen Lieferländer. Die deutsche Autoindustrie hat sich darüber hinaus in der vergangenen Zeit bemüht, durch Ausbau von Montagewerkstätten und Ersatzteillagern sowie Neuerrichtung von Ausstellungsräumen den Vorsprung, den bisher die anderen Kraftwagen produzierenden Länder hierin hatten, einzuholen. Die Erfolge geben diesen Bemühungen recht. In Bukarest haben zwei große deutsche Autokonzerne schon 1936 an günstig gelegenen Stellen der Stadt repräsentative Verkaufsräume geschaffen, und die Eröffnung des Kundendienstes der „Exportgemeinschaft deutscher Automobilfabriken" im Januar 1938 in Belgrad ist noch in frischer Erinnerung. Letzte Ziffern über die Stellung der deutschen Wagen in Rumänien beweisen auch in diesem Lande den großen Fortschritt in der Durchdringung des Südostens mit den hochwertigen Erzeugnissen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie. Von allen im ersten Halbjahr 1937 in Rumänien eingetragenen

1) s. a. „Handel mit dem Osten", Beilage der „Breslauer Neuesten Nachrichten", Februar 1935 und 1936.

Autos stammten 61 % aus USA. und 21 % (zweiter Platz) aus Deutschland. Im ersten Semester 1938 beliefen sich diese Prozentsätze auf 63 bzw. 27.

Die Aussichten für einen weiteren verstärkten Export von deutschen Kraftwagen nach dem Südosten sind durchaus als günstig anzusprechen. Abgesehen von dem durch Neumotorisierung erforderlichen Autoimport ergibt sich mit steigendem Kraftwagenbestand für jedes dieser Länder die Notwendigkeit, ihren Automobilpark immer wieder zu ergänzen. Hierzu gehört auch die Beschaffung von Kraftfahrzeugteilen. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Von den in Jugoslavien laufenden 16 000 Personen- und Lastwagen sind nur rund 7300 jünger als sechs Jahre. Demnach müßte der Rest baldmöglichst ergänzt werden, wobei noch zu bedenken ist, daß sechs Jahre Laufzeit für einen Wagen schon erheblich hoch liegt. Schließlich sei noch erwähnt, daß die Südostländer in zunehmendem Maße daran gehen, die Kraftpostverbindungen neu auszubauen oder zu ergänzen, so daß damit zu rechnen ist, daß auch immer mehr der strapazierfähige deutsche Autobus beim Import herangezogen wird.

C. III. 3) Deutsche Rohstoffausfuhr nach dem Südosten

Deutschland ist nicht nur ein Empfänger südosteuropäischer Rohstoffe, sondern liefert auch nicht unbeträchtliche Quantitäten an Rohstoffen verschiedener Art nach dem Balkan. Die wichtigsten Exportartikel sind Kohle, Koks und Preßkohlen. Die Länder verfügen zwar über nicht unergiebige Braunkohlenfelder, aber ihre Steinkohlenvorräte sind gering und zur Verkokung bzw. Verhüttung nicht besonders geeignet. Vor dem Kriege war der Balkan Großabnehmer deutscher Kohle (Österreich-Ungarn, Serbien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien nahmen 1913 13,63 Mill. Tonnen an Kohle von Deutschland auf). 1925 war diese Kohlenmenge auf 1,76 Mill. Tonnen zusammengeschrumpft. Polen war in den ersten Nachkriegsjahren der schärfste Konkurrent Deutschlands. Bis zur Gegenwart hat sich aber Deutschland wieder an die Spitze mit einem 70prozentigen Anteil an der Belieferung Südosteuropas (Polen 35 Prozent) geschoben. Nur für die von uns beschriebenen Länder betrachtet, entwickelte sich Deutschlands Kohlenausfuhr nach dem Südosten in den letzten Jahren wie folgt:

Deutschlands Kohlenlieferungen nach Südosteuropa[1]

(Kohle, Koks und Preßkohle zusammen)

(in Millionen Tonnen)

Jahr	Ungarn	Jugoslavien	Rumänien	Bulgarien
1933	41 736	101 089	23 178	2 536
1934	114 076	84 249	13 391	6 281
1935	249 115	143 598	21 818	5 727
1936	288 838	400 070	31 703	4 512
1937[2]	313 000	547 900	38 000	11 600

Wie man sieht, eine durchaus erfreuliche Steigerung, die sich in Anbetracht der Industrietätigkeit im Südosten fortsetzen könnte.

Die Düngemittelexporte Deutschlands haben noch nicht im entferntesten die Mengen erreichen können, die notwendig wären, um die landwirtschaftlichen Erträge in den einzelnen Ländern an das mittel- und westeuropäische Ertragsniveau heranzuführen. Im allgemeinen machen die Düngemittelbezüge und die Schädlingsbekämpfungsmittel nur wenige Prozent der gesamten Chemikalienimporte der Südoststaaten aus. Die große Masse der Bauern verwendet selten künstliche Düngemittel, und was die Spezialkulturen benötigen, vermag größtenteils die inländische Düngemittelherstellung zu liefern. Wir lassen noch eine aufschlußreiche Tabelle über den Düngemittelverbrauch im Donauraum und im Vergleich dazu in Ländern mit intensiver Bodenbearbeitungstechnik, Deutschland und Holland, folgen:

Düngemittelverbrauch pro ha[3]

Länder	in kg Phosphorsäure	Stickstoff
Ungarn	1/2	3/4
Rumänien	1/15	1/9
Bulgarien	1/2	1/5
Jugoslavien	1	2/5
Holland	35	32
Deutschland	19	14

1) Meis, „Die deutsche Kohlenausfuhr nach Südosteuropa“ in „Der Wirtschafts-Ring“, Heft 1, 7. 1. 1938.

2) Ziffern für Januar bis Oktober.

3) Greiling: „Chemieexport nach Osteuropa“ in „Handel mit dem Osten“, Beilage der „Breslauer Neuesten Nachrichten“, Nr. 3, April 1935, Seite 2.

Weitere in Deutschland gewonnene oder erzeugte Rohstoffe, die nach dem Südosten gehen, sind Steine und Erden, Lumpen, Holzzellstoff, Steinsalz und Zellwolle. Für die Ausfuhr von Zellwolle nach dem Donauraum besteht ein Ausnahmetarif des Donauumschlagtarifes von den deutschen Zellwollefabriken bis zu den deutschen Donauumschlagplätzen. Er ist Anfang April 1938 bis zum 31. März 1939 verlängert worden und stellt eine bedeutende Frachtermäßigung dar.

C. IV. **Auslandswerbung für deutsche Waren**

Alle Werbung außerhalb der Landesgrenzen liegt nicht mehr unter dem Einfluß evtl. zwangsweise vom Staate angeordneter bzw. durchzuführender Richtlinien. Wer im Ausland für deutsche Waren wirbt, ist ganz allein auf die eigene Leistungsfähigkeit, Geschick, Anpassungsfähigkeit und Fingerspitzengefühl gestellt. Der Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft, Professor Dr. Hunke, hat auf dem Zweiten Deutschen Betriebswirtschaftertag Mitte 1936 einige Leitsätze für die Auslandswerbung aufgestellt, die in ihrer Klarheit und Präzision das immer sehr schwierige Problem der Auslandswerbung bzw. derer, die diese betreiben, ausgezeichnet beleuchten. Die wichtigsten vier Gesichtspunkte, knapp zusammengefaßt, seien hier aufgeführt, nicht nur deswegen, weil ihnen auf Grund einer eigenen Auslandserfahrung vollinhaltlich zugestimmt werden muß, sondern auch, weil von ihnen ausgehend einige für die deutsche Exportwirtschaft wichtige Fragen beantwortet werden können:

1. Ausrichtung der Auslandswerbung unter eine Idee und auf weite Sicht.
2. Kenntnis der fremden Mentalität.
3. Vertrautheit mit dem eigenen Erzeugnis.
4. Auswahl der entsprechenden Persönlichkeit.

Wirtschaftliche Auslandswerbung ist nach dem Weltkrieg weniger denn je ein absoluter, ein Eigenleben führender Begriff. Man kann für eine Ware nicht werben, wenn man nicht wirtschafts- und geopolitische Faktoren einkalkuliert. Hunke hat ganz recht, wenn er in dem ersten Gesichtspunkt die Begriffe der Idee und des „Arbeitens auf weite Sicht"

koppelt, weil es für den Auslandsvertreter nicht genügen kann, im Augenblick nur möglichst viel abzusetzen, sondern weil er darauf bedacht sein muß, dies über einen längeren Zeitraum hindurch tun zu können. Das heißt also, er muß über so viel wirtschafts- und geopolitische Kenntnisse verfügen, daß er z. B. im Falle Südosteuropas die deutschen Südostpläne in ihrer Gänze beurteilen kann, um sie für seine Arbeit mit einzusetzen.

Ein eminent wichtiger Punkt, vielleicht der wichtigste überhaupt, ist die richtige Einschätzung der fremdländischen Sinnesart. Hierin ist auf dem Balkan in der Vergangenheit besonders schwer gesündigt worden, wozu die Propaganda- und Presseämter der k. u. k. Donaumonarchie ihr gerüttelt Maß Schuld beigetragen haben. Leider sind auch heute noch nicht manche Vorstellungen und Ansichten über die „primitiven Mamaliga-Esser" auf dem Balkan verschwunden, und man führt die technische und zivilisatorische Überlegenheit des mitteleuropäischen Gegenwartslebens an, ohne Kenntnis der Tatsache, daß die Balkanvölker es verstanden haben, sich über eine durch Jahrhunderte dauernde Fremdherrschaft hinaus ihr kulturelles Eigenleben zu erhalten. Hierauf sind diese Völker mit Recht stolz, und wer es nicht versteht, eine gewisse Rückständigkeit in manchen anderen Dingen großzügig zu übersehen, hat von vornherein verspielt. Daß der Auslandsvertreter sich binnen kurzer Zeit mit den fremdländischen Marktverhältnissen vertraut macht, ist eigentlich selbstverständlich. Dazu gehört, daß er sich fortlaufend über die allgemeine Wirtschaftsentwicklung des Bearbeitungslandes orientiert. Hierbei stehen ihm die zwischenstaatlichen Handelskammern, vor allem aber die großen Tageszeitungen mit gut geleiteten Wirtschaftsteilen sowie das einschlägige Schrifttum beratend zur Seite.

Was man ebenfalls verlangen muß, ist ein fachliches Wissen zum wenigsten in der Branche, in der er arbeitet. Wenn er also Maschinen verkaufen will, muß er ein ganzer Kaufmann, aber auch ein halber Ingenieur sein. Der Käufer auf dem flachen Lande wünscht gewöhnlich sofort über die Handhabung der betreffenden Maschine usw. informiert zu werden. Wir sind uns durchaus darüber klar, wie schwer es ist, die erforderlichen Kenntnisse beider Berufe zu vereinigen. Aber Auslandsarbeit verlangt eben Spitzenleistung, und wer sie nicht erfüllen kann, soll lieber zu Hause bleiben.

„Nach der alten englischen Devise ‚Menschen, nicht Maßnahmen' spielen naturgemäß die Menschen, die wir brauchen, um alle diese Aufgaben durchzuführen, eine ausschlaggebende Rolle. Bei der Auswahl der für draußen bestimmten Menschen sollte man sich von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß die besten gerade gut genug sind. Der Mann draußen ist weitgehend auf sich selbst angewiesen und hat nicht die Möglichkeit, wie der Mann zu Hause, sich auf viele Organisationen stützen zu können. Ein schlechter Mann draußen — und das gilt in jeder Beziehung — schadet mehr, als neunundneunzig gute Männer gutmachen können." [1])

C. V. Die Messen als Instrumente der neuen Handelspolitik

Es ist einmal die Frage gestellt worden, ob angesichts der in allen Ländern zu beobachtenden nationalwirtschaftlichen Tendenzen, der seit der Einführung der Devisenbewirtschaftung und Kontingentspolitik eingetretenen Verbürokratisierung der Außenhandelsgeschäfte und der Einteilung der Welthandelsländer in Staatengruppen mit „schwachem" und „starkem" Devisensystem die Beschickung von Messen sich überhaupt noch lohne. Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk hat auf diese pessimistischen Erwägungen in seiner Rede zur Eröffnung der Breslauer Messe 1938 geantwortet: „Die Messen haben nichts an Bedeutung verloren, sie sind notwendiger denn je. Als Treffpunkt von Käufern und Verkäufern verschiedener Nationalitäten dienen sie der persönlichen Aussprache und Anknüpfung neuer dauernder Beziehungen, nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch kultureller und politischer Art. Messen sind Mittler zwischen den Völkern. Ihr Ziel ist auf friedliche Zusammenarbeit und ehrlichen Wettbewerb gerichtet. Hier werden wesentliche Voraussetzungen geschaffen für die Pflege geordneter Handelsbeziehungen." Damit ist von autoritativer Seite Bedeutung und Aufgabenkreis der Messearbeit eindeutig gekennzeichnet worden.

1) Dr. Max Ilgner, Vorstandsmitglied der I. G. Farben AG., „Kieler Vorträge", Heft 53, Seite 17/18.

Seit der Unterstellung des deutschen Messe- und Ausstellungswesens unter den Verfügungsbereich des Werberates der deutschen Wirtschaft im September 1933 hat es von 1934 ab eine grundlegende Umgestaltung und Ausrichtung auf den nationalsozialistischen Stil erfahren. Die Messeüberschneidungen sind beseitigt und die klare Gliederung der Messen nach ihrem Aufgabenbereich durchgeführt worden. Als eigentliche Messen fungieren heute nur noch fünf, nämlich die Internationale Frühjahrs- und Herbstmesse in Leipzig — das „Schaufenster der Welt" —, die Südostmesse Breslau, die Ostmesse Königsberg, die Kölner Messe und die Frühjahrs- und Herbstmesse Wien. Alle anderen Veranstaltungen sind als Fach-, Spezial- und Nationalausstellungen sowie Leistungsschauen zugelassen.

Es war nur zu natürlich, daß sich der Reglementierung des Außenhandels auch die Methoden der Messeabwicklung anpassen mußten. „Nicht das normale Spiel von Angebot und Nachfrage ist also entscheidend für die Beurteilung der Erfolgsaussichten der heutigen Messeveranstaltungen in geschäftlicher Hinsicht, nicht also der Bedarf als solcher, sondern die Höhe der zur Verfügung stehenden Devisengenehmigungen und Warenkontingente." [1]) Es werden also heute nach Möglichkeit in die handelsvertraglichen Vereinbarungen zwischen zwei Ländern für die Messen bestimmte Kontingente bzw. zusätzliche Devisengenehmigungen eingebaut. Diese neu eingerichtete Methode kann allein die geschäftlichen Erfolge einer Messe verbürgen, weil dadurch für Käufer wie für Verkäufer die Plattform geschaffen ist, von der die Messekompensationsgeschäfte eingeleitet werden können. Man könnte einwenden, daß derartige zusätzliche auf den Messen vor sich gehende Geschäfte auch außerhalb einer Messeveranstaltung durchgeführt werden könnten, aber schließlich sollen Messen nicht nur einen geschäftlichen Erfolg nach sich ziehen, sondern sich auch als Instrumente der Handelspolitik und Werbung bewähren. Hierin ist ihr volkswirtschaftlicher Wert zu sehen. Sie geben also nicht nur eine Schau der in einer Volkswirtschaft erzeugten Waren, sondern sie sollen dem ausländischen Kaufmann den Anreiz geben, über die von ihm auf der Messe selbst getätigten

1) „Das Auslandsgeschäft auf der Breslauer Messe" in „Breslauer Neueste Nachrichten", Handelsteil, 27. 4. 1938.

Geschäfte hinaus die Geschäftsverbindung mit dem die betreffende Messe veranstaltenden Staat auszubauen und zu vertiefen.

C. V. 1) **Breslau und Wien**

Die zum ersten Male im Jahre 1934 erfolgte Erweiterung des seit jetzt sechs Jahrzehnten bewährten Landmaschinenmarktes zur Breslauer Südostausstellung war begründet einmal in Breslaus Tradition als alter Handelsplatz zwischen Mittel-, Ost- und Südosteuropa, sodann durch die überaus günstige geographische Lage der schlesischen Landeshauptstadt in der Südostecke des mitteleuropäischen Raumes. „Zunächst war es dies, daß Breslau seine neue Arbeit auf einem handelspolitischen Programm aufbaute, auf dem Gehalt des Schachtschen Neuen Planes . . . So wie dieses Programm eine selbstgewählte Beschränkung bedeutete, so gilt auch das gleiche für die Absteckung der äußeren Grenzen, innerhalb deren sich die Auswirkungen der Breslauer Messe erstrecken sollten. Dieser geographische Raum umfaßte die Länder Bulgarien, Jugoslavien. Polen, Rumänien, Tschechoslovakei, Türkei und Ungarn . . . Eine der Breslauer Messemethoden ist also das Streben der Arbeit in die Tiefe.“ [1] Breslau hat zur Erleichterung der Geschäftsabwicklungen zu ganz neuartigen Methoden überhaupt gegriffen. Über die schon erwähnten Messeabmachungen hinaus richtete es sogenannte zwischenstaatliche Besprechungen, die von den zwischenstaatlichen Handelskammern während der Messetage durchgeführt wurden, ein, um zwischen Kaufleuten und Wirtschaftsführern der Ost- und Südoststaaten und den deutschen Vertretern in offener Aussprache über handels- und warenpolitische Probleme die Herstellung eines persönlichen Kontaktes zu ermöglichen. „Das bahnbrechend Neue aber war der von Anfang in weiser Voraussicht aufgebaute Apparat einer ganzen Reihe einschlägiger, mit gut unterrichteten Fachleuten besetzter Auskunftsstellen — bei der vorigen Messe (1937) insgesamt 27! —, bei denen die Interessenten aus dem Inland wie auch aus dem Ausland für die sofortige Überbrückung der Schwierigkeiten, die den Handel über die Grenzen oder gar über mehrere Grenzen betreffen, Ratschläge erhalten oder die entsprechenden Maßnahmen ver-

1) Ulrich Hösel, Direktor der Breslauer Messe-AG. in „Der Südosten“, Nr. 2, 30. 4. 1937.

mittelt bekommen konnten.“ [1]) Im Verlaufe von drei Jahren hat sich der Breslauer Handelsplatz durch Mitwirkung seiner Messe immer mehr zu einer Agrarimportumschlagstelle für südosteuropäische Landwirtschaftsprodukte herausgebildet, wozu auch die offizielle Anerkennung der Großmarkthalle Breslau als Umschlagplatz für Obst und Gemüse wie überhaupt Frischwaren nach dem Innern des Reiches sowie nach den skandinavischen Ländern beitrug. Andererseits werden von deutscher Seite vornehmlich solche industriellen Erzeugnisse angeboten, die für die aus dem landwirtschaftlichen Sektor der Südoststaaten stammenden Besucher Interesse haben.

Wenn also der Breslauer Messe die spezielle Betreuung Ost- und Südosteuropas zuerkannt wurde, so entstand nach der Eingliederung der Ostmark durch die Wiener Messe, die bisher lediglich ein Spiegelbild „der industriellen und handwerklichen Erzeugung des kleinen Österreichs war“ [2]), insofern ein gefährlicher Konkurrent, als die alte Handelsstadt an der Donau aus einer jahrhundertealten Tradition heraus zum allgemeinen Südosttor des großdeutschen Reiches zu werden versprach. Aus der zuerst getroffenen Bestimmung, Wien nur als Herbstmesse zuzulassen und Breslau als Frühjahrsmesse beizubehalten, geht hervor, daß auch amtliche Stellen der Ansicht waren, es werde unter Umständen zu einem die geradlinige Ausrichtung der deutschen Handelspolitik störenden Konkurrenzkampf kommen, wenn eine jahreszeitliche Terminentrennung nicht erfolge. Der Anschluß des Sudetenlandes hat dann die Situation aufs neue verändert, nachdem auch Breslau wenigstens einen Teil des Hinterlandes, das ihm nach Versailles verlorengegangen war, wiedererhalten hat und seine verkehrsmäßige Annäherung an den südosteuropäischen Absatz- und Liefermarkt durch die Einrichtung einer direkten, durch die Tschechoslovakei führenden Zugverbindung, durch die Planung einer Autostraße Breslau—Wien und durch die baldigst in Angriff zu nehmende Fertigstellung des Oder-Donau-Kanals begünstigt und verbessert wird. Man hat also Wien auch wieder als Frühjahrsmesse zugelassen. „Die Eigenart der Wiener Messe mit ihrem durch die hochentwickelte österreichische Geschmacks- und Luxuswarenindustrie stark modisch betonten Charakter kann nicht auf die saisonmäßig bestimmten

1) „Die Rolle der Breslauer Messe in der deutschen Handelspolitik“ in „Oberschlesische Wirtschaft“, Heft 4, April 1938, Seite 172.
2) s. NfA. 12. 9. 1938.

Termine im Frühjahr und Herbst verzichten. Der besondere Charakter der Breslauer Messe, der in ihrer Orientierung nach der Seite des deutschen Agrarimports liegt, dürfte dadurch in keiner Weise berührt werden . . . Eine durch sachliche und terminmäßige Koppelung begünstigte Zusammenarbeit der beiden Messen könnte ihnen daher nicht nur zu ihrem eigenen Vorteil gereichen, sondern vor allem auch zum Nutzen der gesamten deutschen Außenhandelswirtschaft höchst fruchtbringend werden." [1])

Beide Messeplätze haben also im Hinblick auf die zukünftige Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit dem Balkan genügend Aufgaben als Transitplätze erhalten. Während Wien zwischen Südosteuropa und Westdeutschland, Westeuropa und Übersee (deutsche Nordseehäfen!) wird vermitteln können, kann Breslau jetzt auch für Massengüter durch den verbilligten Donauweg die Umschlagtätigkeit nach Ost- und Norddeutschland sowie nach Skandinavien fortführen.

C. V. 2) **Leipzig**

Leipzig ist die große Reichsmesse ohne gebietsmäßigen Einschlag. Ihr „Feld war schon immer die Welt" und niemand beabsichtigt, dies zu ändern. Was ihr gegenüber den anderen Messen die Überlegenheit gibt, ist eben die Tatsache, daß der südosteuropäische Kaufmann in Leipzig mit Vertretern aller Nationen zusammentrifft und hier auch von Übersee kaufen und an Übersee verkaufen kann. Was die Beliebtheit der Leipziger Messe noch gesteigert hat, ist, daß die Südostländer in der sächsischen Metropole Gelegenheit haben, die nichtdeutschen Geschäftsleute für ihre mit Stolz zur Schau gestellten Industriewaren zu interessieren. Auf der Frühjahrsmesse 1938 marschierte der Balkan (Bulgarien, Griechenland, Jugoslavien, Rumänien, Ungarn und Türkei) unter den Wirtschaftsräumen mit einem Firmenvertretungskontingent in der erstaunlichen Höhe von 183 weitaus an der Spitze. Zweifellos hat der Leipziger Platz aber auch insofern Nachteile, als die Südoststaaten nicht wie in Breslau allein ausstellen, sondern dort ihre Stände von einem

1) Ernst Berger in „Breslauer Neueste Nachrichten", 3. 12. 1938.

ungeheuren Warenangebot aus aller Welt leicht „erdrückt" werden, was allerdings den geschäftlichen Erfolg nicht unbedingt behindern muß.

C. V. 3) Messeplätze auf dem Balkan

Deutschland ist auch dazu übergegangen, sich amtlich oder durch private Firmen auf den zahlreichen Messeplätzen des Balkans durch Ausstellungen deutscher Qualitätserzeugnisse zu beteiligen. Alle diese Messen haben im letzten halben Jahrzehnt, allein schon was die steigenden Besucherziffern betrifft, als Werbeorte der deutschen Exportindustrie an Bedeutung gewonnen.

C. VI. Verkehrswege als Förderer der Wirtschaftsbeziehungen

Gute Verkehrsverhältnisse fördern und erleichtern nicht nur den Binnen- sondern auch den Außenhandel eines Staates. Während es einmal eine Zeit gab, in der die Grenzen selbst zwischen kleinsten Ländchen innerhalb eines Staatsgebietes nur mit Schwierigkeit zu überwindende Schranken bildeten, sind mit dem Fortschreiten der Verkehrstechnik direkte Verbindungen sowohl zwischen einzelnen Staaten und später über ganze Erdteile hinweg geschaffen worden. Kleinere und große Kriege haben zwar immer wieder durchgehende Verkehrsbänder zeitweilig durchschnitten, aber die Verkehrsanlagen waren einmal da und durften nach Wiederherstellung des Friedenszustandes nur wieder der Zusammenfügung.

Für die Verkehrsverbindungen zwischen Deutschland und Südosteuropa sind wesentliche Transportmittel: Eisenbahn, See- und Donauschiffahrt; in neuerer Zeit sind die Fluglinien und die Autobahnen hinzugekommen.

C. VI. 1) Ausbau des Verkehrsmittlers Donau Rhein-Main-Donau- und Oder-Donau-(Elbe-)Kanal

Die Benutzung von Wasserstraßen als Verkehrswege war schon immer dann vorteilhaft, wenn es sich um Beförderung von Massengütern, deren Lieferungstermin nicht allzu fest bestimmt zu sein

brauchte, handelte. In diesem Sinne wäre die Donau mit ihrer schiffbaren Länge von 2450 km (Regensburg—Schwarzes Meer) und einem Einzugsgebiet von 817 000 qkm eine der wichtigsten Verkehrsadern des europäischen Kontinents. Sie stellt die natürliche Verbindung zwischen Europa sowohl mit den Landhandelsstraßen aus Nordchina, Indien, Irak und Iran als auch mit den Schiffahrtsstraßen über Suez und Bosporus dar. Wenn jedoch bisher trotz aller dieser Vorzüge der Schiffs- und Frachtenverkehr auf der Donau noch nicht die Ausmaße angenommen hat, die der Bedeutung des Stromes als einem Instrument der wirtschaftlichen Verflechtung der Anliegerländer mit Europa und Außereuropa zukommt, so liegt das an einer Reihe von naturgegebenen, technischen, finanziellen und politischen Schwierigkeiten, die es bisher verhinderten, daß die Donau zur bedeutendsten Verkehrsstraße zwischen Zentraleuropa, Südosteuropa und Asien wurde. Noch heute ist der Schiffsverkehr auf der Donau weit geringer als auf anderen europäischen Flüssen. Während auf dem Rhein von der Mündung bis tief hinein in den Fluß größere Schiffe vordringen können, ist es auf der Donau nur für höchstens 4000- bis 5000-Tonner möglich, von der Mündung bis Galatz oder Braila zu gelangen. Über diese beiden Flußhäfen hinaus bergwärts bis zum Eisernen Tor beträgt die Flußtiefe maximal 2,5 Meter, so daß diese Strecke, von der Gefährlichkeit der Katarakte zwischen Verciorova und Alt-Moldova abgesehen, keine größeren Schiffe als 600-Tonner passieren können. Ähnliches gilt für weite Strecken in Ungarn und Jugoslavien. Hinzu kommen die Zeitverluste durch die ständigen Zollformalitäten, die Durchfahrt- und Lotsentaxen (für die Frachten sind natürlich Pauschaltaxen in Kraft), nicht zu vergessen die Tatsache, daß die Donau bei strengen Wintern mehrere Monate schlecht oder gänzlich unpassierbar ist. Großzügige, wirklich erfolgversprechende Regulierungsarbeiten sind bisher immer am Fehlen finanzieller Mittel, die ein einzelnes der kapitalarmen südosteuropäischen Anliegerländer, auch wenn ein Großteil der Ausbauarbeiten an seiner Donaustrecke ausgeführt werden muß, nicht tragen kann, gescheitert. Schließlich wird der Donaudurchgangsverkehr gehemmt durch den Umladezwang auf Seeschiffe am Deltaknie für seewärts bestimmte Transporte. Die Donauanlieger haben versucht, dieses zeitverzögernde und frachtverteuernde Moment durch Bau von Fluß-Seeschiffahrtsdampfern, was wieder den Nachteil der verminderten Ladefähigkeit nach sich zieht, zu beheben.

Das alles hat es mit sich gebracht, daß der dreieinhalbmal längere Seeweg für Massenfrachten insbesondere im Winter weit häufiger benutzt wird, als man das eigentlich annehmen sollte, zumal auch die Donaufrachten selbst gegenüber den Eisenbahntarifen billiger sind. Hoffmann [1]) hat in einem ausgezeichneten Überblick über alle mit der Donauschiffahrt zusammenhängenden Probleme u. a. eine Zusammenstellung der Transportleistung von Donau-, Rhein-, Elbe- und Odergebiet gegeben, die sehr instruktiv zeigt, wie unterlegen die Transportleistung der Donau gegenüber den anderen genannten Flüssen ist.

	Gesamttonnage in Mill. t	Gesamtumschlag in Mill. t	Umschlags-t pro Schiffs-t
Rhein	7,10 (1935)	94,0 (1937)	13,2
Elbegebiet	1,48 (1937)	15,5 (1936)	10,3
Odergebiet	0,95 (1937)	9,4 (1936)	9,9
Donau	1,89 (1936)	7,0 (1934)	3,7

Aber auch der Bahnweg bedeutet eine schwere Konkurrenz für die Donauschiffahrt, schon allein aus dem einfachen Grunde, weil bisher die bergwärts laufenden Transporte in der „Regensburger Sackgasse" endeten, da die Donau einer der wenigen Ströme ist, der durch kein Kanalsystem an den Seeverkehr (Nordsee, Ostsee) angeschlossen ist. Hoffmann hat nach einer anderen Quelle nachgewiesen, daß Deutschland aus den Donauländern (außer Österreich und der Tschechoslovakei) im Jahre 1936 über die Donau nur 15,7 Prozent, über die Eisenbahn dagegen 37,4 Prozent und über den Seeverkehr den Rest, nämlich 46,9 Prozent aller Waren versandt und empfangen hat. Selbstverständlich haben zwischen den verantwortlichen Stellen der Donauschiffahrt und der Bahnen von Zeit zu Zeit Verhandlungen zur Ausschaltung unangemessenen Wettbewerbs stattgefunden. Das Wiener Donau-Wettbewerbsabkommen vom März 1937 schuf eine genaue Regelung des Wettbewerbs zwischen Donau und Bahn. Zwar blieb die Tariffreiheit für beide erhalten, aber mit Festsetzung von gewissen Spannen zwischen den beiden Verkehrsmitteln; es erfolgte eine Vereinheitlichung der Schiffahrtsfrachtsätze und eine anteilsmäßige Verteilung des Fracht-

1) Industrie- und Handelskammer Breslau: „Die Donau, Sechs-Staatenstrom-Verkehrsmittler zum Südosten" in „Der Südosten", Nr. 8, 22. 7. 1938.

verkehrsumfanges, wodurch Unterbietungen für die Zukunft ausgeschaltet wurden.

Es ist eine Besonderheit der Donauschiffahrt, daß der Anteil des Bergverkehrs am Gesamtverkehr gewöhnlich sehr hoch über dem Talverkehr liegt. Donauaufwärts werden Massengüter, Holz, Getreide usw., donauabwärts Stückgüter (Industrieerzeugnisse) verfrachtet. Da sehr oft die Talfahrten ohne Ladung vor sich gehen, müssen die nun einmal unumgänglich bei jeder Transportbewegung entstehenden fixen Kosten durch die im Bergverkehr anfallenden Frachtenpreise eingeholt werden; so kommt es, daß die Bergfrachten bis 50 Prozent über den Talfrachten liegen, was eine ungesunde Erscheinung auch insofern darstellt, weil die nicht so hochwertigen Massenwaren eine hohe Frachtbelastung weniger vertragen. Außerdem betragen 50 Prozent aller Frachtgüter der deutschen Donauflottille donauabwärts von den Nord- und Ostseehäfen kommendes Transitgut. Die scharfen Konkurrenten der deutschen Seehäfen sind Triest und Gdingen. „Der Versuch, über Gdingen und vor allem über Triest die deutsche Donauschiffahrt zu umgehen, hat zu grotesken Zuständen geführt, als nach den zahllosen und kostspieligen Tariffehden in den ersten Nachkriegsjahren der Konkurrenzkampf um die Verkehrswege in den letzten Jahren erneut auflebte. So haben die polnischen Bahnen im Interesse von Gdingen mit starken Frachtermäßigungen in das tschechoslovakische, österreichische und ungarische Auslandsgeschäft eingegriffen. Italien hat Anfang 1934 für das österreichische Einfuhrgeschäft über Triest besondere Vergünstigungen gewährt, vor allem für Kaffee, Kakao, Gewürze, Baumwolle. Diese Vergünstigungen waren zum Teil höher als die bezahlten Frachten auf der Strecke Triest—Wien. Leidtragende dieses Versuchs, den Verkehr der Donauländer mit dem Ausland über Gdingen und Triest umzuschalten, waren die deutsche Seeschiffahrt, die deutsche Reichsbahn und die deutsche Donauschiffahrt.“ [1]) Dem Österreich vor dem Anschluß war an dem Donauverkehr stromaufwärts auch deswegen nichts gelegen, weil es seinen Industrieexport nach Osten lenken wollte und mußte und Wien seine Stellung als Umschlagplatz für die sonstigen Transittransporte nach dem Südosten immer mehr auszugestalten gedachte. Es hatte daher an der Hebung der Leistungsfähigkeit des nach Westen gehenden Donauteils kein Interesse,

1) „Kölnische Zeitung“, Handelsblatt, Nr. 323, 28. 6. 1936.

besaß allerdings auch dort kein Hinterland. Auch die Polen haben Pläne entworfen, um von den deutschen Transportmitteln unabhängig zu werden. Von dem großen Projekt, das Baltische Meer durch die Weichsel, Dnjstr, Pruth und Donau mit dem Schwarzen Meer zu verbinden, hat man aber nichts mehr gehört.

Nach dem Anschluß der Ostmark und des Sudetenlandes hat die deutsche Reichsregierung die Inangriffnahme der Vollendung und des Neubaus von Kanälen bekannt gegeben, nach deren Fertigstellung damit zu rechnen ist, daß sowohl die Richtung des Donauverkehrs wie die Transportleistung des zweitgrößten europäischen Stromes einer grundlegenden Umgestaltung entgegengeht. Einmal sind die Arbeiten an dem Rhein-Main-Donau-Kanal wieder aufgenommen worden, zum anderen ist in einer Vereinbarung mit der tschechoslovakischen Regierung der Bau eines Oder-Donau-Kanals mit Anschluß an die Elbe beschlossen worden. Der Rhein-Donau-Kanal wird eine schiffbare Verbindungsstraße, die in Nord-Südrichtung ganz Europa durchquert, von der Nordsee bis an das Schwarze Meer schaffen. Lassen wir eine rumänische Stimme [1]) über die Bedeutung der Rhein-Donau-Verbindung sprechen: „Eine schiffbare West-Ost-Achse, der die Aufgabe zufällt, die Nordsee mit dem Schwarzen Meer und weiterhin mit Klein- und Mittel-Asien zu verbinden, wird ein unvergleichlicher Schatz von nicht nur internationaler, sondern auch interkontinentaler Bedeutung sein. Dieser im zwischenstaatlichen Dienste stehende Kanal würde einen guten Teil des Verkehrs zwischen dem Orient und dem Abendland auf sich nehmen und den Ertrag, den heute die beschwerlichen und teueren Eisenbahnen einnehmen, die den Orient über die Alpen oder den Balkan mit Mitteleuropa verbinden, an sich reißen. Deutschland würde, abgesehen davon, daß es heute schon der erste Industriestaat ist, ein „Chikago" zwischen dem Osten und Westen Europas werden. Deutschland wird nicht mehr an Rohstoff- und Getreidemangel leiden, denn es wäre der größte Verteiler und das größte Lager; es hätte nicht mehr Not, sich so sehr um Devisen zu bekümmern, denn es würde damit eine Art „Kreditregler" im zwischenstaatlichen Durchgangsverkehr werden. Das Ruhrgebiet wird auf diesem Wasserwege mit allen Kohlen- und Maschinenkäufern des europäischen Osten in Verbindung stehen. Die deutsche Kohle wird flußabwärts; Holz, Getreide

1) „Romania", zitiert nach „Timisoaraer Zeitung", 9. 8. 1938.

und Petroleum usw. werden beim Rückweg die Schlepper füllen." Besser als diese ausländische Stimme kann man die Zukunftsmöglichkeiten des deutsch-südosteuropäischen Handelsverkehrs nach Vollendung des Kanals nicht kennzeichnen.

Es fällt in diesem Zitat auch das Stichwort „Klein-Asien". Diese Möglichkeit ist nicht so abwegig, wie man zunächst annehmen könnte; türkischerseits wird bereits die Schaffung einer direkten Schiffsverbindung von Trapezunt über das Schwarze Meer—Donaumündung—Mitteleuropa—Westeuropa überlegt, und zwar vornehmlich aus der Erwägung heraus, daß diese Route zeitsparender als die über das Mittelmeer, einen Raum mit immer politischen Gegensätzen, ist. Da in Trapezunt die wichtigsten Bahnstrecken aus dem Irak und dem Iran zusammenlaufen, könnte an einen durchgehenden Handelsverkehr von Vorderindien über die Türkei bis nach Mitteleuropa auf dem Donauwege gedacht werden. Damit wäre es auch möglich, eine Reihe von tropischen und subtropischen Erzeugnissen, die Mittel- und Westeuropa von Übersee beziehen muß, auf den Orient umzulegen.

Die italienische Meinung geht in der Richtung, daß der neue Großschiffahrtsweg eines Tages für den von der Südschweiz nach der Adria laufenden Handelsverkehr eine Anziehung bilden könnte. Um sich nicht „ausschalten" zu lassen, hat man erwogen, einen neuen rein italienischen Weg über den Po durch Kanalverbindung mit dem Laggo Maggiore und den oberitalienischen Seen nach Venedig und der Adria zu schaffen.

Der rumänische Plan, den Donauweg zum Schwarzen Meer durch den Bau eines bei Cernavoda (Dobrudscha) abzuzweigenden Kanals um 250 km zu verkürzen und einen neuen rumänischen Schwarzmeerhafen bei Tasaul (17 km von Constanza) anzulegen, würde von der Donauschiffahrt durchaus zu begrüßen sein, da die verkürzte von Versandungen freie Strecke eine Steigerung und Verbilligung des Donau-Levanteverkehrs nach sich ziehen könnte. Über eine Planung ist man aber noch nicht hinausgekommen, da inzwischen die Ausübung der Hoheitsrechte über die Donaumündung von der Europäischen Donaukommission auf den rumänischen Staat zurückübergeben worden ist und die Verwirklichung des Kanals das Ende der gut ausgebauten Donauumschlaghäfen Braila und Galatz bedeuten würde.

Zur Vervollständigung der Bildung eines mittel- und südosteuropäischen Flußschiffahrtsblocks gehört aber ebenso auch der Bau des von

der schlesischen Wirtschaft so heiß ersehnten Oder-Donau-Kanals mit einem Zuführungsarm zur Elbe. Es bleibt nach der grundsätzlichen Vereinbarung zwischen Deutschland und der Tschechoslovakei vom 19. 11. 1938 noch zu klären, ob der Kanal von Cosel-Oderhafen unmittelbar bis Wien geführt oder vor Preßburg mit einem Zweigkanal nach Wien in die Donau einmünden soll. „Die große Bedeutung des Oder-Donau-Kanals besteht darin, daß er für diejenigen Teile des Reiches, die östlich der Ems liegen — und das ist der größere Teil Deutschlands — die günstigste Verbindung mit Südosteuropa ist. Was westlich der Ems liegt, ist besser über den Rhein-Main-Donau-Kanal zu erreichen." [1])

Der verdienstvolle Vorkämpfer für die Schaffung dieser für Schlesien und das Reich so notwendigen Wasserverbindung, Dr. Freymark, Breslau, umrandet das Einzugsgebiet des Kanals auf deutscher Seite mit der Nennung der Städte Breslau, Stettin, Berlin, und der Elbeplätze Magdeburg und Hamburg. Er fügt einschränkend hinzu, daß die Herstellung der Verbindung von Nord- und Ostsee mit dem Schwarzen Meer nicht so aufzufassen sei, als ob sich ein durchgehender Binnenwasserverkehr zwischen den Endpunkten im Norden und Süden einspielen werde, da z. B. für die Schwarzmeeranlieger die Seeverbindung noch immer die billigere sei. Was in Frage käme, wäre im wesentlichen ein verstärkter Zwischenverkehr, der sich mit der zu erwartenden Hebung der Wirtschaft in den Einzugsgebieten auf die deutschen Oder- und Elbeseehäfen auswirken würde. Freymark weist auch, was leicht übersehen wird, auf die Möglichkeiten einer innigeren wirtschaftlichen Verflechtung Schlesiens mit den Einzugsgebieten der oberen Donau hin. Für Oberschlesien dürfte der größte Wert des Oder-Donau-Kanals nicht nur in der transportmäßig billig zu gestaltenden Versorgung der Ostmark, sondern auch des Südostens mit oberschlesischen Kohlen liegen. Wir hatten schon gesehen, wie umfangreich der Bedarf des Südostens vor allem an fetten Steinkohlen ist, so daß die Donau jetzt auch talwärts genügend Massenladungen zu verfrachten haben wird.

Es ist davon gesprochen worden, Stettin zum Seehafen von Wien deswegen ausgestalten zu können, weil Wien auf dem Donaukanalweg bereits nach 1000 Kilometer die Ostsee erreichen kann, während auf

1) Strombaudirektor Franzius, Breslau, Vortrag vor dem „Verein zur Wahrung der Oderschiffahrtsinteressen", Oppeln, 7. 12. 1938.

dem Donau-Rhein-Main-Weg nach 1000 Kilometer erst Mainz kommt. Stettin ist nicht nur der größte, sondern auch der am südlichsten gelegene deutsche Hafen an der Ostsee. Der ehemalige Präsident des Werberates der deutschen Wirtschaft, Ministerialdirektor i. e. R. Reichard hat in einem Vortrag [1]) über „Das Deutsche Messewesen im Lichte von Volks- und Weltwirtschaft" dieses Seehafenproblem ebenfalls aufgegriffen und dabei als sehr interessantes Moment erwähnt, daß der Oder-(Elbe-)Donau-Kanal die kürzeste Wasserstraßenverbindung zwischen dem Schwarzen Meer und der Ost- und Nordsee herstelle. Von Sulina (rumänische Donaumündung) bis Stettin seien es 2920 Kilometer, bis Hamburg über Prerau—Pardubitz 3270 Kilometer, dagegen aber von Sulina bis Rotterdam über den Donau-Main-Kanal 3529 Kilometer. Aus diesen Zahlenangaben könnte geschlossen werden, Hamburg als den Nordseehafen des Südostens zu bevorzugen, während der oderaufwärts gerichtete Verkehr von Stettin nach dem Südosten keine großen Entwicklungsmöglichkeiten in sich bergen dürfte, da Stettins Umschlagbezüge aus Übersee wie aus den Ostseeanliegerstaaten vorwiegend den Erzeugnissen entsprechen, die der Südosten gerade absetzen will. Dafür sollte aber Breslau als Transitplatz für donauländische Massenwaren zur Versorgung Ost- und Mitteldeutschlands — es trifft dabei auf die Konkurrenz Stettins — an Bedeutung gewinnen, während es bisher nur Haupteintrittsort der aus Rumänien, Polen und Nordbulgarien auf dem Bahnwege kommenden leicht verderblichen Lebensmittel war.

C. VI. 2) Eisenbahnverbindungen

Durch die Ostmarkeingliederung haben sich in der Linienführung des deutsch-südosteuropäischen Handelsweges einige Veränderungen ergeben. Beim deutsch-bulgarischen Warenverkehr können durch die Südwärtsverlegung der deutschen Grenze um 300 km zwei bisher unumgängliche Transitländer, nämlich die Tschechoslovakei und Ungarn, umgangen werden. Zwar ist die Strecke von Sofia über Jugoslavien zur deutschen Grenze etwas länger als die gewöhnlich benutzte Route über Ungarn und

1) Vortrag vor der „Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft" am 2. 12. 1938 in Berlin.

die Tschechoslovakei und nach Innerdeutschland hinein auch teurer, weil eine längere deutsche Strecke durchfahren werden muß. Im gleichen Augenblick aber, in dem die Deutsche Reichsbahn ihre Tarifpolitik so gestaltet, daß dieser Nachteil verschwindet, würden von Bulgarien aus die beiden bisherigen Hauptlinien über das jetzt polnische Oderberg, Breslau, Ostdeutschland auf der einen und Leitmeritz, die neue deutsch-tschechoslovakische Grenzübergangsstation, Dresden, Mittel-, West- und Norddeutschland auf der anderen Seite an Bedeutung verlieren und sich zwei neue Verkehrswege herausbilden, die etwa durch die Verbindung Sofia—Belgrad—Zagreb—Salzburg und München oder Sofia—Wien gekennzeichnet sind. Ein verhältnismäßig unbedeutender Teil der bulgarischen Sendungen nach Deutschland nahm bisher auch seinen Weg über Rumänien und Polen mit der deutschen Eingangsstation Beuthen. Diese Linie wurde vor allem zum Transport von leicht verderblichen Gütern mit dem Bestimmungssektor Ostdeutschland benutzt. Sobald allerdings die noch im Bau befindliche neue Donaufähre Giurgiu—Rustschuk fertiggestellt ist, verkürzt sich der Transportweg von Nordostbulgarien nach Deutschland hinein über Schlesien um rund eineinhalb Tage. Infolge der Überleitung des Teschener Gebiets und damit Oderbergs von der Tschechoslovakei an Polen ist auch die über Oderberg laufende Bahnstrecke polnisch geworden. Um den Verkehr nicht noch weiter zu komplizieren und damit zu verteuern, ist geplant, eine Bahn zu bauen, die um Oderberg herumführt, so daß der direkte deutsch-tschechoslovakische Grenzübertritt wieder vorhanden ist. Auch für die Linienführung Rumänien—deutsche Seehäfen wäre die Anlegung einer derartigen Bahn sehr erwünscht, da der Weg über österreichisch-ungarische Durchgangsstrecken bedeutend weiter als über Oderberg ist. „Nach Fertigstellung der geplanten neuen Bahn dürfte die Reichsbahnauslobung im deutsch-rumänischen Seehafenverkehr auch wieder über die tschechoslovakischen Transitstrecken angewendet werden können, wodurch infolge der kürzeren Entfernung niedrigere Mindestfrachten erzielbar wären, was für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Seehäfen wichtig ist.“ [1])

Im übrigen werden im Warenverkehr mit Rumänien trotz der tschechoslovakischen Grenzeinzüge die zwei geläufigsten Transportwege

1) Baxmann in „Breslauer Neueste Nachrichten“, Handelsteil, 12. 11. 1938.

über Polen (Lemberg—Beuthen und über Neu-Bentschen) keine Änderung erfahren, während nach Süd- und Westdeutschland hinein über Temesvar nur noch ein Transitland, Ungarn, zu durchfahren ist. Da die beiden anderen Länder, Ungarn und Jugoslavien, Deutschlands Nachbarn geworden sind, ist der Warenverkehr selbstverständlich mit ihnen vereinfacht worden. Der politische Richtungswechsel in Prag wird es ermöglichen müssen, daß den ungarischen Durchfuhren durch die Tschechoslovakei in Zukunft weitgehende Vergünstigungen eingeräumt werden. Durch die Ausdehnung der Reichsbahntarife auf den Güterverkehr zwischen dem Altreich und den über Österreich hinaus gelegenen Ländern sind weitgehende Frachtverbilligungen eingetreten, da die Ausfuhrtarife der Deutschen Reichsbahn, die bisher nur bis zu den früheren deutsch-österreichischen Grenzorten angewandt werden konnten, vom 1. Juli 1938 ab auch für die österreichischen Durchlaufstrecken bis zu den österreichisch-jugoslavischen und österreichisch-ungarischen Grenzübergängen in Frage gekommen sind. Demzufolge sind der deutsch-ungarische und der deutsch-jugoslavische Verbandsgütertarif durch getrennte Frachtverrechnung zum Teil erheblich unterboten worden. Die endgültige Gestaltung der Tarife im Warenverkehr Deutschland—Südosten steht noch aus.

Eine weitergehende Verbilligung der Fracht- und Transportkosten wird auch von dem Ausbau des innerdonauländischen Verkehrsnetzes abhängig sein. Dies bezieht sich weniger auf die großen Süd-Nord-Durchlaufstrecken als vielmehr auf die Zubringerlinien, die noch teilweise eine sehr geringe Dichte mit schmalspurigem Betrieb aufweisen. In Jugoslavien betrug das Bahnnetz Anfang 1934 10 200 km. Seit 1935 sind rund 300 km neu gebaut worden und es ist beabsichtigt, bis 1944 durchschnittlich 125 km Gleise pro Jahr neu anzulegen. Das rumänische Eisenbahnnetz ist genügend dicht im Regat und in Transsylvanien. Beide Netze sind durch mehrere Gebirgsstrecken verbunden. Direkte Verbindungen fehlten bisher zwischen der Bukowina und Bessarabien, und durch die Dobrudscha führt nur ein Hauptgleis, die Verbindung Bukarest—Constanza. Die in Angriff genommenen strategischen Bahnlinienbauten von der russischen Grenze nach der Tschechoslovakei dürften sich nach dem Münchener Abkommen als Fehlinvestitionen erwiesen haben. Das bulgarische Eisenbahnnetz gilt als ausreichend.

C. VI. 3) **Straßen und Autobahnen**

Die Verkehrserschließung der Südostländer unterstützen aber auch im Zusammenhang mit den Motorisierungsfortschritten die vielen Straßenbauten, die unter Berücksichtigung der am stärksten benutzten Verkehrsrichtungen von allen Regierungen gefördert werden. Das Straßenbauprogramm und die Straßenbautechnik Deutschlands dient ihnen allen zum Vorbild, was schon daraus hervorgeht, daß man die Durchführung der Straßenbaupläne der Verantwortung besonderer, für diesen Zweig des Verkehrswesens allein zuständiger Regierungskommissionen unterstellt hat. Überall sind die Beträge, die man für Neubauten und Reparaturarbeiten aufwendet, immens gestiegen, aber man weiß, daß jeder Verkehrserschließung die Wirtschaftsbelebung folgt. Wenn die ostmärkischen Autobahnen die jugoslavische und ungarische Grenze erreicht haben werden und die Autostraße Breslau—Wien fertiggestellt ist, dann dürfte auch das südosteuropäische Wegenetz soweit fortgeschritten sein, daß in nicht allzu ferner Zukunft die Aufnahme des großdeutsch-donauländischen Güterverkehrs auch auf den Autostraßen in das Stadium der Verwirklichung tritt.

Tabellen-Anhang

Deutschlands Ausfuhr nach dem Südosten[1]

(in Millionen RM.)

	1929	1930	1933	1934	1935	1936	1937
Ungarn	146,75	118,29	38,08	39,57	62,92	82,99	110,50
Jugoslavien	152,58	172,08	33,84	31,46	36,89	77,17	134,41
Rumänien	164,07	137,30	46,03	50,89	63,82	103,56	129,53
Bulgarien	44,69	22,87	17,71	19,26	39,88	47,63	68,23

Deutschlands Einfuhr aus dem Südosten[1]

(in Millionen RM.)

	1929	1930	1933	1934	1935	1936	1937
Ungarn	89,34	82,10	34,18	63,88	77,89	93,38	114,08
Jugoslavien	60,86	74,82	33,47	36,34	61,44	75,17	132,15
Rumänien	210,85	236,92	46,13	59,01	79,86	92,32	179,50
Bulgarien	51,19	58,91	31,34	33,74	41,35	57,56	71,79

Zusammensetzung der deutschen Einfuhr aus dem Südosten[2]

(in Millionen RM.)

	1934	1935	1936	1937
Lebensmittel und Getränke				
Ungarn	31,7	48,3	63,76	73,66
Jugoslavien	13,0	24,8	29,97	70,39
Rumänien	27,5	17,9	24,24	111,00
Bulgarien	13,4	20,2	33,71	43,37
Rohstoffe und Halbwaren				
Ungarn	25,7	21,9	21,38	29,85
Jugoslavien	22,3	35,8	44,46	61,27
Rumänien	29,7	59,8	67,38	68,18
Bulgarien	19,9	20,5	22,51	25,90
Fertigwaren				
Ungarn	6,4	7,6	8,24	11,36
Jugoslavien	1,0	0,8	0,74	0,44
Rumänien	1,8	0,9	0,70	0,64
Bulgarien	0,5	0,5	1,34	2,52

1) Statistisches Jahrbuch 1930—1937; „Der Südosten", Nr. 2, 29. 4. 1938.
2) Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 30. 6. 1937; „Der Südosten", Nr. 2, 29. 4. 1938; „Der Südosten", Nr. 2, 15. 5. 1936.

Zusammensetzung der deutschen Ausfuhr nach dem Südosten[1]

(in Millionen RM.)

Lebensmittel und Getränke

	1934	1935	1936	1937
Ungarn	—	1,52	0,74	0,93
Jugoslavien	0,1	0,1	0,24	0,51
Rumänien	0,1	0,2	0,43	0,46
Bulgarien	—	—	0,28	0,16

Rohstoffe und Halbwaren

Ungarn	10,1	16,9	21,44	21,96
Jugoslavien	2,5	3,0	13,25	19,51
Rumänien	3,4	6,1	28,19	21,57
Bulgarien	2,6	2,9	6,27	4,77

Fertigwaren

Ungarn	28,0	44,5	60,81	87,61
Jugoslavien	28,8	33,7	63,68	114,39
Rumänien	47,3	57,5	74,94	107,50
Bulgarien	16,66	36,9	41,08	63,30

Anteil Südosteuropas am deutschen Außenhandel[2]

(in Prozent)

	Einfuhr			Ausfuhr		
Land	1929	1933	1937	1929	1933	1937
Ungarn	0,7	0,8	2,1	1,1	0,8	1,9
Bulgarien	0,4	0,7	1,3	0,3	0,4	1,1
Rumänien	1,6	1,1	3,3	1,2	0,9	2,2
Jugoslavien	0,4	0,8	2,4	1,1	0,7	2,3
Zusammen	3,1	3,4	9,1	3,7	2,8	7,5

1) „Der Südosten", Nr. 2, 29. 4. 1938; „Der Südosten", Nr. 2, 15. 5. 1936; Mitteilungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, 30. 6. 1937.

2) Großdeutschland und der südosteuropäische Raum, Zahlen zur Wirtschaftsstruktur, Dresdner Bank, Sonderheft.

Deutschlands Anteil am Südosthandel[1)]

(in Prozent)

Land	1929		1933		1934	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Ungarn	20,0	11,7	19,7	11,2	18,3	22,2
Bulgarien	22,2	29,9	38,2	36,0	40,1	42,7
Rumänien	24,1	27,6	18,6	10,6	15,5	16,6
Jugoslavien	15,6	8,5	13,2	13,9	13,9	15,4

Land	1935		1936		1937	
	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr
Ungarn	22,6	23,8	28,0	25,0	26,2	24,1
Bulgarien	53,5	48,0	57,6	73,0	54,8	43,3
Rumänien	23,8	16,7	39,0	16,0	29,5	19,9
Jugoslavien	16,2	18,7	29,0	23,0	32,4	21,7

Prozentualer Anteil Großdeutschlands an der Ausfuhr des Südostens 1937[2)]

Land	Altreich	Ostmark	Großdeutschland
Ungarn	24,1	16,9	41,0
Jugoslavien	21,7	13,5	35,2
Rumänien	19,9	7,0	26,9
Bulgarien	43,3	4,0	47,3

Prozentualer Anteil Großdeutschlands an der Einfuhr des Südostens 1937[2)]

Land	Altreich	Ostmark	Großdeutschland
Ungarn	26,2	18,0	44,2
Jugoslavien	32,4	10,3	42,7
Rumänien	29,5	10,6	40,1
Bulgarien	54,8	3,4	58,2

1) IfK., Wochenbericht 32, 15. 8. 1934, Seite 152; IfK., Wochenbericht 19, 13. 5. 1936, Seite 74; WPD., 21. 5. 1937; „Der Südosten", Nr. 2, 29. 4. 1938.

2) Zusammenstellung s. Quellen oben und Seite II.

Außenhandel Großdeutschlands mit Südosteuropa[1)]

(in Millionen RM.)

Land	Altreich	Ostmark	Großd.	Altreich	Ostmark	Großd.
		1. Halbjahr 1938				
		Einfuhr			Ausfuhr	
Ungarn	54,4	34,1	88,5	42,8	19,1	61,9
Rumänien	71,3	16,5	87,8	69,7	8,8	78,5
Jugoslavien	51,0	26,8	77,8	62,0	13,8	75,8
Bulgarien	32,4	2,3	34,7	26,8	1,3	28,1

Deutschlands und Österreichs Beteiligung am Ein- und Ausfuhrhandel der Südoststaaten im Jahre 1937[2)]

Rumänien

Gesamteinfuhr		17 902	Mill. Lei	
davon Einfuhr aus	Deutschland	5 316,9	„ „	= 29,7%
„ „ „	Österreich	1 861,8	„ „	= 10,4%
	insgesamt	7 178,7	Mill. Lei	= 40,1%
Gesamtausfuhr		30 908	Mill. Lei	
davon Ausfuhr nach	Deutschland	6 212,5	„ „	= 20,1%
„ „ „	Österreich	2 101,7	„ „	= 6,8%
	insgesamt	8 314,2	Mill. Lei	= 26,9%

1) Berechnung nach STZ., 24. 8. 1938
2) Angaben der Breslauer Messe.

Bulgarien

Gesamteinfuhr		4 926	Mill. Lewa	
davon Einfuhr aus	Deutschland	2 699,4	„ „	= 54,8%
„ „ „	Österreich	167,5	„ „	= 3,4%
	insgesamt	2 866,9	Mill. Lewa	= 58,2%
Gesamtausfuhr		5 019	Mill. Lewa	
davon Ausfuhr nach	Deutschland	2 173,2	„ „	= 43,3%
„ „ „	Österreich	200,8	„ „	= 4,0%
	insgesamt	2 374	Mill. Lewa	= 47,3%

Jugoslavien

Gesamteinfuhr		5 234	Mill. Dinar	
davon Einfuhr aus	Deutschland	1 694,4	„ „	= 32,6%
„ „ „	Österreich	524	„ „	= 10,3%
	insgesamt	2 218,4	Mill. Dinar	= 42,9%
Gesamtausfuhr		1 361,1	Mill. Dinar	
davon Ausfuhr nach	Deutschland	345,4	„ „	= 21,7%
„ „ „	Österreich	70,4	„ „	= 13,5%
	insgesamt	415,8	Mill. Dinar	= 35,2%

Ungarn

Gesamteinfuhr		476	Mill. Pengö	
davon Einfuhr aus	Deutschland	124,9	„ „	= 26,2%
„ „ „	Österreich	85,4	„ „	= 17,9%
	insgesamt	210,3	Mill. Pengö	= 44,1%
Gesamtausfuhr		601,1	Mill. Pengö	
davon Ausfuhr nach	Deutschland	153,3	„ „	= 25,5%
„ „ „	Österreich	99,5	„ „	= 16,6%
	insgesamt	252,8	Mill. Pengö	= 42,1%

Englands Handel mit dem Donauraum[1)]

Von 1936—1937 ist der englische Import aus dem Donauraum von 18,5 Mill. auf 19,5 Mill. Pfund Sterling angewachsen. Die Verteilung war im einzelnen folgendermaßen:

	Millionen Pfund Sterling	
	1936	1937
Tschechoslovakei	5,8	7,3
Ungarn	2,3	2,5
Österreich	2,3	2,7
Jugoslavien	1,9	2,5
Rumänien	6,2	4,5
Total	18,5	19,5

Der englische Export und Rückexport in die Länder des Donauraumes ist von 1936 auf 1937 von 7,01 auf 9,27 Millionen Pfund Sterling gewachsen:

	Millionen Pfund Sterling	
	1936	1937
Tschechoslovakei	2,3	3,2
Ungarn	0,5	0,6
Österreich	2,1	2,5
Jugoslavien	0,96	1,08
Rumänien	1,15	1,89
	7,01	9,27

1) Buletinul Lunar al Uniunii Generale a Industriasilor din România, 4. 4. 1938.

Zusammensetzung der ungarischen Ausfuhr nach dem Altreich und der Ostmark[1)]

(Hauptausfuhrwerte in Millionen Pengö)

Artikel	1936 Altr.	1937 Altr.	1. Halbjahr 1937 Altr.	1. Halbjahr 1937 Ostmark	1. Halbjahr 1938 Altr.	1. Halbjahr 1938 Ostmark
Federn	8,82	15,48	7,13	—	5,74	—
Schlacht- und Zuchtvieh (Rinder, Pferde, Schweine)	12,61	13,25	2,49	6,87 [2)]	8,33	13,19 [2)]
Schweinefett und Speck	9,64	12,08	4,70	—	5,91	—
Brotgetreide (Roggen, Weizen, Mais)	—	11,47	8,76	28,18	12,83	12,78
Klee- u. Luzernesaat	7,14	9,57	5,54	—	2,98	—
Geflügel	8,52	7,03	1,97	2,38	2,69	2,39
Bauxit	4,17	6,24	1,53	—	1,75	—
Butter	4,20	5,22	2,90	—	3,59	—
Mehl	1,22	4,90	—	2,42	—	1,99
Obst	4,03	4,06	0,69	0,64	0,15	0,18
Eier	2,22	3,70	3,70	2,80	2,95	2,14
Hülsenfrüchte (Wicken und Linsen)	3,36	3,27	3,03	—	0,85	—
Wein	3,11	3,00	1,50	0,18	2,10	0,28
Medizinalpflanzen	1,27	2,07	—	—	—	—
Wild	2,65	1,97	1,12	—	1,23	—
Fleisch, frisch und zubereitet	14,53	1,91	—	0,27	—	0,43
Gemüse	2,03	1,32	0,23	0,49	0,25	0,43

1) Mitteilungen der Deutsch-Ungarischen Handelskammer, Budapest; NfA., 4. 8. 1938.
2) Ohne Pferde.

Zusammensetzung der deutschen Einfuhr aus Rumänien[1)]

(Haupteinfuhrwerte in Millionen RM.)

Artikel	1929	1935	1936	1937
Ernährungswirtschaft				
Getreide (Roggen, Weizen, Mais, Hafer, Gerste)	110,74	3,66	0,28	78,11
Ölfrüchte und nichtölhaltige Sämereien	—	0,03	6,04	7,40
Nahrungsmittel tierischen Ursprungs (Fleisch und Fleischwaren, Schmalz, Eier, Fische usw.)	18,40	5,13	7,16	6,49
Obst	3,23	1,87	3,82	6,41
Hülsenfrüchte (Bohnen, Erbsen, Linsen, Wicken)	3,46	3,06	3,01	4,52
Lebende Tiere	1,47	3,36	3,86	4,31
Rohstoffe				
Mineralöle und Derivate	26,17	37,34	54,11	40,42
Holz (Bau- und Nutzholz)	17,15	8,11	8,77	11,45
Felle zu Pelzwerk	5,34	0,26	8,26	7,67
Bettfedern	1,99	1,65	2,36	3,84

Zusammensetzung der deutschen Einfuhr aus Jugoslavien[2)]

(Haupteinfuhrwerte in Millionen RM.)

Artikel	1935	1936	1937
Nahrungsmittel			
Weizen	1,60	—	26,20
Mais	4,50	0,34	10,15
Lebende Tiere	2,05	5,02	8,09
Fleisch und Fleischwaren	6,91	9,65	7,71
Obst	5,10	5,85	6,62
Eier	3,25	3,18	4,50
Schmalz	2,07	2,32	3,51

1) „Comertul exterior în 1936" in „Prezentul", 25. 12. 1936; Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer; „Der Südosten", Nr. 2, 29. 4. 1938.

2) „Der Südosten"Nr. 2, 29. 4. 1938; „Der Südosten" Nr. 2, 15. 5. 1936.

Rohstoffe	1935	1936	1937
Bau- und Nutzholz	4,87	7,04	12,12
Flachs, Hanf, Hartfasern	4,51	7,78	9,95
Kupfer	5,83	7,42	9,73
Bauxit, Kryolith	2,15	3,30	7,30
Blei	—	3,31	7,08
Bettfedern	3,12	3,83	5,54
Felle u. Häute (außer zu Pelzwerk)	0,70	5,19	1,37

Zusammensetzung der bulgarischen Ausfuhr nach Deutschland[1)]

(Hauptausfuhrwerte)

Artikel	1936 Mill. Lewa	%	1937 Mill. Lewa	%
Rohtabak	768,1	60,80	700,6	43,53
Eier	377,7	81,12	318,0	73,93
Weintrauben	139,8	72,99	199,1	83,55
Weizen	—	—	124,3	—
Hühner, geschlachtet	93,1	74,12	120,5	79,53
Lammfelle, rohe	16,8	18,38	74,6	43,44
Schweine, lebende	33,9	98,77	64,6	76,29
Felle, halbverarbeitet	18,2	68,59	55,1	89,70
Schweinefleisch	66,1	99,93	47,8	94,06
Schweinefett	30,2	94,62	41,3	98,44
Zickelfelle, roh	22,3	74,24	39,1	94,37
Walnüsse	34,1	87,95	27,7	96,02
Erdbeeren, halbkonserv.	4,1	22,01	25,1	71,69
Geflügel, geschlachtet	10,6	54,81	10,8	63,17
Pfefferminzöl	3,5	68,02	10,1	65,78
Rosenöl	3,2	7,11	7,8	14,46
Sonnenblumenöl	22,0	47,91	7,4	11,90
Blasen, Därme usw.	3,3	27,05	5,7	29,81
Mais	1,2	0,79	4,8	2,77
Sonnenblumenkuchen	6,6	7,44	1,1	1,16
Schaffelle, rohe	9,8	92,01	0,48	54,70
Sonnenblumensamen	3,1	2,45	—	—

1) Mitteilungen der Deutsch-Bulgarischen Handelskammer.

Zusammensetzung der ungarischen Einfuhr aus dem Altreich und der Ostmark[1]

(Haupteinfuhrwerte in Mill. Pengö)

Artikel	1936 Altr.	1937 Altr.	1. Halbjahr 1937 Altr.	1. Halbjahr 1937 Ostmark	1. Halbjahr 1938 Altr.	1. Halbjahr 1938 Ostmark
Maschinen und Apparate	12,26	14,99	5,74	0,56	6,61	0,46
Kohle	8,96	9,68	4,99	—	4,91	—
Teerfarbstoffe	8,38	8,68	4,45	—	3,06	—
Kunstseide	5,36	6,87	3,37	—	2,11	—
Pelzwerk (bearbeit.)	6,30	6,65	3,52	—	3,45	—
Kraftwagen und Bestandteile	4,80	5,73	3,09	0,32[2]	3,41	0,25[2]
Papier und Papierwaren	5,70	5,60	2,56	7,55	2,08	6,35
Elektr. Maschinen und Apparate	3,47	4,47	1,91	0,43	2,37	0,44
Eisenwaren	3,07	3,01	0,54[3]	1,09	0,83[3]	0,89
Instrumente	2,09	2,90	1,27	—	1,55	—
Rohhäute	1,99	2,80	1,41	1,10	0,99	0,44
Wollgarne	1,99	2,20	1,21	0,81	0,41	0,21
Steinsalz	2,62	2,20	1,00	—	1,08	—
Leder, zugerichtet	1,63	1,84	0,89	0,49	0,71	0,30
Glas und Glaswaren	1,46	1,74	0,73	0,38	0,79	0,30
Filme	2,07	1,71	0,80	—	0,99	—
Düngesalze	0,35	0,38	—	—	—	—

1) Mitteilungen der Deutsch-Ungarischen Handelskammer; NfA., 4. 8. 1938.
2) Ohne Bestandteile.
3) Nur Eisenhalbfabrikate.

Zusammensetzung der deutschen Ausfuhr nach Rumänien[1]

(Hauptausfuhrgüter in Millionen RM.)

Artikel	1929	1935	1936	1937
Maschinen (außer elektr.)	20,65	7,37	13,96	26,80
Textilien (Roh-, Halb- und Fertigwaren)	26,36	9,68	25,10	21,38
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse (Farben und Lacke)	10,48	11,46	15,09	18,90
Eisenwaren (Röhren und Walzen, Stab- und Formeisen, Blech und Draht, Eisenbahnoberbaumaterial, Kessel, Werkzeuge, landwirtschaftliche Geräte usw.)	40,63	9,79	14,34	17,91
Elektr. Maschinen und elektrotechnische Artikel	13,17	3,28	8,23	10,67
Autos und Motorräder[2]	0,91	0,83	3,73	7,57
Feinmechanische Erzeugnisse (Apparate, Instrumente, auch optische, Schreibmaschinen)	2,92	1,28	1,92	2,48
Pelze und Pelzwaren	6,35	0,98	1,71	2,42
Kupferwaren	5,19	1,39	2,36	2,04
Ton-, Steingut- und Porzellanwaren	1,74	1,86	1,77	1,87
Landwirtschaftliche Maschinen	1,79	3,55	0,67	1,62

1) Mitteilungen der Deutsch-Rumänischen Handelskammer.
2) Ab 1936 einschließlich Luftfahrzeuge.

Zusammensetzung der deutschen Ausfuhr nach Jugoslavien[1)]

(Hauptausfuhrwerte in Millionen RM.)

Artikel	1935	1936	1937
Maschinen aller Art, einschließlich elektrotechnischer Artikel	6,70	15,06	34,61
Textilien (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren, einschl. Kunstseide)	3,40	14,50	22,04
Personenwagen, Lastkraftwagen, Motorräder, Fahrräder	1,55	4,81	14,77
Eisenwaren (Halb- und Fertigwaren)	5,40	8,40	12,61
Kohle (Steinkohle und Koks)	1,43	3,57	6,17
Pharmazeutische Erzeugnisse und Teerfarbstoffe	2,51	5,08	5,42
Verschiedene pharmazeutische Vorerzeugnisse		2,48	2,90
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		1,54	1,84

1) „Der Südosten" Nr. 2, 29. 4. 1938; „Der Südosten" Nr. 2, 15. 5. 1936.

Zusammensetzung der bulgarischen Einfuhr aus Deutschland[1)]

(Haupteinfuhrwerte)

Artikel	1936 Mill. Lewa	%	1937 Mill. Lewa	%
Maschinen(Antriebs-,Industrie-, Landwirtschaftsmasch., Musikinstrumente, versch. Apparate und Munition)	395,7	75,55	1 027,4	79,94
Textilmaterialien u. Erzeugnisse	435,5	55,64	478,1	48,50
Metalle und Erzeugnisse; Erze	420,0	63,69	453,4	41,59
Eisenbahn- und Straßenbahnwaggons,Kraftfahrzeuge,Wagen und Wasserfahrzeuge	185,4	73,83	145,1	58,84
Leder, Pelze und Erzeugnisse	81,9	79,15	108,9	58,38
Chemikalien	86,0	77,29	96,9	54,21
Gerbstoffe, Farbstoffe, Farben, Lacke	79,9	63,55	79,4	56,48
Papier und Papiererzeugnisse	42,2	45,23	62,6	47,36
Pharmazeutica u. Medikamente	50,9	75,48	58,2	75,54
Steine, Erden, Glas und Erzeugnisse	35,3	58,91	45,8	59,35
Pflanzliche Öle, Fette, Wachs und Erzeugnisse	20,9	35,57	19,3	30,27
Verschiedene Handwerkermaterialien und Erzeugnisse	18,3	55,36	16,3	43,43
Düngemittel	1,7	31,39	2,9	40,57
Brennstoffe	3,1	100,00	2,6	98,60

1) Mitteilungen der Deutsch-Bulgarischen Handelskammer.

Weizenernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in Millionen Tonnen:		
	1935	1936	1937
Bulgarien	1,30	1,77	1,54
Deutschland	4,67	4,43	4,46
Jugoslavien	1,99	2,92	2,35
Rumänien	2,62	3,50	3,70
Ungarn	2,29	2,39	1,92
Europa (ohne UdSSR.)	42,90	40,30	42,00
Welternte (ohne UdSSR. u. Iran)	118,60	117,60	121,60
Ernte Südosteuropas	8,20	10,58	9,51

Maisernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in Millionen Tonnen:		
	1935	1936	1937
Bulgarien	1,01	0,89	0,84
Jugoslavien	3,02	5,10	5,33
Rumänien	5,38	5,61	4,24
Ungarn	1,42	2,59	2,69
Deutschland	—	0,09	0,12
Europa (ohne UdSSR.)	15,65	19,83	
Welternte	115,20		
Südosteuropa	10,83	14,27	12,97

1) Statistische Übersichten der Dresdner Bank, 31. 1. 1938 und 30. 4. 1938.

Roggenernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in Millionen Tonnen:		
	1935	1936	1937
Bulgarien	0,21	0,24	0,21
Jugoslavien	0,20	0,20	0,21
Rumänien	0,32	0,45	0,42
Ungarn	0,73	0,71	0,58
Deutschland	7,48	7,39	6,92
Europa (ohne UdSSR.)	22,50	21,40	20,60
Welternte (ohne UdSSR. und China)	24,60	22,80	22,70
Ernte Südosteuropas	1,46	1,60	1,42

Haferernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in Millionen Tonnen:		
	1935	1936	1937
Bulgarien	0,09	0,14	0,12
Jugoslavien	0,28	0,33	0,30
Rumänien	0,59	0,85	0,38
Ungarn	0,25	0,26	0,23
Deutschland	5,38	5,62	5,92
Europa (ohne UdSSR.)	24,00	23,90	24,70
Welternte (ohne UdSSR.)	50,10	42,50	48,60
Ernte Südosteuropas	1,21	1,58	1,03

1) Statistische Übersichten der Dresdner Bank, 31. 1. 1938 und 30. 4. 1938.

Gerstenernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in Mill. Tonnen:		
	1935	1936	1937
Bulgarien	0,28	0,30	0,32
Jugoslavien	0,38	0,42	0,38
Rumänien	0,92	1,61	0,87
Ungarn	0,56	0,66	0,47
Deutschland	3,39	3,40	3,64
Europa (ohne UdSSR.)	15,20	15,20	14,60
Welternte (ohne UdSSR.)	42,00	40,00	40,90
Ernte Südosteuropas	2,14	2,99	2,04

Leinsaaternten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in 1000 Tonnen:		
	1935/36	1936/37	1937/38
Bulgarien	3	2	2
Rumänien	11	14	7
Ungarn	5	4	4
Deutschland	17	32	41
Welternte (ohne UdSSR. u. China)	2600	2910	2565
Ernte Südosteuropas	19	18	13

1) Statistische Übersichten der Dresdner Bank, 31. 1. 38 und 30. 4. 38.

Flachsernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in 1000 Tonnen: 1935	1936	1937
Bulgarien	0,6	0,6	0,6
Jugoslavien	10,1	12,0	12,0
Rumänien	9,5	10,0	10,0
Ungarn	1,0	1,8	1,7
Polen	39,8	37,2	60,0
Tschechei	6,8	9,5	11,0
Deutschland	13,8	29,8	33,9
Europa insgesamt	217,0	248,0	286,0
Welternte	769,0	753,0	820,0

Hanfernten im Südosten

Vergleich mit anderen Ländern und der Welt[1])

	in 1000 Tonnen: 1935	1936	1937
Bulgarien	3,2	3,2	3,8
Jugoslavien	37,5	52,0	29,5
Rumänien	22,7	29,2	30,0
Ungarn	6,7	8,0	8,5
Italien	72,2	87,3	107,8
Deutschland	2,0	4,5	7,5

Hanfeinfuhr Deutschlands und Hanfausfuhr Jugoslaviens und Ungarns[1])

	in 1000 Tonnen: 1935	1936	1937
Deutschland (Einfuhr)	28,38	27,10	46,93
Jugoslavien (Ausfuhr)	19,19	19,51	22,62
Ungarn (Ausfuhr)	3,49	3,51	3,33

1) Statistische Übersichten der Dresdner Bank, 31. 1. 1938 und 30. 4. 1938.

Die Vieh- und Fleischausfuhr Rumäniens 1935–1937[1]

		1935	1936	1937
Schweine	Stück	139 589	203 924	188 697
Hornvieh	Stück	70 017	41 029	43 673
Schafe	Stück	79 368	19 068	18 655
Pferde	Stück	3 773	2 796	2 032
Schmalz	1000 kg	—	939	3 471
Frischfleisch	1000 kg	1 681	3 741	1 114
Schinken	1000 kg	1 001	553	682

Jugoslaviens Einfuhr an Textilfabrikaten[2]

(Rohstoffe, Fertig- und Halbfabrikate)

(in Millionen Kilogramm)

Jahr	Rohbaumwolle	Baumwollgarne	Baumwollwaren	Rohwolle	Wollgarne	Wollwaren
1925	5,9 (19%)	7,7 (26%)	16,6 (55%)	30%	8%	62%
1927	7,1	10,6	14,7			
1929	8,1	10,9	11,6			
1931	8,4	11,9	7,1			
1933	10,9	12,9	3,1			
1934	15,5 (45%)	15,4 (44%)	3,7 (11%)	58%	25%	17%

Eisenerzförderung im Südosten[3]

(in Millionen Tonnen)

Land	1935	1936	1937
Jugoslavien	0,22	0,43	0,62
Rumänien	0,09	0,11	0,13
Ungarn	0,19	0,28	0,29
Weltförderung	139,8	173,3	215,0

1) Internationale Agrar-Rundschau, Februar 1938, Seite 59.
2) März: „Jugoslavien" s. a. a. O. Seite 121.
3) Dresdner Bank, 30. 4. 1938, 31. 1. 1938, 30. 11. 1938.

Ungarns Geflügel-, Eier- und Obstexport[1]

(in Doppelzentner)

Jahr	Geflügelexport	Eierexport	Obstexport
1932	131 913	63 969	281 332
1933	190 494	115 156	398 556
1934	237 972	95 057	290 048
1935	225 774	82 556	184 578
1936	179 866	69 331	584 242
1937	233 254	114 606	394 186

Jugoslaviens Einfuhr an chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen[2]

(in 1000 Dinar)

Jahr	Gesamteinfuhr	Deutschland	Österreich
1933	112 190	46 465	9 988
1934	125 237	58 347	14 115
1935	134 519	58 405	18 743
1936	143 442	75 052	9 568
1937	162 150	88 692	7 849

1) Berliner Tageblatt (Ungarische Sonderbeilage) 24. 8. 1938.
2) NfA., 19. 12. 1938.

Jugoslaviens Einfuhr an elektrotechnischen Maschinen[1)]

(in 1000 Dinar)

Jahr	Gesamteinfuhr	Deutschland	Österreich
1933	80 470	15 444	21 942
1934	99 974	25 705	22 887
1935	108 580	34 546	20 367
1936	120 278	54 430	24 957
1937	182 953	106 121	24 082

Jugoslaviens Einfuhr an Maschinen und Apparaten[1)]

(in 1000 Dinar)

Jahr	Gesamteinfuhr	Deutschland	Österreich
1933	106 651	35 653	17 843
1934	160 272	56 360	19 417
1935	186 453	64 948	13 894
1936	257 679	132 761	16 375
1937	366 346	217 634	20 548

1) NfA., 10. 12. 1938.

Schrifttum

Albert, Rudolf: Nationalwirtschaft, Leipzig 1932.

Arcadian, N. P.: Le régime industriel de la Roumanie. Bucarest 1935. In: Correspondance économique Roumaine, Jg. 17 (1935), H. I.

Badics, von: Die Anpassung der ungarischen Landwirtschaft an die veränderte Marktlage. Berlin 1932. In: Ungarisches Wirtschaftsjahrbuch. Jg. 8 (1932).

Bajkitsch, W.: Die Handelspolitik Jugoslaviens. In: Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Bde. 171/72. München und Leipzig 1925.

Bedea, N. J.: Das rumänische Bankwesen. Diss. Frankfurt a. M. 1933.

Brinkmann, Carl: Weltpolitik und Weltwirtschaft der neuesten Zeit. Berlin 1936.

—, Gruppenautarkie und Freihandel im südosteuropäischen Raum. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 36 (1932).

Christov, L. K.: Les richesses minerales en Bulgarie. Sofia 1937.

Danielcik, Hans-Peter: Neuaufbau des deutschen Außenhandels. Berlin 1934.

Federau, Fritz: Das deutsche Exportproblem. Potsdam 1934.

Fleßner, Vollmar: Der Außenhandel im neuen Deutschland. München 1935.

Forstmann, A.: Der Kampf um den internationalen Handel. Berlin 1936.

Frangesch, v. O.: Die Agrarreformen in den Südoststaaten Europas und ihre Auswirkungen. Wien 1928.

Gaedicke, H. und Eynern, von, G.: Die produktionswirtschaftliche Integration Europas. Bde. I u. II. Berlin 1933.

Groß, H.: Südosteuropa und der deutsche Außenhandel. In: Braune Wirtschaftspost. Jg. 4 (1935/36).

Haberler, G.: Der internationale Handel Berlin 1933.

Hantos, E.: Der Weg zum neuen Mitteleuropa. Berlin 1933.

Heller, W.: Die Zukunft der Eingliederung Ungarns in die Weltwirtschaft. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 37 (1933).

Hesse, Albert: Grundriß der politischen Ökonomie. 3. Band: Volkswirtschaftspolitik. Jena 1937.

Hoffmann: Südosteuropa. Leipzig 1932.

Hoffmann, W.: Stadien und Typen der Industrialisierung. Jena 1931 (Probleme der Weltwirtschaft, Bd. 54).

Hollmann, A. H.: Agrarverfassung und Landwirtschaft Jugoslaviens. Berlin 1931. Berichte über Landwirtschaft. Sonderheft 30.

Holtzer, von, H.: Die Entwicklung der ungarischen Textilindustrie. Diss. Zürich 1927.

Hoog, van der, E.: Betrachtungen über die Rentabilität des Ausfuhrhandels mit rumänischen Petroleumprodukten. Hilversum 1935.

Höpker, Wolfgang: Rumänien diesseits und jenseits der Karpaten. München 1936.

Ianculescu, C.: Problemele agrare si desvoltarea industriala a României. (Landwirtschaftliche Probleme und industrielle Entwicklung Rumäniens.) Bucuresti 1934.

Isbert, O. A.: Ungarn heute und morgen. In: Volk und Reich. Jg. 11 (1937).

Kapferer, Clodwig: Exportförderung. Bd. I. Die Marktanalyse. Leipzig 1929.

Krüger, Karl: Deutsche Großraumwirtschaft. Hamburg 1932.

Lakatosch, J.: Der Bergbau Jugoslaviens. Institut zur Förderung des Außenhandels. Beograd 1931.

Lamer, M.: Weltwirtschaftliche Verflechtungen Südslaviens. Diss. Leipzig. Erschienen Zagreb 1933.

Leibrock, Otto: Weltwirtschaft oder Großraumwirtschaft? Leipzig 1933.

—, Bulgarien gestern und heute. Berlin 1938.

Ludewig, M.: Die Entwicklung des bulgarischen Güteraustausches nach dem Kriege unter besonderer Berücksichtigung der deutsch-bulgarischen Beziehungen. Diss. Leipzig. Grimma 1935.

Madgearu, Virgil: Zur industriellen Entwicklung Rumäniens . . . Diss. Leipzig 1911.

Mayhold, L. A.: Brandherd Balkan. Wien 1936.

Nurkse, R.: Internationale Kapitalbewegungen. Wien 1935.

Offergeld, W.: Grundlagen und Ursachen der industriellen Entwicklung Ungarns. Diss. Kiel. Jena 1914. (Probleme der Weltwirtschaft. Bd. 17).

Peschitsch, Lasar: Die Handelspolitik Jugoslaviens. Berlin 1935.

Predöhl, A.: Staatsraum und Wirtschaftsraum. In: Weltwirtschaft. Archiv. Bd. 39. 1934.

Radoslawow, Bogomil M.: Das Bergwesen Bulgariens, unter besonderer Berücksichtigung der Steinbrüche und Mineralquellen. Sofia 1931.

Rommenhöller, C. G.: Die Reichtümer Rumäniens und ihre Ausbeutung. Als Manuskript gedruckt. Berlin 1929.

—, Großrumänien. Berlin 1926.

Roschka, S.: Organizarea economica — financiara a Sasilor din Ardeal. (Die wirtschaftlich-finanzielle Organisation der Siebenbürger Sachsen.) In: Buletinul institutului economic romanesc, Bucuresti, Jg. 14 (1935).

Saal, Joseph: Strukturwandlungen des deutschen Außenhandels. Bonn 1931.

Schaum, Friedrich: Nationalsozialistische Außenpolitik. Magdeburg 1934.

Schmölders, Günter u. Vogel, Walther: Wirtschaft und Raum. Hamburg 1937.

Schumacher, v. R.: Der Südostraum in der Konzeption Mitteleuropas. In: Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 11 (1934).

Seraphim, H. J.: Die Einwirkungen der Agrarreformen auf die landwirtschaftliche Produktion Zwischeneuropas. In: Berichte über Landwirtschaft. Bd. 15 (1931).

Sommer, L.: Neugestaltung der Handelspolitik. Berlin 1935.

Strasser, K.: Die deutschen Banken im Ausland. München 1925.

Theil, Karl-Hermann: Rumänien — Land im Werden. Berlin 1938.

Totomianz, V.: Das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in Rumänien. In: Berichte über Landwirtschaft. Bd. X (1929).

Tzonsaroff, K. R.: Die Maschinisierung der bulgarischen Landwirtschaft in ihrem Zusammenhang mit der Agrarstruktur Bulgariens. Diss. Leipzig 1936.

Wagemann, Ernst: Struktur und Rhythmus der Weltwirtschaft. Berlin 1931.
Wegner, A.: Das Volkseinkommen Jugoslaviens. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Bd. 26. 1927.
Wirsing, Giselher: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft. Jena 1932.
Wirth, Albrecht: Der Balkan. Stuttgart 1923.
Wunderlich: Der Donauraum. Berlin 1933.

Die Wirtschaft Jugoslaviens. Veröffentlichungen des Instituts zur Förderung des Außenhandels in Beograd. 1937.
Ungarischer Export-Katalog. 1935.
Ungarn auf dem Weltmarkt. Königlich Ungarisches Außenhandelsamt. 1935.
Europäische Revue. Der Balkan. (Sonderheft) X. Jahr. Heft 8. August 1934.
Annuaire Statistique de Bulgarie 1934. Sofia. 1935.

Zeitschriften und Tageszeitungen.

Bildungsgang

Robert-Werner Krugmann, am 13. Januar 1908 als Sohn des verstorbenen Reg.-Landmessers und Hauptmanns d. R. William Krugmann und seiner Ehefrau Margarethe, geb. Rohland, in Posen geboren. Vorschulbesuche in Posen und Berlin-Steglitz. Humanistische Gymnasien in Posen, Neustrelitz und Kiel besucht. Reifeprüfung am Staatlichen Gymnasium in Kiel 1928. Nach medizinischen Semestern Übergang zum Studium der Staats- und Wirtschaftswissenschaften. Von Wien aus im Sommer 1932 Studienfahrten nach Ungarn und Jugoslavien. Juni 1935 Staatsexamen (Diplom-Volkswirt) in Breslau mit Prädikat. Titel der Diplomarbeit: Das Problem der deutschen Ausfuhrförderung unter besonderer Berücksichtigung der Handelsbeziehungen mit den südosteuropäischen Ländern. Von Mitte 1935 bis Juni 1936 neben beruflicher Tätigkeit in Südosteuropa Materialsammlung für die Dissertation. Seitdem freie schriftstellerische Tätigkeit.

Buchdruckerei Breslauer Neueste Nachrichten